



Standard-Eurobarometer 81 Frühjahr 2014

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPAÏSCHEN UNION

BERICHT

Befragung: Juni 2014

Diese Umfrage wurde von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert.

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Standard-Eurobarometer 81 / Frühjahr 2014 – TNS opinion & social

Standard-Eurobarometer 81
Frühjahr 2014

**Die öffentliche Meinung in
der Europäischen Union**

Umfrage durchgeführt von TNS opinion & social im Auftrag der
Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation

Umfrage koordiniert von der Europäischen Kommission,
Generaldirektion Kommunikation (GD KOMM, Referat
„Strategie, Corporate Communication-Maßnahmen und
Eurobarometer“)

INHALT

EINLEITUNG	3
I. DAS LEBEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION	6
1. DIE PERSÖNLICHEN ASPEKTE	7
1.1. Die aktuelle persönliche Situation der Europäer	7
1.2. Bewertung der beruflichen und finanziellen Situation	14
1.2.1. Die finanzielle Situation des eigenen Haushalts	14
1.2.2. Die berufliche Situation	16
1.3. Die Sorgen der Europäer	19
2. DIE WIRTSCHAFTLICHEN ASPEKTE	26
2.1. Bewertung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage	26
2.1.1. Die nationale und europäische Lage	26
2.1.2. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt	29
2.2. Die Erwartungen an die nächsten 12 Monate	31
2.2.1. Die nationale und europäische Lage	31
2.2.2. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt	38
2.3. Die wichtigsten Probleme auf nationaler Ebene	40
2.4. Die wichtigsten Probleme auf europäischer Ebene	46
3. DIE LEBENSQUALITÄT	54
3.1. Die Beurteilung der Lebensqualität auf nationalem Niveau	54
3.2. Die Beurteilung der Lebensqualität auf europäischem Niveau	56
4. DIE POLITISCHEN ASPEKTE	62
4.1. Interesse an Politik	62
4.2. Das Vertrauen in die Institutionen	64
4.3. Die Richtung, in die sich die Dinge entwickeln	71
II. DIE EUROPÄISCHE UNION UND IHRE BÜRGER	80
1. DIE VERBUNDENHEIT MIT DER EUROPÄISCHEN UNION	80
1.1. Was bedeutet die Europäische Union für die Bürger?	80
1.2. Ist man außerhalb der EU besser für die Zukunft gerüstet?	88
2. DIE EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN	90
2.1. Die Bekanntheit der europäischen Institutionen und das Vertrauen, das die Bürger in sie setzen	90
2.2. Das Vertrauen in die Europäische Union	97
2.3. Das Bild der Europäischen Union	101
3. DAS WISSEN ÜBER DIE EUROPÄISCHE UNION	123
3.1. Das Wissen über die Funktionsweise der Europäischen Union	123
3.2. Die objektive Kenntnis der Europäischen Union	126
4. DIE DEMOKRATIE IN DER EUROPÄISCHEN UNION	130
4.1. Die Funktionsweise der Demokratie	130
4.2. Werden persönliche Interessen auf nationaler Ebene und europäischer Ebene ausreichend berücksichtigt?	137
5. DIE EUROPÄER UND DIE GLOBALISIERUNG	141
5.1. Ist die Globalisierung eine Chance für wirtschaftliches Wachstum?	141

III. DIE EUROPÄISCHE UNION HEUTE UND MORGEN.....	144
1. DIE UNTERSTÜTZUNG DER EUROPÄISCHEN POLITIK	144
2. EINE STÄRKERE EUROPÄISCHE UNION?.....	153
3. DAS ZIEL BEIM AUFBAU EUROPAS.....	154
3.1. Die wahrgenommenen Ziele beim Aufbau Europas.....	154
3.2. Die gewünschten Ziele beim Aufbau Europas	157
4. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION	159
4.1. Die Meinung zu einem Bund von Nationalstaaten.....	159
4.2. Die Zukunft der Europäischen Union	161

ANHANG

Technische Angaben

EINLEITUNG

Diese Standard-Eurobarometer-Befragung wurde zwischen dem 31. Mai und dem 14. Juni 2014¹ in 34 Ländern oder Gebieten durchgeführt: in den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU)², in den fünf Kandidatenländern (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Türkei, Island, Montenegro und Serbien) und in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft in dem Landesteil, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird.

Die Befragung wurde unmittelbar nach der achten Europawahl durchgeführt, die zwischen dem 22. und 25. Mai 2014 in der EU stattfand. Die Wahlbeteiligung betrug 42,54%. Die Europäische Volkspartei (EVP) erhielt 29,4% der Stimmen, was 221 Sitzen entspricht. Mit 25,4% der Stimmen und 191 Sitzen positionierten sich die Sozialdemokraten (S&D) an zweiter Stelle³. Bezeichnend für das Ergebnis dieser Wahl waren die Zugewinne der euroskeptischen Parteien in mehreren Mitgliedstaaten (insbesondere in Frankreich, im Vereinigten Königreich und in Dänemark).

Die Erhebung fand zudem einige Wochen nach der Veröffentlichung der Wirtschaftsprognose der Europäischen Kommission für das Frühjahr 2014⁴ statt: Dieser Prognose zufolge wird für das Jahr 2014 ein BIP-Wachstum von 1,6% in der EU und von 1,2% in der Eurozone erwartet. Diese Voraussagen liegen leicht über den im Herbst 2013 veröffentlichten Erwartungen. Die Beschäftigungsstatistik entwickelte sich ebenfalls positiv⁵: die Arbeitslosenquote in der EU28 betrug im April 2014 10,4%, was einem leichten Rückgang um -0,1 Prozentpunkte seit März 2014 (10,5%) und einem deutlicheren Rückgang um -0,5 Prozentpunkte im Vergleich zum April 2013 (10,9%) entspricht. Diese fallende Tendenz lässt sich auch in der Eurozone (11,7%, im Vergleich zu 11,8% im März 2014 und 12% im April 2013) beobachten, obwohl der Abwärtstrend hier weniger ausgeprägt ist. Trotz der allgemeinen Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in der Europäischen Union existieren weiterhin beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten.

Seit der letzten Standard-Eurobarometer-Befragung im Herbst 2013 (EB80) wurden in der Slowakei, in Ungarn, in Litauen und in Belgien nationale Wahlen abgehalten.

In der Nachbarschaft der EU fand am 25. Mai eine Präsidentschaftswahl in der Ukraine statt. Herr Poroschenko, ein Befürworter der Annäherung an die EU, wurde im ersten Wahlgang gewählt. Am 27. Juni wurde das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine in Brüssel unterzeichnet.

¹ Die genauen Daten zu den Erhebungen in den einzelnen Mitgliedstaaten entnehmen Sie bitte den technischen Hinweisen.

² Es handelt sich um das zweite Standard-Eurobarometer seit dem EU-Beitritt Kroatiens am 1. Juli 2013. Die in diesem Bericht präsentierten EU28-Ergebnisse entsprechen somit dem gewichteten Durchschnittswert für die 28 Mitgliedstaaten.

³ <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/election-results-2014.html>

⁴ http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2014/pdf/ee3_en.pdf
(auf Englisch)

⁵ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-03062014-BP/DE/3-03062014-BP-DE.PDF

Der vollständige Bericht zur Standard-Eurobarometer-Befragung 81 setzt sich aus mehreren Teilen zusammen. Der erste Teil widmet sich den wichtigsten Tendenzen der öffentlichen Meinung in der Europäischen Union. Drei weitere Teile stellen die Meinung der Europäer zu folgenden Themen dar: die europäische Bürgerschaft; die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Strategie Europa 2020 und die Lebensbedingungen in der Europäischen Union. Der vorliegende Teil widmet sich dem Zustand der öffentlichen Meinung in der Europäischen Union.

Er untersucht die wichtigsten Tendenzen der europäischen öffentlichen Meinung und ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil befasst sich mit der Frage, wie das Leben in der Europäischen Union von den europäischen Bürgern im Hinblick auf ihre persönliche Situation, die Wirtschaftslage und die politische Situation wahrgenommen wird. Dabei werden folgende Aspekte betrachtet: die finanzielle und persönliche Situation der Bürger, ihre Einschätzung der nationalen und europäischen Wirtschaftslage, ihre größten Sorgen und ihre Erwartungen an die Zukunft. Dieser Teil untersucht auch das Interesse der Bürger an Politik, ihre Meinung über die Richtung, in die sich die Dinge in ihrem Land und in der Europäischen Union entwickeln, und ihr Vertrauen in die Institutionen.

Der zweite Teil des Berichts präsentiert die wichtigsten Indikatoren zum Bild der Europäischen Union und ihrer Institutionen sowie zur Stärke des Vertrauens, das die Bürger in die EU und ihre Institutionen haben. Zunächst betrachtet er das Verhältnis der Europäer zur Europäischen Union. Anschließend werden die Bekanntheit der europäischen Institutionen und der Europäischen Union, das Vertrauen der Europäer in die Einrichtungen der EU und das Wissen der Bürger über die EU analysiert. Nachfolgend befasst sich der Bericht mit der Meinung der Europäer zur Funktionsweise der Demokratie. Auch das Urteil der Bürger darüber, wie ihre persönlichen Interessen und die Interessen ihres Landes von der Europäischen Union berücksichtigt werden, wird in diesem Teil untersucht. Abschließend betrachtet dieser Berichtsteil die Einstellung der Europäer zur Globalisierung.

Der dritte Teil des Berichts analysiert zunächst, inwiefern die Europäer verschiedene Aspekte der europäischen Politik befürworten. Er widmet sich dann der Meinung der Europäer zu den Hauptzielen beim Aufbau Europas, wie sie diese wahrnehmen und welche sie sich für den Aufbauprozess wünschen würden. Schließlich befasst er sich mit der Meinung der Europäer zur Zukunft der Europäischen Union.

Diese Fragen wurden bereits bei den vorangegangenen Befragungen zum Standard-Eurobarometer gestellt, sodass auch eine Analyse der Meinungstendenzen möglich ist.

Die allgemeine Analyse und die soziodemografischen Analysen basieren auf den Ergebnissen für den Durchschnittswert zu den 28 Mitgliedstaaten. Dieser Durchschnittswert ist gewichtet, um der Bevölkerung in den einzelnen Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen. Die Durchschnittswerte zu den vorangegangenen Befragungen weisen die Ergebnisse für alle Staaten aus, die zum Zeitpunkt der jeweiligen Studie Mitglieder der Europäischen Union waren.

Die angewendete Methode entspricht der Vorgehensweise bei den Eurobarometer-Befragungen der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Strategie, Corporate Communication-Maßnahmen und Eurobarometer“)⁶. Technische Hinweise zur Vorgehensweise der Institute des Netzwerks TNS Opinion & Social bei Befragungen finden Sie im Anhang dieses Berichts. Diese Hinweise umfassen auch die Konfidenzintervalle⁷, mit deren Hilfe sich die Genauigkeit der Umfrageergebnisse bewerten lässt, indem man die Anzahl der Befragten der jeweiligen Stichprobe ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerung setzt, die Gegenstand der Studie ist.

Bedeutung der in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen:

ABKÜRZUNGEN			
BE	Belgien	LV	Lettland
BG	Bulgarien	LU	Luxemburg
CZ	Tschechische Republik	HU	Ungarn
DK	Dänemark	MT	Malta
DE	Deutschland	NL	Niederlande
EE	Estland	AT	Österreich
EL	Griechenland	PL	Polen
ES	Spanien	PT	Portugal
FR	Frankreich	RO	Rumänien
HR	Kroatien	SI	Slowenien
IE	Irland	SK	Slowakei
IT	Italien	FI	Finnland
CY	Republik Zypern*	SE	Schweden
LT	Litauen	UK	Vereinigtes Königreich
CY (tcc)	Türkisch-zyprische Gemeinschaft	EU28	Europäische Union - gewichteter Durchschnitt für die 28 Mitgliedstaaten
TR	Türkei	Euro-zone	BE, FR, IT, LU, DE, AT, ES, PT, IE, NL, FI, EL, EE, SI, CY, MT, SK, LV
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien**	Nicht-Euro-zone	BG, CZ, DK, HR, HU, LT, PL, RO, SE, UK
IS	Island		
ME	Montenegro		
RS	Serbien		

* Zypern als Ganzes ist einer der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Der „Acquis communautaire“ (gemeinschaftlicher Besitzstand) ist jedoch in dem Landesteil aufgehoben, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird. Aus praktischen Gründen werden daher nur die Interviews, die im von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil geführt wurden, in der Kategorie „CY“ ausgewiesen und für den Durchschnitt der EU28 berücksichtigt. Die im nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil geführten Interviews werden in der Kategorie „CY(tcc)“ [tcc: turkish cypriot community = türkisch-zyprische Gemeinschaft] ausgewiesen.

** Vorläufige Abkürzung, die nicht dem endgültigen Code für dieses Land vorgreifen soll. Dieser wird nach Abschluss der derzeit bei den Vereinten Nationen laufenden Verhandlungen vereinbart.

* * * * *

Wir möchten uns ausdrücklich bei allen Personen in ganz Europa bedanken, die sich die Zeit genommen haben, an dieser Befragung teilzunehmen.

Ohne ihre aktive Beteiligung wäre diese Studie nicht möglich gewesen.

⁶ http://ec.europa.eu/public_opinion/index_fr.htm

I. DAS LEBEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Die hier analysierte Standard-Eurobarometer-Befragung 81 vom Frühjahr 2014 zeigt im Vergleich zur Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013 (EB80) eine Verbesserung mehrerer Indikatoren:

- Zwar bleibt das Urteil der Befragten zu wirtschaftlichen Themen auf nationaler und europäischer Ebene sowie zu Fragen bezüglich der Beschäftigung mehrheitlich negativ, der Anteil der positiven Einschätzungen steigt jedoch an;
- Auch lässt sich ein merklicher Rückgang der pessimistischen Erwartungen an die Zukunft feststellen, und zwar sowohl im Hinblick auf die persönliche Situation der Europäer als auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen Aussichten für das eigene Land und die EU;
- Wirtschaftliche Themen geben den Europäern auf persönlicher, nationaler und europäischer Ebene weiterhin den größten Anlass zur Sorge, allerdings auf niedrigerem Niveau als bei den vorangegangenen Befragungswellen;
- Zwar vertraut weiterhin nur eine kleine Minderheit den nationalen Institutionen, aber auch hier lässt sich eine leichte Verbesserung festhalten.

Abschließend kann zwar nicht von einer klaren Rückkehr zum Optimismus gesprochen werden, in den Urteilen und Erwartungen der Europäer wird jedoch eine Form der Entspannung erkennbar.

⁷ Die Ergebnistabellen befinden sich im Anhang. Wir möchten darauf hinweisen, dass die Gesamtsumme der Prozentangaben in den Ergebnistabellen zu diesem Bericht mehr als 100% betragen kann, wenn die befragten Personen die Möglichkeit hatten, mehrere Antworten zu einer Frage zu nennen.

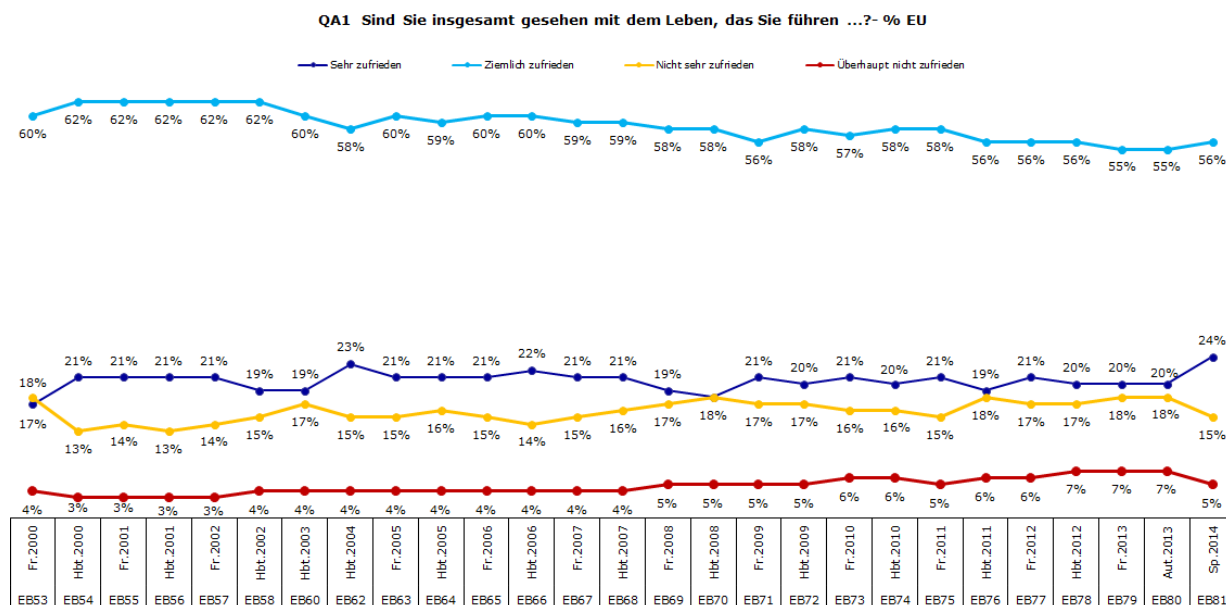
1. DIE PERSÖNLICHEN ASPEKTE

1.1. Die aktuelle persönliche Situation der Europäer

- Die Zufriedenheit der Europäer mit ihrer persönlichen Situation steigt und auch ihre positiven Erwartungen an die Zukunft nehmen zu -

Eine deutliche Mehrheit der Europäer zeigt sich mit ihrem Leben zufrieden, wobei diese Zufriedenheit im Vergleich zur Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013 (EB80) zunimmt⁸: 80% zeigen sich mit dem Leben, das sie führen, zufrieden, was einem Zuwachs von fünf Prozentpunkten entspricht. Annähernd ein Viertel der Europäer gibt an, „sehr zufrieden“ zu sein (24%, +4). Lediglich zwei von zehn Europäern bezeichnen sich als „unzufrieden“ (20%, -5).

Eine derart hohe Zufriedenheit mit dem eigenen Leben war seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2007 (EB68) nicht mehr erreicht worden.



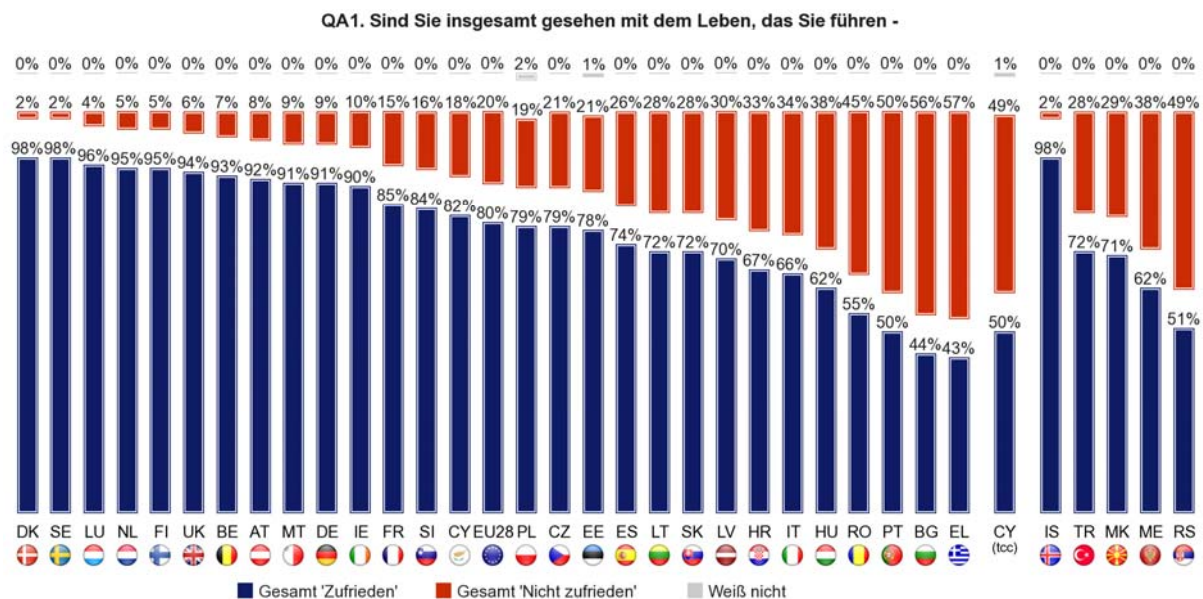
In 25 Mitgliedstaaten (im Vergleich zu 23 im Herbst 2013) ist eine Mehrheit der Befragten mit dem Leben, das sie führen, zufrieden. Besonders hoch ist diese Zufriedenheit in Dänemark (98%, +1 Prozentpunkt im Vergleich zum Herbst 2013), in Schweden (98%, +1), in Luxemburg (96%, +3), in den Niederlanden (95%, +1) und in Finnland (95%, +1).

In zwei Mitgliedstaaten überwiegt dagegen die Unzufriedenheit, nämlich in Bulgarien (44% insgesamt „zufrieden“, +9 Prozentpunkte, gegenüber 56% insgesamt „nicht zufrieden“, -8) und in Griechenland (43%, +5, gegenüber 57%, -5). In Portugal zeigt sich das Urteil der Befragten nach einer äußerst positiven Entwicklung vollkommen ausgeglichen (50%, +11 gegenüber 50%, -11).

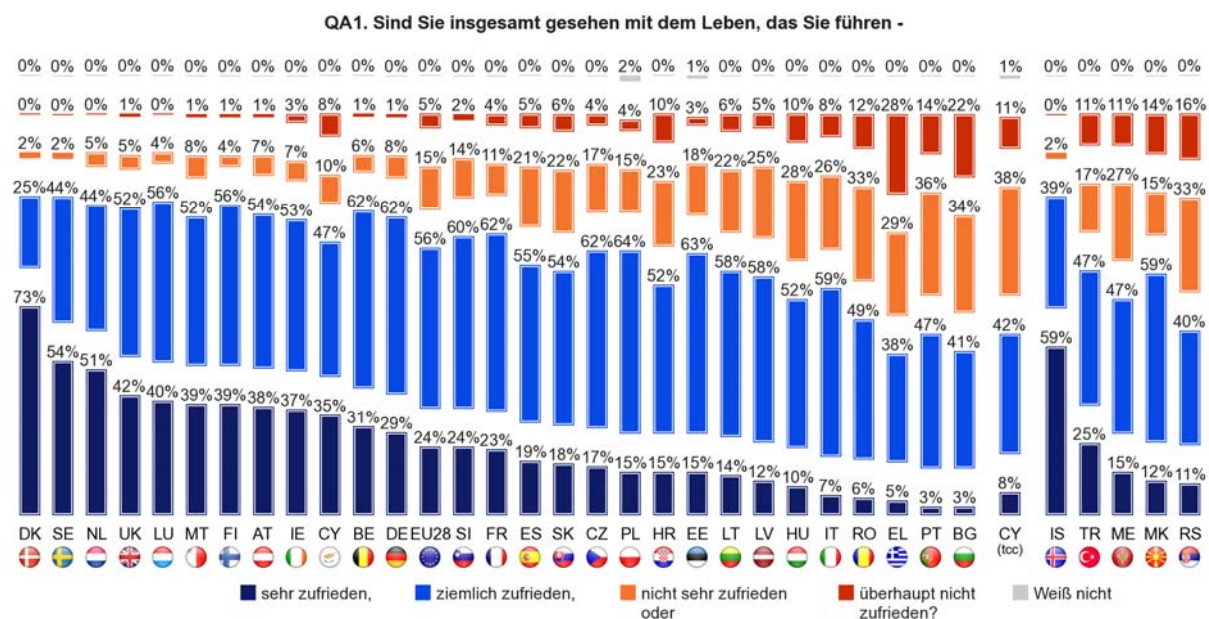
⁸ Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen ...? Sehr zufrieden; Ziemlich zufrieden; Nicht sehr zufrieden; Überhaupt nicht zufrieden.

Die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben steigt im Vergleich zur Standard-Eurobarometer Befragung vom Herbst 2013 in einer Mehrheit der Länder an. Dies gilt insbesondere für Ungarn (62%, +13 Prozentpunkte), Zypern (82%, +13), Italien (66%, +12) und Portugal (50%, +11).

Der Abstand zwischen den höchsten Anteilen der Zufriedenheit (98% in Dänemark und Schweden) und dem geringsten Anteil zufriedener Bürger (43% in Griechenland) bleibt sehr groß, verringert sich allerdings im Vergleich zum Herbst 2013 merklich (55%, -7 Prozentpunkte).



Gruppierung: „Insgesamt ‚Zufrieden‘ = Sehr zufrieden + Ziemlich zufrieden“;
 „Insgesamt ‚Nicht zufrieden‘ = Nicht sehr zufrieden + Überhaupt nicht zufrieden“

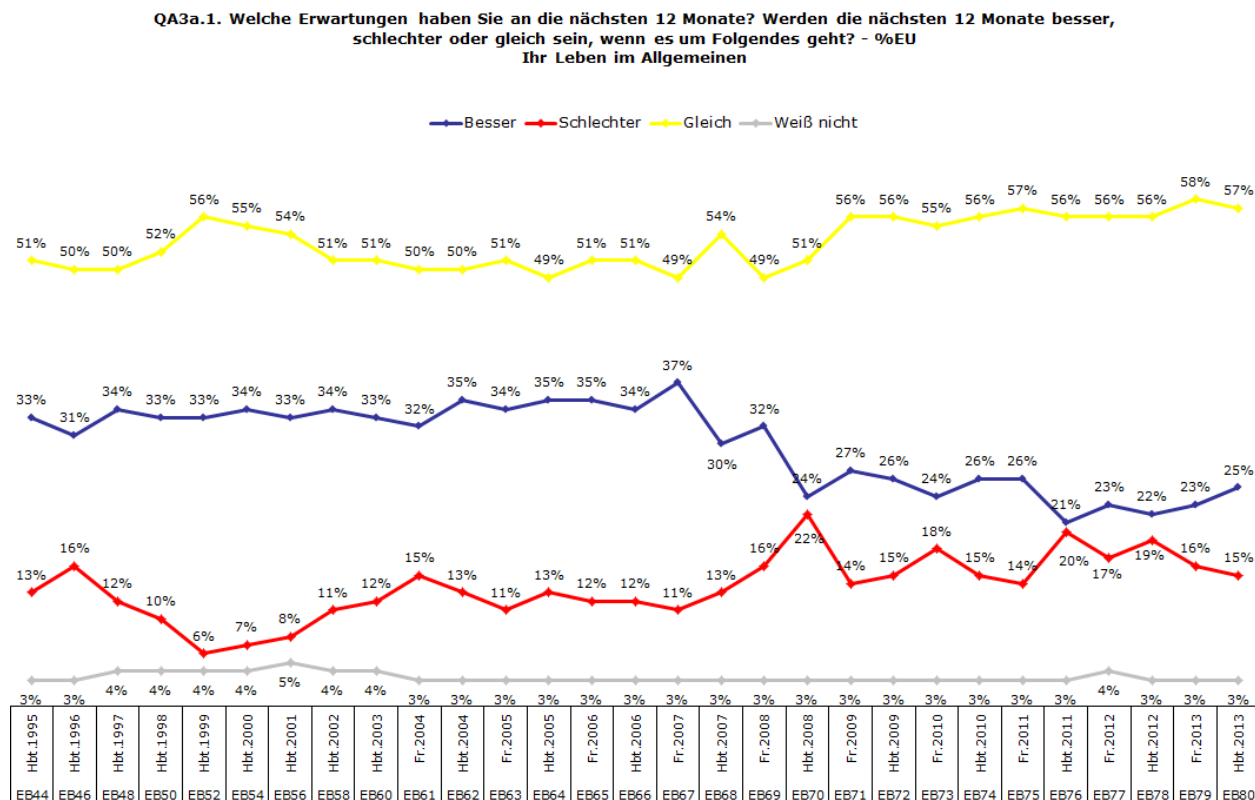


Die Ergebnisse im Detail

In den Kandidatenländern:

- Derzeit zeigen sich die Bürger aller fünf Kandidatenländern mehrheitlich mit dem Leben, das sie führen, zufrieden, aufgrund ansteigender Zufriedenheitswerte in den meisten dieser Länder;
- Besonders hoch ist die Zufriedenheit in Island (98%, unverändert). In der Türkei (72%, +5 Prozentpunkte) sowie in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (71%, +7) liegt sie aktuell über 70%;
- Auch in Montenegro (62%, +18) und in Serbien (51%, +10) zeigt sich nunmehr eine Mehrheit der Befragten mit dem Leben, das sie führen, zufrieden.

Bittet man die Europäer, ihre Erwartungen an die nächsten 12 Monate zu formulieren, so weisen die Aussagen auf einen seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2012 (EB78)⁹ kontinuierlich steigenden Optimismus hin: 27% der Europäer denken, dass die nächsten 12 Monate im Hinblick auf ihr Leben im Allgemeinen „besser“ sein werden (+2 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013 und +5 im Vergleich zum Herbst 2012). Eine Mehrheit der Befragten glaubt jedoch weiterhin, dass die nächsten 12 Monate „gleich“ bleiben werden (59%, +2 im Vergleich zum Herbst 2013). Die pessimistischen Erwartungen gehen merklich zurück: 10% der Europäer meinen derzeit, dass die nächsten 12 Monate „schlechter“ sein werden als zuvor (-5).



⁹ QA3a.1: Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht? Die wirtschaftliche Lage in (UNSEREM LAND)

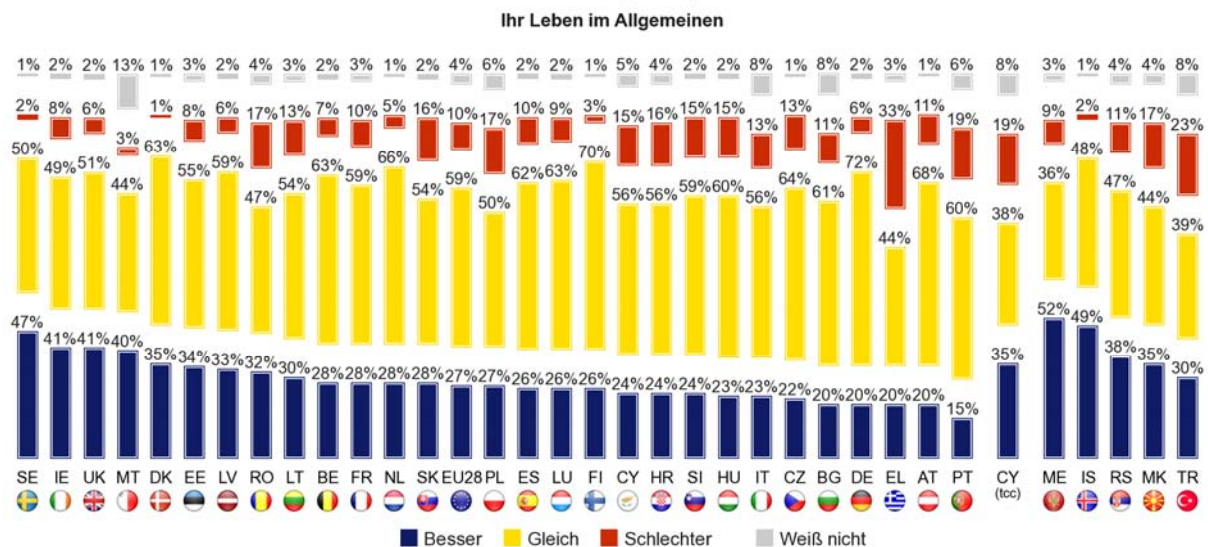
In Schweden (47% der Befragten in diesem Land glauben, dass die nächsten 12 Monate „besser“ sein werden), in Irland (41%) und im Vereinigten Königreich (41%) sind die optimistischen Einstellungen zur Zukunft am deutlichsten ausgeprägt.

Trotz eines im Vergleich zum Herbst 2013 beachtlichen Rückgangs der pessimistischen Erwartungen zeigen sich die Befragten in Griechenland weiterhin deutlich pessimistischer als der Durchschnitt (33% denken, dass die nächsten 12 Monate „schlechter“ sein werden, -9 Prozentpunkte).

In einer Mehrheit der Mitgliedstaaten und insbesondere auf Zypern (24%, +13 Prozentpunkte), in Irland (41%, +10) und in Bulgarien (20%, +8) nehmen die optimistischen Erwartungen an die nächsten 12 Monate zu.

In den fünf Kandidatenländern liegt der Anteil der optimistischen Erwartungen über dem europäischen Durchschnitt. In Montenegro ist dieser Optimismus besonders ausgeprägt (52% der Befragten denken, dass die nächsten 12 Monate besser sein werden); Platz zwei dieser Rangfolge belegt Island (49%). Es folgen Serbien (38%), die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (35%) und die Türkei (30%).

QA3a.1. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?






































Der Optimismusindex für die nächsten 12 Monate¹⁰ liegt bei +17 Prozentpunkten. Dies entspricht einem Anstieg um sieben Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013 und um 14 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2012.

In 26 Mitgliedstaaten ist dieser Index derzeit positiv (im Vergleich zu 20 Mitgliedstaaten im Herbst 2013), wobei die höchsten Werte in Schweden (+45), auf Malta (+37) und im Vereinigten Königreich (+35) erzielt werden. Trotz wesentlicher Verbesserungen bleibt der Optimismusindex zum Leben der Befragten in Portugal (-4 nach einer Steigerung um +17 Prozentpunkte) und in Griechenland (-13, +14 Prozentpunkte) negativ.

Die Länder, in denen sich der Optimismusindex am deutlichsten verbessern kann, sind Zypern (+35 Prozentpunkte), Irland (+17 Prozentpunkte), Slowenien (+16 Prozentpunkte), Griechenland (+14 Prozentpunkte), Bulgarien (+13 Prozentpunkte), Italien (+13 Prozentpunkte) und die Tschechische Republik (+12 Prozentpunkte).

QA3.1. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

Ihr Leben im Allgemeinen

	Besser - Schlechter EB80	Besser - Schlechter EB81	Unt. EB81-EB80
 EU28	+10	+17	+7
 CY	-26	+9	+35
 IE	+16	+33	+17
 PT	-21	-4	+17
 SI	-7	+9	+16
 EL	-27	-13	+14
 BG	-4	+9	+13
 IT	-3	+10	+13
 CZ	-3	+9	+12
 HU	0	+8	+8
 RO	+7	+15	+8
 UK	+27	+35	+8
 BE	+14	+21	+7
 SK	+5	+12	+7
 SE	+38	+45	+7
 ES	+10	+16	+6
 PL	+4	+10	+6
 DE	+9	+14	+5
 DK	+30	+34	+4
 LV	+23	+27	+4
 NL	+19	+23	+4
 HR	+5	+8	+3
 LT	+15	+17	+2
 MT	+35	+37	+2
 FR	+17	+18	+1
 LU	+18	+17	-1
 AT	+12	+9	-3
 FI	+26	+23	-3
 EE	+31	+26	-5
 CY (tcc)	+7	+16	+9
 RS	+12	+27	+15
 ME	+33	+43	+10
 TR	-2	+7	+9
 MK	+11	+18	+7
 IS	+40	+47	+7

¹⁰ Differenz zwischen dem Anteil der Befragten, die „besser“ antworten, und jenen, die „schlechter“ antworten.

Analysiert man diese Ergebnisse **nach soziodemografischen Kategorien**, so zeigt sich eine Reihe von Unterschieden. Am zufriedensten mit dem Leben, das sie führen, sind junge Befragte (91% der 15–24-jährigen, 92% der Studenten); Befragte, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder länger fortgesetzt haben (87%), leitende Angestellte (93%) und Befragte, die nahezu nie Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben (90%).

Die optimistischsten Erwartungen an die nächsten 12 Monate hegen junge Befragte (50% der 15–24-jährigen denken, dass die nächsten 12 Monate besser sein werden) und Studenten (48%), aber auch Arbeitslose (36%).

QA1. Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen ...?












QA3.1. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate?
Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

				Ihr Leben im Allgemeinen			
	Gesamt "zufrieden"	Gesamt "nicht zufrieden"	Weiß nicht	Besser	Schlechter	Gleich	Weiß nicht
EU28	80%	20%	-	27%	10%	59%	4%
Geschlecht							
Mann	81%	19%	-	28%	11%	58%	3%
Frau	80%	20%	-	26%	10%	60%	4%
Alter							
15-24	91%	9%	-	50%	5%	43%	2%
25-39	82%	18%	-	37%	9%	50%	4%
40-54	78%	22%	-	25%	11%	61%	3%
55 +	76%	24%	-	14%	13%	70%	3%
Ausbildung (Ende der)							
15-	69%	31%	-	16%	15%	65%	4%
16-19	77%	22%	1%	25%	11%	60%	4%
20+	87%	13%	-	31%	8%	59%	2%
Studiert noch	92%	8%	-	48%	4%	46%	2%
Sozio-professionelle Kategorie							
Selbstständige	84%	16%	-	34%	9%	54%	3%
Leitende Angestellte	93%	7%	-	30%	6%	62%	2%
Andere Angestellte	85%	15%	-	30%	8%	59%	3%
Arbeiterinnen	81%	19%	-	29%	10%	58%	3%
Hausfrauen / -männer	76%	24%	-	23%	12%	61%	4%
Arbeitslose	58%	42%	-	36%	17%	41%	6%
Rentner / Pensionäre	77%	23%	-	12%	13%	71%	4%
Schüler / Studenten	92%	8%	-	48%	4%	46%	2%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen							
Meistens	46%	54%	-	23%	23%	50%	4%
Gelegentlich	72%	28%	-	29%	14%	52%	5%
Nahezu nie/ Nie	90%	10%	-	27%	7%	63%	3%
Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala							
Niedrig (1-4)	57%	42%	1%	21%	19%	55%	5%
Mittel (5-6)	84%	16%	-	27%	9%	60%	4%
Hoch (7-10)	91%	9%	-	33%	6%	60%	1%

Die nachstehenden Tabellen zeigen die nach soziodemografischen Kriterien aufgeschlüsselten Ergebnisse zum Durchschnitt der gesamten Europäischen Union (EU28), zu den sechs größten EU-Ländern und zu vier von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffenen Ländern.

QA1. Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen ...?

Gesamt "zufrieden"

EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
										
80%	91%	74%	85%	90%	66%	94%	43%	79%	50%	82%

Geschlecht											
Männlich	81%	91%	75%	87%	91%	66%	93%	46%	80%	53%	83%
Weiblich	80%	92%	75%	84%	89%	65%	95%	41%	79%	46%	80%
Alter											
15-24	91%	93%	86%	96%	96%	83%	97%	69%	93%	74%	94%
25-39	82%	89%	75%	89%	90%	69%	96%	51%	86%	56%	87%
40-54	78%	93%	73%	79%	86%	66%	90%	42%	75%	45%	75%
55 +	76%	90%	72%	83%	90%	59%	93%	32%	69%	40%	75%
Ausbildung (Ende der)											
15-	69%	92%	69%	79%	86%	51%	89%	23%	57%	40%	65%
16-19	77%	90%	75%	81%	88%	66%	93%	40%	72%	50%	78%
20+	87%	95%	81%	88%	93%	72%	97%	53%	87%	62%	92%
Studiert noch	92%	94%	86%	97%	92%	86%	96%	75%	99%	84%	96%
Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	84%	95%	79%	95%	85%	80%	94%	40%	90%	46%	81%
Leitende Angestellte	93%	96%	96%	89%	96%	77%	98%	73%	92%	61%	94%
Andere Angestellte	85%	97%	92%	90%	93%	69%	96%	42%	87%	64%	86%
Arbeiter	81%	92%	80%	82%	92%	66%	92%	51%	77%	51%	84%
Hausfrauen / -männer	76%	90%	72%	86%	87%	63%	92%	41%	83%	49%	69%
Arbeitslose	58%	65%	58%	62%	79%	36%	90%	31%	63%	34%	70%
Rentner / Pensionäre	77%	91%	74%	86%	88%	59%	92%	35%	69%	43%	71%
Schüler / Studenten	92%	94%	86%	97%	92%	86%	96%	75%	99%	84%	96%

1.2. Bewertung der beruflichen und finanziellen Situation

- Das Urteil und die Erwartungen der Europäer im Hinblick auf ihre finanzielle und berufliche Situation verbessern sich leicht -

1.2.1. Die finanzielle Situation des eigenen Haushalts

Im Vergleich zur Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013 **beurteilen die Europäer die finanzielle Situation ihres Haushalts** besser¹¹: 66% schätzen sie als „gut“ ein, was einem Anstieg um drei Prozentpunkte entspricht (gegenüber 31% „schlecht“, -4 Prozentpunkte).

In 22 Mitgliedstaaten ist eine Mehrheit der Befragten mit der finanziellen Situation des eigenen Haushalts zufrieden. In 10 Mitgliedstaaten trifft dies sogar auf mehr als drei Viertel der Befragten zu: in Dänemark (91%), in Luxemburg (90%), in Schweden (90%), in Finnland (88%), in den Niederlanden (85%), auf Malta (82%), in Belgien (79%), in Deutschland (79%), im Vereinigten Königreich (79%) und in Österreich (76%).

Die Befragten in Griechenland (67%), Bulgarien (57%), Ungarn (57%), Portugal (53%) und Kroatien (51%) beurteilen die finanzielle Situation des eigenen Haushalts hingegen überwiegend als „schlecht“. In Rumänien zeigt sich die öffentliche Meinung in diesem Punkt vollkommen ausgewogen (50% „gut“ gegenüber 50% „schlecht“).

Die Erwartungen der Europäer an die nächsten 12 Monate fallen weniger pessimistisch aus als zuvor: Eine große Mehrheit, die im Vergleich zum Herbst 2013 weiter zugenommen hat, rechnet damit, dass die finanzielle Situation ihres Haushalts „gleich“ bleiben wird (62%, +3 Prozentpunkte). Die optimistischen Erwartungen nehmen ebenfalls zu (21% der befragten Europäer erwarten, dass die nächsten 12 Monate „besser“ sein werden, +2). Der Anteil der Europäer, der davon ausgeht, dass die nächsten 12 Monate „schlechter“ sein werden, geht deutlich zurück (14%, -5).

Auf Malta (+27) und in Schweden (+26) erreicht der Optimismusindex besonders hohe Werte. Deutlich negativ ist er hingegen in Griechenland (-24), das gemeinsam mit Portugal (-9), der Tschechischen Republik (-4) und Kroatien (-3) die Gruppe der vier Mitgliedstaaten bildet, in denen dieser Index derzeit negativ ist.



































Wie schon im Herbst 2013 verbessert sich der Optimismusindex jedoch in einer Mehrheit der Länder (insgesamt 22, gegenüber 18 im Herbst 2013). Dies gilt vor allem für Zypern (+47 Prozentpunkte), Slowenien (+22 Prozentpunkte), Portugal (+21 Prozentpunkte) und Italien (+21 Prozentpunkte).

¹¹ QA3a.3: Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

Der Optimismusindex ist in allen **Kandidatenländern** positiv, insbesondere in Montenegro (+42), wo er im Vergleich zum Herbst 2013 (+15 Prozentpunkte) wesentlich steigt. Der Index verbessert sich zudem in Serbien (um +14 Prozentpunkte auf +21) und, wenn auch in geringerem Maße, in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (um +6 Prozentpunkte auf +11), in Island (um +4 Prozentpunkte auf +27) sowie in der Türkei (um +4 Prozentpunkte auf +4).

QA3.3. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

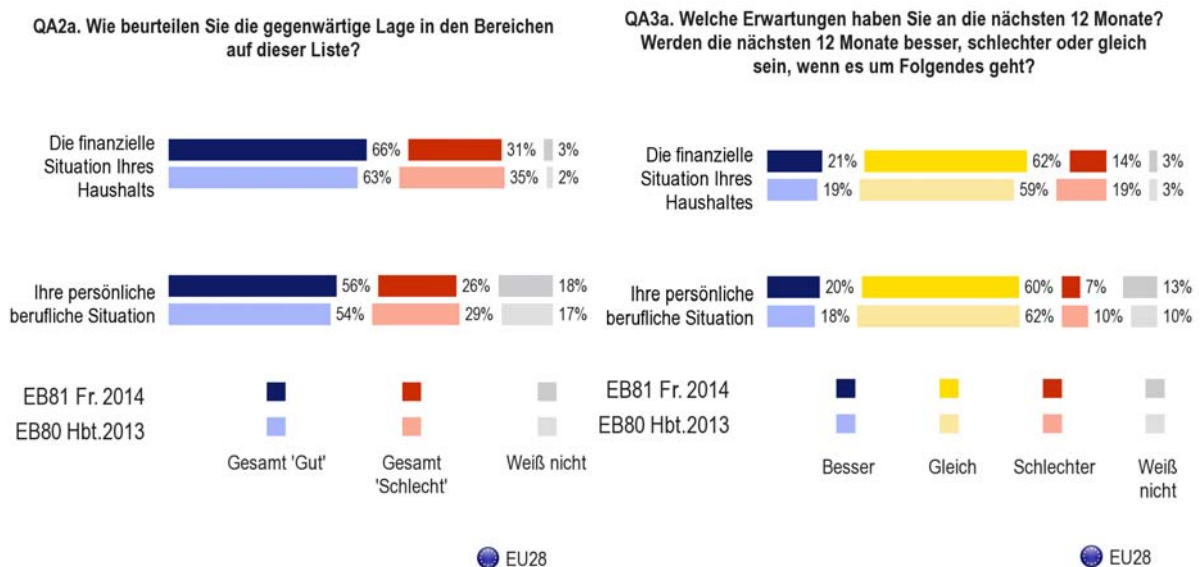
Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes

		Besser - Schlechter EB80	Besser - Schlechter EB81	Unt. EB81- EB80
	EU28	0	+7	+7
	CY	-46	+1	+47
	SI	-21	+1	+22
	IT	-16	+5	+21
	PT	-30	-9	+21
	EL	-40	-24	+16
	BG	-9	+5	+14
	IE	=	+14	+14
	CZ	-13	-4	+9
	RO	+4	+13	+9
	NL	+3	+11	+8
	DE	+1	+8	+7
	ES	+3	+10	+7
	BE	+5	+11	+6
	SK	-2	+2	+4
	UK	+14	+18	+4
	FR	+4	+7	+3
	LV	+17	+20	+3
	HU	-3	=	+3
	SE	+23	+26	+3
	DK	+20	+22	+2
	PL	-2	=	+2
	MT	+26	+27	+1
	LT	+12	+11	-1
	LU	+10	+9	-1
	HR	-1	-3	-2
	FI	+17	+14	-3
	EE	+25	+20	-5
	AT	+8	+3	-5
	CY (tcc)	-2	+9	+11
	ME	+27	+42	+15
	RS	+7	+21	+14
	MK	+5	+11	+6
	IS	+23	+27	+4
	TR	=	+4	+4

1.2.2. Die berufliche Situation

Die Zufriedenheit der Europäer mit ihrer beruflichen Situation¹² bleibt zwar etwas hinter der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation ihres Haushalts zurück, nimmt jedoch ebenfalls zu: 56% der Befragten beurteilen ihre berufliche Situation als „gut“ (+2 Prozentpunkte im Vergleich zur Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013, gegenüber 26%, die sie als „schlecht“ beurteilen, -3).

Die positiven Erwartungen an die Zukunft nehmen leicht zu: eine Mehrheit geht weiterhin davon aus, dass die nächsten 12 Monate gleich bleiben werden (60%, -2 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013), aber einer von fünf Europäern rechnet derzeit damit, dass die nächsten 12 Monate im Hinblick auf die persönliche berufliche Situation besser sein werden (20%, +2). Der Pessimismus bleibt unterhalb des symbolischen Schwellenwerts von 10% (7%, -3).



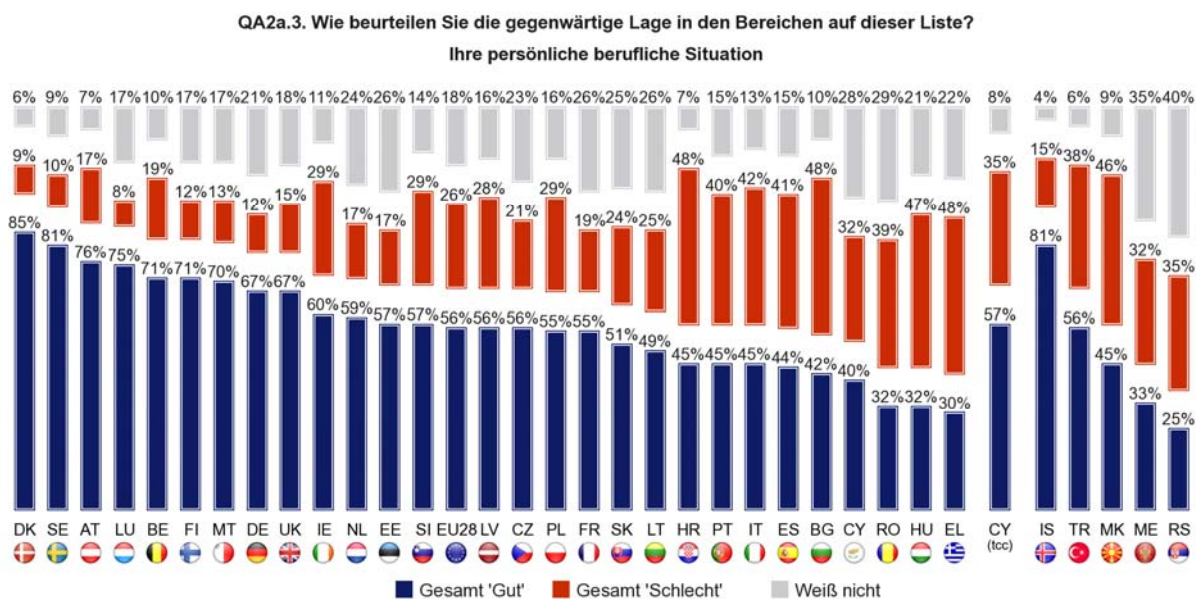
Die Anzahl der Mitgliedstaaten, in denen die Befragten mehrheitlich mit ihrer beruflichen Situation zufrieden sind, nimmt zu (23 im Vergleich zu 20 im Herbst 2013). In Dänemark (85%), Schweden (81%), Österreich (76%) und Luxemburg (75%) ist diese Zufriedenheit besonders hoch. In Griechenland (30%), Ungarn (32%) und Rumänien (32%) fällt sie am niedrigsten aus.

Auf Zypern (40%, +13), in Portugal (45%, +10), in Bulgarien (42%, +9), in Irland (60%, +9) und in Griechenland (30%, +8) nimmt die Zufriedenheit mit der persönlichen beruflichen Situation wesentlich zu.

¹² QA2a: Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? Ihre persönliche berufliche Situation/Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes

In den Kandidatenländern zeigen sich sehr unterschiedliche Situationen:

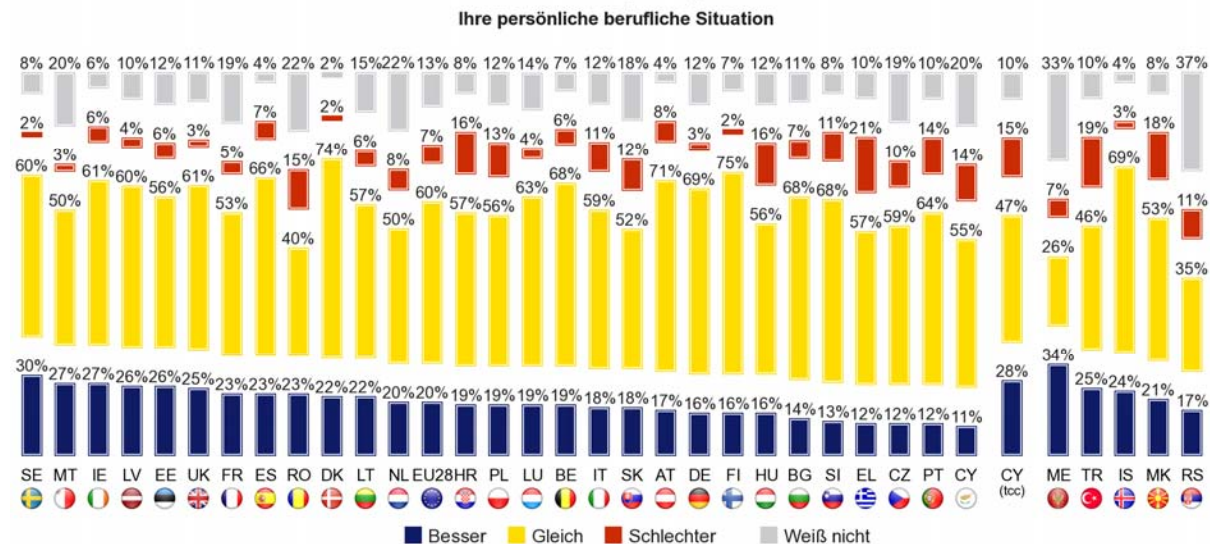
- In Island (81%, unverändert) überwiegt sehr deutlich die Zufriedenheit mit der persönlichen beruflichen Situation. In geringerem Maße gilt dies auch für die Türkei (56%, +7 Prozentpunkte);
- In Montenegro (33% gegenüber 32% „nicht zufrieden“ und 35% „Weiß nicht“) sowie in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (45% gegenüber 46%) zeigt sich die öffentliche Meinung gespalten. In Serbien (25% gegenüber 35%) ist nur eine Minderheit zufrieden, eine Mehrheit der Befragten äußert in diesem Land keine Meinung (40%).



In 24 Mitgliedstaaten (im Vergleich zu 21 im Herbst 2013) blickt eine Mehrheit der Befragten mit positiven Erwartungen in die Zukunft. Der Optimismusindex steigt in einer großen Mehrheit der Länder an, am deutlichsten auf Zypern (+20 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013), in Italien (+15), in Portugal (+13), in Slowenien (+12), in Griechenland (+11) und in Irland (+10). In fünf Ländern fällt der Indexwert: besonders deutlich in Estland (-4), in Luxemburg (-4) und in Österreich (-4).

Der Optimismusindex ist in allen Kandidatenländern positiv und kann dabei in der Türkei (+14 Prozentpunkte auf +6) und in Montenegro (+12 Prozentpunkte auf +27) die größten Zugewinne verzeichnen.

QA3a.5. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?



Die Zufriedenheit der Befragten mit ihrer finanziellen und beruflichen Situation variiert zwischen den verschiedenen soziodemografischen Kategorien: unter den Europäern, die am längsten studiert haben (bis zum Alter von 20 Jahren und länger), den leitenden Angestellten und den Befragten, die sich zur Oberschicht der Gesellschaft zählen, ist sie höher ausgeprägt als in anderen Kategorien.

Wie schon bei den vorangegangenen Befragungen rechnen die jungen Befragten, die Studenten und die Arbeitslosen am häufigsten mit einer Verbesserung ihrer finanziellen und beruflichen Situation innerhalb der kommenden 12 Monate.

1.3. Die Sorgen der Europäer

- Steigende Preise sind auch weiterhin die größte Sorge der Europäer auf persönlicher Ebene, obwohl der Anteil dieses Items stark zurückgeht -

Die Rangfolge der Probleme, mit denen die Europäer sich persönlich konfrontiert sehen, zeigt sich im Vergleich zum Herbst 2013 nicht grundlegend verändert, weist aber einige Entwicklungen auf¹³.

Steigende Preise bleiben die wichtigste Sorge der Europäer auf persönlichem Niveau. Diese Antwort wird allerdings wesentlich seltener genannt als im Herbst 2013 (32%, -8 Prozentpunkte).

Die Arbeitslosigkeit bleibt eine häufige Antwort (21%, +1) und platziert sich in der Rangfolge vor Steuern (17%, unverändert) und der finanzielle Lage des eigenen Haushalts (16%, unverändert).

Die wirtschaftliche Lage des eigenen Landes zählt zwar weiterhin zu den wichtigsten Probleme der Europäer, wird aber etwas seltener genannt als im Herbst 2013: mit 15% (-2) erreicht dieses Item derzeit den gleichen Anteil wie die **Gesundheit und Krankenversicherung** (15%, unverändert) und die **Renten**, einem Thema, um das sich mehr Europäer sorgen als zuvor (15%, +2).

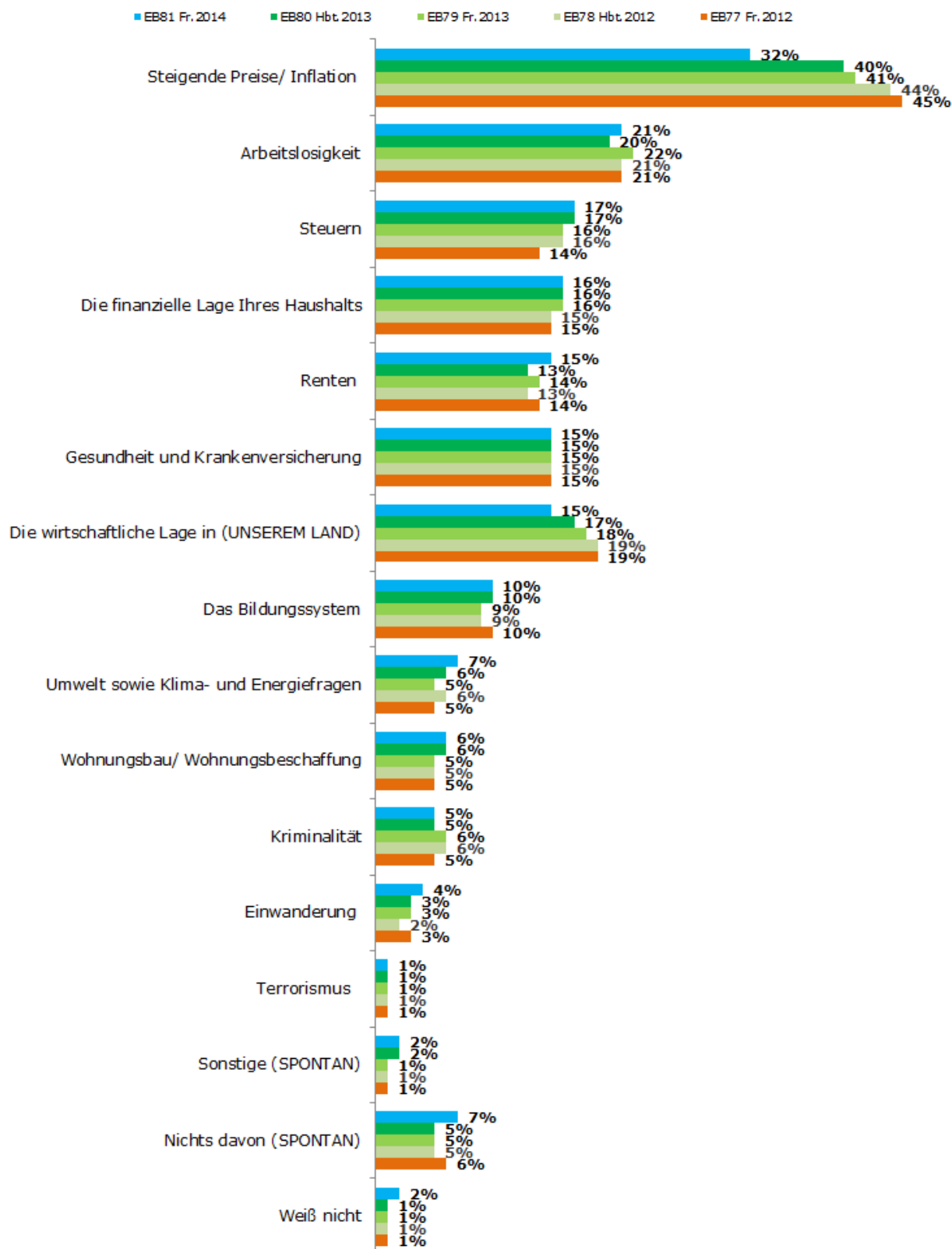
Das Bildungssystem wird ähnlich häufig genannt wie im Herbst 2013 (10%, unverändert) und platziert sich vor den Themen **Umwelt sowie Klima- und Energiefragen** (7%, +1) und **Wohnungsbau/Wohnraumsbeschaffung** (6%, =).

Es folgen **Kriminalität** (5%, =), **Einwanderung** (4%, +1) und, mit sehr geringem Anteil, **Terrorismus** (1%, =).

Schließlich nimmt der Anteil der Befragten, die spontan angeben, von **keinem** dieser Probleme betroffen zu sein, leicht zu (7%, +2).

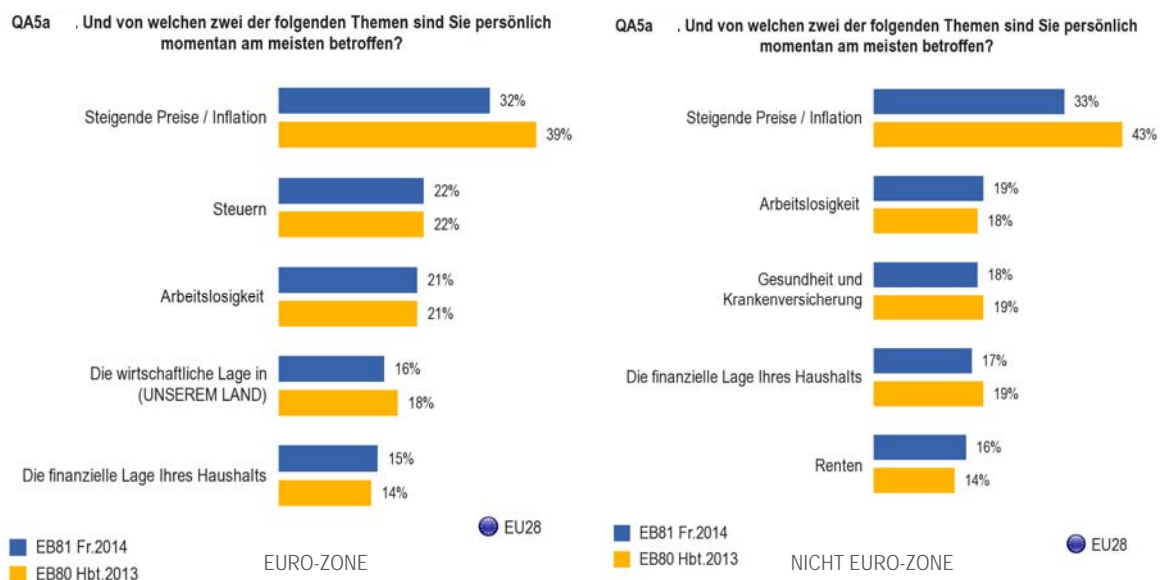
¹³ QA5a: Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?

QA5a. Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen? (MAX. 2 NENNUNGEN) - %EU



Auch weiterhin unterscheiden sich die Antworten der Befragten in den Ländern der Eurozone und den Ländern außerhalb der Eurozone, die Differenzen fallen jedoch im Vergleich zum Herbst 2013 geringer aus:

- **Steigende Preise** belegen in beiden Gruppen mit ähnlich hohen Anteilen Platz eins auf der Liste der Probleme, von denen sich die Befragten persönlich betroffen fühlen (32%, -7 Prozentpunkte in den Ländern der Eurozone und 33%, -10 außerhalb der Eurozone);
- Auch **die Arbeitslosigkeit** gehört in beiden Ländergruppen zu den drei Themen, um die sich die Befragten am häufigsten sorgen (21%, unverändert, in der Eurozone und 19%, +1, außerhalb der Eurozone);
- Die Befragten in den Ländern der Eurozone geben jedoch häufiger an, sich um die **Steuern** (22%, unverändert) und **die wirtschaftliche Lage des Landes** (16%, -2) Sorgen zu machen, während die Befragten in den Ländern außerhalb der Eurozone häufiger die Themen **Gesundheit und Krankenversicherung** (18%, -1) und **Renten** (16%, +2) nennen.



Die fünf innerhalb und außerhalb der Eurozone am häufigsten genannten Items

Steigende Preise belegen in 19 Mitgliedstaaten Platz eins der Probleme, von denen sich die Befragten persönlich betroffen sehen. Vor allem in Litauen (56%, -4 Prozentpunkte), in Portugal (47%, unverändert), in der Tschechischen Republik (45%, -12), in Estland (45%, -12) und in Rumänien (45%, -5) wird dieses Item erneut sehr häufig genannt. In Schweden (3%, unverändert), Dänemark (15%, -3) und den Niederlanden (16%, -6) hingegen fällt sein Anteil sehr viel geringer aus.

In mehreren Mitgliedstaaten geht die Sorge um steigende Preise deutlich zurück, nämlich in Polen (30%, -21 Prozentpunkte), in der Slowakei (41%, -19), in Österreich (35%, -19), auf Malta (26%, -15), in Ungarn (36%, -14), in Italien (29%, -12), in Estland (45%, -12) und in der Tschechischen Republik (45%, -12).

Die Arbeitslosigkeit ist in zwei Mitgliedstaaten die größte Sorge der Befragten, nämlich in Spanien (40%, +1 Prozentpunkt) und in Slowenien (23%, unverändert). Auch auf Zypern (36%, -2), in Italien (34%, +9), in Portugal (29%, =), in Griechenland (28%, -2), in Kroatien (28%, -2), in Polen (27%, +5) und in Ungarn (26%, +2) nennt mehr als ein Viertel der Befragten dieses Thema.

In Italien steigt sein Anteil im Vergleich zum Herbst 2013 deutlich an (34%, +9). In Irland hingegen gibt es derzeit wesentlich seltener Anlass zur Sorge als zuvor (25%, -8).

Steuern sind das größte Problem, mit dem sich die Befragten in Italien (40%, +2 Prozentpunkte) und Griechenland (33%, -3) persönlich konfrontiert sehen. In Frankreich (21%, -9) und Litauen (30%, -7) werden sie hingegen wesentlich seltener genannt als im Herbst 2013.

Die finanzielle Situation des eigenen Haushalts ist die größte Sorge der Befragten auf Zypern (40%, -3 Prozentpunkte), wo auch die wirtschaftliche Lage des Landes häufig genannt wird (35%, +4). Letztere führt in Bulgarien die Rangfolge der Probleme an (28%, unverändert), und liegt dabei gleichauf mit der Sorge um steigende Preise (28%, -7).

Gesundheit und Krankenversicherung sind in vier Mitgliedstaaten das Problem, von dem sich die Befragten am häufigsten persönlich betroffen sehen: in Finnland (37%, -2 Prozentpunkte), in Schweden (37%, -6), in den Niederlanden (35%, +5) und in Dänemark (17%, unverändert). Auch in Griechenland (18%, +7) und in Slowenien (17%, +7) sorgen sich mehr Befragte als zuvor um dieses Thema.

Renten werden in Estland (20%, +2 Prozentpunkte) und Slowenien (19%, +2), aber auch in Lettland (19%, +9) und Rumänien (19%, +5) überdurchschnittlich häufig genannt. Der Anteil dieses Themas nimmt in diesen Ländern im Vergleich zum Herbst 2013 deutlich zu.

Schweden hebt sich auch bei dieser Befragung durch die wesentlich ausgeprägtere Sorge der dortigen Befragten um **Umwelt sowie Klima- und Energiefragen** (31%, +7 Prozentpunkte) und **das Bildungssystem** (27%, -8) von den anderen Ländern ab.

In Luxemburg (16%, -2 Prozentpunkte) wird **Wohnungsbau/Wohnraumbeschaffung** überdurchschnittlich häufig als Problem bezeichnet. In Ungarn ist es die **Kriminalität** (12%, +6).

Auf Malta sorgen sich zwei von zehn Befragten um das Thema **Einwanderung** (20%, +6 Prozentpunkte).

In den Kandidatenländern:

- Die Arbeitslosigkeit steht in vier Ländern an der Spitze der Themen, die den Befragten Anlass zur Sorge im Hinblick auf ihr eigenes Leben geben, nämlich in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (44%, -2 Prozentpunkte), in der Türkei (41%, +4), in Montenegro (39%, +10) und in Serbien (35%, +3);
- In Island sorgen sich die Befragten in erster Linie um steigende Preise (35%, -3 Prozentpunkte), aber auch Gesundheit und Krankenversicherung (28%, unverändert) und das Bildungssystem (23%, +6) werden häufig genannt;
- In der Türkei belegt der Terrorismus (23%, +5 Prozentpunkte) hinter der Arbeitslosigkeit Platz zwei in der Rangfolge der Probleme, von denen sich die Befragten persönlich betroffen fühlen.

QA5. Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?

	Steigende Preise/ Inflation	Arbeitslosigkeit	Steuern	Die finanzielle Lage Ihres Haushalts	Die wirtschaftliche Lage in (UNSEREM LAND)	Gesundheit und Krankenversicherung	Renten	Das Bildungssystem	Umwelt sowie Klima- und Energiefragen	Wohnungsbau/ Wohnungsbeschaffung	Kriminalität	Einwanderung	Terrorismus
EU28	32%	21%	17%	16%	15%	15%	15%	10%	7%	6%	5%	4%	1%
BE	36%	16%	22%	12%	14%	9%	13%	8%	12%	7%	11%	8%	2%
BG	28%	24%	5%	22%	28%	23%	19%	7%	3%	2%	6%	3%	0%
CZ	45%	13%	10%	21%	12%	17%	15%	5%	6%	11%	7%	2%	1%
DK	15%	16%	7%	13%	8%	17%	12%	12%	11%	9%	8%	6%	2%
DE	34%	8%	14%	12%	6%	16%	18%	14%	9%	6%	5%	3%	2%
EE	45%	10%	16%	18%	13%	23%	20%	14%	4%	5%	2%	1%	0%
IE	31%	25%	25%	19%	20%	18%	7%	11%	4%	8%	7%	3%	1%
EL	20%	28%	33%	26%	28%	18%	16%	8%	2%	1%	5%	3%	1%
ES	25%	40%	17%	16%	27%	12%	12%	12%	2%	5%	2%	1%	0%
FR	40%	15%	21%	17%	13%	10%	14%	10%	8%	5%	9%	3%	1%
HR	36%	28%	10%	29%	28%	11%	10%	4%	3%	5%	3%	0%	0%
IT	29%	34%	40%	14%	20%	7%	9%	5%	4%	2%	5%	8%	3%
CY	18%	36%	6%	40%	35%	11%	5%	8%	1%	4%	6%	1%	0%
LV	43%	16%	15%	16%	20%	25%	19%	9%	1%	7%	2%	2%	0%
LT	56%	15%	30%	14%	13%	15%	15%	8%	3%	6%	2%	2%	0%
LU	30%	15%	15%	8%	9%	6%	8%	21%	3%	16%	10%	6%	2%
HU	36%	26%	9%	23%	19%	19%	15%	8%	4%	8%	12%	1%	1%
MT	26%	7%	8%	14%	11%	16%	15%	13%	13%	4%	4%	20%	1%
NL	16%	17%	9%	17%	22%	35%	14%	22%	12%	7%	5%	2%	1%
AT	35%	12%	14%	16%	9%	17%	15%	16%	12%	8%	7%	8%	1%
PL	30%	27%	8%	17%	12%	16%	16%	5%	2%	5%	2%	3%	1%
PT	47%	29%	27%	15%	22%	14%	13%	4%	0%	1%	1%	1%	1%
RO	45%	19%	15%	17%	19%	22%	19%	6%	2%	4%	5%	2%	1%
SI	22%	23%	18%	18%	17%	17%	19%	10%	4%	4%	2%	0%	0%
SK	41%	21%	7%	22%	20%	21%	14%	7%	5%	7%	4%	1%	0%
FI	24%	18%	11%	22%	21%	37%	13%	10%	13%	12%	4%	3%	1%
SE	3%	19%	6%	17%	12%	37%	16%	27%	31%	11%	5%	6%	0%
UK	34%	12%	9%	15%	10%	16%	17%	12%	7%	10%	6%	6%	1%
CY (icc)	63%	21%	18%	7%	42%	6%	1%	4%	1%	5%	9%	3%	1%
MK	23%	44%	7%	19%	27%	9%	6%	5%	5%	3%	9%	5%	2%
IS	35%	9%	11%	21%	17%	28%	16%	23%	9%	16%	1%	3%	0%
ME	25%	39%	3%	25%	25%	11%	12%	8%	6%	9%	8%	1%	1%
RS	24%	35%	4%	32%	27%	20%	12%	9%	4%	7%	6%	1%	0%
TR	22%	41%	6%	10%	18%	6%	5%	11%	1%	2%	7%	2%	23%

Höchster Prozentsatz per Land

Niedrigster Prozentsatz per Land

Höchster Prozentsatz per Nennung

Niedrigster Prozentsatz per Nennung

Maximal zwei Nennungen möglich

QA5a. Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?

	Steigende Preise/ Inflation	Arbeitslosigkeit	Steuern	Die finanzielle Lage Ihres Haushalts	Die wirtschaftliche Lage in (UNSEREM LAND)	Gesundheit und Krankenversicherung	Renten	Das Bildungssystem	Umwelt sowie Klima- und Energiefragen	Wohnungsbau/ Wohnungsbeschaffung	Kriminalität	Einwanderung	Terrorismus
EU28	32%	21%	17%	16%	15%	15%	15%	10%	7%	6%	5%	4%	1%
BE	36%	16%	22%	12%	14%	9%	13%	8%	12%	7%	11%	8%	2%
BG	28%	24%	5%	22%	28%	23%	19%	7%	3%	2%	6%	3%	0%
CZ	45%	13%	10%	21%	12%	17%	15%	5%	6%	11%	7%	2%	1%
DK	15%	16%	7%	13%	8%	17%	12%	12%	11%	9%	8%	6%	2%
DE	34%	8%	14%	12%	6%	16%	18%	14%	9%	6%	5%	3%	2%
EE	45%	10%	16%	18%	13%	23%	20%	14%	4%	5%	2%	1%	0%
IE	31%	25%	25%	19%	20%	18%	7%	11%	4%	8%	7%	3%	1%
EL	20%	28%	33%	26%	28%	18%	16%	8%	2%	1%	5%	3%	1%
ES	25%	40%	17%	16%	27%	12%	12%	12%	2%	5%	2%	1%	0%
FR	40%	15%	21%	17%	13%	10%	14%	10%	8%	5%	9%	3%	1%
HR	36%	28%	10%	29%	28%	11%	10%	4%	3%	5%	3%	0%	0%
IT	29%	34%	40%	14%	20%	7%	9%	5%	4%	2%	5%	8%	3%
CY	18%	36%	6%	40%	35%	11%	5%	8%	1%	4%	6%	1%	0%
LV	43%	16%	15%	16%	20%	25%	19%	9%	1%	7%	2%	2%	0%
LT	56%	15%	30%	14%	13%	15%	15%	8%	3%	6%	2%	2%	0%
LU	30%	15%	15%	8%	9%	6%	8%	21%	8%	16%	10%	6%	2%
HU	36%	26%	9%	23%	19%	19%	15%	8%	4%	8%	12%	1%	1%
MT	26%	7%	8%	14%	11%	16%	15%	13%	13%	4%	4%	20%	1%
NL	16%	17%	9%	17%	22%	35%	14%	22%	12%	7%	5%	2%	1%
AT	35%	12%	14%	16%	9%	17%	15%	16%	12%	8%	7%	8%	1%
PL	30%	27%	8%	17%	12%	16%	16%	5%	2%	5%	2%	3%	1%
PT	47%	29%	27%	15%	22%	14%	13%	4%	0%	1%	1%	1%	1%
RO	45%	19%	15%	17%	19%	22%	19%	6%	2%	4%	5%	2%	1%
SI	22%	23%	18%	18%	17%	17%	19%	10%	4%	4%	2%	0%	0%
SK	41%	21%	7%	22%	20%	21%	14%	7%	5%	7%	4%	1%	0%
FI	24%	18%	11%	22%	21%	37%	13%	10%	13%	12%	4%	3%	1%
SE	3%	19%	6%	17%	12%	37%	16%	27%	31%	11%	5%	6%	0%
UK	34%	12%	9%	15%	10%	16%	17%	12%	7%	10%	6%	6%	1%

Am häufigsten erwähnte Antwort
 Am zweithäufigsten erwähnte Antwort
 Am dritthäufigsten erwähnte Antwort












Maximal zwei Nennungen möglich

Die Analyse nach soziodemografischen Kriterien macht eine Reihe von Unterschieden zwischen den verschiedenen Befragtenkategorien erkennbar:












- Junge Befragte geben an, sich vor allem um **das Bildungssystem** (28%) zu sorgen und fühlen sich zudem häufiger als der Durchschnitt vom Thema **Arbeitslosigkeit** (25%) betroffen;
- **Steigende Preise** beunruhigen überdurchschnittlich häufig jene Europäer, die ihre Ausbildung mit 15 Jahren oder früher beendet haben (35% im Vergleich zu 29% der Europäer, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder länger fortgeführt haben), sowie jene, die sich selbst zur Unterschicht der Gesellschaft zählen (36%);
- Leitende Angestellte hegen überdurchschnittlich häufig Befürchtungen zu den Themen **Steuern** (21%) und **Bildungssystem** (18%), sorgen sich jedoch sehr viel seltener um **Arbeitslosigkeit** (8%). Selbstständige nennen häufig die Themen **Steuern** (33%) und **steigende Preise** (31%). **Die Arbeitslosigkeit** ist logischerweise bei Weitem die wichtigste persönliche Sorge der Arbeitslosen (75%). Rentner nennen häufiger als der Durchschnitt **die Renten** (33%) sowie **Gesundheit und Krankenversicherung** (25%).

Die nachstehenden Tabellen zeigen die nach soziodemografischen Kriterien aufgeschlüsselten Ergebnisse für den Durchschnitt der gesamten Europäischen Union (EU28), die sechs größten EU-Länder sowie für vier von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffene Länder.

QA5a. Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?

Steigende Preise/Inflation											
	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	32%	34%	25%	40%	29%	30%	34%	20%	47%	31%	18%
Geschlecht											
Männlich	30%	31%	21%	34%	30%	28%	31%	20%	47%	29%	20%
Weiblich	35%	37%	28%	45%	29%	31%	37%	21%	47%	34%	17%
Alter											
15-24	27%	33%	15%	32%	19%	24%	29%	19%	30%	20%	12%
25-39	36%	29%	28%	52%	27%	32%	48%	23%	55%	36%	21%
40-54	34%	38%	24%	42%	33%	31%	35%	21%	49%	32%	22%
55 +	31%	34%	26%	34%	31%	30%	26%	19%	46%	32%	17%
Ausbildung (Ende der)											
15-	35%	38%	26%	44%	28%	35%	36%	21%	51%	33%	13%
16-19	37%	40%	25%	42%	35%	38%	33%	21%	48%	34%	18%
20+	29%	20%	24%	39%	32%	23%	37%	21%	42%	31%	25%
Studiert noch	22%	25%	15%	32%	16%	19%	23%	17%	27%	19%	12%
Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	31%	27%	25%	30%	36%	32%	36%	18%	47%	26%	13%
Leitende Angestellte	26%	23%	24%	28%	19%	19%	33%	25%	46%	29%	28%
Andere Angestellte	37%	37%	25%	46%	39%	43%	44%	27%	43%	35%	30%
Arbeiter	41%	42%	37%	52%	28%	36%	43%	28%	62%	39%	28%
Hausfrauen / -männer	36%	34%	36%	52%	32%	26%	35%	30%	49%	39%	20%
Arbeitslose	26%	40%	15%	41%	17%	20%	31%	14%	39%	21%	7%
Rentner / Pensionäre	32%	35%	22%	35%	32%	32%	27%	17%	45%	31%	13%
Schüler / Studenten	22%	25%	15%	32%	16%	19%	23%	17%	27%	19%	12%

QA5a. Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?

Arbeitslosigkeit											
	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	21%	8%	40%	15%	34%	27%	12%	28%	29%	25%	36%
Geschlecht											
Männlich	20%	7%	39%	14%	34%	29%	13%	26%	26%	25%	33%
Weiblich	21%	9%	41%	16%	34%	26%	11%	30%	32%	24%	38%
Alter											
15-24	25%	10%	46%	12%	39%	37%	20%	44%	39%	40%	45%
25-39	25%	13%	46%	21%	46%	31%	11%	37%	32%	27%	35%
40-54	22%	10%	46%	19%	31%	28%	14%	25%	39%	25%	38%
55 +	14%	4%	30%	9%	28%	20%	7%	20%	17%	15%	28%
Ausbildung (Ende der)											
15-	24%	5%	43%	13%	40%	28%	9%	23%	29%	27%	35%
16-19	22%	11%	43%	17%	33%	29%	13%	31%	31%	27%	42%
20+	17%	6%	36%	15%	28%	25%	9%	25%	28%	17%	30%
Studiert noch	21%	4%	39%	4%	31%	35%	22%	42%	32%	44%	39%
Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	14%	5%	24%	14%	24%	13%	7%	18%	15%	13%	39%
Leitende Angestellte	8%	1%	18%	10%	20%	22%	4%	21%	7%	10%	10%
Andere Angestellte	14%	6%	18%	13%	20%	22%	6%	15%	10%	7%	22%
Arbeiter	17%	8%	24%	13%	38%	27%	10%	21%	25%	19%	31%
Hausfrauen / -männer	27%	13%	32%	14%	46%	35%	6%	25%	24%	34%	58%
Arbeitslose	75%	63%	89%	79%	85%	67%	66%	76%	88%	70%	80%
Rentner / Pensionäre	10%	1%	21%	5%	25%	17%	4%	13%	11%	14%	14%
Schüler / Studenten	21%	4%	39%	4%	31%	35%	22%	42%	32%	44%	39%

2. DIE WIRTSCHAFTLICHEN ASPEKTE

2.1. Bewertung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage

2.1.1. Die nationale und europäische Lage

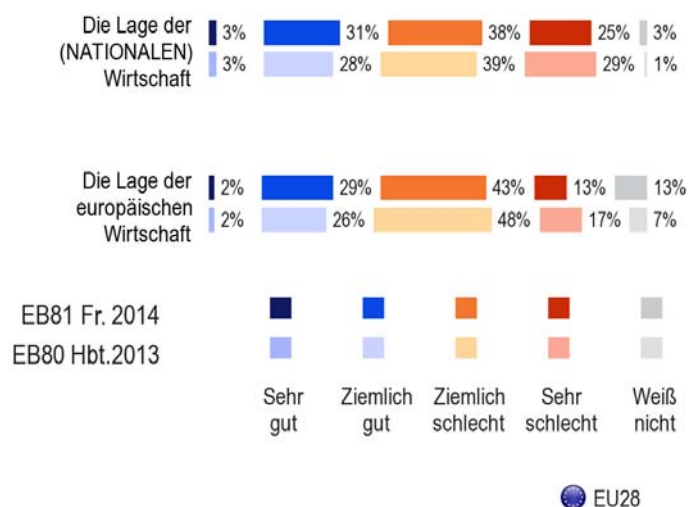
- Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und der Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert sich, bleibt aber insgesamt negativ -

Eine große Mehrheit der Europäer beurteilt die wirtschaftliche Lage des eigenen Landes und der Europäischen Union negativ¹⁴. Der Anteil der positiven Meinungen nimmt jedoch weiter zu.

Die Lage der nationalen Wirtschaft wird derzeit von mehr als einem Drittel der befragten Europäer (34%, +3 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013 und +8 Prozentpunkte im Vergleich zum Frühjahr 2013) als „gut“ beurteilt. Dies ist der höchste Anteil positiver Meinungen zu diesem Indikator seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2007 (EB68). Die negativen Ansichten bleiben jedoch trotz eines neuerlichen Rückgangs (63%, -5 und -9 im Vergleich zum Frühjahr) weiterhin in der Mehrheit.

Das Urteil über die wirtschaftliche Lage der Europäischen Union fällt bei dieser Befragung zwar erneut schlechter aus als die Bewertung der Wirtschaftslage im jeweils eigenen Land, kann sich jedoch ebenfalls verbessern: 31% der befragten Europäer bewerten die Lage der europäischen Wirtschaft als „gut“, was einen Anstieg um drei Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013 und um zehn Prozentpunkte im Vergleich zum Frühjahr 2013 darstellt. Die negativen Ansichten halten weiterhin die Mehrheit, ihr Anteil geht jedoch merklich zurück (56%, -9 und -16 im Vergleich zum Frühjahr 2013).


QA2a. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?



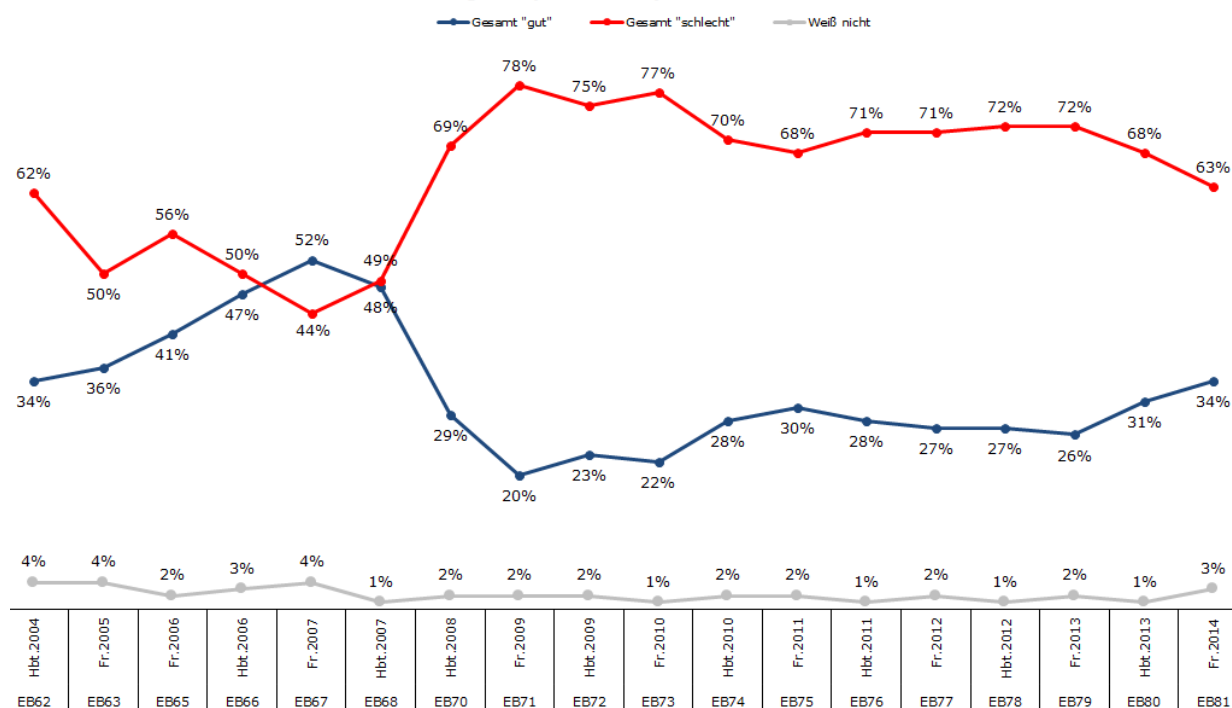
¹⁴ QA2a: Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft/Die Lage der europäischen Wirtschaft

Bei der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013 (EB80) fiel das Urteil zur nationalen Wirtschaftslage außerhalb der Eurozone positiver aus als innerhalb der Eurozone. **Diese Tendenz bestätigt und verstärkt sich:** 38% der Befragten in den Ländern außerhalb der Eurozone (+5 Prozentpunkte) bewerten ihre wirtschaftliche Lage als positiv, während innerhalb der Eurozone 32% (+2) zu diesem Urteil kommen. Bei der Bewertung der wirtschaftlichen Lage der Europäischen Union fällt diese Differenz noch größer aus (38%, +2 in den Ländern außerhalb der Eurozone im Vergleich zu 27%, +4 in der Eurozone).

QA2a. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?

	Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft		Die Lage der europäischen Wirtschaft	
	Gesamt 'Gut'	Gesamt 'Schlecht'	Gesamt 'Gut'	Gesamt 'Schlecht'
 EU28	34%	63%	31%	56%
EURO-ZONE	32%	66%	27%	63%
NICHT EURO-ZONE	38%	57%	38%	44%



































QA2a.1 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?
Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft - % EU



Die Wahrnehmung der nationalen Wirtschaftslage in den einzelnen Ländern variiert noch immer stark: 79 Prozentpunkte trennen Deutschland, wo die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation am positivsten ausfällt (83%), von Portugal, Griechenland und Spanien, wo die Wirtschaftslage weiterhin sehr schlecht beurteilt wird (je 4% in den drei Ländern). Diese Differenz hat sich seit dem Herbst 2013, als sie noch 83 Prozentpunkte betrug, leicht verringert.

In 19 Mitgliedstaaten ist eine positive Entwicklung des Urteils über die nationale Wirtschaftslage festzustellen, die in den Niederlanden (60%, +20 Prozentpunkte), in der Tschechischen Republik (26%, +11) und in Litauen (37%, +10) am deutlichsten ausfällt. Die Befragten in Finnland hingegen setzen sich mit einem wesentlich geringeren Anteil „guter“ Bewertungen von den übrigen Ländern ab (36%, -11 nach einem Rückgang von 6 Prozentpunkten zwischen Frühjahr und Herbst 2013).

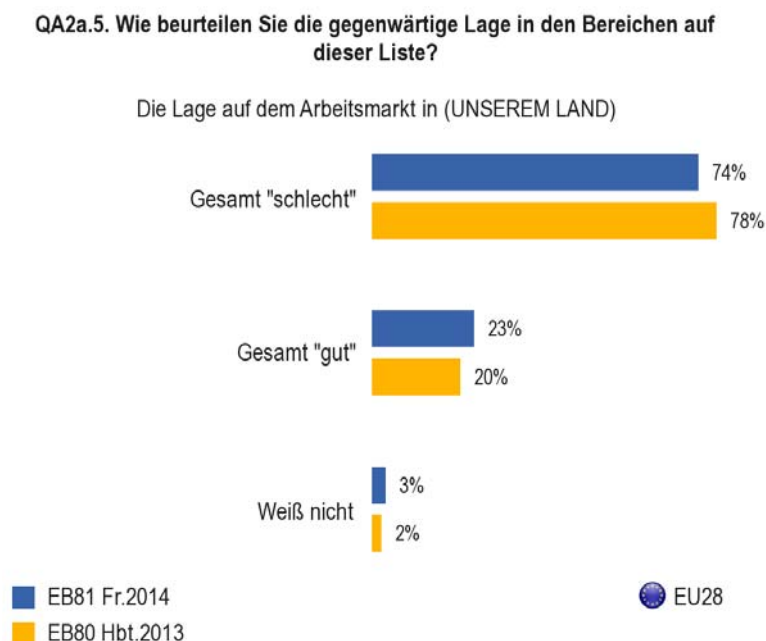
QA2a.1. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?
Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft

		Gesamt "gut"	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013	Gesamt "schlecht"	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013	Weiß nicht	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013
	EU28	34%	+3	63%	-5	3%	+2
	EURO-ZONE	32%	+2	66%	-3	2%	+1
	NICHT EURO-ZONE	38%	+5	57%	-8	5%	+3
	NL	60%	+20	39%	-21	1%	+1
	CZ	26%	+11	73%	-12	1%	+1
	LT	37%	+10	61%	-9	2%	-1
	LU	81%	+9	15%	-11	4%	+2
	UK	47%	+9	47%	-13	6%	+4
	DK	82%	+8	16%	-8	2%	=
	IE	24%	+6	75%	-6	1%	=
	EE	49%	+5	46%	-8	5%	+3
	MT	76%	+5	15%	-4	9%	-1
	CY	7%	+4	93%	-4	0%	=
	HU	26%	+4	73%	-4	1%	=
	EL	4%	+2	96%	-2	0%	=
	HR	5%	+2	95%	-1	0%	-1
	BE	44%	+1	54%	-2	2%	+1
	DE	83%	+1	14%	-2	3%	+1
	FR	8%	+1	89%	-2	3%	+1
	PL	36%	+1	56%	-5	8%	+4
	PT	4%	+1	96%	=	0%	-1
	SI	7%	+1	93%	-1	0%	=
	BG	5%	=	93%	-1	2%	+1
	ES	4%	=	96%	=	0%	=
	LV	21%	=	76%	-1	3%	+1
	RO	14%	=	85%	=	1%	=
	SK	13%	-1	84%	-1	3%	+2
	IT	5%	-2	94%	+1	1%	+1
	AT	56%	-4	42%	+3	2%	+1
	SE	81%	-4	16%	+2	3%	+2
	FI	36%	-11	64%	+11	0%	=
	CY (tcc)	34%	+15	59%	-21	7%	+6
	IS	46%	+23	52%	-24	2%	+1
	MK	44%	+10	54%	-10	2%	=
	ME	20%	+1	77%	-3	3%	+2
	RS	7%	+1	92%	-1	1%	=
	TR	48%	+1	49%	-1	3%	=

2.1.2. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Auch weiterhin schätzt eine große Mehrheit der Europäer die Lage auf dem Arbeitsmarkt negativ ein, obwohl sich ihr Urteil bei dieser Befragung erneut leicht verbessert und somit die im Herbst 2013 begonnene Tendenz fortsetzt¹⁵: Derzeit beurteilen 74% der Befragten die Lage als „schlecht“ (-4 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013 und -6 im Vergleich zum Frühjahr 2013). Fast ein Viertel der Europäer bewertet die Lage auf dem Arbeitsmarkt im eigenen Land nunmehr als „gut“ (23%, +3 im Vergleich zum Herbst und +4 im Vergleich zum Frühjahr 2013).

Über ein Drittel der Europäer bezeichnet die Situation auf dem Arbeitsmarkt hingegen weiterhin als sehr schlecht (37%, -2).

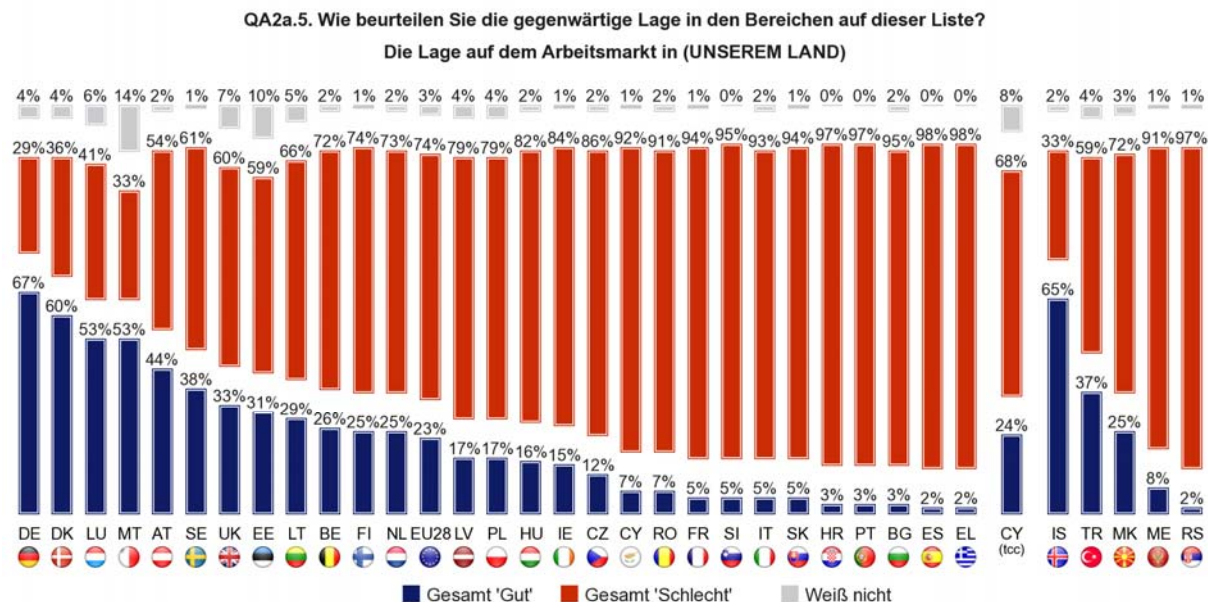


In vier Mitgliedstaaten bewertet eine Mehrheit der Befragten die Lage auf dem heimischen Arbeitsmarkt als „gut“. Es handelt sich um die gleichen Länder wie bereits bei der Standard-Eurobarometer-Befragung im Herbst 2013 (EB80): Deutschland (67%), Dänemark (60%), Luxemburg (53%) und Malta (53%).

In allen anderen EU-Ländern kann die negative Meinung eine Mehrheit auf sich vereinen, die in 11 Mitgliedstaaten sogar Anteile von über 90% erreicht: Griechenland (98%), Spanien (98%), Kroatien (97%), Portugal (97%), Bulgarien (95%), Slowenien (95%), Frankreich (94%), Slowakei (94%), Italien (93%), Zypern (92%) und Rumänien (91%).

¹⁵ QA2a: Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSEREM LAND)

Unter den im Vergleich zum Herbst 2013 signifikanten Entwicklungen ist besonders die Verbesserung der Bewertungen in zwei Ländern hervorzuheben, in denen die Lage bereits zuvor mehrheitlich positiv beurteilt wurde – Dänemark (60%, +8 Prozentpunkte) und Deutschland (67%, +7) – aber auch die positive Entwicklung im Vereinigten Königreich (33%, +7). In Schweden (38%, -6) und Belgien (26%, -6) gehen die Anteile der positiven Meinung hingegen zurück.



Unter den Kandidatenländern bleibt Island das einzige Land, in dem eine Mehrheit der Befragten die Lage auf dem Arbeitsmarkt positiv bewertet (65%), wobei diese Einschätzung sich im Vergleich zum Herbst 2013 deutlich verbessert (+13 Prozentpunkte). Obwohl eine deutliche Mehrheit in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien die Lage weiterhin negativ bewertet, ist auch hier eine Verbesserung zu verzeichnen (25%, +11, gegenüber 72%, -12).

Männer (26%) beurteilen die Lage am Arbeitsmarkt etwas positiver als Frauen (21%), wobei dieses Urteil aber auch vom Alter des Befragten abhängig ist. Zwischen den verschiedenen Berufsgruppen ergeben sich deutlichere Unterschiede: So betrachten leitende Angestellte die Lage überdurchschnittlich positiv (39% gegenüber 23% der Selbstständigen, 26% der Angestellten und 23% der Arbeiter). Arbeitslose dagegen beurteilen die Situation besonders negativ (91% bewerten die Lage am Arbeitsmarkt als „schlecht“).

2.2. Die Erwartungen an die nächsten 12 Monate

- Deutlicher Rückgang des Pessimismus zur Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und der Lage auf dem Arbeitsmarkt -

2.2.1. Die nationale und europäische Lage

Bittet man die Befragten, ihre Erwartungen an die nächsten 12 Monate zu äußern, so zeigen sie sich zur Entwicklung der wirtschaftlichen Lage im eigenen Land und in der Europäischen Union etwas optimistischer als zuvor¹⁶.

Im Hinblick auf **die wirtschaftliche Lage im eigenen Land** geht fast ein Viertel der befragten Europäer davon aus, dass die nächsten 12 Monate „besser“ sein werden (24%). Dies entspricht einem Anstieg um drei Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013 (EB80) und um sechs Prozentpunkte im Vergleich zum Frühjahr 2013 (EB79). Vor allem aber ist hervorzuheben, dass der **Anteil der optimistischen Erwartungen nunmehr höher ist als der Anteil der pessimistischen Ausblicke, der recht deutlich zurückgeht** (23% rechnen mit einer Verschlechterung der Situation, -7).

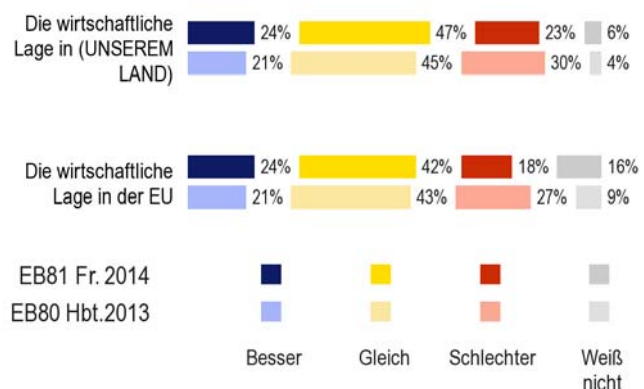
Eine längerfristige Analyse zeigt, dass somit im Hinblick auf die Erwartungen an die nationale Wirtschaftslage der Anteil der Optimisten erstmals seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2007 (EB67) größer ist als der der Pessimisten.

Die Erwartungen **für die Europäische Union** zeigen die gleiche Entwicklung: der Anteil der Optimisten (24%, +3) ist inzwischen größer als der Anteil der Pessimisten (18%, -9), und zwar zum ersten Mal seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2009 (EB72).

Mehr als vier von zehn Europäern meinen, dass die nächsten 12 Monate im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage ihres Landes (47%, +2) und der Wirtschaftslage der EU (42%, -1) „gleich“ bleiben werden: **In beiden Fällen kann diese Meinung erneut eine Mehrheit auf sich vereinen.**

Die Frage nach der wirtschaftlichen Lage in der EU beantworten wesentlich mehr Befragte mit „Weiß nicht“ als im Herbst 2013 (16%, +7).

QA3a. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate?
Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?



EU28

¹⁶ QA3a: Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht? Die wirtschaftliche Lage in (UNSEREM LAND)/Die wirtschaftliche Lage in der EU

In zwölf Mitgliedstaaten zeigen sich **mehr Befragte optimistisch als pessimistisch im Hinblick auf die wirtschaftliche Zukunft ihres Landes**. Besonders groß ist der Optimismus in Dänemark (53%, +9 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013), in den Niederlanden (52%, +10), auf Malta (46%, +4), in Irland (43%, +15) und im Vereinigten Königreich (40%, +7). In diesen fünf Ländern zeigt sich derzeit eine Mehrheit der Befragten optimistisch, während dies im Herbst 2013 nur auf Malta und die Niederlande zutraf.

Im Vergleich zum Herbst 2013 nimmt der Optimismus in einer Mehrheit der Mitgliedstaaten zu, in fünf Ländern sogar um zehn Prozentpunkte oder mehr, nämlich auf Zypern (26%, +19 Prozentpunkte), in Irland (43%, +15), in Spanien (30%, +10), in den Niederlanden (56%, -8) und in Slowenien (22%, +10).

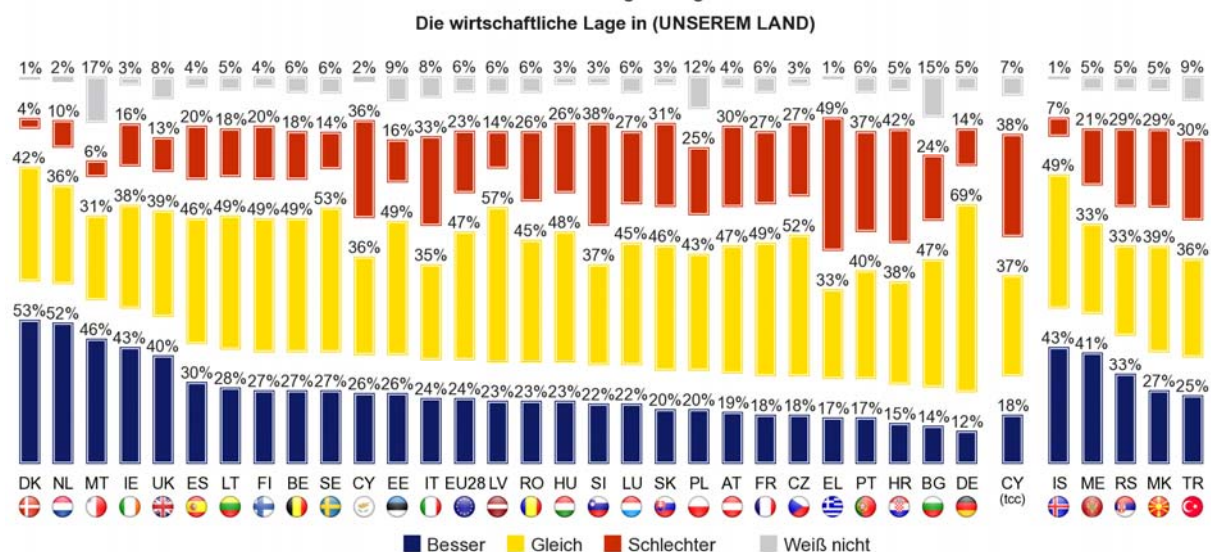
In Griechenland (49% meinen, dass die nächsten 12 Monate „schlechter“ sein werden, -14 Prozentpunkte) und Kroatien (42%, unverändert) überwiegen sehr deutlich die pessimistischen Erwartungen an die nächsten 12 Monate. Auf Zypern geht dieser Pessimismus dagegen beträchtlich zurück (36%, -36).

Österreich ist das einzige Land, in dem der Pessimismus im Vergleich zum Herbst 2013 wesentlich zunimmt (30%, +9 Prozentpunkte, gegenüber 19% optimistischer Erwartungen, -8).

In den Kandidatenländern:






























- In Island überwiegt der Optimismus dem Pessimismus und kann sogar einen leichten Zugewinn verzeichnen (43%, +16 Prozentpunkte), ebenso in Montenegro (41%, +9) und in Serbien (33%, +11) ;
- In der Türkei (30% rechnen mit einer Verschlechterung, -6, gegenüber 25%, die eine Verbesserung erwarten, unverändert) und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (29%, -8, gegenüber 27%, +4) überwiegt leicht der Pessimismus.

QA3a.2. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?



QA3a.2 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

Die wirtschaftliche Lage in (UNSEREM LAND)

		Besser	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013	Gleich	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013	Schlechter	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013	Weiß nicht	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013
	EU28	24%	+3	47%	+2	23%	-7	6%	+2
	EURO-ZONE	22%	+3	49%	=	24%	=	5%	+1
	NICHT EURO-ZONE	29%	+5	43%	=	20%	=	8%	+4
	CY	26%	+19	36%	+17	36%	-36	2%	=
	IE	43%	+15	38%	-4	16%	-11	3%	=
	ES	30%	+10	46%	-3	20%	-9	4%	+2
	NL	52%	+10	36%	-2	10%	-9	2%	+1
	SI	22%	+10	37%	+8	38%	-18	3%	=
	DK	53%	+9	42%	-7	4%	-2	1%	=
	IT	24%	+9	35%	=	33%	-11	8%	+2
	UK	40%	+7	39%	-1	13%	-11	8%	+5
	CZ	18%	+6	52%	+1	27%	-9	3%	+2
	PT	17%	+6	40%	+13	37%	-20	6%	+1
	LU	22%	+5	45%	-2	27%	-1	6%	-2
	EL	17%	+4	33%	+9	49%	-14	1%	+1
	LT	28%	+4	49%	-3	18%	-2	5%	+1
	MT	46%	+4	31%	-4	6%	-1	17%	+1
	PL	20%	+4	43%	-3	25%	-7	12%	+6
	SE	27%	+4	53%	-8	14%	+1	6%	+3
	BG	14%	+2	47%	=	24%	-8	15%	+6
	RO	23%	+2	45%	+7	26%	-8	6%	-1
	BE	27%	+1	49%	+1	18%	-8	6%	+6
	LV	23%	+1	57%	+3	14%	-6	6%	+2
	SK	20%	+1	46%	-1	31%	-2	3%	+2
	HU	23%	=	48%	+3	26%	-4	3%	+1
	FR	18%	-1	49%	+9	27%	-10	6%	+2
	FI	27%	-3	49%	=	20%	+1	4%	+2
	EE	26%	-4	49%	-3	16%	+1	9%	+6
	HR	15%	-4	38%	=	42%	=	5%	+4
	DE	12%	-5	69%	+7	14%	-4	5%	+2
	AT	19%	-8	47%	-1	30%	+9	4%	=

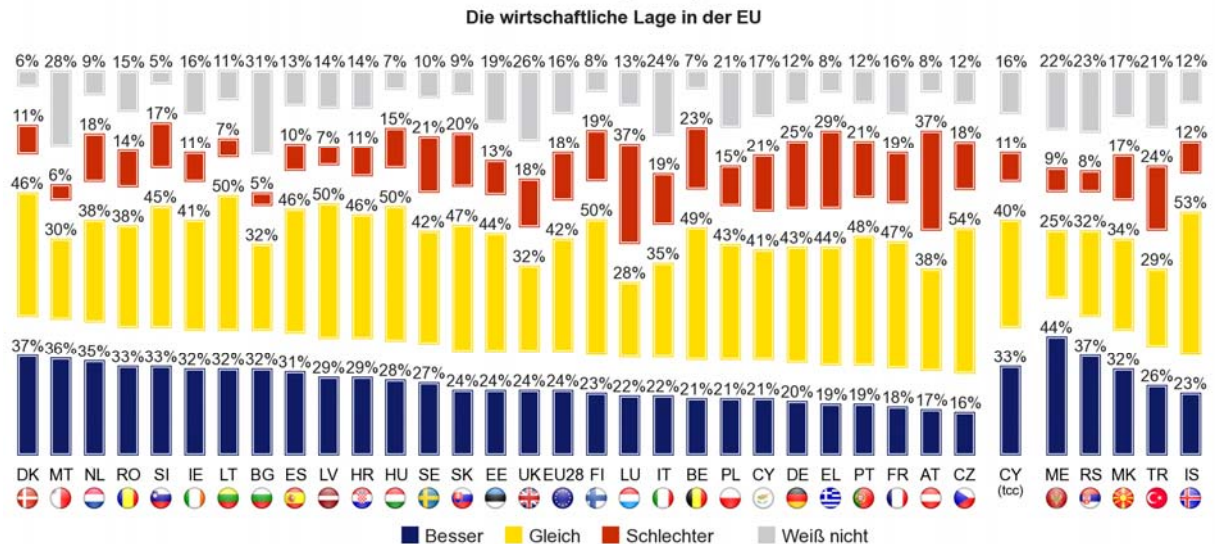
Am optimistischsten **für die wirtschaftliche Lage der Europäischen Union** zeigen sich die Befragten in Dänemark (37% denken, dass die nächsten 12 Monate „besser“ sein werden, +5 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013), auf Malta (36%, +5) und in den Niederlanden (35%, +1), wobei jedoch in diesen Ländern weniger Befragte optimistisch in die Zukunft der EU blicken als in die Zukunft des eigenen Landes.

In 19 Ländern hegen mehr Befragte optimistische denn pessimistische Erwartungen an die Zukunft. Dies gilt jedoch nicht für Belgien, die Tschechische Republik, Deutschland, Griechenland, Frankreich, Luxemburg, Österreich und Portugal, und auch nicht für Zypern, wo Optimismus und Pessimismus gleich hohe Anteile erreichen (je 21%).

Betrachtet man die Entwicklung dieser Einschätzungen, so zeigt sich, dass der Pessimismus im Vergleich zum Herbst 2013 teils beträchtlich abnimmt, etwa in Portugal (21% denken, dass sich die wirtschaftliche Lage in der EU in den nächsten 12 Monaten verschlechtern wird, -22 Prozentpunkte), auf Zypern (21%, -22), in Italien (19%, -18), in Griechenland (29%, -16) oder in Irland (11%, -11). Allerdings lässt sich lediglich auf Zypern zugleich ein starker Anstieg des Optimismus verzeichnen (21%, +14).

In allen Kandidatenländern liegt der **Anteil der optimistischen Erwartungen über dem der pessimistischen Aussichten** für die wirtschaftliche Zukunft der EU. Dies gilt vor allem für Montenegro (44%, +6, gegenüber 9% Pessimisten, -9) und Serbien, wo der Optimismus stark zugenommen hat (37%, +13 Prozentpunkte, gegenüber 8%, -13).







QA3a.6. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?



Die Analyse nach **soziodemografischen Kategorien** zeigt, dass die jungen Befragten am optimistischsten sind. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die nationale wirtschaftliche Lage (29% der 15–24-jährigen denken, dass die nächsten 12 Monate besser sein werden, gegenüber 22% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber) als auch für die Wirtschaftslage in der Europäischen Union (29% gegenüber 20%). Studenten (30%) gehören übrigens gleich hinter den Selbstständigen (30%) zu den Befragten mit den optimistischsten Erwartungen an die Lage der nationalen Wirtschaft. Sie zählen ebenfalls zu den drei Kategorien, die besonders optimistische Erwartungen an die Entwicklung der Wirtschaftslage in der Europäischen Union hegen: Hier zeigen sich die Selbstständigen (32%, +6) am optimistischsten, gefolgt von den leitenden Angestellten (30%, +3) und den Studenten, deren Optimismus ebenfalls zunimmt (29% im Vergleich zu 25% im Herbst 2013).
















Europäer, die nach eigenen Angaben nie oder nahezu nie Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben (27% gegenüber 17% derjenigen, die meistens Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben), sowie Europäer, die sich selbst zur Oberschicht der Gesellschaft zählen (32% gegenüber 18% derjenigen, die sich zur Unterschicht der Gesellschaft rechnen), zeigen sich optimistischer als die Vergleichskategorien.

QA3a. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate?
Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

	Die wirtschaftliche Lage in (UNSEREM LAND)				Die wirtschaftliche Lage in der EU			
	Besser	Schlechter	Gleich	WN	Besser	Schlechter	Gleich	WN
EU28	24%	23%	47%	6%	24%	18%	42%	16%
 Geschlecht								
Mann	26%	22%	47%	5%	26%	19%	41%	14%
Frau	23%	22%	48%	7%	21%	18%	42%	19%
 Alter								
15-24	29%	18%	45%	8%	29%	14%	41%	16%
25-39	26%	22%	46%	6%	26%	17%	42%	15%
40-54	24%	23%	48%	5%	24%	20%	41%	15%
55 +	22%	24%	48%	6%	20%	20%	42%	18%
 Ausbildung (Ende der)								
15-	21%	26%	46%	7%	18%	20%	41%	21%
16-19	21%	24%	49%	6%	22%	20%	42%	16%
20+	29%	19%	47%	5%	28%	17%	43%	12%
Studiert noch	30%	18%	43%	9%	29%	15%	41%	15%
 Sozio-professionelle Kategorie								
Selbstständige	31%	22%	44%	3%	32%	17%	39%	12%
Leitende Angestellte	29%	17%	50%	4%	30%	19%	40%	11%
Andere Angestellte	25%	21%	49%	5%	22%	18%	44%	16%
Arbeiterinnen	22%	24%	48%	6%	21%	20%	43%	16%
Hausfrauen / -männer	26%	24%	41%	9%	23%	19%	37%	21%
Arbeitslose	23%	26%	45%	6%	24%	19%	42%	15%
Rentner / Pensionäre	20%	24%	49%	7%	19%	19%	43%	19%
Schüler / Studenten	30%	18%	43%	9%	29%	15%	41%	15%
 Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen								
Meistens	17%	35%	43%	5%	17%	26%	41%	16%
Gelegentlich	22%	29%	43%	6%	22%	21%	40%	17%
Nahezu nie/ Nie	27%	17%	50%	6%	26%	16%	43%	15%
 Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala								
Niedrig (1-4)	18%	30%	45%	7%	17%	23%	42%	18%
Mittel (5-6)	24%	22%	48%	6%	24%	17%	43%	16%
Hoch (7-10)	32%	17%	47%	4%	30%	17%	41%	12%

Die nachstehenden Tabellen zeigen die nach soziodemografischen Kriterien aufgeschlüsselten Ergebnisse für den Durchschnitt der gesamten Europäischen Union (EU28), die sechs größten EU-Länder sowie für vier von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffene Länder.

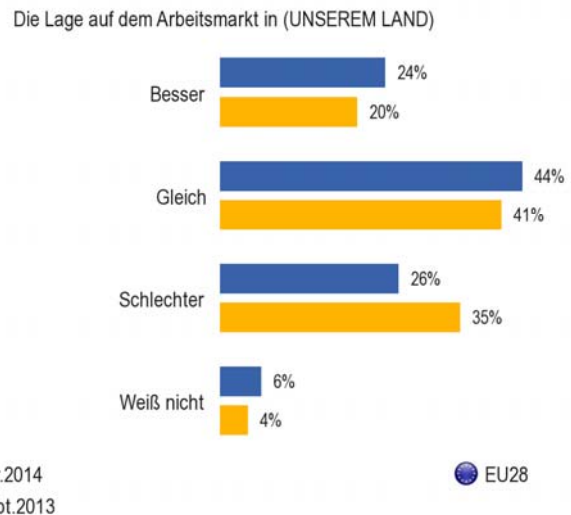
QA3a.2. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate?
Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?
Die wirtschaftliche Lage in (UNSEREM LAND) - Antwort : 'Besser'

	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	24%	12%	30%	18%	24%	20%	40%	17%	17%	43%	26%
 Geschlecht											
Mann	26%	13%	29%	17%	25%	22%	46%	17%	20%	47%	26%
Frau	23%	12%	31%	21%	23%	18%	34%	17%	15%	40%	25%
 Alter											
15-24	29%	12%	35%	26%	33%	23%	41%	26%	20%	53%	28%
25-39	26%	15%	25%	20%	25%	24%	45%	15%	23%	48%	22%
40-54	24%	13%	31%	16%	27%	19%	37%	14%	18%	41%	26%
55 +	22%	10%	31%	16%	18%	16%	38%	18%	12%	35%	27%
 Ausbildung (Ende der)											
15-	21%	13%	30%	11%	20%	7%	35%	16%	12%	28%	21%
16-19	21%	13%	28%	16%	21%	15%	35%	17%	21%	37%	28%
20+	29%	11%	34%	21%	32%	26%	47%	15%	27%	53%	25%
Studiert noch	30%	10%	31%	29%	29%	30%	51%	25%	15%	57%	26%
 Sozio-professionnelle Kategorie											
Selbstständige	31%	14%	38%	31%	30%	34%	51%	15%	26%	56%	29%
Leitende Angestellte	29%	11%	31%	23%	29%	25%	46%	13%	31%	52%	15%
Andere Angestellte	25%	13%	31%	12%	24%	21%	39%	16%	17%	52%	32%
Arbeiterinnen	22%	15%	28%	13%	27%	14%	32%	17%	18%	36%	34%
Hausfrauen / -männer	26%	14%	27%	20%	26%	21%	53%	17%	18%	32%	25%
Arbeitslose	23%	16%	28%	24%	18%	13%	32%	12%	16%	45%	17%
Rentner / Pensionäre	20%	10%	33%	17%	15%	17%	36%	20%	12%	34%	28%
Schüler / Studenten	30%	10%	29%	29%	32%	29%	51%	25%	15%	55%	25%

2.2.2. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Die Erwartungen der Europäer an die Entwicklung der Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessern sich ebenfalls leicht¹⁷: Nahezu ein Viertel der Befragten glaubt, dass die nächsten 12 Monate „besser“ sein werden (24%, +4 Prozentpunkte im Vergleich zum EB80 vom Herbst 2013 und +7 im Vergleich zum Frühjahr 2013). Zwar sind die Pessimisten weiterhin etwas zahlreicher als die Optimisten, ihr Anteil geht jedoch merklich zurück (26%, -9 im Vergleich zum Herbst 2013 und -13 im Vergleich zum Frühjahr 2013). **Eine Mehrheit der Befragten erwartet weiterhin, dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt in ihrem Land unverändert bleiben wird (44%, +3).**

QA3a.4. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?



In Dänemark (60%, +13 Prozentpunkte), in Irland (46%, +17), auf Malta (44%, +5) und in den Niederlanden (43%, +10), wo die entsprechenden Anteile oft wesentlich steigen, sehen die Befragten die nahe Zukunft des heimischen Arbeitsmarkts besonders optimistisch. Mit Zypern (21%, +16) und Spanien (32%, +12) steigt der Optimismus in zwei weiteren Mitgliedstaaten merklich an.

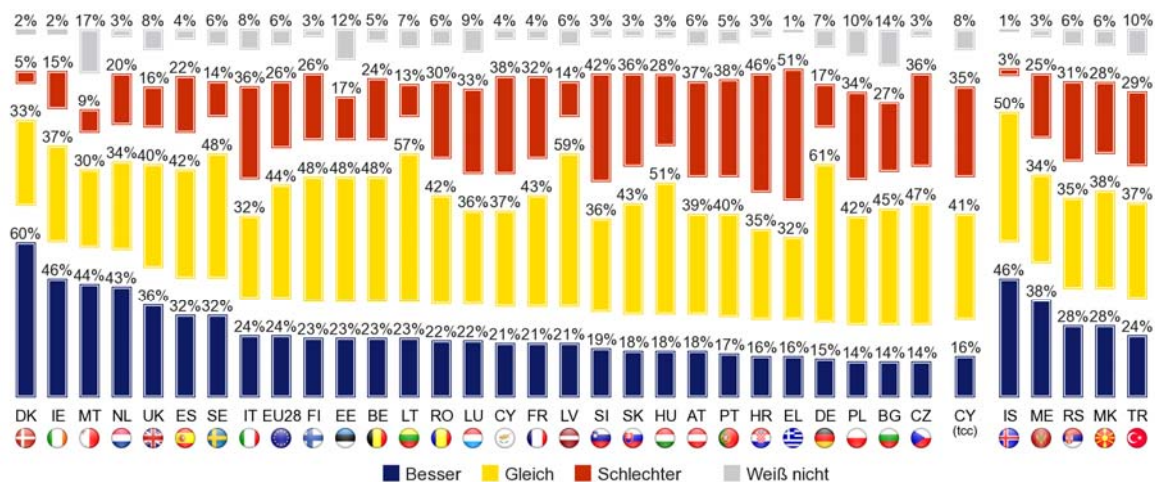
Österreich nimmt erneut eine Sonderrolle ein, denn es ist das einzige Land, in dem der Pessimismus zur Lage am nationalen Arbeitsmarkt im Vergleich zum Herbst 2013 stark zunimmt (37%, +11).

In den Kandidatenländern verzeichnet Island nach einem Rückgang im Herbst 2013 wieder einen deutlichen Anstieg der optimistischen Erwartungen an die Beschäftigungslage (46%, +10). Auch in Serbien (28%, +10), in Montenegro (38%, +9) und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (28%, +6) nehmen die entsprechenden Anteile merklich zu. In der Türkei hingegen bleibt das Ergebnis nach wie vor auf dem Niveau des europäischen Durchschnitts (24%, unverändert).

¹⁷ QA3a.4: Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht? Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSEREM LAND)

QA3a.4. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSEREM LAND)



2.3. Die wichtigsten Probleme auf nationaler Ebene

- Die Arbeitslosigkeit bleibt das wichtigste Problem der Europäer auf nationaler Ebene; die Sorgen im Hinblick auf die Einwanderung nehmen weiter zu -

Die Rangfolge der Probleme, mit denen die Europäer ihr Land konfrontiert sehen, zeigt sich im Vergleich zum Herbst 2013 nicht grundlegend verändert, es sind jedoch einige interessante Tendenzen hervorzuheben¹⁸.

Die **Arbeitslosigkeit** platziert sich trotz eines leichten Rückgangs ihres Anteils noch immer an der Spitze der Probleme, mit denen die Europäer ihr Land konfrontiert sehen (48%, -1 Prozentpunkte).

Die wirtschaftliche Lage des Landes belegt weiterhin Platz zwei in der Rangfolge dieser Probleme, wird jedoch immer seltener genannt (29%, -4 im Vergleich zur Standard-Eurobarometer-Befragung im Herbst 2013 und sogar -13 im Vergleich zum Herbst 2011 (EB76), als dieses Problem die Hierarchie anführte). Eine solche kontinuierlich abnehmende Tendenz zeigt sich auch bei der Sorge um **steigende Preise** (16%, -4, und -11 im Vergleich zum Frühjahr 2011 EB75).

Wirtschaftliche Themen führen somit zwar weiterhin die Hierarchie der Probleme an, mit denen die Europäer ihr Land konfrontiert sehen, verzeichnen aber erneut sinkende Anteile.

Noch eine Tendenz bestätigt sich, nämlich die zunehmende Sorge der Europäer um **die Einwanderung**, die nun Platz 4 der Rangliste der Probleme auf nationaler Ebene belegt (15%, +3 im Vergleich zum Herbst 2013 und +8 im Vergleich zum Herbst 2011). Dieses Thema könnte sogar auf einen der drei vorderen Plätze dieser Liste aufsteigen, falls sich die dargestellten Tendenzen (zunehmende Sorge um die Einwanderung und Rückgang der Sorge um steigende Preise) bei der nächsten Befragung bestätigen.

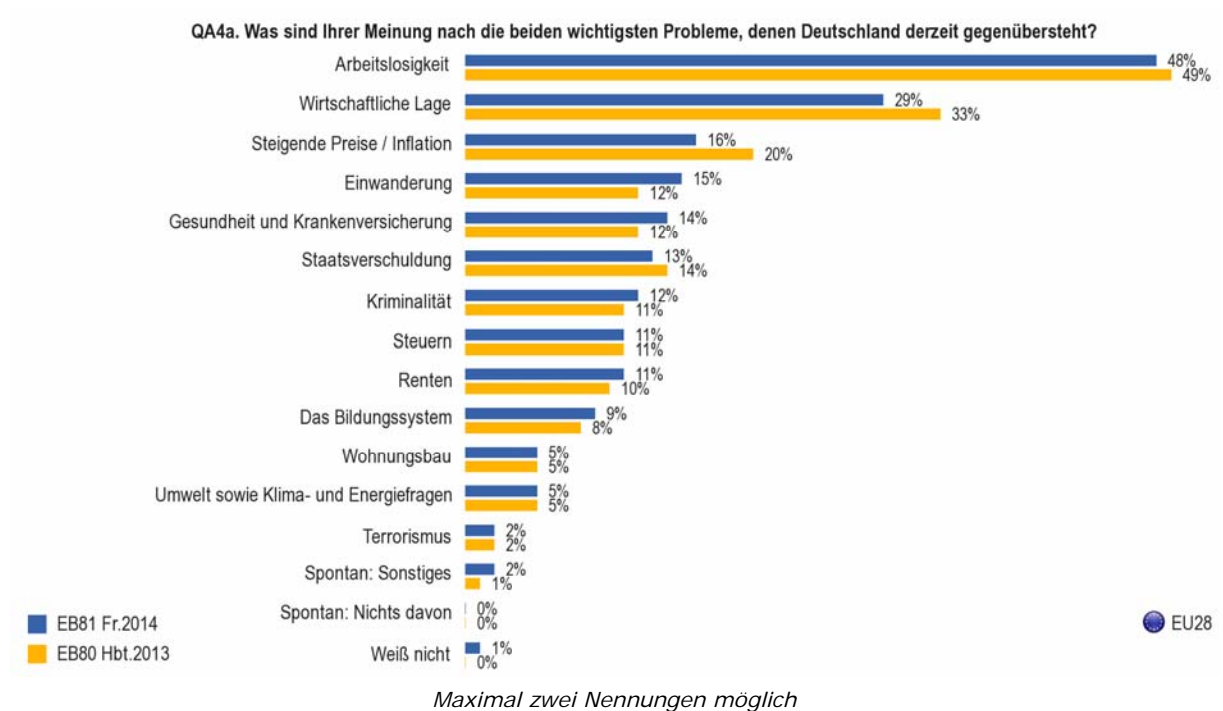
Das Thema **Gesundheit und Krankenversicherung** wird ebenfalls etwas häufiger genannt als im Herbst 2013 (14%, +2) und platziert sich nunmehr vor der **Staatsverschuldung** (13%, -1).

Mit relativ stabilen Anteilen setzen **Kriminalität** (12%, +1), **Steuern** (11%, unverändert) und **Renten** (11%, +1) die Rangfolge fort.

Unter dem Grenzwert von 10% der Nennungen bleiben **das Bildungssystem** (9%, +1), der **Wohnungsbau** (5%, unverändert) und **Umwelt sowie Klima- und Energiefragen** (5%, =). **Terrorismus** wird von vergleichsweise wenigen Befragten als Problem wahrgenommen (2%, =).

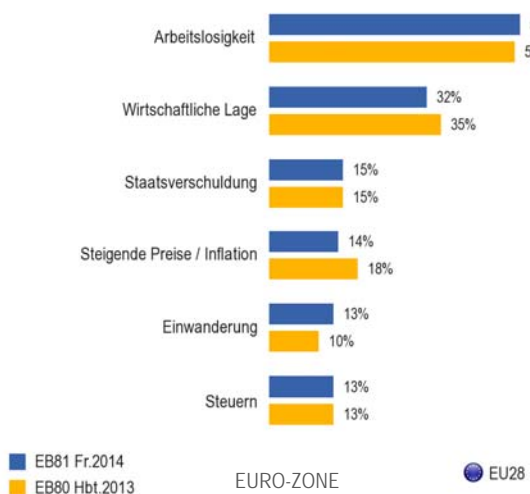
¹⁸ QA4a: Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?

Somit werden zu allen sozialen oder gesellschaftlichen Themen steigende oder zumindest stabile Anteile verzeichnet.

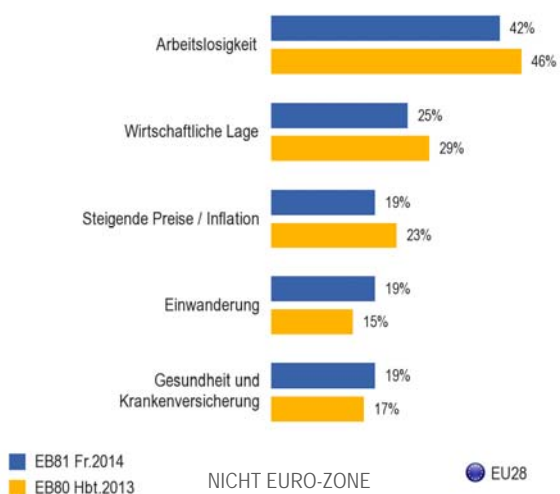


Wirtschaftliche Fragen stellen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Eurozone die größten Sorgen der Befragten dar (insbesondere Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Lage). Dabei ist aber auch die zunehmende Sorge um die Einwanderung festzuhalten, die in den Ländern außerhalb der Eurozone etwas häufiger genannt wird (19%, +4 Prozentpunkte, Platz drei gleichauf mit steigenden Preisen) als innerhalb der Eurozone (13%, +3, Platz fünf).

QA4a ZE. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?

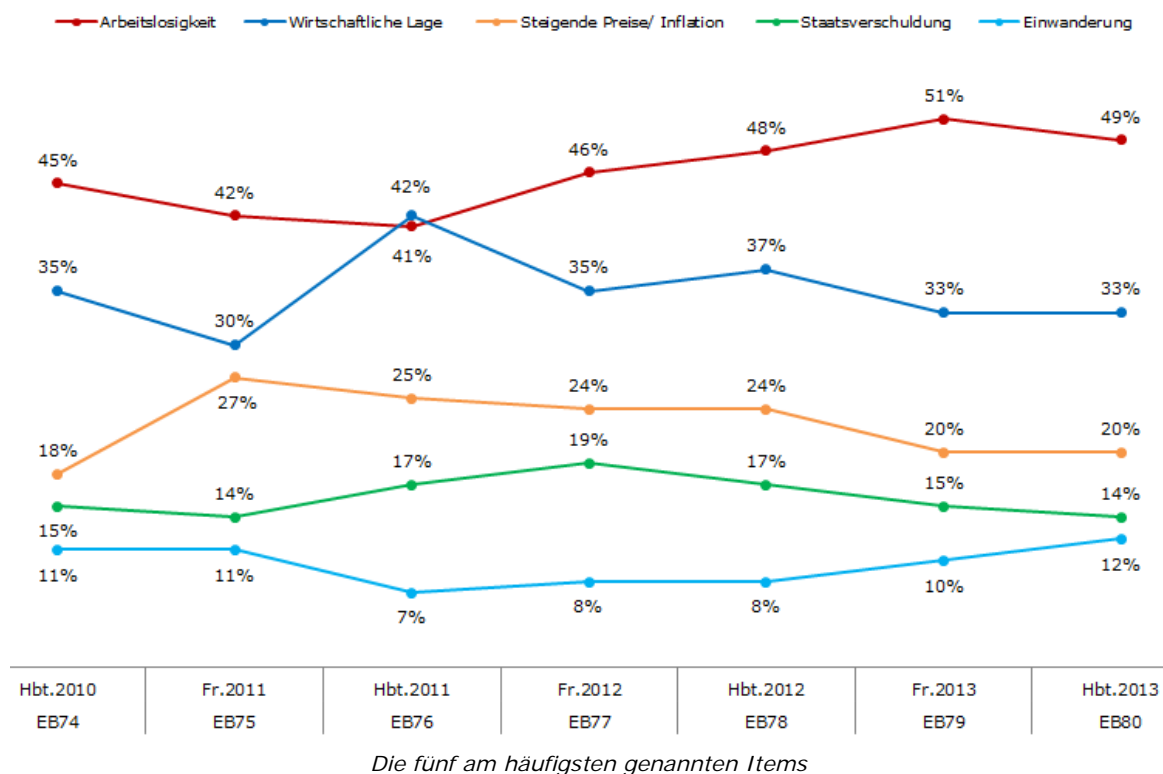


QA4a HZ. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?



Die fünf innerhalb und außerhalb der Eurozone am häufigsten genannten Items

QA4a. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht? (MAX. 2 NENNUNGEN) - %EU



Die Analyse der Ergebnisse nach Ländern zeigt, dass die wirtschaftlichen Themen trotz rückläufiger Anteile auch weiterhin in einer großen Mehrheit der Länder die aus Sicht der Befragten auf nationaler Ebene vorherrschenden Probleme bleiben.

So steht **die Arbeitslosigkeit** in 23 Mitgliedstaaten an erster Stelle der Probleme, mit denen die Befragten ihr Land konfrontiert sehen.

Am häufigsten wird die Arbeitslosigkeit in Spanien genannt (79%, +5 Prozentpunkte), aber auch auf Zypern (75%, -2), in Portugal (70%, -1) und in Kroatien (70%, -4) sorgen sich viele Befragte um dieses Thema.

In Irland (52%, -13 Prozentpunkte), Lettland (36%, -12) und Dänemark (35%, -10) wird die Arbeitslosigkeit derzeit deutlich seltener als wichtiges Problem wahrgenommen. In Slowenien hingegen steigt ihr Anteil an (61%, +11).

Die wirtschaftliche Lage belegt auf Zypern (75%, +1 Prozentpunkt, gleichauf mit der Arbeitslosigkeit), aber auch in Rumänien (36%, -5) Platz eins der Rangfolge. In Estland geben **steigende Preise** den größten Anlass zur Sorge (40%, -10). In Deutschland führt **die Staatsverschuldung** (24%, +1) die Liste der nationalen Probleme an.

Die Befragten auf Malta betrachten **die Einwanderung** als das derzeit wichtigste Problem ihres Landes (64%, +1 Prozentpunkt). Dies gilt nunmehr auch für das Vereinigte Königreich, wo sich dieses Thema vor der Arbeitslosigkeit platziert (41%, +8). Auch in Italien nimmt die Sorge um die Einwanderung merklich zu (16%, +8). In Deutschland (22%) und in den Niederlanden (10%) steigt ihr Anteil ebenfalls um je sechs Prozentpunkte. In Bulgarien hingegen gibt das Thema Einwanderung derzeit wesentlich weniger Anlass zur Sorge als zuvor (7%, -16).

Zudem ist festzuhalten, dass:

- Die Befragten in Italien (25%, -2 Prozentpunkte, Platz drei) sehr häufig die **Steuern** und die Befragten in Deutschland (21%, +2) sehr häufig die **Renten** nennen;
- Weiterhin viele Befragte in Kroatien **die Kriminalität** als Problem benennen (25%, unverändert, Platz drei).
- Sich die Befragten in Luxemburg weiterhin sehr viel häufiger um den **Wohnungsbau** (35%, -3 Prozentpunkte, Platz zwei) sorgen als der europäische Durchschnitt.
- **Das Bildungssystem** (37%, +6 Prozentpunkte, Platz zwei) und **Umweltfragen** (26%, +5, Platz vier) in Schweden zu den größten Problemen gehören, mit denen die Befragten das Land konfrontiert sehen.

In den Kandidatenländern:

- Die Arbeitslosigkeit führt in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (65%, +1 Prozentpunkt), in Montenegro (64%, +16), in Serbien (62%, +7) und in der Türkei (51%, +8) die Rangfolge der Themen an, die den Befragten als die wichtigsten Probleme auf nationaler Ebene erscheinen. In Montenegro (64%, +16), in der Türkei (51%, +8) und in Serbien wird sie deutlich häufiger genannt als im Herbst 2013;
- In Island werden Gesundheit und Krankenversicherung am häufigsten als Problem betrachtet (45%, -14 Prozentpunkte);
- Es ist zudem festzuhalten, dass sich in der Türkei weiterhin viele Befragte um eine Bedrohung ihres Landes durch Terrorismus sorgen (41%, +5 Prozentpunkte, Platz zwei).

QA4a. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?

	Arbeitslosigkeit	Wirtschaftliche Lage	Steigende Preise/ Inflation	Einwanderung	Gesundheit und Krankenversicherung	Staatsverschuldung	Kriminalität	Steuern	Renten	Das Bildungssystem	Wohnungsbau	Umwelt sowie Klima- und Energiefragen	Terrorismus
EU28	48%	29%	16%	15%	14%	13%	12%	11%	11%	9%	5%	5%	2%
BE	45%	24%	17%	17%	7%	14%	22%	16%	12%	5%	7%	5%	4%
BG	54%	43%	19%	7%	24%	3%	15%	2%	11%	4%	1%	3%	0%
CZ	41%	27%	26%	7%	11%	22%	23%	6%	18%	5%	4%	3%	1%
DK	35%	24%	8%	20%	27%	4%	22%	5%	3%	16%	3%	22%	2%
DE	16%	11%	18%	22%	12%	24%	15%	9%	21%	22%	6%	12%	2%
EE	29%	35%	40%	5%	25%	1%	6%	11%	17%	10%	2%	3%	1%
IE	52%	31%	12%	7%	18%	17%	20%	17%	2%	4%	12%	2%	1%
EL	63%	48%	9%	6%	10%	18%	10%	20%	4%	5%	0%	1%	2%
ES	79%	49%	7%	5%	11%	7%	6%	7%	3%	7%	5%	1%	1%
FR	61%	34%	16%	9%	6%	16%	15%	10%	8%	7%	4%	7%	3%
HR	70%	43%	14%	1%	3%	18%	25%	6%	4%	2%	2%	1%	0%
IT	65%	42%	14%	16%	5%	10%	7%	25%	6%	1%	1%	1%	2%
CY	75%	75%	5%	3%	4%	8%	12%	5%	1%	2%	2%	1%	0%
LV	36%	34%	27%	8%	25%	4%	7%	21%	17%	7%	2%	1%	0%
LT	40%	29%	37%	9%	11%	9%	14%	23%	11%	4%	2%	3%	0%
LU	49%	14%	21%	9%	5%	7%	11%	6%	6%	16%	35%	6%	1%
HU	53%	35%	18%	3%	16%	12%	24%	7%	11%	4%	5%	2%	2%
MT	19%	17%	13%	64%	13%	9%	17%	2%	8%	7%	4%	13%	1%
NL	46%	38%	5%	10%	43%	8%	12%	5%	6%	12%	3%	6%	2%
AT	32%	19%	20%	15%	9%	23%	12%	19%	11%	21%	4%	7%	1%
PL	60%	22%	19%	7%	21%	11%	6%	7%	13%	3%	2%	2%	2%
PT	70%	38%	20%	2%	11%	19%	5%	15%	7%	3%	1%	0%	1%
RO	33%	36%	33%	3%	20%	5%	17%	12%	17%	6%	3%	1%	1%
SI	61%	52%	6%	1%	10%	19%	18%	11%	4%	2%	2%	1%	0%
SK	58%	35%	22%	2%	21%	10%	12%	8%	14%	4%	5%	2%	1%
FI	43%	35%	15%	6%	30%	27%	5%	9%	8%	5%	2%	8%	1%
SE	51%	11%	0%	14%	32%	1%	6%	4%	4%	37%	6%	26%	1%
UK	29%	19%	15%	41%	17%	7%	12%	6%	8%	11%	17%	5%	3%
CY (tcc)	24%	51%	47%	4%	5%	19%	19%	14%	1%	4%	7%	2%	4%
MK	65%	41%	16%	10%	6%	4%	20%	5%	4%	3%	2%	3%	3%
IS	7%	33%	21%	7%	45%	21%	4%	4%	4%	12%	28%	12%	0%
ME	64%	43%	12%	2%	7%	11%	30%	4%	4%	5%	4%	2%	2%
RS	62%	48%	11%	2%	8%	9%	32%	2%	5%	5%	3%	2%	1%
TR	51%	19%	12%	3%	3%	3%	10%	5%	4%	8%	2%	1%	41%

Höchster Prozentsatz per Land






























Niedrigster Prozentsatz per Land

Höchster Prozentsatz per Nennung

Niedrigster Prozentsatz per Nennung

Maximal zwei Nennungen möglich

QA4a. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?

		Arbeitslosigkeit	Wirtschaftliche Lage	Steigende Preise/ Inflation	Einwanderung	Gesundheit und Krankenversicherung	Staatsverschuldung	Kriminalität	Steuern	Renten	Das Bildungssystem	Wohnungsbau	Umwelt sowie Klima- und Energiefragen	Terrorismus
	EU28	48%	29%	16%	15%	14%	13%	12%	11%	11%	9%	5%	5%	2%
	BE	45%	24%	17%	17%	7%	14%	22%	16%	12%	5%	7%	5%	4%
	BG	54%	43%	19%	7%	24%	3%	15%	2%	11%	4%	1%	3%	0%
	CZ	41%	27%	26%	7%	11%	22%	23%	6%	18%	5%	4%	3%	1%
	DK	35%	24%	8%	20%	27%	4%	22%	5%	3%	16%	3%	22%	2%
	DE	16%	11%	18%	22%	12%	24%	15%	9%	21%	22%	6%	12%	2%
	EE	29%	35%	40%	5%	25%	1%	6%	11%	17%	10%	2%	3%	1%
	IE	52%	31%	12%	7%	18%	17%	20%	17%	2%	4%	12%	2%	1%
	EL	63%	48%	9%	6%	10%	18%	10%	20%	4%	5%	0%	1%	2%
	ES	79%	49%	7%	5%	11%	7%	6%	7%	3%	7%	5%	1%	1%
	FR	61%	34%	16%	9%	6%	16%	15%	10%	8%	7%	4%	7%	3%
	HR	70%	43%	14%	1%	3%	18%	25%	6%	4%	2%	2%	1%	0%
	IT	65%	42%	14%	16%	5%	10%	7%	25%	6%	1%	1%	1%	2%
	CY	75%	75%	5%	3%	4%	8%	12%	5%	1%	2%	2%	1%	0%
	LV	36%	34%	27%	8%	25%	4%	7%	21%	17%	7%	2%	1%	0%
	LT	40%	29%	37%	9%	11%	9%	14%	23%	11%	4%	2%	3%	0%
	LU	49%	14%	21%	9%	5%	7%	11%	6%	6%	16%	35%	6%	1%
	HU	53%	35%	18%	3%	16%	12%	24%	7%	11%	4%	5%	2%	2%
	MT	19%	17%	13%	64%	13%	9%	17%	2%	8%	7%	4%	13%	1%
	NL	46%	38%	5%	10%	43%	8%	12%	5%	6%	12%	3%	6%	2%
	AT	32%	19%	20%	15%	9%	23%	12%	19%	11%	21%	4%	7%	1%
	PL	60%	22%	19%	7%	21%	11%	6%	7%	13%	3%	2%	2%	2%
	PT	70%	38%	20%	2%	11%	19%	5%	15%	7%	3%	1%	0%	1%
	RO	33%	36%	33%	3%	20%	5%	17%	12%	17%	6%	3%	1%	1%
	SI	61%	52%	6%	1%	10%	19%	18%	11%	4%	2%	2%	1%	0%
	SK	58%	35%	22%	2%	21%	10%	12%	8%	14%	4%	5%	2%	1%
	FI	43%	35%	15%	6%	30%	27%	5%	9%	8%	5%	2%	8%	1%
	SE	51%	11%	0%	14%	32%	1%	6%	4%	4%	37%	6%	26%	1%
	UK	29%	19%	15%	41%	17%	7%	12%	6%	8%	11%	17%	5%	3%

Am häufigsten erwähnte Antwort

Am zweithäufigsten erwähnte Antwort

Am dritthäufigsten erwähnte Antwort

Maximal zwei Nennungen möglich

2.4. Die wichtigsten Probleme auf europäischer Ebene

- Auf europäischem Niveau dominieren weiterhin wirtschaftliche Fragen, während die Sorge um die Einwanderung erneut zunimmt -

Die zu den wichtigsten Probleme auf nationaler Ebene festgestellten Tendenzen bestätigen sich auch auf europäischem Niveau: wirtschaftliche Fragen geben noch immer am häufigsten Anlass zur Sorge, verzeichnen aber erneut sinkende Anteile¹⁹.

Zwar bleibt **die wirtschaftliche Lage** in den Augen der Europäer das wichtigste Problem, mit dem die Europäische Union derzeit konfrontiert ist, sie wird jedoch im Vergleich zur Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013 deutlich seltener genannt (39%, -6 Prozentpunkte, -20 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2011).

Die Arbeitslosigkeit belegt erneut und trotz eines leichten Rückgangs ihres Anteils im Vergleich zum Herbst 2013 (34%, -2) Platz zwei in der Rangfolge der wichtigsten Probleme.

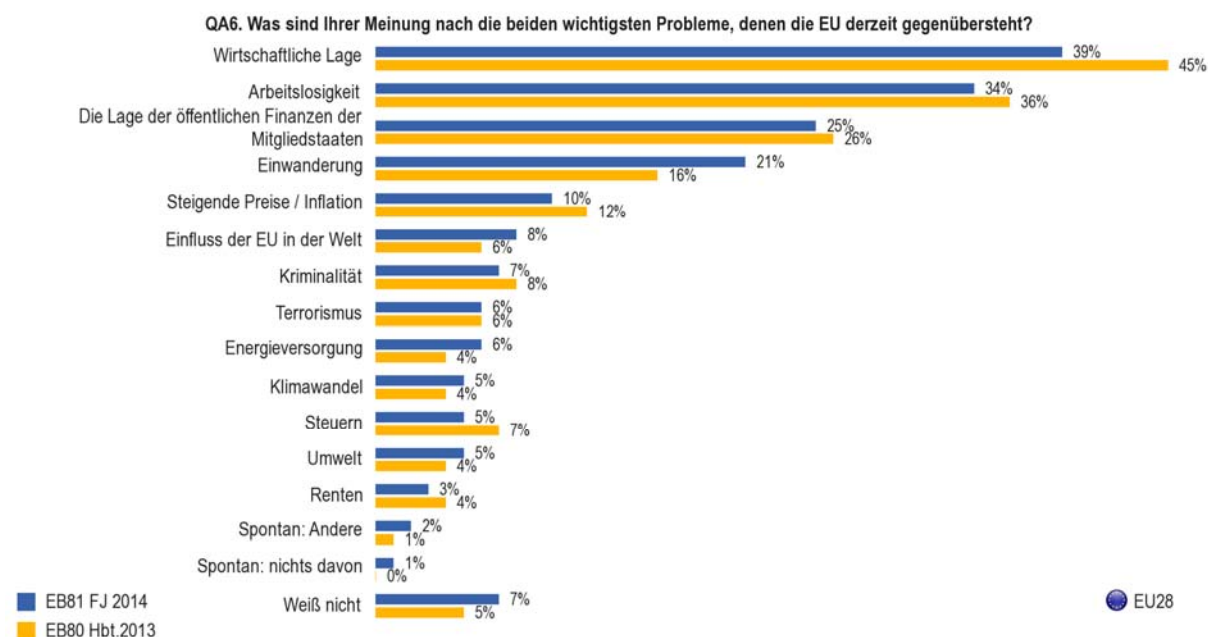
Ein Viertel der Europäer bezeichnet weiterhin **die Lage der öffentlichen Finanzen** der Mitgliedstaaten als wichtiges Problem (25%, -1, -9 im Vergleich zum Frühjahr 2012). **Steigende Preise** werden ebenfalls seltener genannt als zuvor (10%, -2).

Die zunehmende Sorge im Hinblick auf die **Einwanderung**, deren steigende Tendenz bereits bei vorhergegangenen Befragungen beobachtet wurde, bestätigt sich: Das Item wird von mehr als einem Fünftel der Europäer genannt (21%, das entspricht einem Anstieg um +5 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013 und um +12 im Vergleich zum Herbst 2011). Die Sorge um die Einwanderung erreicht somit ein ähnlich hohes Niveau wie bereits im Frühjahr 2011 (20%), bevor die Aufmerksamkeit der Europäer sich auf die wirtschaftlichen Probleme konzentrierte.

Der Einfluss der EU in der Welt erreicht Rang sechs der wichtigsten Probleme auf europäischer Ebene und wird bei dieser Befragung etwas häufiger genannt als zuvor (8%, +2).

Es folgen mit vergleichbar hohen und recht stabilen Anteilen: **Kriminalität** (7%, -1) und **Terrorismus** (6%, unverändert); **Energieversorgung** (6%, +2), **Klimawandel** (5%, +1) und **Umwelt** (5%, +1), gefolgt von den **Steuern** (5%, -2), die sich vor den **Renten** (3%, -1) positionieren.

¹⁹ QA6: Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?

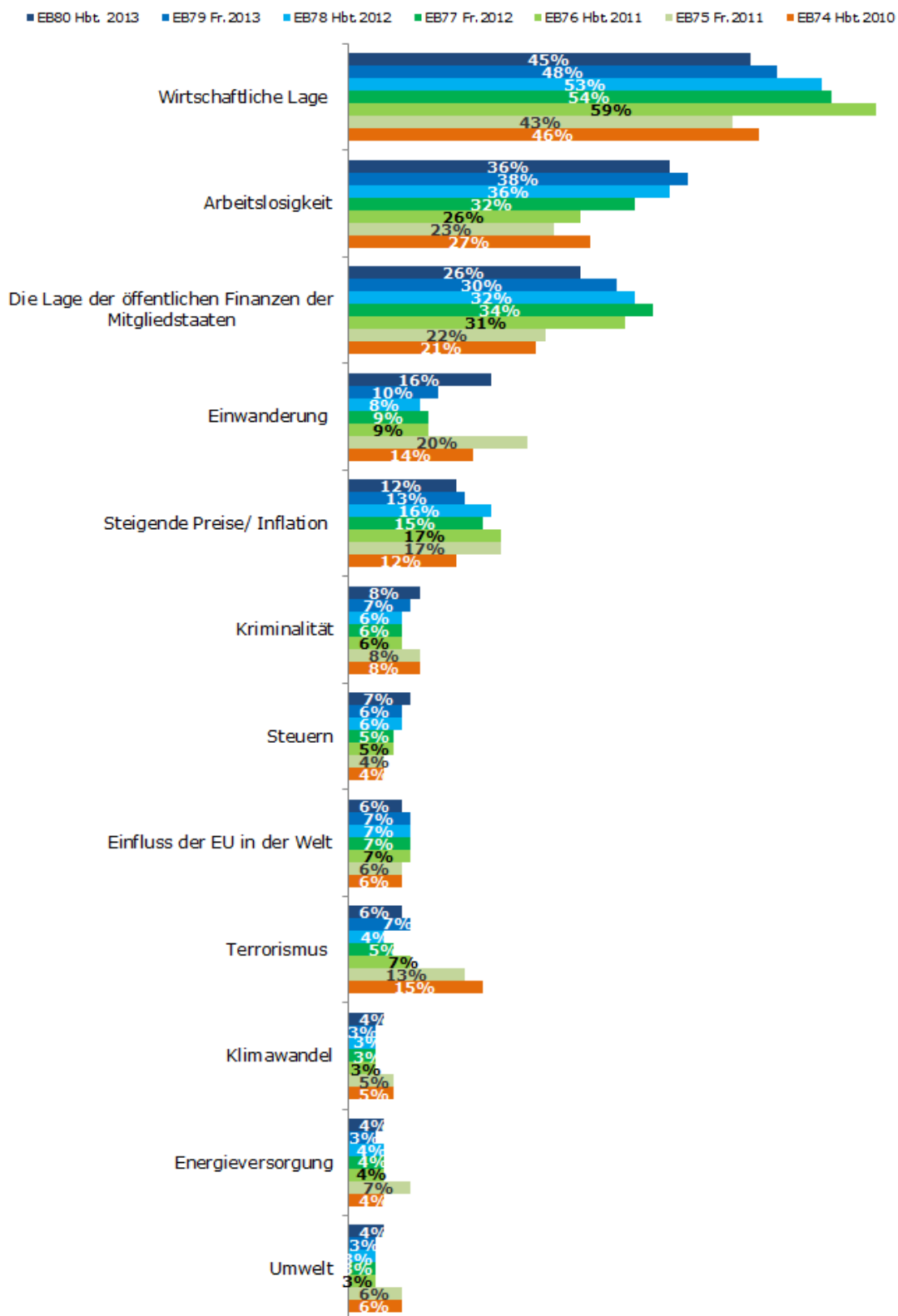


Maximal zwei Nennungen möglich

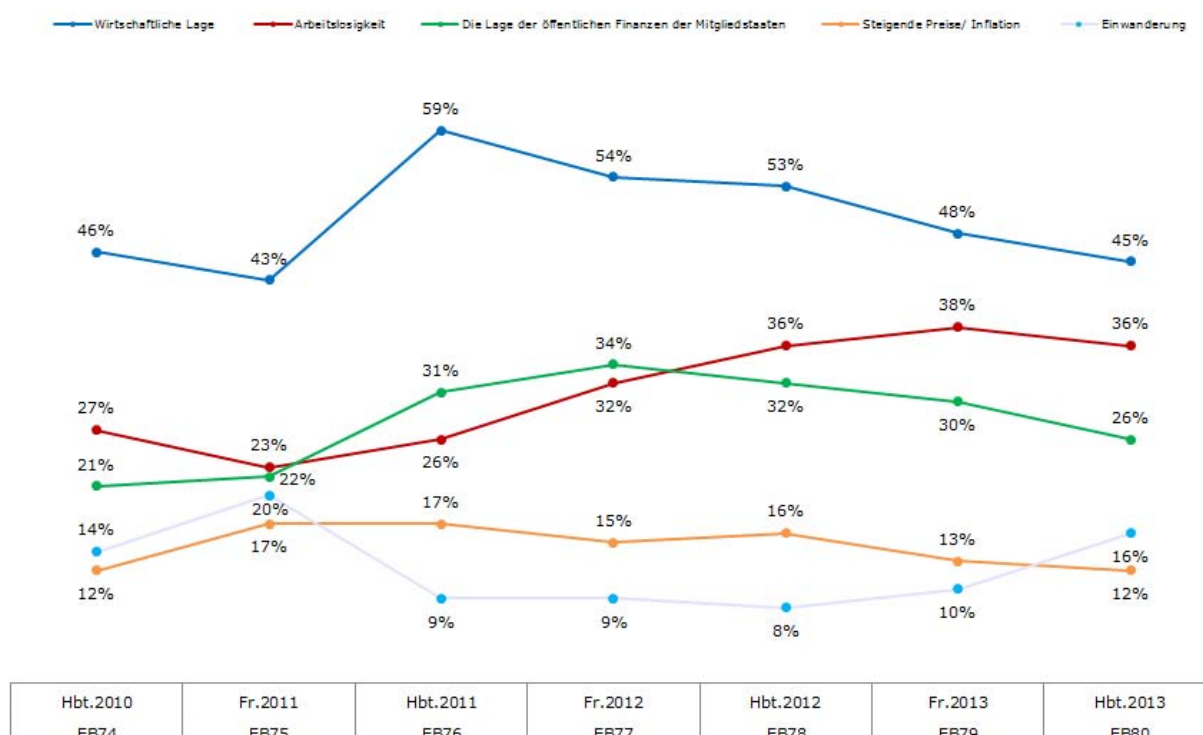
Die wirtschaftliche Lage und die Arbeitslosigkeit erscheinen den Befragten innerhalb und außerhalb der Eurozone als derzeit größte Probleme der EU, wobei die Befragten innerhalb der Eurozone beide Themen jedoch sehr viel häufiger nennen (42% für die wirtschaftliche Lage gegenüber 31% in den Ländern außerhalb der Eurozone, 38% für die Arbeitslosigkeit gegenüber 26% außerhalb der Eurozone).

Die Befragten in den Ländern der Eurozone nennen an dritter Stelle die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten (28%), während bei den Befragten außerhalb der Eurozone die Einwanderung Platz drei der in ihren Augen wichtigsten Probleme der EU belegt (22%).

QA6. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht? (MAX. 2 NENNUNGEN) - %EU



QA6. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht? (MAX. 2 NENNUNGEN) - %EU



Die fünf am häufigsten genannten Items

In 21 Mitgliedstaaten führt die **wirtschaftliche Lage** die Rangfolge der aus Sicht der Befragten größten Probleme der Europäischen Union an. In drei dieser Mitgliedstaaten (auf Zypern, 54%, -3 Prozentpunkte; in Dänemark, 42%, -11; und in Polen, 26%, -10) wird die **Arbeitslosigkeit** als ebenso problematisch beurteilt. Die Arbeitslosigkeit steht in drei Mitgliedstaaten an der Spitze der Themen, um die sich die Befragten im Hinblick auf die EU besonders sorgen (in Italien, 53%, +4; in Luxemburg, 48%, unverändert; und in Portugal, 47%, -1).

In einer großen Mehrheit der Mitgliedstaaten werden beide Themen jedoch tendenziell seltener genannt als im Herbst 2013.

Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten wird in Deutschland (42%, -1 Prozentpunkt), in Österreich (35%, -13) und in der Tschechischen Republik (30%, -7) als das wichtigste Problem betrachtet, dem die EU derzeit gegenübersteht.

Die Einwanderung steht auf Malta nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene an erster Stelle der Probleme, um die sich die Befragten sorgen, wobei der Anteil dieses Themas im Vergleich zum Herbst 2013 deutlich steigt (55%, +15 Prozentpunkte). Auch in den Niederlanden (27%, +15), in Italien (25%, +9), in Ungarn (19%, +9), in der Tschechischen Republik (21%, +8) und in Litauen (21%, +7) gewinnt dieses Thema wesentlich an Bedeutung.

Eine Reihe weiterer nationaler Besonderheiten sind hervorzuheben:

- **Der Einfluss der EU in der Welt** wird in Estland (16%, +8 Prozentpunkte) und in den Niederlanden (15%, +4) überdurchschnittlich häufig als Problem bezeichnet;
- **Die Kriminalität** gilt in Belgien (16%, +5 Prozentpunkte) und in Rumänien (16%, -3) häufiger als in anderen Ländern als eines der wichtigsten Probleme, dem die EU derzeit gegenübersteht;
- **Der Terrorismus** gibt wiederum in Belgien (11%, +4 Prozentpunkte), aber auch in der Tschechischen Republik (11%, +3) Anlass zur Sorge;
- Die Befragten in Polen (11%, +8 Prozentpunkte), in Estland (11%, +6) und in Litauen (11%, +5) sorgen sich häufiger als der europäische Durchschnitt um **die Energieversorgung**;
- **Die Steuern** werden in Italien besonders häufig als Problem benannt (16%, -5 Prozentpunkte);
- In Schweden zeigen die Befragten das höchste Bewusstsein für Probleme im Hinblick auf die **Umwelt** (25%, +7 Prozentpunkte) und den **Klimawandel** (25%, +4).

QA6. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?

	Wirtschaftliche Lage	Arbeitslosigkeit	Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten	Einwanderung	Steigende Preise/ Inflation	Einfluss der EU in der Welt	Kriminalität	Terrorismus	Energieversorgung	Steuern	Umwelt	Klimawandel	Renten
EU28	39%	34%	25%	21%	10%	8%	7%	6%	6%	5%	5%	5%	3%
BE	39%	36%	21%	21%	10%	8%	16%	11%	5%	5%	6%	7%	5%
BG	34%	18%	14%	28%	5%	10%	6%	8%	9%	2%	7%	5%	2%
CZ	28%	24%	30%	21%	13%	11%	11%	11%	8%	3%	7%	4%	5%
DK	42%	42%	18%	21%	3%	10%	14%	6%	5%	1%	11%	15%	1%
DE	33%	30%	42%	28%	9%	8%	9%	4%	9%	2%	4%	6%	3%
EE	34%	16%	31%	21%	9%	16%	5%	8%	11%	4%	4%	1%	4%
IE	45%	40%	22%	10%	13%	7%	9%	5%	4%	11%	4%	4%	2%
EL	44%	37%	30%	18%	8%	13%	8%	5%	3%	6%	4%	3%	2%
ES	52%	40%	26%	13%	9%	6%	4%	2%	3%	6%	2%	2%	3%
FR	46%	35%	23%	16%	10%	11%	6%	10%	7%	4%	8%	5%	3%
HR	38%	33%	25%	14%	11%	12%	12%	5%	5%	3%	3%	6%	1%
IT	45%	53%	16%	25%	12%	4%	4%	4%	2%	16%	2%	1%	4%
CY	54%	54%	19%	15%	5%	7%	15%	7%	1%	3%	1%	2%	0%
LV	33%	17%	28%	22%	10%	9%	7%	7%	8%	7%	4%	5%	4%
LT	28%	15%	27%	21%	14%	10%	11%	9%	11%	8%	2%	5%	2%
LU	26%	48%	19%	18%	12%	9%	10%	4%	6%	5%	7%	6%	5%
HU	34%	29%	31%	19%	12%	10%	13%	7%	9%	4%	4%	6%	4%
MT	30%	26%	15%	55%	5%	3%	7%	4%	5%	1%	5%	5%	3%
NL	49%	36%	31%	27%	6%	15%	6%	5%	4%	2%	4%	5%	1%
AT	31%	32%	35%	18%	13%	11%	11%	2%	4%	6%	9%	8%	5%
PL	26%	26%	21%	15%	10%	10%	4%	8%	11%	3%	4%	4%	5%
PT	42%	47%	32%	8%	14%	4%	5%	3%	1%	8%	0%	2%	4%
RO	26%	22%	14%	14%	18%	6%	16%	10%	4%	7%	5%	4%	5%
SI	43%	40%	26%	13%	4%	9%	11%	3%	3%	6%	4%	5%	2%
SK	36%	34%	26%	9%	16%	9%	12%	10%	8%	5%	6%	3%	6%
FI	40%	31%	36%	15%	9%	11%	9%	5%	9%	4%	7%	11%	2%
SE	40%	37%	19%	18%	0%	7%	6%	2%	9%	2%	25%	25%	1%
UK	33%	26%	11%	29%	8%	9%	5%	7%	6%	3%	3%	5%	2%

Höchster Prozentsatz per Land






























Niedrigster Prozentsatz per Land

Höchster Prozentsatz per Nennung




Niedrigster Prozentsatz per Nennung

Maximal zwei Nennungen möglich

QA6. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?

		Wirtschaftliche Lage	Arbeitslosigkeit	Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten	Einwanderung	Steigende Preise/ Inflation	Einfluss der EU in der Welt	Kriminalität	Terrorismus	Energieversorgung	Steuern	Umwelt	Klimawandel	Renten
	EU28	39%	34%	25%	21%	10%	8%	7%	6%	6%	5%	5%	5%	3%
	BE	39%	36%	21%	21%	10%	8%	16%	11%	5%	5%	6%	7%	5%
	BG	34%	18%	14%	28%	5%	10%	6%	8%	9%	2%	7%	5%	2%
	CZ	28%	24%	30%	21%	13%	11%	11%	11%	8%	3%	7%	4%	5%
	DK	42%	42%	18%	21%	3%	10%	14%	6%	5%	1%	11%	15%	1%
	DE	33%	30%	42%	28%	9%	8%	9%	4%	9%	2%	4%	6%	3%
	EE	34%	16%	31%	21%	9%	16%	5%	8%	11%	4%	4%	1%	4%
	IE	45%	40%	22%	10%	13%	7%	9%	5%	4%	11%	4%	4%	2%
	EL	44%	37%	30%	18%	8%	13%	8%	5%	3%	6%	4%	3%	2%
	ES	52%	40%	26%	13%	9%	6%	4%	2%	3%	6%	2%	2%	3%
	FR	46%	35%	23%	16%	10%	11%	6%	10%	7%	4%	8%	5%	3%
	HR	38%	33%	25%	14%	11%	12%	12%	5%	5%	3%	3%	6%	1%
	IT	45%	53%	16%	25%	12%	4%	4%	4%	2%	16%	2%	1%	4%
	CY	54%	54%	19%	15%	5%	7%	15%	7%	1%	3%	1%	2%	0%
	LV	33%	17%	28%	22%	10%	9%	7%	7%	8%	7%	4%	5%	4%
	LT	28%	15%	27%	21%	14%	10%	11%	9%	11%	8%	2%	5%	2%
	LU	26%	48%	19%	18%	12%	9%	10%	4%	6%	5%	7%	6%	5%
	HU	34%	29%	31%	19%	12%	10%	13%	7%	9%	4%	4%	6%	4%
	MT	30%	26%	15%	55%	5%	3%	7%	4%	5%	1%	5%	5%	3%
	NL	49%	36%	31%	27%	6%	15%	6%	5%	4%	2%	4%	5%	1%
	AT	31%	32%	35%	18%	13%	11%	11%	2%	4%	6%	9%	8%	5%
	PL	26%	26%	21%	15%	10%	10%	4%	8%	11%	3%	4%	4%	5%
	PT	42%	47%	32%	8%	14%	4%	5%	3%	1%	8%	0%	2%	4%
	RO	26%	22%	14%	14%	18%	6%	16%	10%	4%	7%	5%	4%	5%
	SI	43%	40%	26%	13%	4%	9%	11%	3%	3%	6%	4%	5%	2%
	SK	36%	34%	26%	9%	16%	9%	12%	10%	8%	5%	6%	3%	6%
	FI	40%	31%	36%	15%	9%	11%	9%	5%	9%	4%	7%	11%	2%
	SE	40%	37%	19%	18%	0%	7%	6%	2%	9%	2%	25%	25%	1%
	UK	33%	26%	11%	29%	8%	9%	5%	7%	6%	3%	3%	5%	2%

Maximal zwei Nennungen möglich

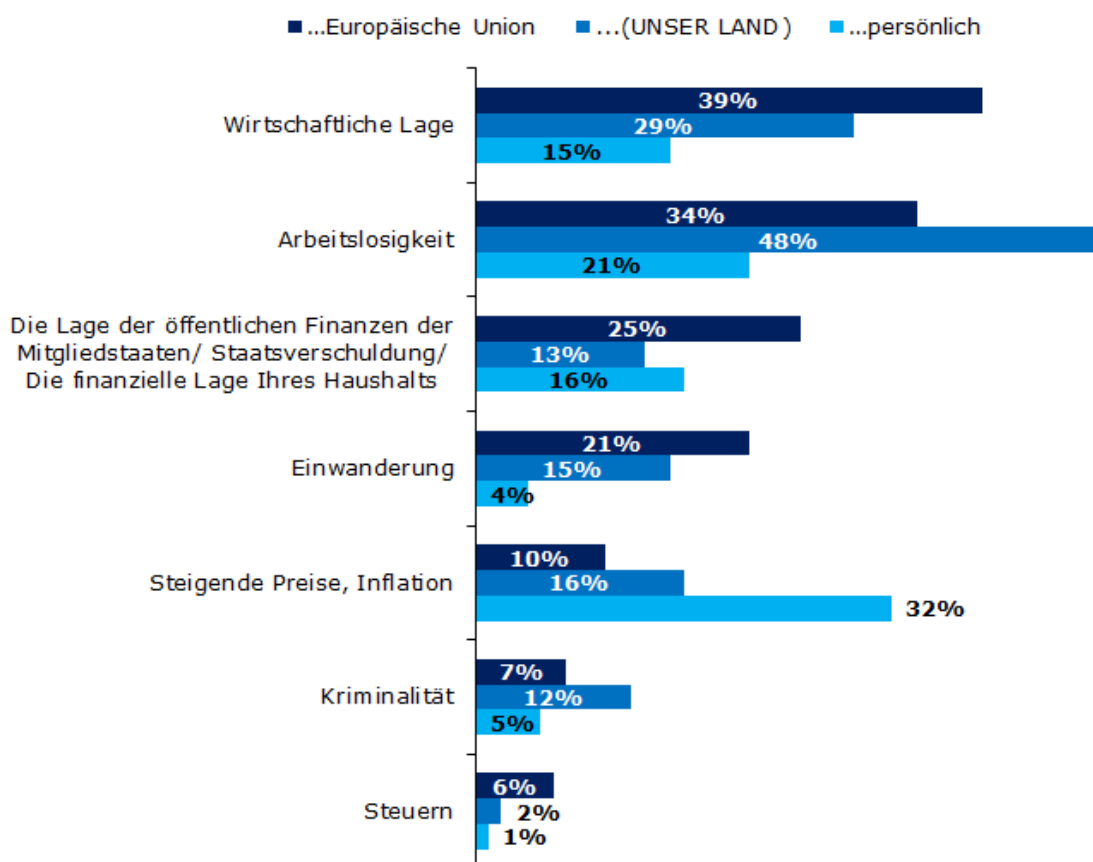
	Am häufigsten erwähnte Antwort
	Am zweithäufigsten erwähnte Antwort
	Am dritthäufigsten erwähnte Antwort

Die vergleichende Analyse der wichtigsten Probleme der Europäer auf persönlicher, nationaler und europäischer Ebene ermöglicht eine Reihe von Erkenntnissen:

- **Steigende Preise** werden, da sie den Einzelnen direkt betreffen, sehr häufig als Problem auf persönlicher Ebene (32%), aber seltener auf nationaler (16%) oder europäischer (10%) Ebene bezeichnet. Dies gilt auch für **Steuern** (17%/11%/5%);
- Das umgekehrte Phänomen zeigt sich bei der **wirtschaftlichen Lage**, die auf europäischer (39%) und nationaler (29%) Ebene mehr Anlass zur Sorge gibt als auf persönlicher (15%) Ebene;
- **Die Arbeitslosigkeit** wird auf allen Ebenen als wichtiges Problem betrachtet, gibt jedoch in Bezug auf das eigene Land (48%) mehr Anlass zur Sorge als im Hinblick auf die EU (34%) oder auf persönlicher Ebene (21%);

- Auf allen betrachteten Ebenen gelten Wirtschaftsthemen weiterhin als die wichtigsten Probleme und platzieren sich deutlich vor sozialen Themen oder Umweltthemen. Ihre Anteile gehen jedoch nahezu kontinuierlich zurück, nachdem sie insbesondere im Ergebnis der Standard-Eurobarometer Befragungen vom Frühjahr (EB75) und Herbst 2011 (EB76) stark gestiegen waren;
- Zudem bestätigt sich die steigende Tendenz der Sorge um **die Einwanderung** auf europäischer und nationaler Ebene. Ganz allgemein zeigt sich, dass die Sorgen um soziale Themen und Umweltthemen insgesamt weiter zunehmen.

**Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen ...
derzeit gegenübersteht? -%EU**



Vergleichbare Items, die auf EU-Ebene von mehr als 5% der Befragten genannt wurden

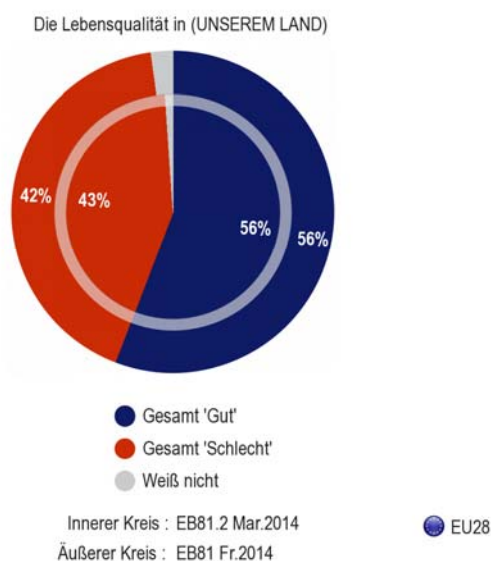
3. DIE LEBENSQUALITÄT

- Mehr als einer von zwei Europäern beurteilt die Lebensqualität in seinem Land und in der Europäischen Union als gut -

3.1. Die Beurteilung der Lebensqualität auf nationalem Niveau

Mehr als einer von zwei Europäern bewertet die Lebensqualität in seinem Land als „gut“: 56%. Dieses Ergebnis zeigt sich im Vergleich zur Spezial-Eurobarometer-Befragung im März 2014, EB81.2²⁰, stabil (gegenüber 42%, die die Lebensqualität als „schlecht“ bewerten, -1 Prozentpunkt)²¹.

QA2a.6. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?



In 13 Mitgliedstaaten hat eine Mehrheit der Befragten das Gefühl, eine gute Lebensqualität zu genießen. In sechs dieser Staaten, die sich vor allem im Norden Europas befinden, liegt ihr Anteil bei 90% oder höher: in Dänemark (92%, darunter 33%, die die Lebensqualität in ihrem Land als „sehr gut“ bezeichnen), in Luxemburg (92%, davon 35% „sehr gut“), in den Niederlanden (92%, 32%), in Finnland (92%, 22%), in Schweden (91%, 30%) und in Deutschland (90%, 25%).

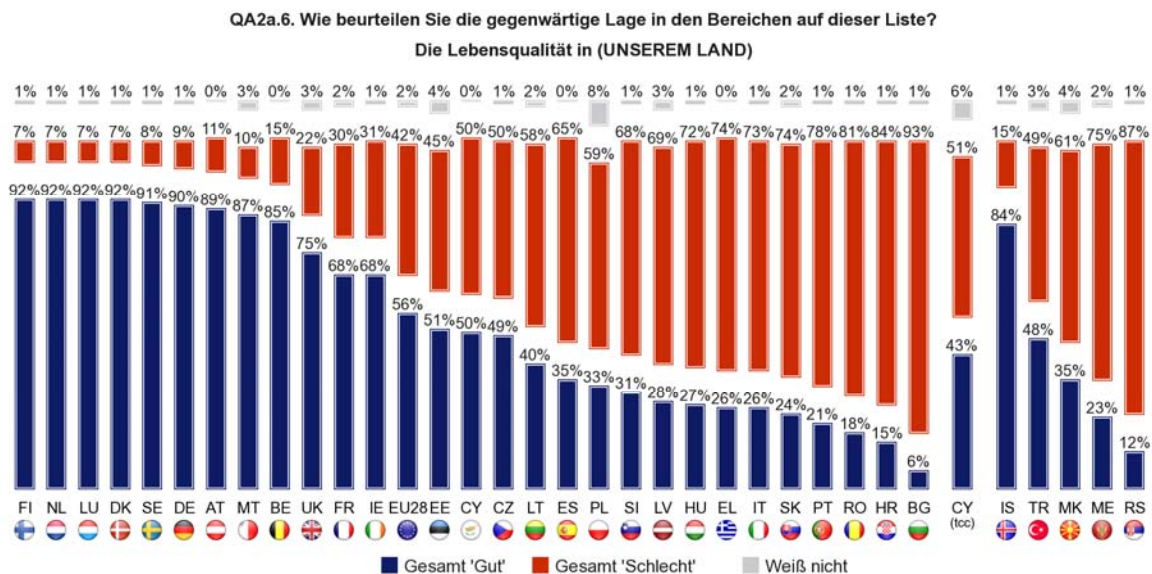
Die Differenz mit den Ländern, in denen die wenigsten Befragten den Eindruck einer guten Lebensqualität teilen, ist jedoch beträchtlich: Lediglich 6% der Befragten befinden die Lebensqualität in Bulgarien für „gut“ (einer von zwei Befragten bewertet die dortige Lebensqualität als „sehr schlecht“). In Kroatien sind es 15% und in Rumänien 18%.

In Polen (33%, -8 Prozentpunkte), in Rumänien (18%, -7) und in Spanien (35%, -6) fallen die entsprechenden Bewertungen im Vergleich zum März etwas schlechter aus.

²⁰ Spezial-Eurobarometer 415 *Die Europäer im Jahr 2014*

Die Wahrnehmungsunterschiede **in den Kandidatenländern** sind ebenfalls beträchtlich:

- Island ist das einzige Land dieser Gruppe, in dem eine – im Übrigen sehr deutliche – Mehrheit der Befragten die Lebensqualität als gut bewertet (84%);
- In der Türkei zeigt sich die öffentliche Meinung gespalten (48% gegenüber 49% „schlecht“);
- In Serbien (87% beurteilen die Lebensqualität als „schlecht“), in Montenegro (75%) und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (61%) herrscht die Unzufriedenheit deutlich vor.



Setzt man diese Ergebnisse zur Bewertung der Lebensqualität im eigenen Land in Beziehung zu den Ergebnissen zur Zufriedenheit der Befragten mit dem Leben, das sie führen, so zeigt sich, dass fast zwei Drittel der Europäer, die mit dem Leben, das sie führen, zufrieden sind, auch die Lebensqualität in ihrem Land als gut beurteilen (65% gegenüber 23%, die nicht mit ihrem Leben zufrieden sind). Hingegen meinen drei Viertel der Befragten, die nicht mit ihrem Leben zufrieden sind, dass die Lebensqualität in ihrem Land schlecht ist (75% gegenüber 33% derjenigen, die zufrieden sind).

Zudem wird in den fünf Ländern, in denen die Zufriedenheit der Befragten mit ihrem Leben besonders hoch ist, auch die landesweite Lebensqualität am besten beurteilt: Es handelt sich um Dänemark (98% sind mit dem Leben, das sie führen, zufrieden und 92% beurteilen die Lebensqualität in ihrem Land positiv), Schweden (98% und 91%), Luxemburg (96% und 92%), die Niederlande (95% und 92%) und Finnland (95% und 92%).

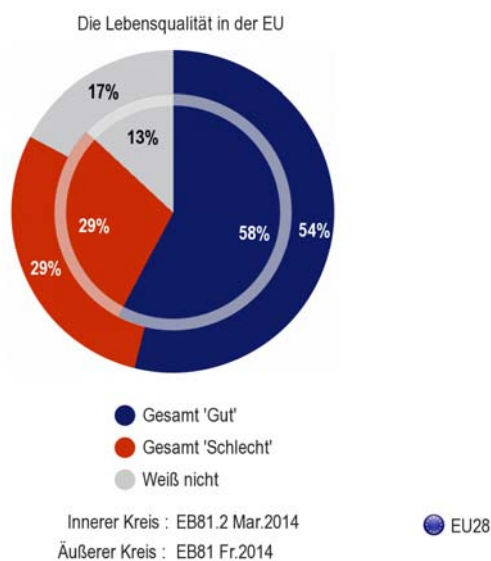
²¹ QA2a.6: Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? Die Lebensqualität in (UNSEREM LAND)

3.2. Die Beurteilung der Lebensqualität auf europäischem Niveau

Eine Mehrheit der Europäer (54% gegenüber 29%) beurteilt auch **die Lebensqualität auf europäischem Niveau** als gut.²²

Der Anteil der positiven Meinungen zeigt jedoch im Vergleich zur Spezial-Eurobarometer-Befragung vom März 2014 eine rückläufige Tendenz (-4 Prozentpunkte im Vergleich zum EB81.2). Der Anteil der negativen Ansichten bleibt stabil (29%, unverändert), während der Anteil derjenigen, die mit „Weiß nicht“ antworten, zunimmt (17%, +4).

QA2a.7. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?



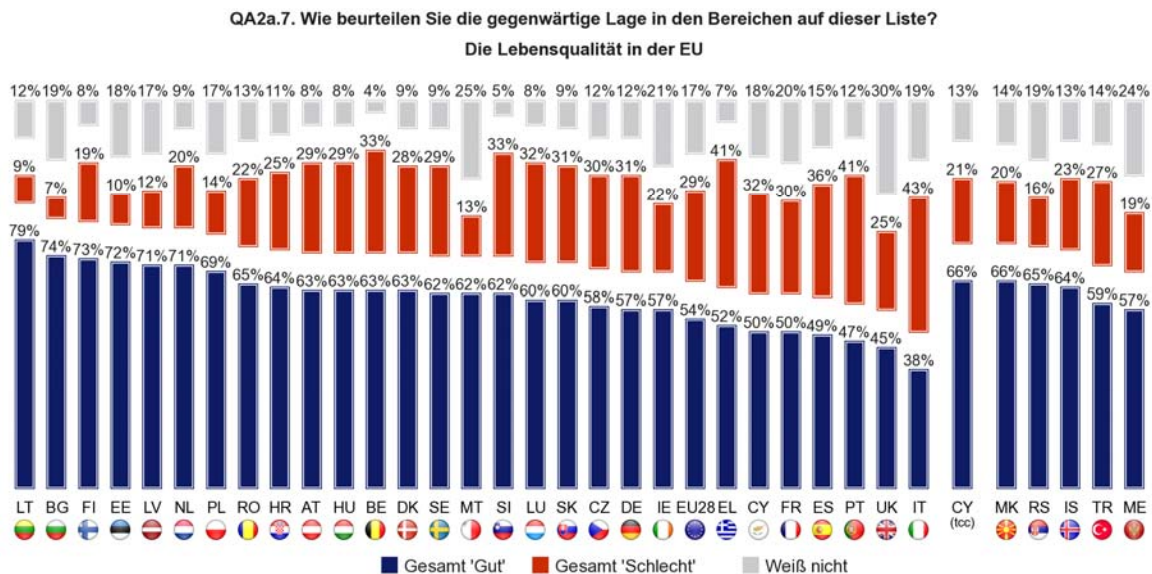
In fast allen Mitgliedstaaten beurteilen die Befragten die Lebensqualität in der EU überwiegend positiv. Die einzige Ausnahme bildet Italien (38% gegenüber 43%, die die Lebensqualität als „schlecht“ bezeichnen).

Die Differenz der Antworten zwischen den Ländern, in denen die Befragten die Lebensqualität besonders positiv (79% in Litauen, 74% in Bulgarien, 73% in Finnland und 72% in Estland) bzw. besonders kritisch beurteilen (38% in Italien, 45% im Vereinigten Königreich, 47% in Portugal und 49% in Spanien) zeigt sich weniger stark ausgeprägt als auf nationalem Niveau.

Der Anteil der positiven Meinung zur Lebensqualität in der Europäischen Union geht jedoch in den meisten Mitgliedstaaten und insbesondere in der Tschechischen Republik (58%, -9 Prozentpunkte) und in Österreich (63%, -8) um einige Prozentpunkte zurück.

²² QA2a.7: Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? Die Lebensqualität in der EU

In den **Kandidatenländern** wird die Lebensqualität in der EU ebenfalls mehrheitlich positiv bewertet (die Anteile bewegen sich zwischen 57% in Montenegro und 66% in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien).



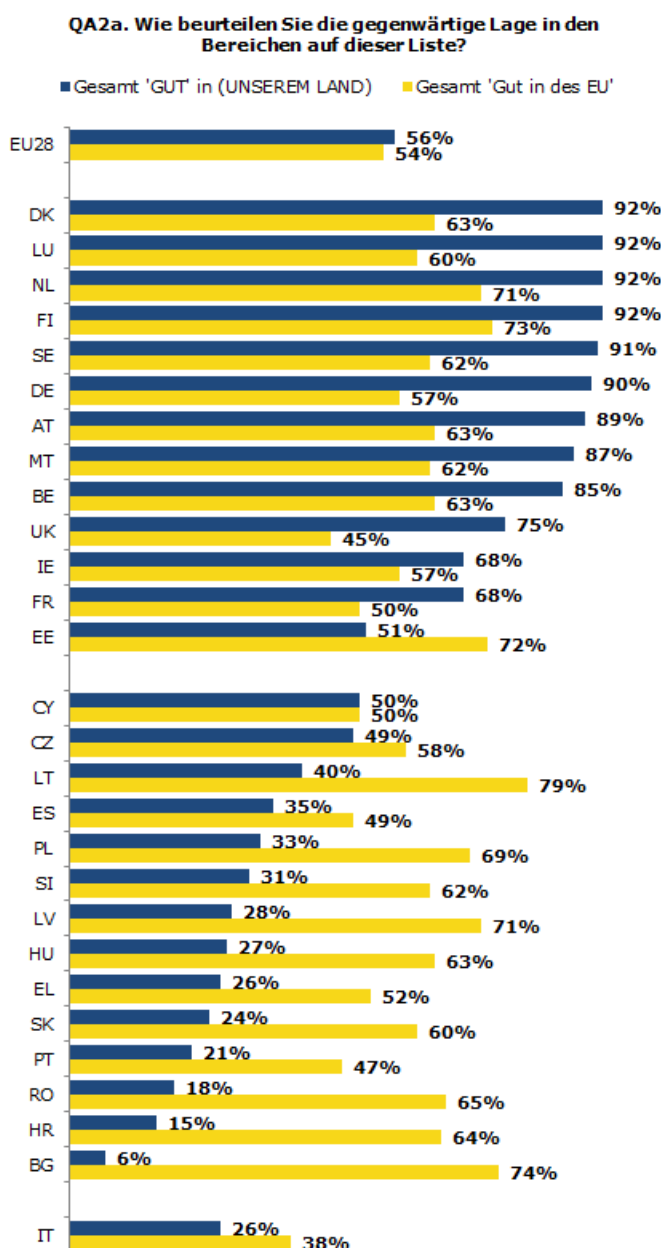
Setzt man die Ergebnisse zur Lebensqualität in der Europäischen Union in Beziehung zur Zufriedenheit mit dem Leben, das die Befragten derzeit führen, wird deutlich, dass die beiden Fragen in einem weniger engen Verhältnis stehen, als die Lebensqualität im eigenen Land und die Zufriedenheit mit dem Leben, das die Befragten führen. So beurteilen fast drei von fünf Europäern, die mit dem Leben, das sie führen, zufrieden sind, die Lebensqualität in der EU als gut (58% gegenüber 40% derjenigen, die mit ihrem Leben nicht zufrieden sind), aber nur zwei von fünf Befragten, die nicht mit ihrem Leben zufrieden sind, betrachten die Lebensqualität in ihrem Land als schlecht (41% gegenüber 26% derjenigen, die mit ihrem Leben zufrieden sind).

Zudem fallen die Antworten auf diese beiden Fragen in den einzelnen Ländern recht unterschiedlich aus: So belegen die Befragten in Bulgarien den zweiten Platz bei der positiven Beurteilung der Lebensqualität in der EU (74%), während sie im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem Leben, das sie führen, lediglich die vorletzte Position erreichen (44%).

Das Urteil über die Lebensqualität auf europäischem Niveau fällt in 15 Mitgliedstaaten positiver aus als die Bewertung der Lebensqualität auf nationaler Ebene.

In 14 Mitgliedstaaten dieser Gruppe wird die Lebensqualität im eigenen Land von den Befragten mehrheitlich negativ bewertet. Der 15. Staat ist Estland, wo eine Mehrheit der Befragten die Lebensqualität im eigenen Land als gut bewertet (51%), jedoch eine deutlichere Mehrheit diese Meinung zur Lebensqualität in der EU vertritt (72%).

In Bulgarien (6% positive Beurteilungen der Lebensqualität im eigenen Land gegenüber 74% zur Lebensqualität in der EU), Kroatien (15/64) und Rumänien (18/65) fallen die Bewertungsunterschiede zur Lebensqualität besonders groß aus.








Mit Ausnahme von Estland beurteilen die Befragten in allen Mitgliedstaaten, in denen die Lebensqualität auf nationalem Niveau mehrheitlich als gut bewertet wird, die Lebensqualität im eigenen Land besser als in der EU. Die deutlichsten Differenzen zu diesem Aspekt zeigen sich in Deutschland (90% beurteilen die Lebensqualität im eigenen Land als gut, 57% die Lebensqualität in der EU), in Luxemburg (92/60), im Vereinigten Königreich (75/45), in Schweden (91/62) und in Dänemark (92/63).

Auf Zypern ist die Hälfte der Befragten mit der Lebensqualität in ihrem Land (50% gegenüber 50%) und ein gleich hoher Anteil mit der Lebensqualität in der EU (50% gegenüber 32%) zufrieden.

Die **Analyse nach soziodemografischen Kriterien** zeigt, dass:

- Männer die Lebensqualität sowohl in ihrem Land (61% gegenüber 54% der Frauen) als auch in der EU (59% gegenüber 50%) höher bewerten als Frauen;
- Junge Leute positiver als ältere Befragte urteilen (65% der 15–24-jährigen bewerten die nationale Lebensqualität positiv gegenüber 56% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber und 62% der Befragten im Alter von 75 Jahren und mehr; 66% bzw. 46% und 42% beurteilen die Lebensqualität in der EU positiv). Zudem wird deutlich, dass Europäer im Alter zwischen 25 und 39 Jahren die Lebensqualität in der EU (60%) positiver beurteilen als die Lebensqualität in ihrem Land (55%);
- Die Zugehörigkeit zu einer Generation nur geringe Auswirkungen auf die Bewertung der Lebensqualität im eigenen Land zeigt (Befragte, die zwischen 1928 und 1945 geboren wurden, urteilen mit einem Anteil von 59% am häufigsten positiv, im Vergleich zu 54% bis 56% in den anderen Generationen), aber einen deutlicheren Einfluss auf die Bewertung der Lebensqualität in der EU ausübt: zwischen 1928 und 1945 geborene Befragte urteilen hierbei am seltensten positiv (42% gegenüber mindestens 50% in allen anderen Generationen und sogar 56% der Befragten, die zwischen 1965 und 1980 geboren wurden);
- Unter den Europäern, die ihre Ausbildung mit 15 Jahren oder früher beendet haben, nur eine Minderheit mit der Lebensqualität im eigenen Land zufrieden ist (47% sind zufrieden, 51% sind nicht zufrieden). Auch mit der Lebensqualität in der EU zeigt sich nur eine Minderheit dieser Befragten zufrieden (37% gegenüber 39%). Unter den Europäern, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder länger fortgesetzt haben, liegt der Anteil der positiven Meinungen hingegen weit vor dem Anteil der negativen Bewertungen (64% bei der Lebensqualität im eigenen Land und 63% in der EU);
- In der Gruppe der Europäer, die nach eigenen Angaben meistens Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben, überwiegt sehr deutlich die Unzufriedenheit (32% bewerten die Lebensqualität im eigenen Land als gut, 67% als schlecht). Die Lebensqualität in der EU wird dagegen seltener negativ beurteilt (42% gegenüber 40%). Umgekehrte Verhältnisse zeigen sich beim Urteil der Europäer, die angeben, nahezu nie Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen zu haben: 67% bewerten die Lebensqualität im eigenen Land als gut, aber nur 58% fällen dieses Urteil über die Lebensqualität in der EU.












QA2a. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? Die Lebensqualität in (UNSEREM LAND)

	Die Lebensqualität in (UNSEREM LAND)			Die Lebensqualität in der EU		
	Gesamt 'Gut'	Total 'Bad'	DK	Gesamt 'Gut'	Total 'Bad'	DK
EU28	56%	42%	2%	54%	29%	17%
 Geschlecht						
Männlich	61%	38%	1%	59%	28%	13%
Weiblich	54%	44%	2%	50%	31%	19%
 Alter						
15-24	65%	33%	2%	66%	21%	13%
25-34	56%	42%	2%	62%	25%	13%
35-44	54%	45%	1%	58%	29%	13%
45-54	56%	43%	1%	52%	32%	16%
55-64	54%	44%	2%	49%	35%	16%
65-74	55%	42%	3%	45%	33%	22%
75+	62%	36%	2%	42%	30%	28%
Generation						
Before 1928	56%	42%	2%	54%	29%	17%
1928 - 1945	59%	38%	3%	42%	33%	25%
Total 'Before 1946'	57%	42%	1%	56%	29%	15%
1946 - 1964 "BB"	54%	44%	2%	50%	33%	17%
1965 - 1980 "X"	55%	44%	1%	56%	30%	14%
After 1980 "Y"	56%	42%	2%	50%	32%	18%
 Ausbildung (Ende der)						
15-	47%	51%	2%	37%	39%	24%
16-19	55%	43%	2%	52%	30%	18%
20+	64%	34%	2%	63%	25%	12%
Studiert noch	68%	31%	1%	69%	20%	11%
 Sozio-professionelle Kategorie						
Selbstständige	59%	40%	1%	61%	27%	12%
Leitende Angestellte	73%	26%	1%	67%	22%	11%
Andere Angestellte	58%	40%	2%	58%	27%	15%
Arbeiterinnen	55%	44%	1%	53%	30%	17%
Hausfrauen / -männer	45%	54%	1%	46%	34%	20%
Arbeitslose	40%	58%	2%	49%	36%	15%
Rentner / Pensionäre	57%	40%	3%	46%	32%	22%
Schüler / Studenten	68%	31%	1%	69%	20%	11%
 Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen						
Meistens	32%	67%	1%	42%	40%	18%
Gelegentlich	42%	56%	2%	49%	34%	17%
Nahezu nie/ Nie	67%	31%	2%	58%	26%	16%

Die nachstehenden Tabellen zeigen die nach soziodemografischen Kriterien aufgeschlüsselten Ergebnisse für den Durchschnitt der gesamten Europäischen Union (EU28), die sechs größten EU-Länder sowie für vier von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffene Länder.

QA2a. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? Die Lebensqualität in (UNSEREM LAND)
Die Lebensqualität in (UNSEREM LAND)

Gesamt 'Gut'

	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	56%	90%	35%	68%	26%	33%	75%	26%	21%	68%	50%
Geschlecht											
Männlich	61%	91%	38%	76%	29%	36%	79%	31%	24%	70%	54%
Weiblich	54%	89%	32%	61%	25%	31%	72%	22%	18%	66%	46%
Alter											
15-24	65%	92%	46%	80%	32%	42%	82%	36%	23%	72%	60%
25-39	55%	88%	35%	64%	24%	37%	77%	35%	24%	72%	53%
40-54	56%	90%	31%	67%	26%	30%	73%	25%	22%	61%	48%
55 +	56%	92%	33%	67%	27%	30%	74%	19%	16%	68%	41%
Ausbildung (Ende der)											
15-	47%	91%	30%	54%	26%	16%	64%	16%	20%	57%	36%
16-19	55%	89%	35%	65%	25%	27%	75%	26%	19%	63%	47%
20+	64%	91%	41%	72%	27%	41%	80%	29%	24%	74%	55%
Studiert noch	68%	96%	39%	80%	35%	50%	92%	33%	31%	82%	65%
Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	59%	95%	43%	71%	34%	51%	78%	34%	26%	71%	45%
Leitende Angestellte	73%	94%	35%	73%	31%	56%	78%	45%	28%	74%	62%
Andere Angestellte	58%	90%	39%	67%	22%	37%	77%	30%	19%	74%	55%
Arbeiter	55%	88%	34%	65%	27%	20%	69%	33%	24%	63%	55%
Hausfrauen / -männer	45%	90%	31%	45%	18%	33%	80%	23%	25%	65%	21%
Arbeitslose	40%	68%	29%	61%	20%	18%	70%	17%	14%	58%	42%
Rentner / Pensionäre	57%	92%	37%	70%	27%	30%	72%	18%	17%	64%	40%
Schüler / Studenten	68%	96%	39%	80%	35%	50%	92%	33%	31%	82%	65%

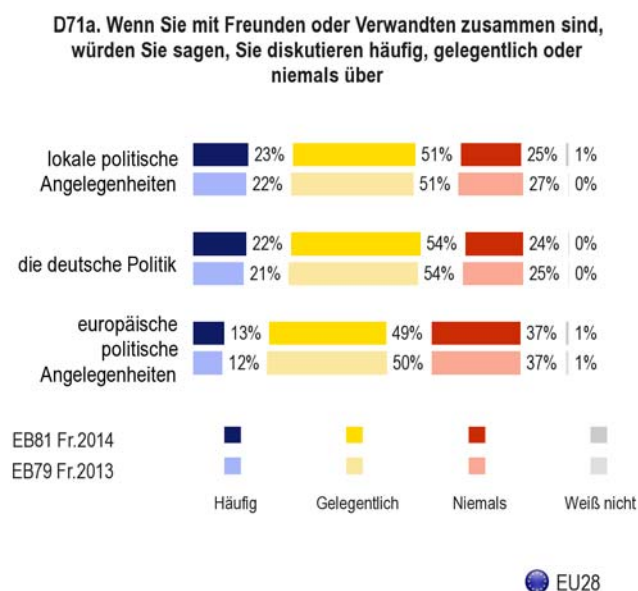
4. DIE POLITISCHEN ASPEKTE

4.1. Interesse an Politik

Der Index zum Interesse der europäischen Bürger an der Politik²³ zeigt sich seit der letzten Erhebung im Rahmen der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2013 (EB79) und ebenso seit seiner Einführung im Frühjahr 2010 stabil.

- Sechs von zehn Europäern interessieren sich für Politik und zeigen entweder ein hohes (16%, unverändert) oder durchschnittliches (44%, =) Interesse an ihr;
- Etwas weniger als ein Viertel der Europäer hegt ein „niedriges“ Interesse an Politik (22%, -1 Prozentpunkt) und 18% interessieren sich „gar nicht“ für sie (+1).

Das Interesse der Europäer an der Politik bleibt für die nationale (76%, +1) und lokale Ebene (74%, +1) weiterhin etwas höher als für die europäische Ebene (62%, unverändert).



Griechenland hebt sich dadurch von den übrigen Ländern ab, dass hier die meisten Befragten angeben, häufig über politische Angelegenheiten zu diskutieren, und zwar sowohl über Angelegenheiten auf lokaler (45%, +14 Prozentpunkte seit der Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2013) als auch auf nationaler (43%, +3) und europäischer (29%, +3) Ebene. Griechenland ist somit das einzige Land, in dem mehr als ein Drittel der Bevölkerung einen hohen Index zum Interesse an Politik erreicht (37%, +6, gegenüber 16% im europäischen Durchschnitt) und platziert sich dabei relativ weit vor den nachgeordneten Niederlanden (26%, +1). Demgegenüber ist das Interesse an Politik in Rumänien (10%, +1), in Portugal (11%, +1), in Ungarn (11%, -3) und in der Tschechischen Republik (11%, -3) am niedrigsten.

²³ Frage: Wenn Sie mit Freunden oder Verwandten zusammen sind, würden Sie sagen, Sie diskutieren häufig, gelegentlich oder niemals über ...? Nationale politische Angelegenheiten/Europäische politische Angelegenheiten/Lokale politische Angelegenheiten. Jeder Antwort wird ein Wert zugeordnet: „Niemals“ = 0; „Gelegentlich“ = 1; „Häufig“ = 2. Dann wird durch Addition der drei Ebenen (lokale, nationale und europäische

Das Interesse an Politik fällt abhängig von der soziodemografischen Kategorie sehr unterschiedlich aus:

- Bei Männern (19% erreichen einen „hohen“ Index zum Interesse an Politik) ist das Interesse an Politik stärker ausgeprägt als bei Frauen (14%);
- Es nimmt mit steigendem Alter zu, denn 10% der 15–24-jährigen, aber 19% der Europäer im Alter von 55 Jahren und darüber haben großes Interesse an Politik;
- Europäer, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder darüber hinaus fortgesetzt haben (23%), interessieren sich deutlich mehr für Politik als jene, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder früher beendet haben (12%);
- Schließlich erreichen Selbstständige (23%) und leitende Angestellte (21%) häufiger einen hohen Index zum Interesse an Politik als Hausfrauen bzw. -männer (12%) oder Arbeitslose (13%).

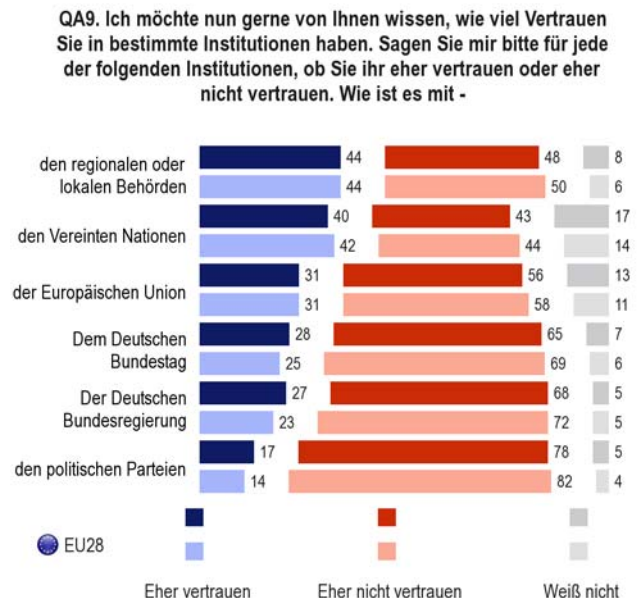
Ebene) ein Index errechnet. Jede Gruppe entspricht einem unterschiedlichen Indexniveau: „interessiert sich gar nicht für Politik“ = 0; „niedrig“ = 1 bis 2; „durchschnittlich“ = 3 bis 4; „hoch“ = 5 bis 6.

4.2. Das Vertrauen in die Institutionen

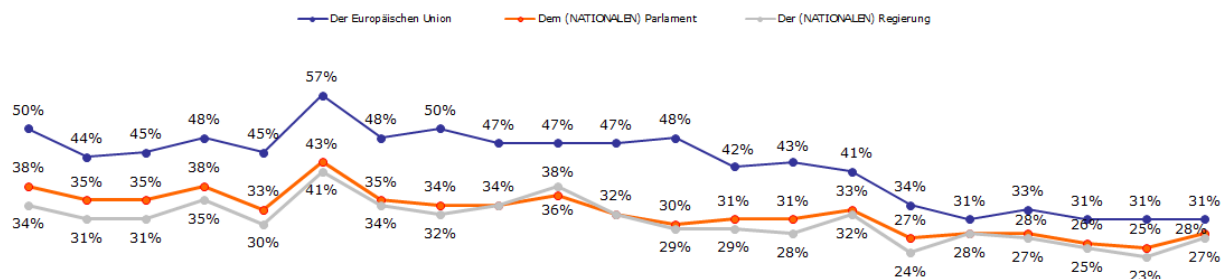
- Das Vertrauen in die Institutionen bleibt zwar gering, kann aber eine leichte Zunahme verzeichnen -

Das Vertrauen der Europäer in ihre **nationale Regierung**²⁴ steigt im Vergleich zur Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013 wieder leicht an (27%, +4 Prozentpunkte). Die Europäer, die ihrer nationalen Regierung vertrauen, bleiben aber auch weiterhin deutlich in der Minderheit (68% Misstrauen, -4).

Dies gilt auch für das Vertrauen in das **nationale Parlament** (28%, +3 gegenüber 65%, -4).



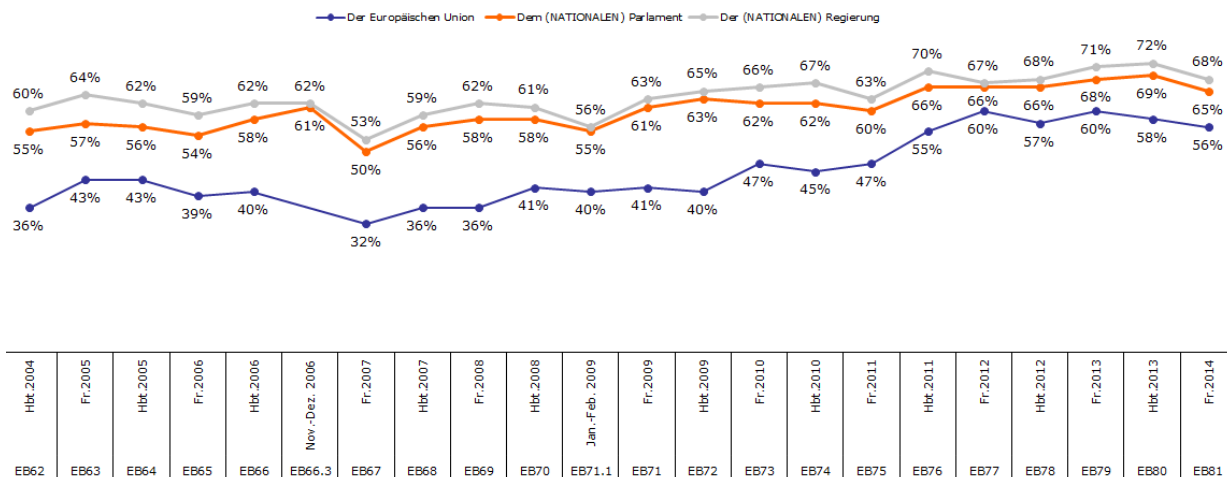
QA9. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Eher vertrauen - % EU



Hb. 2004	Fr. 2005	Hb. 2005	Fr. 2006	Hb. 2006	Fr. 2007	Hb. 2007	Fr. 2008	Hb. 2008	Jan.-Feb. 2009	Fr. 2009	Hb. 2009	Fr. 2010	Hb. 2010	Fr. 2011	Hb. 2011	Fr. 2012	Hb. 2012	Fr. 2013	Hb. 2013	Fr. 2014
EB62	EB63	EB64	EB65	EB66	EB67	EB68	EB69	EB70	EB71.1	EB71	EB72	EB73	EB74	EB75	EB76	EB77	EB78	EB79	EB80	EB81

²⁴ QA9: Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Medien und Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ...?

QA9. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.
Eher nicht vertrauen- % EU

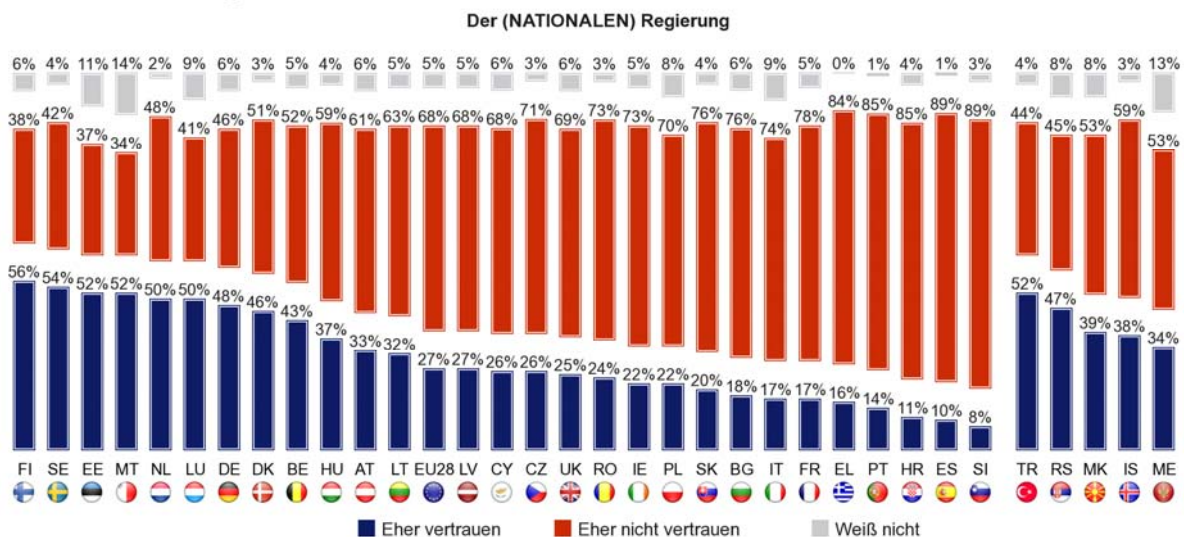


In sechs Mitgliedstaaten vertraut eine Mehrheit der Befragten der Regierung und dem Parlament: in Finnland, wo das Vertrauen insgesamt zunimmt (56% haben Vertrauen in die Regierung, +6 Prozentpunkte seit Herbst 2013; 66% in das Parlament, +8), in Schweden (54%, -3; 67%, -3), auf Malta (52%, +4; 49%, -2), in Luxemburg (50%, -1; 43%, +2), in den Niederlanden, wo das Vertrauen insgesamt mit am deutlichsten steigt (50%, +13; 54%, +13), und in Deutschland, wo das Vertrauen in die Regierung deutlich zunimmt (48%, +10; 51%, +7).

Nach einem deutlichen Anstieg des entsprechenden Anteils vertraut eine Mehrheit der Befragten in Estland der Regierung (52%, +14 Prozentpunkte), jedoch nicht dem Parlament (42%, +7, gegenüber 46%, -15). In Dänemark steigt das Vertrauen in beide nationale politische Institutionen, erreicht jedoch nur im Fall des nationalen Parlaments eine Mehrheit (46%, +6 für die Regierung, gegenüber 51%, -6, und 61%, +3 für das Parlament).

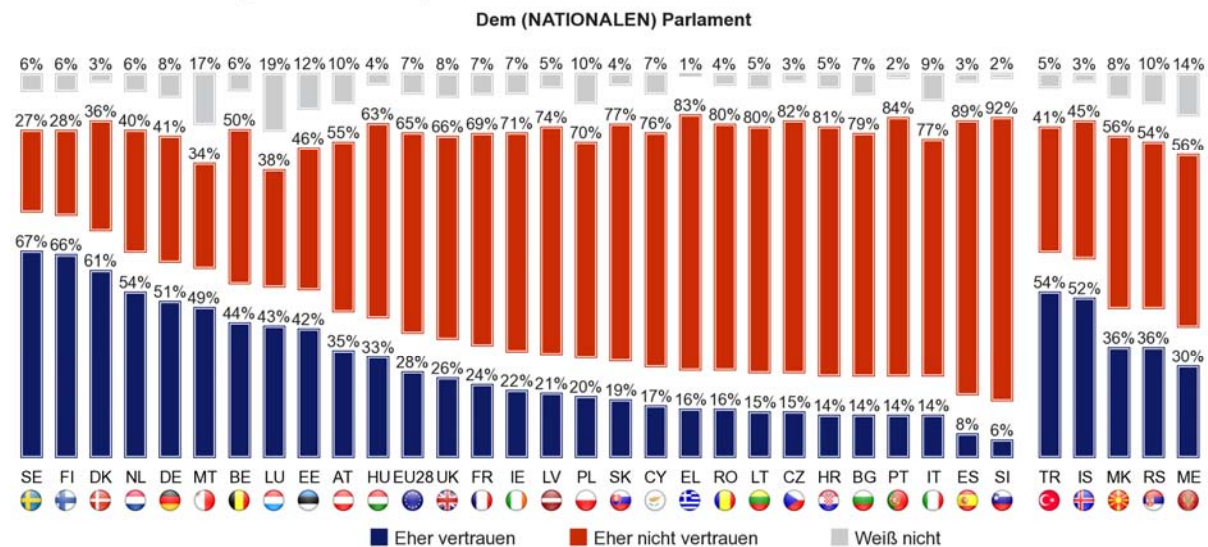
Auch in Litauen (32%, +12) und in der Tschechischen Republik (26%, +10) nimmt das Vertrauen in die Regierung deutlich zu, ohne jedoch eine Mehrheit auf sich zu vereinen. In Österreich dagegen nimmt das Vertrauen in die nationale Regierung stark ab (33%, -17), sodass derzeit nur noch eine Minderheit in diese Institution vertraut.

QA9.2. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit -



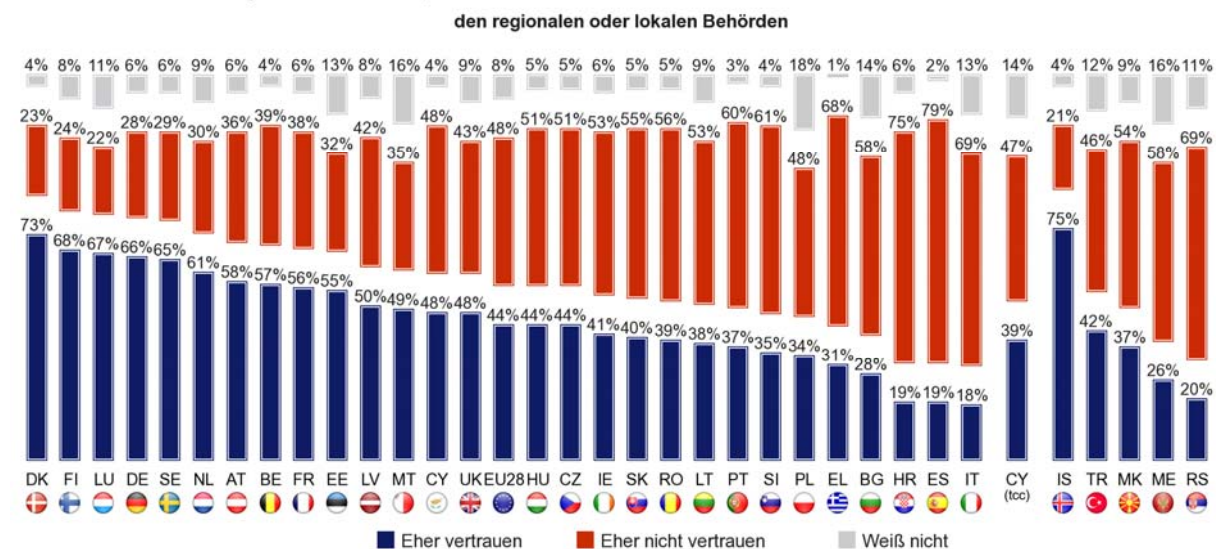
In den Niederlanden (54%, +13) und in Finnland (66%, +8) nimmt das Vertrauen in das Parlament am stärksten zu. In Österreich (35%, -19) dagegen geht es so beträchtlich zurück, dass nunmehr nur noch eine Minderheit der österreichischen Befragten erklärt, dem nationalen Parlament zu vertrauen.

QA9.3. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit -



Die Länder, in denen die wenigsten Befragten Vertrauen in die nationalen politischen Institutionen setzen, sind Spanien (10%, +1 Prozentpunkt, für die Regierung; 8%, unverändert, für das Parlament) und Slowenien (8%, -2; 6%, =).


































QA9.6. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit -



In den Kandidatenländern:

- Die Türkei ist das einzige Land, in dem eine Mehrheit den nationalen politischen Institutionen vertraut, da das Vertrauen der Bürger hier im Vergleich zum Herbst 2013 deutlich zugenommen hat: 52%, +16 Prozentpunkte, für die Regierung, 54%, +16, für das Parlament. Hierbei muss darin erinnert werden, dass dieses Vertrauen sich bei der vorangegangenen Umfrage als stark geschwächt erwies (zwischen Frühjahr und Herbst 2013 war es um -12 Prozentpunkte für die Regierung und um -7 Prozentpunkte für das Parlament gefallen);
- Auch in Serbien hat sich das Urteil der Befragten merklich verbessert, obwohl lediglich die Regierung derzeit das Vertrauen einer Mehrheit genießt (47%, +17; 36%, +15 für das Parlament);
- In Island zeigt die Mehrheit der Befragten eine positive Haltung zum Parlament (52%, +12), der Regierung vertraut jedoch nur eine Minderheit (38%, +8 gegenüber 59%, -8).

QA9. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben.
Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

	Den regionalen oder lokalen Behörden	Unt. EB81-EB80	Den Vereinten Nationen	Unt. EB81-EB80	Dem (NATIONALEN) Parlament	Unt. EB81-EB80	Der (NATIONALEN) Regierung	Unt. EB81-EB80	Den politischen Parteien	Unt. EB81-EB80
 EU28	44%	=	40%	-2	28%	+3	27%	+4	17%	+3
 BE	57%	-8	50%	-5	44%	-4	43%	-5	29%	+3
 BG	28%	-5	40%	-9	14%	=	18%	-2	18%	+6
 CZ	44%	-3	43%	-7	15%	+3	26%	+10	14%	+3
 DK	73%	+2	74%	+3	61%	+3	46%	+6	41%	+8
 DE	66%	+1	38%	-1	51%	+7	48%	+10	30%	+9
 EE	55%	-2	49%	-7	42%	+7	52%	+14	22%	+6
 IE	41%	+6	47%	-1	22%	+4	22%	+5	16%	+5
 EL	31%	+8	22%	+2	16%	+4	16%	+6	9%	+5
 ES	19%	-3	23%	-7	8%	=	10%	+1	7%	+1
 FR	56%	+4	44%	+2	24%	+5	17%	+3	8%	+1
 HR	19%	=	36%	-3	14%	+2	11%	-5	7%	-1
 IT	18%	+4	28%	+1	14%	+4	17%	+7	6%	-1
 CY	48%	+13	29%	+11	17%	-1	26%	=	12%	+5
 LV	50%	+2	43%	=	21%	+4	27%	+6	9%	+3
 LT	38%	+4	53%	+6	15%	+4	32%	+12	14%	+5
 LU	67%	-7	39%	-9	43%	+2	50%	-1	32%	+6
 HU	44%	-13	42%	-10	33%	-1	37%	=	21%	-2
 MT	49%	-7	50%	-6	49%	-2	52%	+4	36%	+9
 NL	61%	+2	60%	+10	54%	+13	50%	+13	41%	+13
 AT	58%	-13	47%	-9	35%	-19	33%	-17	23%	-11
 PL	34%	-13	42%	-7	20%	+3	22%	+3	12%	-2
 PT	37%	-9	42%	+5	14%	-1	14%	-1	9%	-3
 RO	39%	+2	50%	+7	16%	+5	24%	+8	16%	+8
 SI	35%	+6	31%	-2	6%	=	8%	-2	5%	-1
 SK	40%	-4	37%	-15	19%	-9	20%	-9	12%	-4
 FI	68%	+3	69%	-4	66%	+8	56%	+6	41%	+9
 SE	65%	+4	70%	-1	67%	-3	54%	-3	39%	+5
 UK	48%	=	43%	-5	26%	+2	25%	+1	15%	+4
 MK	37%	+6	48%	=	36%	+11	39%	+10	28%	+10
 IS	75%	+11	83%	+4	52%	+12	38%	+8	27%	+6
 ME	26%	+5	38%	+12	30%	-2	34%	+4	15%	-4
 RS	20%	+2	32%	+1	36%	+15	47%	+17	15%	+4
TR	42%	+14	20%	=	54%	+16	52%	+16	26%	+6

Den politischen Parteien begegnet weiterhin in allen Mitgliedstaaten eine deutliche Mehrheit der Befragten mit Misstrauen, obwohl sich das Urteil über sie leicht verbessert: Lediglich 17% der befragten Europäer vertrauen ihnen, was einem Anstieg des Vertrauens um drei Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013 entspricht. 78% der Befragten (-4 Prozentpunkte) misstrauen den Parteien.

In 13 Mitgliedstaaten misstrauen über 80% der Befragten den Parteien. In Slowenien (93%) und Spanien (92%) ist das Misstrauen besonders groß.

In drei Mitgliedstaaten geben über 40% der Befragten an, den Parteien zu vertrauen: in den Niederlanden, wo dieses Vertrauen stark zunimmt (41%, +13 Prozentpunkte), in Dänemark (41%, +8) und in Finnland (41%, +9). In Österreich hingegen geht das Vertrauen in die politischen Parteien merklich zurück (23%, -11).

Das Vertrauen in regionale oder lokale Behörden verfehlt auf Ebene der Europäischen Union nur knapp eine Mehrheit (44%, unverändert, gegenüber 48%, -2 Prozentpunkte).

In 13 Mitgliedstaaten vertraut eine Mehrheit der Befragten diesen Institutionen (gegenüber 15 im Herbst 2013), wobei ihnen in folgenden Ländern über 60% der Befragten vertrauen: in Dänemark (73%), in Finnland (68%), in Luxemburg (67%), in Deutschland (66%), in Schweden (65%) und in den Niederlanden (61%). In Spanien (79%), Kroatien (75%), Italien (69%) und Griechenland (68%) ist hingegen das Misstrauen gegenüber regionalen oder lokalen Behörden besonders ausgeprägt.

Auf Zypern (48%, +13 Prozentpunkte) und in Griechenland (31%, +8) nimmt das Vertrauen in regionale und lokale Behörden am deutlichsten zu. In Österreich (58%, -13), Ungarn (44%, -13) und Polen (34%, -13) dagegen sind spürbare Einbrüche dieses Vertrauens zu verzeichnen.

Vier von zehn Europäern vertrauen in die **Vereinten Nationen** (40%, -2 Prozentpunkte, gegenüber 43%, -1). Ein hoher Anteil der Europäer beantwortet die Frage nach den Vereinten Nationen allerdings mit „Weiß nicht“ (17%, +3).

In 17 Mitgliedstaaten überwiegt das Vertrauen in die Vereinten Nationen (gegenüber 19 im Herbst 2013), das in Dänemark (74%), Schweden (70%) und Finnland (69%) am größten ist.

Überwiegend misstrauisch zeigen sich die Befragten in zehn Mitgliedstaaten, besonders stark in Griechenland (75%), in Spanien (68%) und auf Zypern (61%).

Signifikante Veränderungen im Vergleich zum Herbst 2013 sind der deutliche Anstieg des Vertrauens in die Vereinten Nationen auf Zypern (29%, +11) und in den Niederlanden (60%, +10) sowie der starke Rückgang dieses Vertrauens in der Slowakei (37%, -15) und in Ungarn (42%, -10).

In den Kandidatenländern vertraut eine deutliche Mehrheit der Befragten in Island (83%, +4 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013) der UNO. In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien fällt diese Mehrheit geringer aus (48%, unverändert, gegenüber 38%, die den Vereinten Nationen „eher nicht vertrauen“, +2). In drei Kandidatenländern zeigt sich eine Mehrheit der Befragten misstrauisch: in der Türkei (59%, -11), in Serbien (49%, -4) und auch weiterhin in Montenegro (41%, -17), obwohl das Misstrauen hier beträchtlich abnimmt.

Ganz allgemein zeigt die **Analyse nach soziodemografischen Kriterien**, dass die jüngsten Europäer und die Europäer, die besonders privilegierten Gesellschaftsgruppen angehören (insbesondere im Hinblick auf Ausbildung und eigene Zuordnung zu einer gesellschaftlichen Schicht) am häufigsten geneigt sind, den sechs abgefragten Institutionen ihr Vertrauen zu schenken:

- Der **Europäischen Union** etwa vertrauen überdurchschnittlich viele der 15–24-jährigen Befragten (42% gegenüber 28% der Befragten im Alter von 40 Jahren und darüber); der Europäer, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder darüber hinaus fortgesetzt haben (37% gegenüber 21% derjenigen, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder früher beendeten); der Studenten (46% gegenüber 26% der Arbeiter und 23% der Arbeitslosen) und der Europäer, die sich selbst zur Oberschicht der Gesellschaft zählen (39% gegenüber 23% derjenigen, die sich zur Unterschicht der Gesellschaft zählen);
- Das Vertrauen in die **nationale Regierung** und das **nationale Parlament** erweist sich unter den Europäern als überdurchschnittlich hoch, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder länger fortgeführt haben (32% bzw. 35%), die zur Kategorie der leitenden Angestellten zählen (36% bzw. 40%), Studenten sind (32% bzw. 34%) oder nach eigenen Angaben nahezu nie Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben (33% bzw. 35%). Auffallend ist, dass die Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber am häufigsten beiden Institutionen vertrauen (je 30%);
- Das Vertrauen in **die politischen Parteien** ist unter den Befragten im Alter zwischen 15 und 24 Jahren sowie unter den über 55-jährigen besonders hoch (19% gegenüber 15% der 25–54-jährigen). Dies gilt auch für Europäer, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder darüber hinaus fortgesetzt haben (20% gegenüber 15% derjenigen, die ihre Ausbildung mit 15 Jahren oder früher beendet haben), für Studenten (23%) und für leitende Angestellte (22% gegenüber 14% der Arbeiter und 8% der Arbeitslosen) sowie für Europäer, die erklären, nahezu nie Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen zu haben (21% gegenüber 7% derjenigen, die angeben, meistens Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen zu haben);

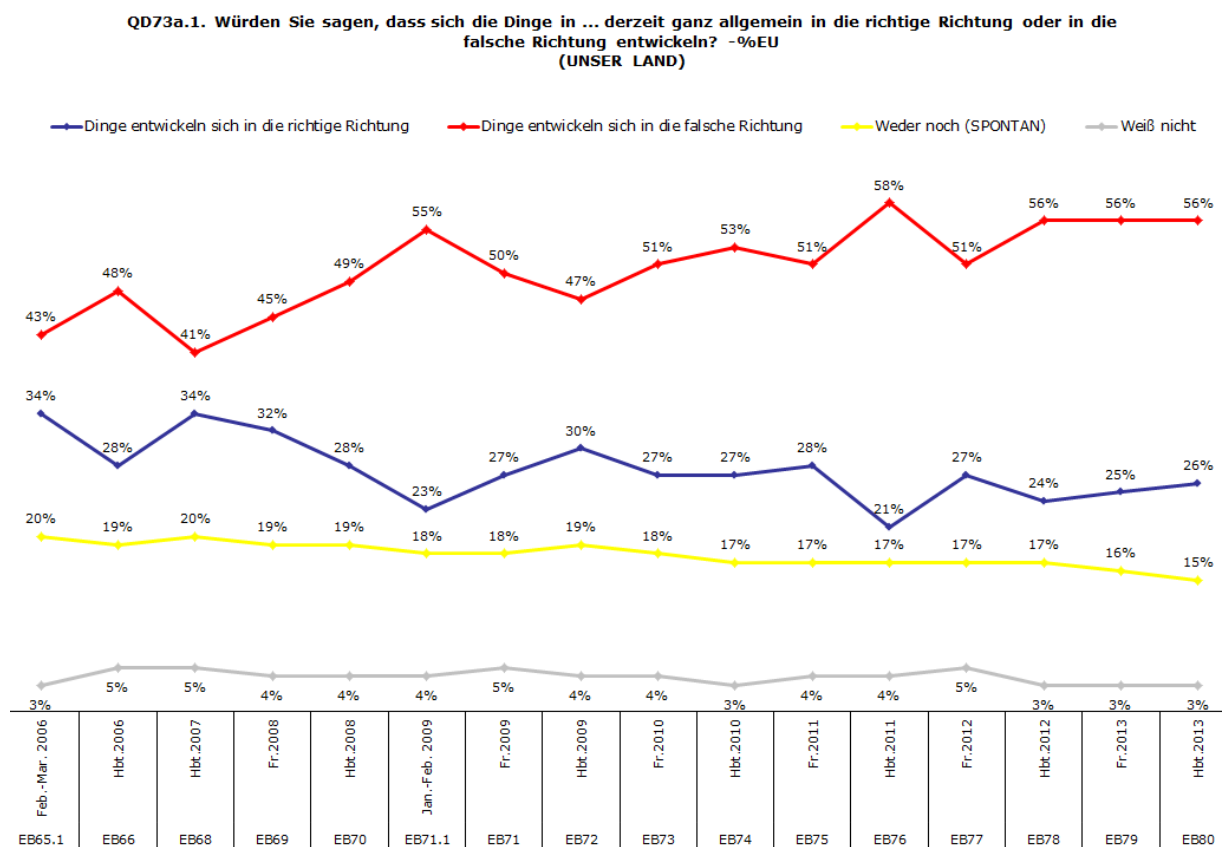
- Europäer im Alter zwischen 15 und 24 Jahren haben zudem häufiger Vertrauen zu **regionalen oder lokalen Behörden** (48% gegenüber 42% der 25–39-jährigen). Dies gilt auch für Europäer, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder darüber hinaus fortgesetzt haben (50% gegenüber 37% derjenigen, die ihre Ausbildung mit 15 Jahren oder früher beendet haben), für leitende Angestellte (55%) und für Studenten (50% gegenüber 37% der Hausfrauen bzw. -männer und 29% der Arbeitslosen) sowie für Europäer, die angeben, nahezu nie Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen zu haben (52% gegenüber 25% derjenigen, die erklären, meistens Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen zu haben);
- Männer vertrauen häufiger in **die Vereinten Nationen** als Frauen (43% gegenüber 37%). Dies gilt auch für Europäer im Alter zwischen 15 und 24 Jahren (46% gegenüber 38% der Europäer im Alter von 55 Jahren und darüber), Europäer, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder darüber hinaus fortgesetzt haben (49% gegenüber 26% derjenigen, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder früher beendeten), für Studenten (51%) und leitende Angestellte (50% gegenüber 38% der Arbeiter und 29% der Arbeitslosen) und für Europäer, die sich zur Oberschicht der Gesellschaft zählen (60% gegenüber 32% derjenigen, die sich zur Unterschicht der Gesellschaft zählen).

4.3. Die Richtung, in die sich die Dinge entwickeln

- Das Urteil der Europäer zur Richtung, in die sich ihr Land und die Europäische Union derzeit entwickeln, fällt weniger streng aus als zuvor -

Zwar sind die Europäer, in deren Augen **sich die Dinge in ihrem Land in die richtige Richtung entwickeln**, weiterhin in der Minderheit, ihr Anteil nimmt jedoch erneut zu²⁵: 28% kommen zu diesem positiven Urteil, was einem Anstieg um zwei Prozentpunkte im Vergleich zur Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013 und um vier Prozentpunkte im Vergleich zur Befragung vom Herbst 2012 (EB78) entspricht. Eine Mehrheit (47%) hat weiterhin das Gefühl, dass sich die Dinge „in die falsche Richtung“ entwickeln, obwohl ihr Anteil im Vergleich zum Herbst 2013 um neun Prozentpunkte abnimmt und auf ein Niveau sinkt, das seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2009 (EB72) nicht mehr erreicht wurde.

Der Anteil der Europäer, die spontan angeben, dass sich die Dinge weder in die richtige noch in die falsche Richtung entwickeln, steigt ebenfalls stark an und erreicht sein höchstes Niveau seit der Befragung zum Spezial-Eurobarometer vom Februar-März 2006²⁶ (21%, +6 Prozentpunkte).

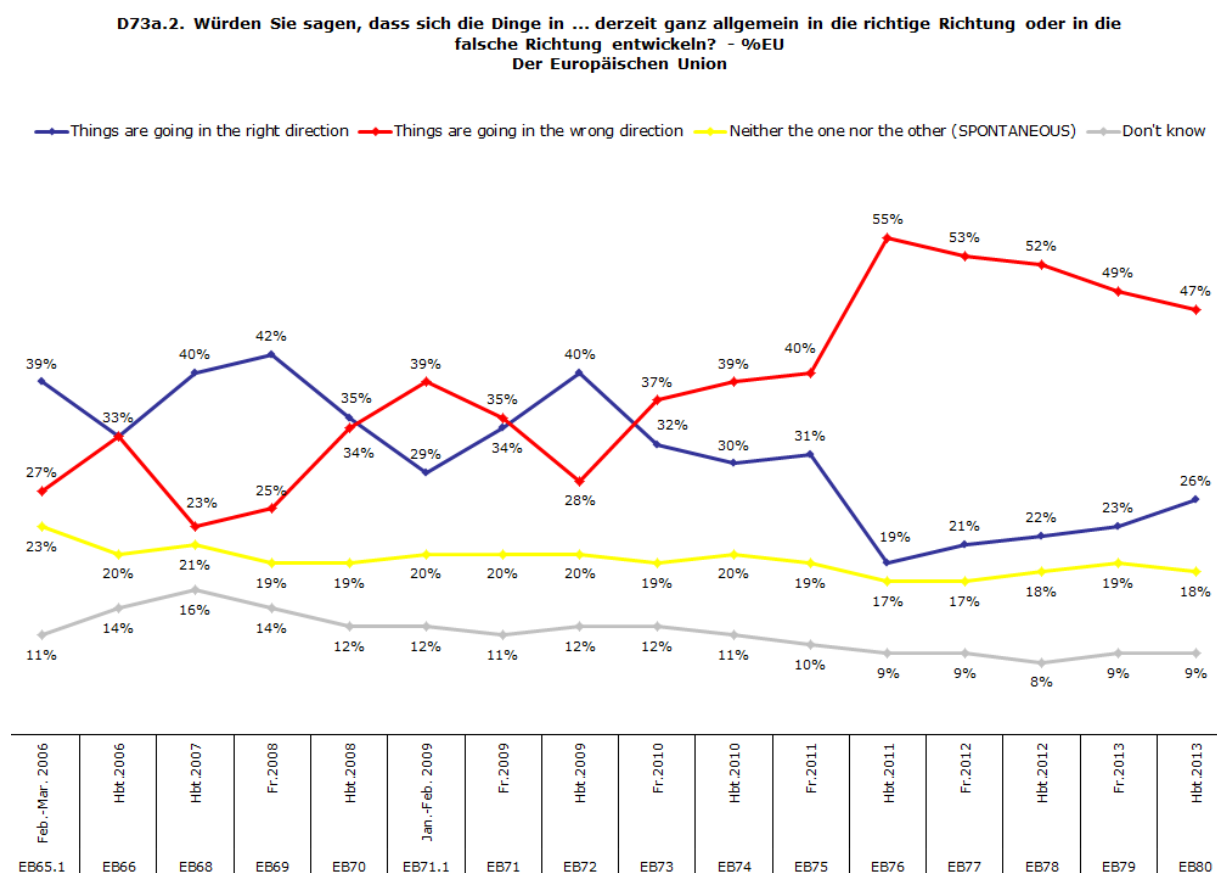


²⁵ D73a.1: Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in (UNSEREM LAND) derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? Und in der Europäischen Union? (UNSER LAND)

²⁶ Spezial-Eurobarometer 251: *Die Zukunft Europas*

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_251_de.pdf

Das Urteil **zur Europäischen Union** fällt ebenfalls weniger negativ aus als zuvor²⁷: Zwar hat weiterhin eine Mehrheit das Gefühl, dass sich die Dinge in die falsche Richtung entwickeln, der Anteil der Befragten mit diesem Eindruck nimmt jedoch stark ab (38%, -9 Prozentpunkte), womit sich die kontinuierlich rückläufige Tendenz bestätigt, die mit der Standard-Eurobarometer-Befragung im Herbst 2011 begonnen hatte (insgesamt -17 Prozentpunkte während dieses Zeitraums, von 55% auf 38%). Ein Viertel der Europäer meint, dass sich die Dinge in der EU in die richtige Richtung entwickeln, wobei dieser Anteil im Vergleich zum Herbst 2013 nahezu unverändert bleibt (25%, -1). Der Anteil der Befragten, die spontan angeben, dass sich die Dinge weder in die richtige noch in die falsche Richtung entwickeln, und der Anteil derjenigen, die mit „Weiß nicht“ (14%, +5) antworten, nehmen zu.

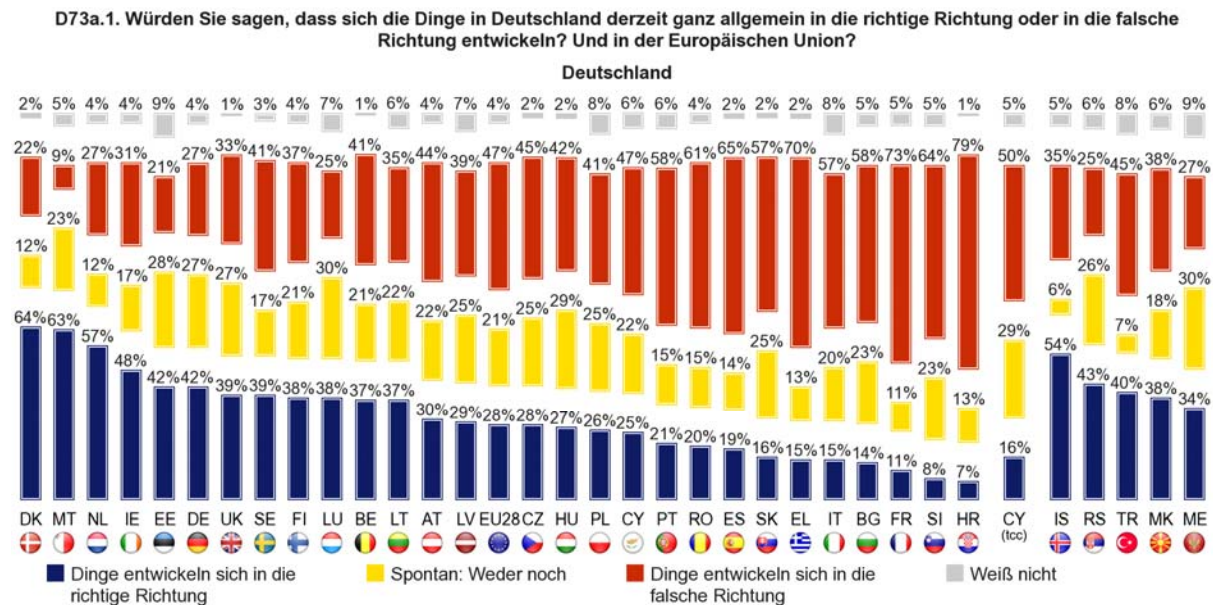


Die Befragten in den Mitgliedstaaten der Eurozone bewerten die von ihrem Land eingeschlagene Richtung kritischer (50% denken, dass sich die Dinge in die falsche Richtung entwickeln, gegenüber 26%, für die sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln) als die Befragten außerhalb der Eurozone (42% gegenüber 31%). **Bei der Bewertung der von der Europäischen Union eingeschlagenen Richtung zeigt sich ein noch deutlicherer Unterschied** (43% negative Meinungen gegenüber 23% in den Ländern der Eurozone im Vergleich zu 30% gegenüber 29% in den Ländern außerhalb der Eurozone).

²⁷ D73a.2: Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in (UNSEREM LAND) derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? Und in der Europäischen Union? In der Europäischen Union

Das Urteil über die vom eigenen Land eingeschlagene Richtung fällt in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich aus. In drei Mitgliedstaaten meint eine absolute Mehrheit der Befragten, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln, wobei die entsprechenden Anteile im Vergleich zum Herbst 2013 zum Teil sehr deutlich steigen: in Dänemark (64%, +8 Prozentpunkte), auf Malta (63%, +5) und in den Niederlanden (57%, +13). Insgesamt kann diese Ansicht in 10 Mitgliedstaaten eine Mehrheit auf sich vereinen.

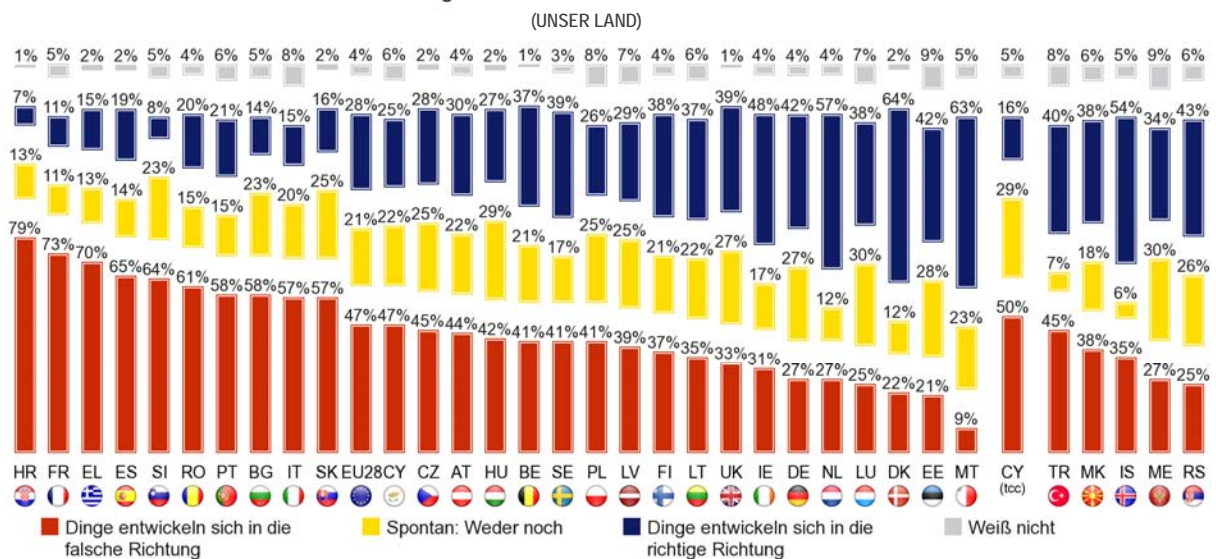
In Litauen (37%, +13), auf Zypern (25%, +12) und in Estland (42%, +11) steigt der Anteil der Befragten mit dieser Meinung zudem wesentlich an.



Anordnung nach Anteil der Antwort „Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung“

Im Gegensatz dazu haben in drei Mitgliedstaaten 70% oder mehr der Befragten das Gefühl, dass sich die Dinge in die falsche Richtung entwickeln, nämlich in Griechenland, und zwar trotz eines deutlichen Rückgangs dieser Ansicht (70%, -11), in Frankreich (73%, -5) und in Kroatien, wo dieses Gefühl im Vergleich zum Herbst 2013 sogar zunimmt (79%, +9). Es ist zudem festzuhalten, dass die in Österreich bereits zu vielen Themen beobachtete Verschlechterung der öffentlichen Meinung sich auch zu dieser Frage bestätigt, da der Anteil der Befragten, in deren Augen sich die Dinge in ihrem Land in die falsche Richtung entwickeln, wesentlich zunimmt (44%, +15).

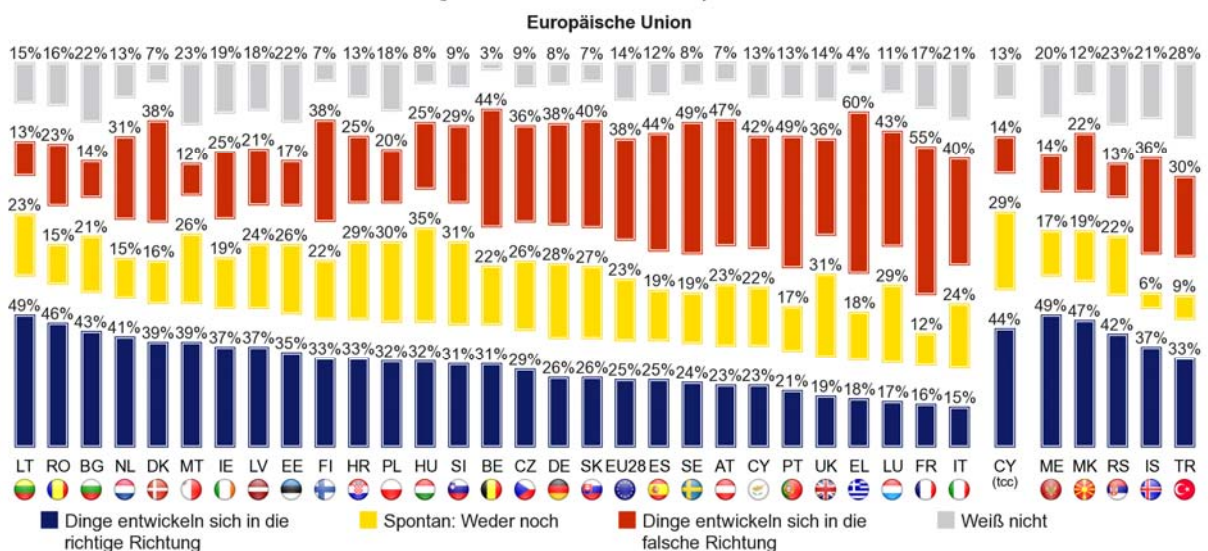
D73a.1. Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in Deutschland derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? Und in der Europäischen Union?



Anordnung nach Anteil der Antwort „Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung“

Die Differenzen der Antwortanteile in den einzelnen Mitgliedstaaten zeigen sich bei der Beurteilung der **von der Europäischen Union eingeschlagenen Richtung** etwas weniger ausgeprägt: zwischen 15% und 49% der Befragten haben den Eindruck, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln. Die positive Bewertung erreicht in vier Mitgliedstaaten einen Anteil von über 40%: in Litauen (49%), in Rumänien (46%), in Bulgarien (43%) und in den Niederlanden (41%). Zudem liegt ihr Anteil in 13 Mitgliedstaaten höher als der Anteil der negativen Meinungen.

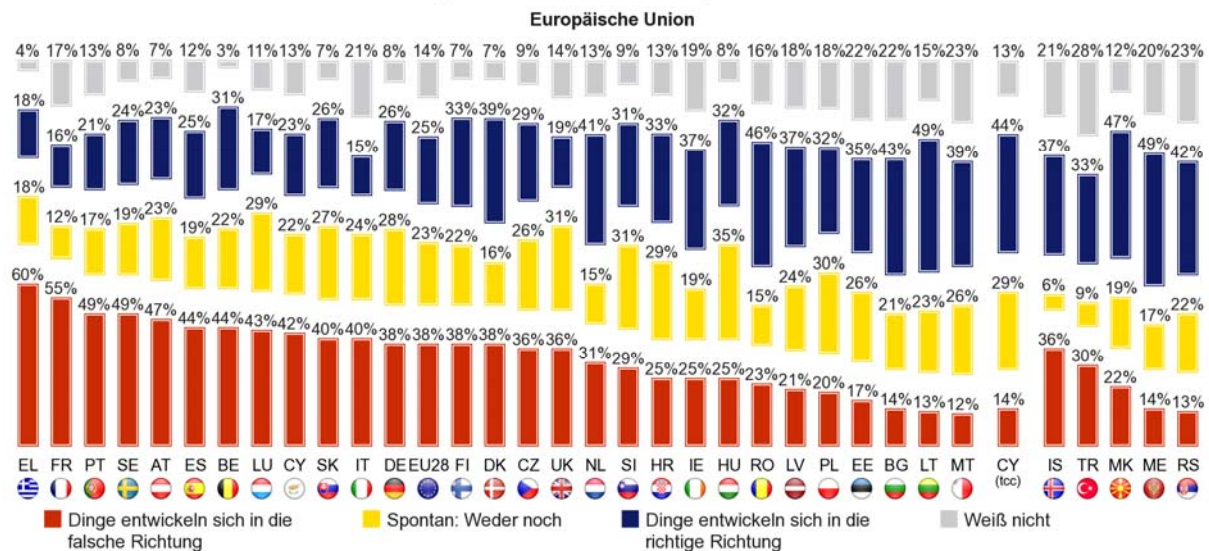
D73a.2. Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in Deutschland derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? Und in der Europäischen Union?



Anordnung nach Anteilen für „Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung“

Trotz rückläufiger Zahlen erreicht der Eindruck, dass sich die Dinge in der Europäischen Union in die falsche Richtung entwickeln, in Griechenland (60%, -12 Prozentpunkte) und Frankreich (55%, -8) wiederum Anteile, die weit über dem europäischen Durchschnitt liegen. In Österreich (47%, +4) verstärkt sich dieser Eindruck zudem leicht. Tendenziell nimmt dieses Gefühl jedoch eher ab, wobei teils beträchtlich sinkende Anteile zu verzeichnen sind, wie z. B. auf Zypern (42%, -18), im Vereinigten Königreich (36%, -15), in Italien (40%, -15), in den Niederlanden (31%, -14) und in Kroatien (25% -13).

D73a.2. Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in Deutschland derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? Und in der Europäischen Union?






































Anordnung nach Anteilen für „Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung“

In den Kandidatenländern sind mehr Befragte der Meinung, dass sich sowohl das eigene Land als auch die Europäische Union in die richtige Richtung entwickeln, als im europäischen Durchschnitt:

- In Island (54% antworten „Die Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung“ gegenüber 35% für „Die Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung“), in Serbien (43% gegenüber 25%) und in Montenegro (34% gegenüber 27%) sind die Befragten mehrheitlich der Ansicht, dass sich die Dinge in ihrem Land in die richtige Richtung entwickeln. In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (38% gegenüber 38%) zeigt sich die öffentliche Meinung in zwei exakt gleich große Lager gespalten, während in der Türkei (40% gegenüber 45%) die negative Einschätzung vorherrscht;
- Hingegen sind bei der Beurteilung der Richtung, in die sich die Dinge in der Europäischen Union entwickeln, die Anteile der positiven Meinung in allen fünf Kandidatenländern höher als die der negativen Ansicht. Besonders deutlich zeigt sich dies in Montenegro (49% gegenüber 14%), in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (47% gegenüber 22%) und in Serbien (42% gegenüber 13%). In Island (37% gegenüber 36%) und in der Türkei (33% gegenüber 30%) fällt die Differenz der Anteile hingegen wesentlich geringer aus.

D73a. Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in Deutschland derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?






	(UNSER LAND)						Europäische Union					
	Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Spontan: Weder noch	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Spontan: Weder noch	Unt. Fr.2014-Hbt.2013
 EU28	28%	+2	47%	-9	21%	+6	25%	-1	38%	-9	23%	+5
 BE	37%	-3	41%	-1	21%	+3	31%	-3	44%	-3	22%	+4
 BG	14%	-3	58%	+3	23%	-1	43%	-3	14%	+1	21%	-1
 CZ	28%	+6	45%	-16	25%	+9	29%	-1	36%	-11	26%	+8
 DK	64%	+8	22%	-8	12%	=	39%	+2	38%	-7	16%	+4
 DE	42%	+2	27%	-3	27%	+2	26%	+1	38%	-5	28%	+3
 EE	42%	+11	21%	-13	28%	-3	35%	=	17%	-1	26%	-10
 IE	48%	+6	31%	-4	17%	-1	37%	-4	25%	-7	19%	+3
 EL	15%	+6	70%	-11	13%	+5	18%	+6	60%	-12	18%	+4
 ES	19%	+5	65%	-6	14%	+2	25%	+1	44%	-6	19%	+2
 FR	11%	+1	73%	-5	11%	+3	16%	+2	55%	-8	12%	+1
 HR	7%	-9	79%	+9	13%	=	33%	-4	25%	-13	29%	+11
 IT	15%	+4	57%	-10	20%	+1	15%	+1	40%	-15	24%	+1
 CY	25%	+12	47%	-17	22%	+4	23%	+12	42%	-18	22%	+4
 LV	29%	+4	39%	=	25%	-7	37%	-1	21%	+1	24%	-5
 LT	37%	+13	35%	-15	22%	+3	49%	+4	13%	-6	23%	+3
 LU	38%	-8	25%	-2	30%	+11	17%	-8	43%	-8	29%	+12
 HU	27%	-3	42%	-4	29%	+6	32%	=	25%	-6	35%	+3
 MT	63%	+5	9%	+1	23%	-6	39%	+4	12%	-8	26%	-6
 NL	57%	+13	27%	-14	12%	=	41%	+4	31%	-14	15%	+4
 AT	30%	-11	44%	+15	22%	-6	23%	-4	47%	+4	23%	-3
 PL	26%	-1	41%	-20	25%	+15	32%	-11	20%	-10	30%	+13
 PT	21%	+5	58%	-5	15%	-2	21%	+4	49%	-3	17%	-5
 RO	20%	+5	61%	-8	15%	+3	46%	+8	23%	-5	15%	-6
 SI	8%	+1	64%	-10	23%	+7	31%	+3	29%	-9	31%	+4
 SK	16%	-7	57%	+1	25%	+6	26%	-9	40%	-4	27%	+9
 FI	38%	-3	37%	-7	21%	+7	33%	-1	38%	-12	22%	+8
 SE	39%	-4	41%	-4	17%	+7	24%	-6	49%	-6	19%	+9
 UK	39%	=	33%	-15	27%	+18	19%	-5	36%	-15	31%	+21
 CY (tcc)*	16%	+3	50%	-9	29%	+4	44%	+4	14%	-2	29%	+3
 MK	38%	+8	38%	-6	18%	-4	47%	+1	22%	=	19%	-2
 IS	54%	+7	35%	-8	6%	-1	37%	-1	36%	+1	6%	-4
 ME	34%	+13	27%	-14	30%	-5	49%	+11	14%	-9	17%	-13
 RS	43%	+18	25%	-14	26%	-2	42%	+10	13%	-12	22%	-4
 TR	40%	+2	45%	-10	7%	+4	33%	-1	30%	-17	9%	+3

* In CY (tcc) "(UNSER LAND)" wurde von "Unsere Gemeinschaft" ersetzt

Die Analyse nach soziodemografischen Kriterien zeigt, dass leitende Angestellte **die von ihrem Land eingeschlagene Richtung** positiver beurteilen als der Durchschnitt der Befragten (37% meinen, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln, gegenüber 37%, die eine Entwicklung in die falsche Richtung sehen). Dies trifft auch auf Europäer zu, die sich selbst zur Oberschicht der Gesellschaft zählen (39% gegenüber 38%). Europäer, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder länger fortgesetzt haben, urteilen ebenfalls positiver als der Durchschnitt, zeigen aber dennoch eine mehrheitlich kritische Haltung (32% gegenüber 45%). Im Hinblick auf das Alter der Befragten ergeben sich keine signifikanten Unterschiede in der Beurteilung.












Junge Befragte bewerten **die von der Europäischen Union eingeschlagene Richtung** positiver als ältere (31% gegenüber 33% der 15–24-jährigen im Vergleich zu 24%/39% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber). Leitende Angestellte (30% gegenüber 36%) Europäer, die sich zur Oberschicht der Gesellschaft zählen (32% gegenüber 33%), und Befragte mit dem höchsten Bildungsniveau (29% gegenüber 38%) urteilen zwar positiver als der Durchschnitt, bewerten die von der Europäischen Union eingeschlagene Richtung aber dennoch mehrheitlich als falsch.

D73a. Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in ... derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?












	(UNSER LAND)				Europäische Union			
	Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	Spontan: Weder noch	Weiß nicht	Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	Spontan: Weder noch	Weiß nicht
EU28	28%	47%	21%	4%	25%	38%	23%	14%
 Geschlecht								
Mann	31%	47%	19%	3%	28%	39%	22%	11%
Frau	26%	48%	21%	5%	23%	38%	23%	16%
 Alter								
15-24	29%	45%	21%	5%	31%	33%	22%	14%
25-39	25%	50%	21%	4%	26%	37%	25%	12%
40-54	27%	48%	21%	4%	23%	41%	23%	13%
55 +	30%	46%	20%	4%	24%	39%	22%	15%
 Ausbildung (Ende der)								
15-	24%	53%	18%	5%	19%	42%	22%	17%
16-19	27%	48%	21%	4%	23%	39%	24%	14%
20+	32%	45%	20%	3%	29%	38%	22%	11%
Studiert noch	31%	42%	22%	5%	32%	31%	23%	14%
 Sozio-professionelle Kategorie								
Selbstständige	29%	46%	21%	4%	28%	39%	23%	10%
Leitende Angestellte	37%	37%	23%	3%	30%	36%	24%	10%
Andere Angestellte	30%	45%	21%	4%	25%	37%	26%	12%
Arbeiterinnen	23%	51%	22%	4%	22%	40%	24%	14%
Hausfrauen / -männer	27%	50%	19%	4%	21%	38%	22%	19%
Arbeitslose	18%	62%	16%	4%	22%	45%	20%	13%
Rentner / Pensionäre	30%	46%	19%	5%	24%	39%	22%	15%
Schüler / Studenten	31%	42%	22%	5%	32%	31%	23%	14%
 Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala								
Niedrig (1-4)	16%	61%	19%	4%	18%	46%	21%	15%
Mittel (5-6)	28%	47%	21%	4%	25%	38%	23%	14%
Hoch (7-10)	39%	38%	20%	3%	32%	33%	25%	10%

Die nachstehenden Tabellen zeigen die nach soziodemografischen Kriterien aufgeschlüsselten Ergebnisse für den Durchschnitt der gesamten Europäischen Union (EU28), die sechs größten EU-Länder sowie für vier von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffene Länder.

D73a. Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in ... derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?
(UNSER LAND)

Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung											
	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	28%	42%	19%	11%	15%	26%	39%	15%	21%	48%	25%
Geschlecht											
Männlich	31%	45%	19%	13%	15%	28%	45%	16%	23%	52%	30%
Weiblich	26%	40%	18%	10%	15%	24%	33%	14%	19%	44%	21%
Alter											
15-24	29%	40%	21%	12%	15%	27%	35%	16%	21%	49%	21%
25-39	25%	36%	14%	10%	14%	27%	38%	11%	19%	45%	20%
40-54	27%	43%	17%	9%	18%	22%	36%	12%	26%	49%	27%
55 +	30%	47%	23%	14%	14%	27%	43%	19%	18%	50%	32%
Ausbildung (Ende der)											
15-	24%	40%	17%	9%	15%	11%	38%	13%	20%	39%	19%
16-19	27%	43%	18%	13%	14%	21%	35%	16%	21%	42%	24%
20+	32%	43%	21%	11%	19%	34%	43%	15%	24%	56%	32%
Studiert noch	31%	44%	20%	13%	16%	29%	44%	15%	20%	59%	23%
Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	29%	38%	17%	8%	18%	35%	43%	13%	26%	56%	28%
Leitende Angestellte	37%	47%	29%	9%	28%	32%	46%	7%	24%	52%	38%
Andere Angestellte	30%	49%	15%	10%	19%	30%	43%	14%	27%	57%	19%
Arbeiter	23%	34%	16%	10%	15%	17%	27%	14%	19%	45%	21%
Hausfrauen / -männer	27%	47%	22%	16%	16%	32%	36%	18%	27%	35%	20%
Arbeitslose	18%	31%	14%	12%	8%	14%	26%	8%	17%	37%	20%
Rentner / Pensionäre	30%	47%	23%	14%	10%	28%	44%	22%	20%	51%	32%
Schüler / Studenten	31%	44%	20%	13%	16%	29%	44%	15%	20%	59%	23%












D73a. Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in ... derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?
(UNSER LAND)

Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung											
	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	47%	27%	65%	73%	57%	41%	33%	70%	58%	31%	47%
Geschlecht											
Männlich	47%	27%	67%	71%	56%	42%	29%	71%	56%	28%	47%
Weiblich	48%	27%	62%	74%	58%	39%	36%	70%	60%	33%	46%
Alter											
15-24	45%	25%	63%	73%	51%	41%	33%	61%	53%	26%	46%
25-39	50%	35%	69%	73%	62%	38%	32%	71%	57%	29%	50%
40-54	48%	26%	68%	77%	51%	41%	34%	75%	53%	32%	49%
55 +	46%	23%	60%	69%	60%	42%	32%	69%	64%	33%	41%
Ausbildung (Ende der)											
15-	53%	26%	67%	81%	61%	57%	39%	76%	61%	44%	46%
16-19	48%	27%	64%	75%	56%	43%	34%	69%	62%	36%	49%
20+	45%	28%	62%	70%	58%	37%	30%	70%	49%	22%	45%
Studiert noch	42%	20%	63%	66%	50%	35%	27%	62%	56%	12%	48%
Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	46%	35%	63%	80%	54%	31%	26%	71%	51%	25%	38%
Leitende Angestellte	37%	22%	54%	69%	52%	28%	27%	69%	45%	21%	33%
Andere Angestellte	45%	21%	66%	79%	54%	35%	29%	66%	44%	26%	43%
Arbeiter	51%	32%	64%	75%	54%	52%	37%	73%	63%	34%	53%
Hausfrauen / -männer	50%	30%	56%	80%	62%	34%	26%	68%	53%	41%	66%
Arbeitslose	62%	44%	76%	75%	66%	51%	45%	81%	61%	40%	55%
Rentner / Pensionäre	46%	23%	61%	69%	62%	41%	35%	68%	63%	34%	41%
Schüler / Studenten	42%	20%	63%	66%	50%	35%	27%	62%	56%	12%	48%

D73a. Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in ... derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?

Europäische Union












Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung

	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	25%	26%	25%	16%	15%	32%	19%	18%	21%	37%	23%
Geschlecht											
Männlich	28%	30%	28%	18%	15%	34%	23%	20%	23%	40%	26%
Weiblich	23%	22%	22%	14%	14%	30%	16%	16%	20%	36%	19%
Alter											
15-24	31%	24%	33%	24%	20%	37%	30%	25%	28%	36%	25%
25-39	26%	26%	23%	16%	18%	34%	19%	18%	23%	38%	18%
40-54	23%	23%	25%	10%	15%	29%	19%	15%	26%	42%	23%
55 +	24%	28%	24%	17%	12%	30%	15%	18%	15%	34%	26%
Ausbildung (Ende der)											
15-	20%	26%	17%	10%	13%	15%	17%	15%	19%	32%	14%
16-19	23%	24%	24%	15%	11%	30%	17%	19%	23%	36%	21%
20+	29%	29%	34%	17%	25%	38%	20%	18%	25%	41%	28%
Studiert noch	32%	28%	34%	21%	25%	35%	34%	24%	27%	40%	29%
Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	28%	19%	32%	11%	22%	44%	33%	17%	25%	45%	25%
Leitende Angestellte	30%	32%	30%	20%	26%	30%	24%	15%	22%	41%	35%
Andere Angestellte	25%	25%	26%	18%	15%	31%	19%	19%	30%	49%	22%
Arbeiter	22%	20%	21%	11%	16%	27%	13%	16%	21%	36%	16%
Hausfrauen / -männer	21%	21%	19%	16%	10%	42%	10%	16%	22%	31%	22%
Arbeitslose	22%	26%	23%	13%	9%	29%	15%	16%	21%	25%	16%
Rentner / Pensionäre	24%	29%	27%	17%	9%	31%	17%	20%	17%	38%	19%
Schüler / Studenten	32%	28%	34%	21%	25%	35%	34%	24%	27%	40%	29%

D73a. Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in ... derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?

Europäische Union

Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung

	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	38%	38%	44%	55%	40%	20%	36%	60%	49%	25%	42%
Geschlecht											
Männlich	39%	40%	45%	55%	40%	23%	35%	60%	48%	26%	45%
Weiblich	38%	36%	43%	54%	40%	17%	38%	60%	49%	23%	40%
Alter											
15-24	33%	38%	40%	44%	30%	19%	26%	46%	41%	24%	33%
25-39	37%	44%	46%	53%	38%	14%	31%	60%	48%	23%	46%
40-54	41%	41%	48%	61%	38%	21%	37%	66%	45%	24%	47%
55 +	39%	34%	40%	56%	45%	25%	43%	60%	54%	27%	40%
Ausbildung (Ende der)											
15-	42%	33%	44%	61%	48%	26%	42%	63%	50%	30%	47%
16-19	39%	41%	44%	60%	40%	19%	36%	60%	50%	26%	47%
20+	38%	38%	46%	51%	37%	20%	37%	61%	48%	23%	37%
Studiert noch	31%	34%	42%	44%	25%	20%	18%	49%	42%	17%	35%
Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	39%	49%	44%	60%	40%	13%	36%	59%	43%	26%	33%
Leitende Angestellte	36%	34%	50%	48%	34%	15%	35%	59%	46%	24%	28%
Andere Angestellte	37%	34%	49%	52%	34%	22%	36%	59%	42%	20%	36%
Arbeiter	40%	43%	46%	58%	37%	22%	37%	62%	49%	26%	57%
Hausfrauen / -männer	38%	44%	34%	60%	47%	13%	24%	56%	37%	25%	49%
Arbeitslose	45%	45%	50%	63%	47%	18%	47%	70%	52%	29%	52%
Rentner / Pensionäre	39%	35%	39%	56%	46%	23%	42%	59%	53%	27%	45%
Schüler / Studenten	31%	34%	42%	44%	25%	20%	18%	49%	42%	17%	35%

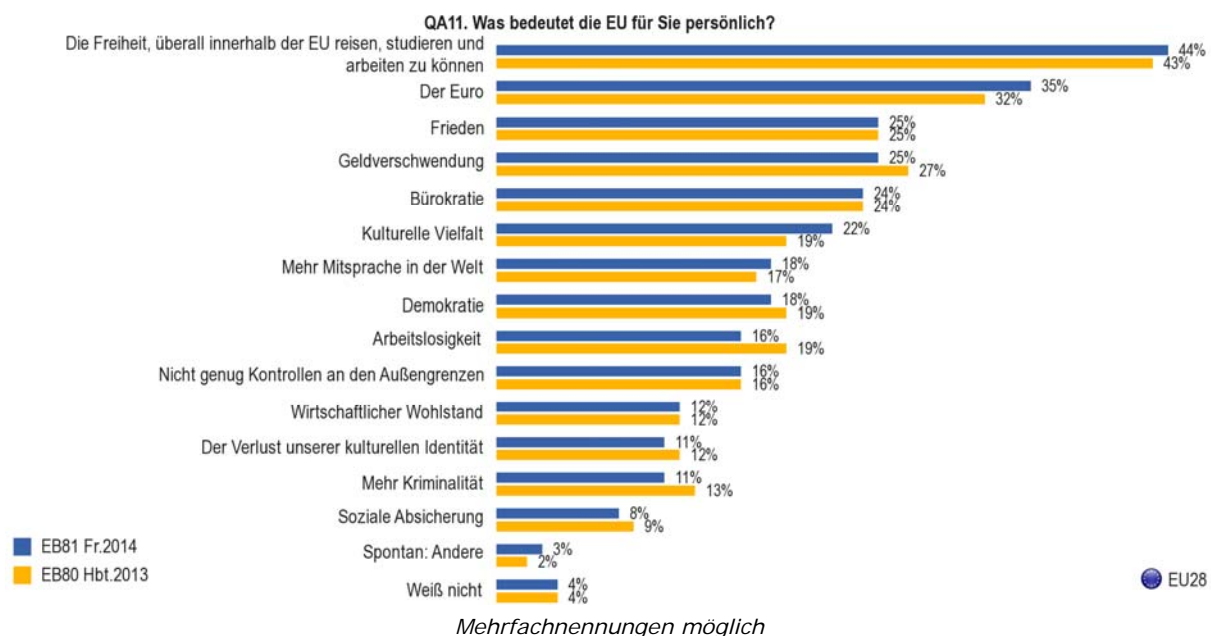
II. DIE EUROPÄISCHE UNION UND IHRE BÜRGER

1. DIE VERBUNDENHEIT MIT DER EUROPÄISCHEN UNION

1.1. Was bedeutet die Europäische Union für die Bürger?

- Auch weiterhin verbinden die Befragten mit der Europäischen Union in erster Linie die Freiheit, innerhalb von Europa reisen, studieren und arbeiten zu können -






























Die Rangfolge der wichtigsten mit der EU verbundenen Vorstellungen²⁸ zeigt sich im Vergleich zur Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013 leicht verändert. Mit 44% der Nennungen (+1 Prozentpunkt im Vergleich zum Herbst 2013) ist „die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können“ weiterhin die Vorstellung, die die Europäer am häufigsten mit der EU verbinden, noch vor der Einheitswährung, dem Euro (35%, +3). Nach einem Rückgang ihres Anteils um zwei Prozentpunkte belegt die Antwort „Geldverschwendung“ (25%) nunmehr Platz drei der Hierarchie, den sie sich mit „Frieden“ (25%, unverändert) teilt. Nachgeordnet folgen „Bürokratie“ (24%, unverändert) und „kulturelle Vielfalt“ (22%, +3). Die übrigen getesteten Items zu diesem Indikator erhalten jeweils weniger als 20% der Nennungen. In dieser Gruppe fällt allerdings auf, dass die Anteile der Nennungen rückläufig sind, denen zufolge die EU mit „Arbeitslosigkeit“ (16%, -3) oder „mehr Kriminalität“ (11%, -2) gleichzusetzen ist. Insgesamt ist festzuhalten, dass die Anteile aller negativen Bedeutungszuweisungen gesunken sind („Geldverschwendung“; „Arbeitslosigkeit“; „Verlust unserer kulturellen Identität“; „mehr Kriminalität“) oder stabil bleiben („Bürokratie“, „nicht genug Kontrollen an den Außengrenzen“).



²⁸ QA11. Was bedeutet die EU für Sie persönlich?

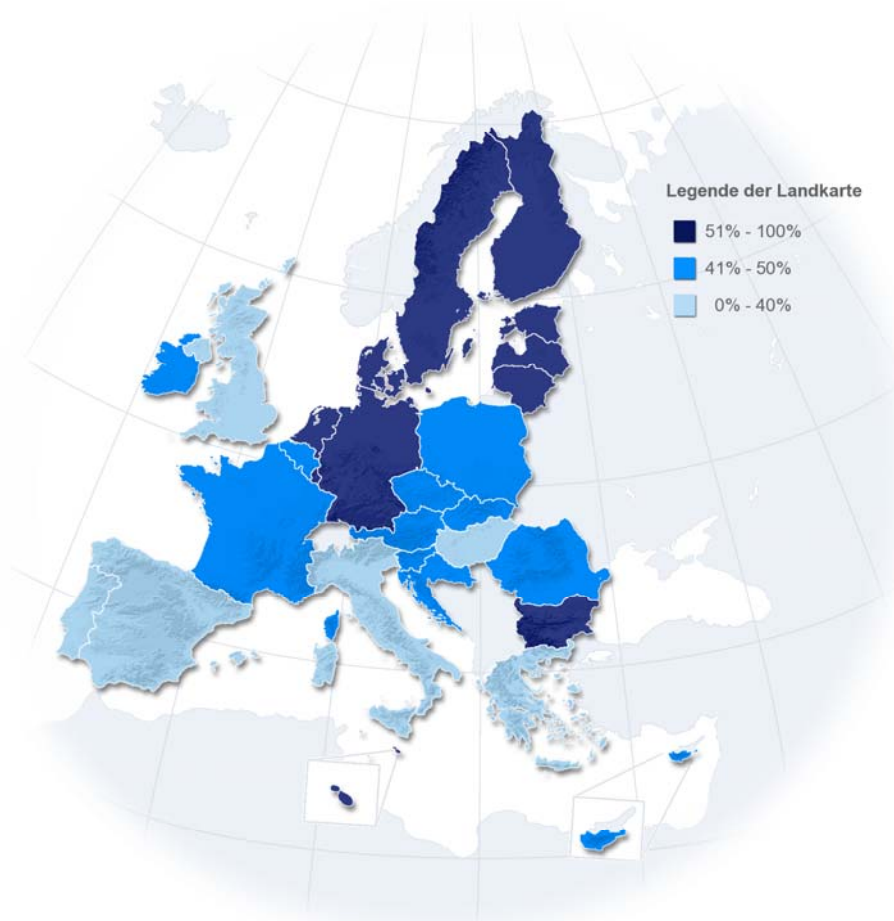
Wie bei den vorhergegangenen Standard-Eurobarometer-Befragungen verbinden die Befragten in der Eurozone sehr viel häufiger den **Euro** mit der Europäischen Union als die Befragten außerhalb der Eurozone (44%, +3 Prozentpunkte, im Vergleich zu 16%, -2): die Differenz zwischen diesen Anteilen hat sich im Vergleich zum Herbst 2013 sogar vergrößert.

Die Freiheit, überall innerhalb der Europäischen Union reisen, studieren und arbeiten zu können wird in 23 Mitgliedstaaten in erster Linie mit der EU verbunden. Im Ergebnis dieser Befragung ist sie auch auf Zypern (48%, -4 Prozentpunkte, im Vergleich zu 47%, -16, für die die EU Arbeitslosigkeit bedeutet) und in Portugal (39%, +7 der Nennungen, im Vergleich zu 29%, -3, für den Euro und 25%, -8, für die Arbeitslosigkeit) wieder die vorherrschende Bedeutung, während die Befragten in diesen beiden Ländern bei der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013 die EU in erster Linie mit Arbeitslosigkeit in Verbindung gebracht hatten. Zudem wird die Freiheit, überall in der EU reisen, studieren und arbeiten zu können, sehr häufig in Schweden (67%, unverändert), in den baltischen Staaten (66%, +9 in Litauen; 64%, -7 in Estland; 59%, -3 in Lettland) und in Finnland (60%, +4) genannt. Im Vergleich zum Herbst 2013 steigt die Anzahl der Nennungen zu diesem Item in Litauen (66%, +9), in Slowenien (48%, +7), in Portugal (39%, +7) und im Vereinigten Königreich (37%, +7) deutlich. In Bulgarien (51%, -7) und in Estland (64%, -7) ist sie hingegen rückläufig.

	SE	67%
	LT	66%
	EE	64%
	FI	60%
	LV	59%
	NL	56%
	DE	55%
	LU	53%
	DK	51%
	MT	51%
	BG	51%
	AT	50%
	RO	50%
	PL	48%
	HR	48%
	SI	48%
	CY	48%
	SK	47%
	BE	46%
	EU	44%
	IE	43%
	FR	43%
	CZ	41%
	PT	39%
	HU	37%
	UK	37%
	EL	37%
	ES	36%
	IT	29%

Frage: QA11. Was bedeutet die EU für Sie persönlich?

Antworten: Die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können



In fünf anderen EU-Ländern ist **der Euro** die am häufigsten mit der EU verbundene Vorstellung: in Belgien (48%, -3 Prozentpunkte), in Frankreich (44%, +5), in Italien (43%, +7), in Griechenland (41%, -5) und in Spanien (41%, +10). In Spanien (41%, +10), in Luxemburg (52%, +9), in den Niederlanden (54%, +8) und in Litauen (21%, +8) wird der Euro häufiger als zuvor als Symbol für die EU bezeichnet, während sein Anteil in Österreich wesentlich abnimmt (48%, -17). Aufgrund dieser Entwicklung stehen nunmehr Freiheit und Mobilität an erster Stelle der in diesem Land mit der EU verbundenen Bedeutungen.

In Luxemburg (46%, +7 Prozentpunkte), in Schweden (44%, unverändert) und in Deutschland (43%, -2) setzen deutlich mehr Befragte die EU mit **Frieden** gleich als im europäischen Durchschnitt (UE28, 25%, =). Obwohl der Anteil dieser Zuweisung merklich zurückgeht, wird die EU in Österreich (40%, -15) und Deutschland (38%, -4) wie schon bei den vorangegangenen Befragungen am häufigsten mit **Geldverschwendung** gleichgesetzt. Schließlich sind es die Befragten in Schweden (50%, +7) und Deutschland (39%, -1), die die EU am häufigsten mit **Bürokratie** verbinden.

QA11 Was bedeutet die EU für Sie persönlich?

	Die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können	Der Euro	Frieden	Geldverschwendung	Bürokratie	Kulturelle Vielfalt	Mehr Mitsprache in der Welt	Demokratie	Arbeitslosigkeit	Nicht genug Kontrollen an den Außengrenzen	Wirtschaftlicher Wohlstand	Der Verlust unserer kulturellen Identität	Mehr Kriminalität	Soziale Absicherung	Other (SPONT.)	Weiß nicht
EU28	44%	35%	25%	25%	24%	22%	18%	18%	16%	16%	12%	11%	11%	8%	3%	4%
BE	46%	48%	29%	30%	20%	23%	22%	23%	23%	26%	13%	11%	21%	14%	1%	1%
BG	51%	10%	19%	10%	10%	19%	12%	20%	5%	5%	20%	8%	3%	13%	2%	6%
CZ	41%	17%	25%	34%	34%	13%	18%	19%	22%	18%	11%	10%	19%	7%	2%	2%
DK	51%	18%	39%	20%	37%	28%	28%	28%	16%	32%	17%	14%	22%	12%	4%	3%
DE	55%	48%	43%	38%	39%	32%	18%	26%	19%	21%	14%	9%	24%	7%	2%	1%
EE	64%	38%	19%	18%	23%	21%	13%	14%	7%	6%	7%	10%	4%	9%	2%	4%
IE	43%	31%	15%	13%	19%	16%	18%	14%	10%	8%	15%	14%	4%	9%	2%	7%
EL	37%	41%	25%	19%	10%	21%	21%	16%	34%	17%	7%	20%	13%	13%	4%	1%
ES	36%	41%	13%	23%	24%	16%	18%	15%	15%	11%	10%	8%	4%	8%	5%	4%
FR	43%	44%	32%	31%	17%	30%	25%	18%	17%	24%	9%	12%	8%	6%	1%	2%
HR	48%	13%	17%	10%	13%	17%	15%	17%	8%	5%	24%	15%	8%	13%	4%	4%
IT	29%	43%	17%	18%	14%	13%	17%	13%	16%	12%	8%	9%	8%	7%	3%	4%
CY	48%	38%	23%	22%	15%	25%	12%	17%	47%	18%	7%	22%	28%	13%	2%	2%
LV	59%	25%	18%	15%	19%	18%	9%	10%	9%	4%	12%	8%	3%	11%	1%	4%
LT	66%	21%	25%	14%	13%	28%	19%	21%	4%	3%	19%	9%	3%	16%	1%	3%
LU	53%	52%	46%	28%	23%	30%	25%	25%	20%	22%	11%	12%	19%	15%	3%	2%
HU	37%	14%	16%	13%	15%	20%	20%	19%	15%	12%	11%	5%	11%	11%	5%	4%
MT	51%	30%	22%	15%	11%	25%	34%	25%	9%	13%	15%	8%	4%	14%	1%	2%
NL	56%	54%	38%	23%	34%	23%	29%	22%	14%	18%	26%	12%	14%	9%	2%	0%
AT	50%	48%	35%	40%	31%	26%	24%	19%	27%	28%	15%	18%	31%	13%	5%	1%
PL	48%	21%	20%	10%	18%	17%	19%	19%	11%	2%	11%	6%	3%	7%	3%	6%
PT	39%	29%	10%	21%	8%	19%	17%	8%	25%	12%	9%	14%	11%	6%	3%	6%
RO	50%	22%	24%	13%	9%	14%	8%	25%	7%	4%	18%	9%	6%	13%	2%	3%
SI	48%	35%	33%	22%	26%	14%	14%	15%	23%	7%	10%	8%	18%	8%	3%	2%
SK	47%	43%	21%	32%	25%	15%	17%	12%	21%	12%	12%	10%	14%	7%	2%	1%
FI	60%	51%	31%	26%	38%	25%	15%	15%	8%	12%	14%	8%	13%	8%	2%	1%
SE	67%	21%	44%	35%	50%	40%	35%	31%	18%	15%	11%	10%	15%	9%	4%	1%
UK	37%	12%	12%	25%	25%	18%	12%	11%	12%	20%	10%	22%	7%	6%	3%	12%

Am häufigsten erwähnte Antwort

Am zweithäufigsten erwähnte Antwort

Am dritthäufigsten erwähnte Antwort

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass die Vorstellung von der EU als Raum der Freiheit unter den Mitgliedern der jüngeren Generationen (53% der Nennungen der 15–24-jährigen, 56% der Studenten) und den Angehörigen der Mittel- und Oberschicht der europäischen Bevölkerung (49% der Befragten, die sich zur Mittelschicht der Gesellschaft zählen; 54% derjenigen, die sich zur Oberschicht zählen) weiter verbreitet ist, als unter den Befragten älterer Generationen (37% der Befragten im Alter von 55 Jahren und mehr) und Befragten aus in bescheidenen oder prekären Verhältnissen lebenden Schichten (36% der Befragten, die sich der Arbeiterklasse zurechnen; 31% derjenigen, die angeben, meistens Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen zu haben). Diese Tendenz lässt sich auch an weiteren positiven Assoziationen zur Europäischen Union beobachten.

Ältere Befragte, Arbeitslose und Befragte, die meistens Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben, verbinden hingegen insgesamt häufiger negative Vorstellungen mit der Europäischen Union. Dies trifft vor allem auf die **Geldverschwendung** zu, die von 29% der Befragten im Alter von 55 Jahren und mehr genannt wird, während es unter den 15–24-jährigen 15%, unter den Arbeitslosen 28% und unter den leitenden Angestellten 21% sind. 30% der Befragten, die meistens Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben, weisen der EU diese Bedeutung zu, im Vergleich zu 25% derjenigen, die nie oder nahezu nie solche Schwierigkeiten haben.












QA11. What does the EU mean to you personally?

	Peace	Economic prosperity	Democracy	Social protection	Freedom to travel, study and work anywhere in the EU	Cultural diversity	Stronger say in the world	Euro	Unemployment	Bureaucracy	Waste of money	Loss of our cultural identity	More crime	Not enough control at external borders	Other (SP.)	Don't know
EU28	25%	12%	18%	8%	44%	22%	18%	35%	16%	24%	25%	11%	11%	16%	3%	4%
Gender																
Man	27%	14%	19%	8%	45%	22%	19%	35%	15%	26%	26%	11%	11%	16%	3%	3%
Woman	24%	10%	17%	8%	43%	22%	18%	35%	17%	21%	23%	11%	12%	15%	3%	5%
Age																
15-24	22%	13%	20%	11%	53%	27%	19%	37%	12%	12%	15%	7%	6%	10%	2%	4%
25-39	21%	14%	18%	8%	48%	25%	20%	38%	14%	20%	22%	10%	9%	13%	3%	3%
40-54	24%	11%	19%	7%	45%	23%	18%	35%	16%	28%	26%	13%	13%	16%	2%	4%
55 +	30%	11%	17%	7%	37%	17%	17%	31%	18%	27%	29%	13%	14%	19%	3%	5%
Generation																
Before 1928	25%	12%	18%	8%	44%	22%	18%	35%	16%	24%	25%	11%	11%	16%	3%	4%
1928 - 1945	31%	9%	17%	6%	33%	14%	15%	31%	18%	25%	28%	11%	15%	21%	3%	7%
Total 'Before 1946'	24%	12%	18%	8%	46%	23%	19%	35%	15%	24%	24%	11%	11%	15%	3%	3%
1946 - 1964 "BB"	28%	11%	18%	8%	41%	21%	19%	31%	17%	29%	30%	15%	13%	18%	2%	3%
1965 - 1980 "X"	23%	13%	18%	7%	46%	23%	19%	37%	15%	26%	25%	11%	12%	15%	3%	4%
After 1980 "Y"	27%	11%	18%	7%	41%	20%	18%	33%	17%	27%	27%	13%	13%	17%	3%	4%
Education (End of)																
15-	23%	8%	13%	6%	31%	12%	14%	34%	23%	22%	30%	13%	15%	18%	3%	6%
16-19	23%	11%	17%	8%	42%	18%	16%	32%	18%	25%	28%	13%	14%	18%	3%	4%
20+	30%	15%	23%	8%	52%	30%	24%	37%	11%	28%	22%	10%	8%	14%	2%	2%
Still studying	26%	14%	22%	12%	56%	30%	22%	39%	10%	12%	13%	6%	6%	9%	2%	3%
Socio-professional category																
Self-employed	26%	14%	21%	8%	47%	25%	24%	39%	13%	30%	24%	11%	10%	10%	2%	2%
Managers	29%	16%	24%	9%	58%	33%	24%	38%	8%	33%	21%	11%	8%	14%	2%	1%
Other white collars	25%	13%	21%	9%	47%	25%	20%	38%	14%	27%	23%	12%	10%	15%	3%	2%
Manual workers	22%	12%	14%	7%	42%	20%	18%	33%	17%	22%	27%	12%	12%	18%	3%	4%
House persons	21%	9%	15%	7%	40%	18%	16%	35%	16%	16%	21%	12%	10%	14%	4%	8%
Unemployed	16%	8%	15%	7%	39%	18%	14%	35%	24%	19%	28%	11%	12%	14%	4%	4%
Retired	30%	10%	17%	7%	36%	16%	16%	31%	18%	27%	30%	13%	15%	20%	3%	5%
Students	26%	14%	22%	12%	56%	30%	22%	39%	10%	12%	13%	6%	6%	9%	2%	3%
Bild von der EU																
Positiv	39%	22%	30%	12%	60%	32%	30%	38%	8%	16%	10%	4%	6%	10%	2%	1%
Neutral	22%	8%	15%	7%	42%	19%	16%	37%	15%	23%	24%	10%	12%	16%	3%	5%
Negativ	12%	4%	8%	4%	27%	12%	7%	28%	29%	37%	49%	25%	19%	25%	4%	3%

Die nachstehende Tabelle zeigt die nach soziodemografischen Kriterien aufgeschlüsselten Ergebnisse für den Durchschnitt der gesamten Europäischen Union (EU28), für die sechs größten EU-Länder und für vier von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffene Länder.

QA11. Was bedeutet die EU für Sie persönlich?

Frieden

EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
										
25%	43%	13%	32%	17%	20%	12%	25%	10%	15%	23%

Geschlecht

Männlich	27%	44%	14%	37%	17%	22%	13%	24%	11%	18%	24%
Weiblich	24%	42%	12%	28%	17%	19%	11%	27%	9%	11%	23%

Alter

15-24	22%	37%	11%	24%	17%	19%	8%	26%	10%	17%	20%
25-39	21%	39%	12%	17%	15%	20%	13%	23%	7%	12%	24%
40-54	24%	39%	10%	33%	19%	22%	11%	20%	11%	12%	23%
55 +	30%	48%	17%	45%	17%	20%	13%	30%	10%	18%	25%

Generation

Vor 1928	25%	42%	13%	32%	17%	20%	12%	25%	10%	15%	23%
1928 - 1945	31%	50%	19%	43%	16%	18%	11%	30%	11%	19%	26%
Gesamt 'Vor 1946'	24%	41%	12%	30%	17%	21%	12%	24%	10%	14%	23%
1946 - 1964 "BB"	28%	45%	14%	44%	18%	20%	14%	28%	10%	18%	26%
1965 - 1980 "X"	23%	39%	9%	26%	17%	26%	12%	20%	10%	13%	23%
Nach 1980 "Y"	27%	44%	13%	38%	17%	22%	12%	25%	10%	15%	25%

Ausbildung (Ende der)

15-	23%	43%	12%	39%	17%	14%	11%	25%	10%	12%	23%
16-19	23%	40%	12%	30%	17%	17%	9%	26%	12%	12%	24%
20+	30%	47%	17%	34%	21%	24%	18%	25%	7%	15%	27%
Studiert noch	26%	44%	11%	27%	18%	21%	11%	28%	11%	26%	18%

Sozio-professionelle Kategorie












Selbstständige	26%	38%	17%	32%	21%	18%	17%	26%	4%	23%	24%
Leitende Angestellte	29%	42%	11%	36%	10%	31%	17%	29%	8%	20%	35%
Andere Angestellte	25%	43%	18%	28%	19%	22%	8%	22%	8%	11%	19%
Arbeiter	22%	38%	13%	28%	18%	16%	9%	14%	14%	10%	32%
Hausfrauen / -männer	21%	38%	13%	24%	17%	16%	9%	30%	14%	8%	28%
Arbeitslose	16%	35%	10%	15%	12%	15%	5%	22%	5%	12%	13%
Rentner / Pensionäre	30%	49%	14%	45%	16%	22%	13%	30%	11%	16%	23%
Schüler / Studenten	26%	44%	11%	27%	18%	21%	11%	28%	11%	26%	18%

Bild von der EU

Positiv	39%	60%	29%	43%	29%	27%	26%	45%	18%	22%	34%
Neutral	22%	38%	10%	28%	16%	14%	12%	28%	7%	12%	28%
Negativ	12%	24%	4%	23%	7%	7%	4%	14%	5%	4%	11%

QA11. Was bedeutet die EU für Sie persönlich?

Die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können

EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
										
44%	55%	36%	43%	29%	48%	37%	37%	39%	43%	48%

Geschlecht

Männlich	45%	55%	37%	47%	30%	48%	39%	38%	43%	44%	44%
Weiblich	43%	56%	35%	39%	28%	48%	34%	36%	36%	42%	52%

Alter

15-24	53%	60%	39%	56%	42%	55%	46%	47%	47%	49%	60%
25-39	48%	61%	39%	41%	30%	48%	48%	40%	54%	48%	52%
40-54	45%	59%	36%	43%	28%	47%	39%	37%	43%	44%	46%
55 +	37%	49%	32%	39%	25%	45%	23%	31%	24%	34%	39%

Generation

Vor 1928	44%	56%	36%	43%	29%	48%	37%	37%	39%	43%	48%
1928 - 1945	33%	45%	31%	34%	18%	45%	18%	27%	16%	31%	41%
Gesamt 'Vor 1946'	46%	58%	37%	45%	31%	48%	40%	39%	44%	45%	49%
1946 - 1964 "BB"	41%	53%	34%	41%	29%	48%	29%	36%	35%	38%	37%
1965 - 1980 "X"	46%	60%	38%	43%	30%	45%	42%	38%	45%	46%	51%
Nach 1980 "Y"	41%	53%	35%	40%	27%	46%	30%	34%	34%	40%	43%

Ausbildung (Ende der)

15-	31%	45%	30%	33%	24%	32%	19%	23%	31%	26%	38%
16-19	42%	55%	36%	38%	30%	44%	29%	34%	46%	39%	47%
20+	52%	62%	41%	46%	35%	53%	54%	44%	50%	54%	51%
Studiert noch	56%	62%	43%	56%	42%	62%	53%	55%	49%	48%	60%

Sozio-professionelle Kategorie

Selbstständige	47%	60%	41%	49%	34%	48%	38%	37%	49%	51%	53%
Leitende Angestellte	58%	63%	39%	57%	37%	61%	53%	54%	64%	54%	58%
Andere Angestellte	47%	60%	43%	43%	30%	44%	35%	42%	48%	62%	39%
Arbeiter	42%	58%	32%	35%	30%	38%	35%	36%	39%	42%	55%
Hausfrauen / -männer	40%	55%	36%	30%	25%	57%	40%	32%	40%	34%	51%
Arbeitslose	39%	42%	38%	47%	24%	47%	25%	35%	38%	35%	40%
Rentner / Pensionäre	36%	48%	29%	39%	22%	46%	23%	28%	25%	31%	40%
Schüler / Studenten	56%	62%	43%	56%	42%	62%	53%	55%	49%	48%	60%

Bild von der EU

Positiv	60%	67%	49%	58%	48%	57%	63%	61%	55%	58%	68%
Neutral	42%	55%	37%	35%	26%	44%	36%	42%	40%	38%	48%
Negativ	27%	38%	22%	32%	14%	30%	23%	21%	24%	24%	37%






Unterstützung des Beitritts (Kandidatenländer) und erwartete Vorteile der EU-Zugehörigkeit

- In den Kandidatenländern wächst die Unterstützung des EU-Beitritts -

In allen Kandidatenländern findet der EU-Beitritt wachsende Unterstützung.

In Island kehrt sich das Verhältnis von Befürwortern und Gegnern einer EU-Mitgliedschaft um, sodass hier zum ersten Mal in der Geschichte der Standard-Eurobarometer-Befragungen die positive Haltung in dieser Frage überwiegt. In der Türkei bleibt die Anzahl der Unterstützer eines EU-Beitritts stabil, der Abstand zwischen den beiden Lagern nimmt jedoch aufgrund eines Rückgangs der ablehnenden Stimmen zu²⁹.

QA7. Wäre die Mitgliedschaft (UNSERES LANDES) in der EU Ihrer Meinung nach ... ?






	Eine gute Sache		Eine schlechte Sache		Weder gut noch schlecht	
	EB81 Fr. 2014	Unt. Fr. 2014-Hbt.2013	EB81 Fr. 2014	Unt. Fr. 2014-Hbt.2013	EB81 Fr. 2014	Unt. Fr. 2014-Hbt.2013
CY (tcc)*	59%	+4	8%	-3	27%	+2
 MK	51%	+1	18%	=	30%	+2
 IS	36%	+3	29%	-4	27%	-2
 ME	51%	+7	17%	=	31%	-2
 RS	40%	+4	19%	-6	38%	+6
 TR	38%	=	33%	-4	27%	+10

*CY(tcc): Wäre die vollständige Anwendung der EU-Gesetzgebung für die türkisch-zyprische Gemeinschaft Ihrer Meinung nach generell ...?

In allen fünf Kandidatenländern wächst der Anteil der Befragten, die denken, dass ihr Land von einem Beitritt zur Europäischen Union profitieren würde,

was auch eine mögliche Erklärung für den Anstieg der Anteile pro-europäischer Ansichten bei dieser Befragung sein könnte. Ebenfalls zum ersten Mal, seit diese Frage im Rahmen der Eurobarometer-Befragungen gestellt wird, kehrt sich das Verhältnis der beiden Lager in Island zu Gunsten der Befürworter Europas um, sodass nunmehr eine relative Mehrheit der Befragten in diesem Land meint, dass ihr Land von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitieren würde.³⁰

QA8. Hätte Ihrer Meinung nach (UNSER LAND) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der EU Vorteile, oder wäre das nicht der Fall?

	Hätte Vorteile		Wäre nicht der Fall		Weiß nicht	
	EB81 Fr. 2014	Unt. Fr. 2014-Hbt.2013	EB81 Fr. 2014	Unt. Fr. 2014-Hbt.2013	EB81 Fr. 2014	Unt. Fr. 2014-Hbt.2013
CY (tcc)*	71%	+5	12%	-4	17%	-1
 MK	66%	+6	29%	=	5%	-6
 IS	46%	+6	42%	-6	12%	=
 ME	65%	+11	30%	=	5%	-11
 RS	57%	+15	32%	-2	11%	-13
 TR	50%	+7	45%	=	5%	-7

*CY(tcc) Würden Sie alles in allem sagen, dass die türkisch-zyprische Gemeinschaft durch die vollständige Anwendung der EU-Gesetzgebung profitieren oder nicht profitieren würde?

In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien befürwortet weiterhin eine große Mehrheit der Befragten die Mitgliedschaft in der Europäischen Union:

51% der Befragten in diesem Land (+1 Prozentpunkt im Vergleich zum Herbst 2013) denken, dass die EU-Mitgliedschaft ihres Landes „eine gute Sache wäre“, 18% (unverändert) betrachten sie als „eine schlechte Sache“ und 30% (+2) meinen, dass diese „weder eine gute noch eine schlechte Sache“ wäre.

Zwei Drittel der Befragten in diesem Land (66%, +6) sind überzeugt, dass ihr Land von einem Beitritt zur Europäischen Union profitieren würde.

²⁹ QA7a. Denken Sie, dass die Mitgliedschaft in der EU für (UNSER LAND) insgesamt eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder eine gute noch eine schlechte Sache wäre?

³⁰ QA8a. Glauben Sie, dass (UNSER LAND) alles in allem von seiner Mitgliedschaft in der EU profitieren würde oder nicht?

Die Unterstützung für eine EU-Mitgliedschaft nimmt in Montenegro deutlich zu und kann erneut eine absolute Mehrheit der Befragten in diesem Land **auf sich vereinen**: 51% (+7 Prozentpunkte) unter ihnen betrachten den Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union als gute Sache, während 17% (unverändert) ihn negativ beurteilen und 31% (-2) eine neutrale Position beziehen. Der Anteil derjenigen, die eine zukünftige EU-Mitgliedschaft Montenegros als für das Land potentiell vorteilhaft betrachten, steigt sehr deutlich an, sodass inzwischen beinahe zwei Drittel der Befragten in diesem Land diese Ansicht teilen (65%, +11).

Die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft verstärkt sich auch in Serbien (40%, +4 Prozentpunkte), während die Ablehnung eines EU-Beitritts deutlich nachlässt (19%, -6) und 38% (+6) der Befragten eine neutrale Haltung einnehmen. Auch am Indikator zu den von einer EU-Mitgliedschaft erwarteten Vorteilen lässt sich die steigende Tendenz der Unterstützung eines EU-Beitritts deutlich ablesen: 57% (+15) meinen, dass Serbien von einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitieren würde, während 32% (-2) gegenteiliger Meinung sind und 11% (-13) zu diesem Thema keine Meinung äußern. Es handelt sich um die erste Standard-Eurobarometer-Befragung, bei der sich eine absolute Mehrheit der Befragten in Serbien davon überzeugt zeigt, dass ein EU-Beitritt für ihr Land von Vorteil wäre.

Da der Anteil der negativen Meinungen zu einer EU-Mitgliedschaft zurückgeht, verändert sich das Meinungsbild in der Türkei leicht zu Gunsten der Unterstützung eines Beitritts zur EU. Mit 38% bleibt der Anteil der Befragten in der Türkei, der meint, die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union wäre eine gute Sache, im Vergleich zum Herbst 2013 stabil. Der Prozentanteil derjenigen, die eine Mitgliedschaft ablehnen (Antwort „eine schlechte Sache“), geht seinerseits um vier Prozentpunkte zurück und erreicht 33%. Gleichzeitig steigt der Anteil der neutralen Stimmen wesentlich an (27%, +10). Die Auffassung, dass ein Beitritt zur Europäischen Union der Türkei Vorteile bringen könnte, nimmt deutlich zu (+7) und kann inzwischen 50% der Befragten auf sich vereinen; 45% (unverändert) bleiben hingegen davon überzeugt, dass die Türkei nicht von einer Mitgliedschaft in der EU profitieren würde. Aufgrund dieser Entwicklungen zeigt sich der Indikator zur Wahrnehmung der Vorteile einer EU-Mitgliedschaft in der Türkei erneut positiv.

Schließlich überwiegen in Island zum ersten Mal bei einer Standard-Eurobarometer-Befragung die positiven Ansichten zum EU-Beitritt: 36% der Befragten in diesem Land (+3 Prozentpunkte) geben an, eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu befürworten, während 29% (-4) dagegen eintreten und 27% (-2) eine neutrale Position vertreten. Innerhalb eines Jahres, d. h. seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2013 (EB79), hat die ablehnende Haltung -13 Prozentpunkte eingebüßt. Auch bei der Einschätzung der erwartbaren Vorteile kehrt sich das Verhältnis der Meinungen um: 46% (+6) der Befragten sind der Ansicht, dass Island von seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitieren würde, während 42% (-6) gegenteiliger Meinung sind. Der Anteil der Meinung, dass Island von einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union keinerlei Vorteile erwarten kann, ist innerhalb eines Jahres um -15 Prozentpunkte gesunken.

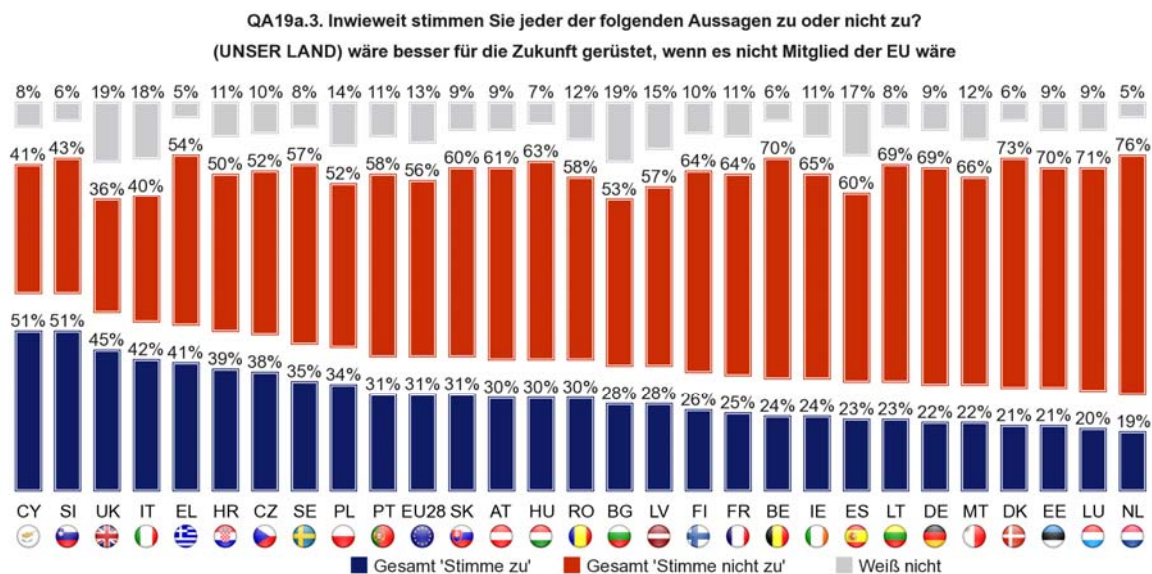
1.2. Ist man außerhalb der EU besser für die Zukunft gerüstet?

- Eine absolute Mehrheit der Europäer meint, dass ihr Land als Mitglied der Europäischen Union besser für die Zukunft gerüstet ist -

Wie bereits bei den vorangegangenen Standard-Eurobarometer-Befragungen **bleiben die Europäer überwiegend davon überzeugt, dass die Mitgliedschaft in der Union notwendig ist, um für die Zukunft gerüstet zu sein**. So widersprechen 56% unter ihnen (unverändert im Vergleich zum Herbst 2013) der Aussage, dass ihr Land besser für die Zukunft gerüstet wäre, wenn es nicht Mitglied der EU wäre. 31% (-2 Prozentpunkte) stimmen dieser Behauptung hingegen zu und 13% (+2) äußern keine Meinung³¹.

Die Ansicht, dass die Mitgliedschaft in der Europäische Union notwendig ist, um für die Zukunft gerüstet zu sein, teilen mehr Befragte in der Eurozone (60% gegenüber 28%) als in den Ländern, die nicht der Eurozone angehören (49% gegenüber 37%).

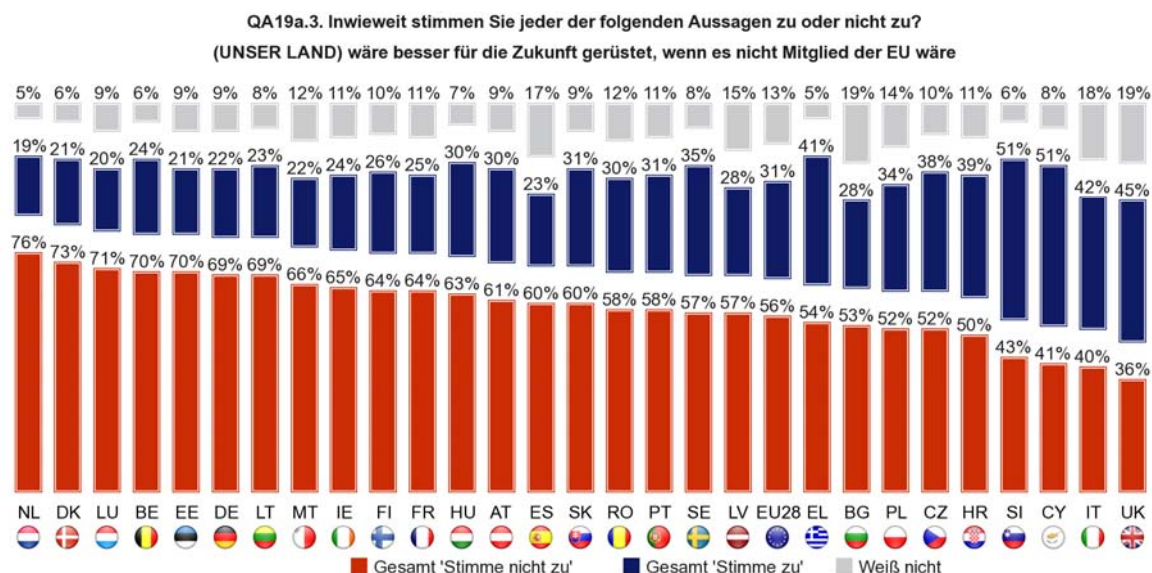
In **Italien** (42%, +9 Prozentpunkte, gegenüber 40%, -10) und in **Slowenien** (51%, +9) kann die Aussage, dass das eigene Land besser für die Zukunft gerüstet wäre, wenn es nicht Mitglied der EU wäre, bei dieser Befragung eine Mehrheit der Befragten auf sich vereinen. Auf **Zypern** (51%, -5) und im **Vereinigten Königreich** (45%, -5, gegenüber 36%, -1) herrscht diese Meinung ebenfalls weiterhin vor.



Anordnung nach Anteil der Antworten „Insgesamt ‚Stimme zu‘“

³¹ QA19a3. Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder nicht zu? (UNSER LAND) wäre besser für die Zukunft gerüstet, wenn es nicht Mitglied der EU wäre.

In den 24 übrigen Mitgliedstaaten ist eine absolute Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union eine Notwendigkeit darstellt, wobei diese Aussage in den Niederlanden (76%, +1 Prozentpunkt), in Dänemark (73%, -1), in Luxemburg (71%, -7), in Estland (70%, -5) und in Belgien (70%, +1) die höchste Zustimmung findet. Die Auffassung, dass die Zukunft sich schwieriger gestalten würde, wenn das eigene Land nicht Mitglied der EU wäre, kann im Vergleich zum Herbst 2013 in Österreich (61%, +13) einen hohen Zuwachs verzeichnen, während sie in Bulgarien (53%, -14) deutlich zurückgeht.



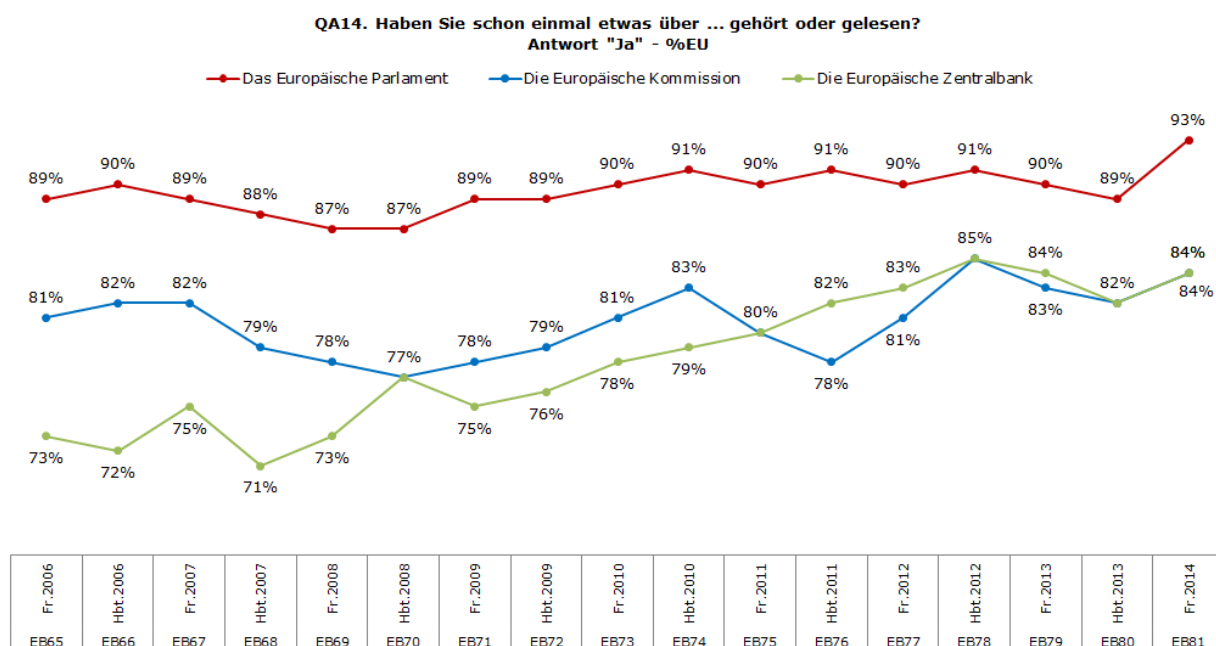
Anordnung nach Anteil der Antworten „Insgesamt ‚Stimme nicht zu‘“

2. DIE EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN

2.1. Die Bekanntheit der europäischen Institutionen und das Vertrauen, das die Bürger in sie setzen

Die Bekanntheit der europäischen Institutionen³²

Die Bekanntheit des Europäischen Parlaments nimmt im Vergleich zum Herbst 2013 um vier Prozentpunkte zu und erreicht einen historischen Höchstwert von **93%**. Mit je 84% erreicht auch der Bekanntheitsgrad der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank einen neuen Höchststand (je +2 für beide Institutionen)³³.



³² Es muss hierbei daran erinnert werden, dass die hier analysierte Befragung unmittelbar nach der Europawahl 2014 durchgeführt wurde.

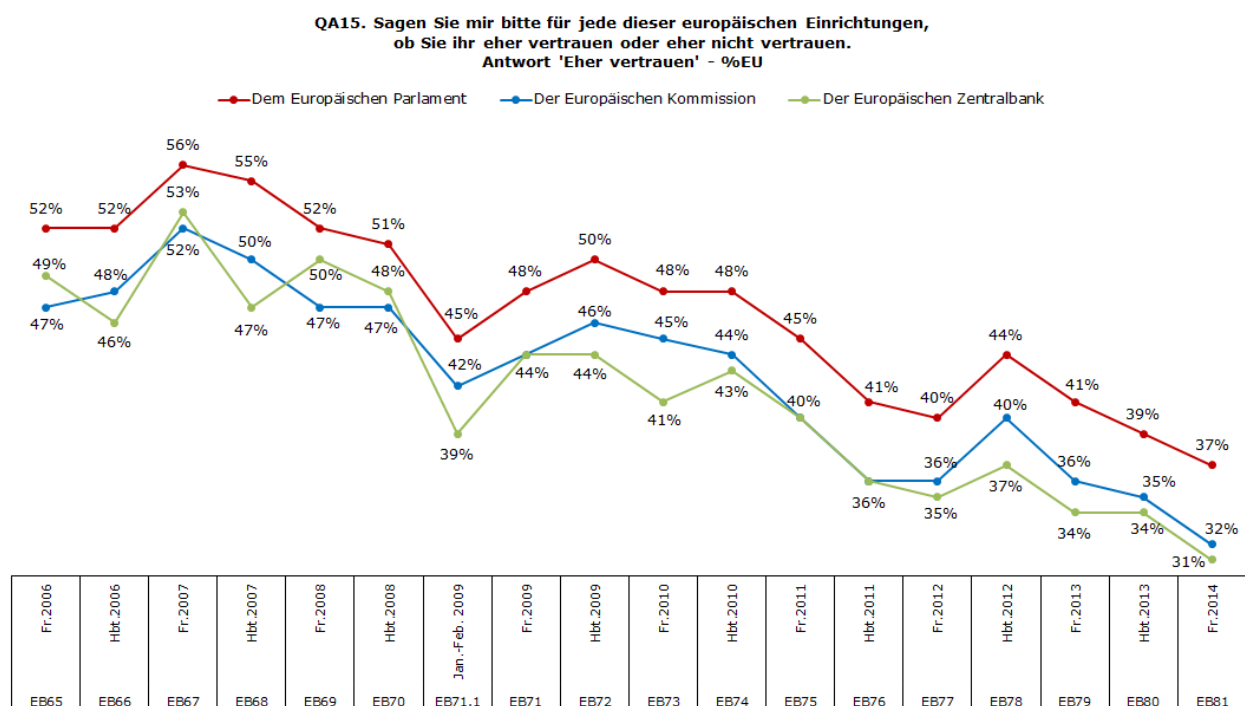
³³ QA14.1+2+3. Haben Sie schon einmal etwas über folgende Einrichtungen gehört oder gelesen? Das Europäische Parlament; Die Europäische Kommission; Die Europäische Zentralbank

Das Vertrauen in die europäischen Institutionen

- Das Misstrauen gegenüber den europäischen Institutionen erreicht einen neuen Höchststand -

Steigende Bekanntheit ist dabei jedoch nicht gleichbedeutend mit wachsender Beliebtheit, denn das Vertrauen in die europäischen Institutionen geht auch im Ergebnis dieser Befragung weiter zurück: Seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2010 (EB74) und mit einziger Ausnahme der Befragung vom Herbst 2012 (EB78), bei der ein Anstieg des Vertrauens zu verzeichnen war, ergeben alle Standard-Eurobarometer-Befragungen eine rückläufige Tendenz des Vertrauens in die vom Standard-Eurobarometer untersuchten europäischen Institutionen. Dieser Trend setzt sich auch bei der aktuellen Befragung fort: das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank erscheinen in den aktuellen Ergebnissen so wenig vertrauenswürdig wie nie zuvor in der Geschichte dieser Befragungen.

So erklärt beispielsweise erstmals weniger als ein Drittel der Europäer, der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank zu vertrauen³⁴.
































Die **länderspezifische Analyse** der Ergebnisse zeigt, dass das Vertrauen in die europäischen Institutionen insgesamt in der Tschechischen Republik, in der Slowakei, in Estland und in Polen besonders stark zurückgeht.






























³⁴ QA15.1+2+3. Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Dem Europäischen Parlament; Der Europäischen Kommission; Der Europäischen Zentralbank.

QA15. Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.






























Dem Europäischen Parlament

		Eher vertrauen	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013	Eher nicht vertrauen	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013	Weiß nicht	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013
	EU28	37%	39%	48%	48%	15%	13%
	BE	52%	59%	39%	38%	9%	3%
	BG	51%	55%	33%	26%	16%	19%
	CZ	34%	45%	56%	47%	10%	8%
	DK	58%	60%	32%	31%	10%	9%
	DE	42%	41%	42%	44%	16%	15%
	EE	49%	57%	26%	27%	25%	16%
	IE	39%	42%	44%	42%	17%	16%
	EL	33%	28%	64%	68%	3%	4%
	ES	18%	23%	72%	67%	10%	10%
	FR	35%	38%	47%	47%	18%	15%
	HR	41%	44%	45%	47%	14%	9%
	IT	33%	36%	48%	50%	19%	14%
	CY	33%	28%	56%	62%	11%	10%
	LV	40%	40%	42%	40%	18%	20%
	LT	58%	53%	24%	30%	18%	17%
	LU	53%	59%	34%	28%	13%	13%
	HU	50%	58%	40%	36%	10%	6%
	MT	56%	54%	22%	26%	22%	20%
	NL	49%	47%	41%	46%	10%	7%
	AT	42%	47%	48%	44%	10%	9%
	PL	42%	51%	35%	32%	23%	17%
	PT	34%	33%	59%	58%	7%	9%
	RO	55%	49%	37%	37%	8%	14%
	SI	35%	37%	56%	56%	9%	7%
	SK	37%	56%	55%	40%	8%	4%
	FI	58%	54%	30%	40%	12%	6%
	SE	53%	56%	35%	37%	12%	7%
	UK	21%	20%	57%	60%	22%	20%

Der Europäischen Kommission

		Eher vertrauen	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013	Eher nicht vertrauen	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013	Weiß nicht	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013
	EU28	32%	35%	46%	47%	22%	18%
	BE	49%	56%	38%	39%	13%	5%
	BG	45%	50%	31%	26%	24%	24%
	CZ	32%	42%	53%	46%	15%	12%
	DK	54%	56%	31%	30%	15%	14%
	DE	35%	34%	43%	43%	22%	23%
	EE	47%	57%	24%	25%	29%	18%
	IE	35%	41%	43%	40%	22%	19%
	EL	24%	20%	70%	75%	6%	5%
	ES	17%	23%	72%	65%	11%	12%
	FR	32%	32%	47%	48%	21%	20%
	HR	39%	43%	43%	47%	18%	10%
	IT	28%	32%	45%	51%	27%	17%
	CY	29%	21%	55%	69%	16%	10%
	LV	38%	39%	40%	38%	22%	23%
	LT	55%	51%	21%	28%	24%	21%
	LU	47%	55%	38%	28%	15%	17%
	HU	47%	50%	40%	40%	13%	10%
	MT	54%	52%	21%	24%	25%	24%
	NL	47%	47%	32%	40%	21%	13%
	AT	36%	42%	50%	48%	14%	10%
	PL	40%	47%	33%	33%	27%	20%
	PT	32%	31%	60%	58%	8%	11%
	RO	51%	47%	37%	36%	12%	17%
	SI	34%	39%	55%	53%	11%	8%
	SK	38%	51%	51%	40%	11%	9%
	FI	56%	53%	30%	38%	14%	9%
	SE	47%	53%	31%	33%	22%	14%
	UK	17%	18%	48%	54%	35%	28%

Der Europäischen Zentralbank

		Eher vertrauen	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013	Eher nicht vertrauen	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013	Weiß nicht	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013
	EU28	31%	34%	48%	49%	21%	17%
	BE	46%	48%	40%	46%	14%	6%
	BG	41%	47%	32%	26%	27%	27%
	CZ	35%	49%	47%	39%	18%	12%
	DK	59%	60%	22%	24%	19%	16%
	DE	38%	37%	49%	51%	13%	12%
	EE	47%	51%	24%	31%	29%	18%
	IE	29%	36%	53%	50%	18%	14%
	EL	19%	16%	76%	80%	5%	4%
	ES	14%	19%	77%	71%	9%	10%
	FR	28%	29%	49%	51%	23%	20%
	HR	32%	38%	46%	50%	22%	12%
	IT	22%	31%	52%	53%	26%	16%
	CY	23%	16%	66%	75%	11%	9%
	LV	37%	39%	37%	36%	26%	25%
	LT	49%	47%	24%	29%	27%	24%
	LU	44%	58%	36%	24%	20%	18%
	HU	36%	41%	47%	46%	17%	13%
	MT	49%	54%	19%	18%	32%	28%
	NL	54%	50%	30%	40%	16%	10%
	AT	42%	47%	47%	42%	11%	11%
	PL	32%	41%	34%	35%	34%	24%
	PT	29%	28%	61%	61%	10%	11%
	RO	45%	41%	38%	38%	17%	21%
	SI	28%	35%	61%	52%	11%	13%
	SK	39%	55%	48%	37%	13%	8%
	FI	60%	64%	27%	30%	13%	6%
	SE	44%	56%	38%	33%	18%	11%
	UK	18%	19%	43%	51%	39%	30%

Das Europäische Parlament

Das Vertrauen in das Europäische Parlament nimmt weiter ab. 37% der Europäer (-2 Prozentpunkte im Vergleich zur Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013) vertrauen dem Europäischen Parlament, während 48% (unverändert) ihm dagegen misstrauen und 15% (+2) keine Meinung äußern. Der Vertrauensindex³⁵ zum Europäischen Parlament verliert bei dieser Umfrage zwei Prozentpunkte und liegt nun bei -11, was dem niedrigsten Wert entspricht, der jemals ermittelt wurde.

In vier Ländern verändert sich im Ergebnis dieser Befragung das Verhältnis von Vertrauen und Misstrauen von einer ausgewogenen Situation oder einer vorherrschend positiven öffentlichen Meinung zu einem überwiegend negativen Meinungsbild. In Irland (39% gegenüber 44%, im Vergleich zu 42% gegenüber 42% im Herbst 2013), in Lettland (40% gegenüber 42%, im Vergleich zu 40% gegenüber 40%) und in Österreich (42% gegenüber 48%, im Vergleich zu 47% gegenüber 44%) überwiegt nun wieder die negative Einstellung, wobei der Abstand der beiden Lager jedoch gering bleibt. In der Slowakei sinkt das Vertrauen in das Europäische Parlament sehr viel abrupter: es fällt um -19 Prozentpunkte (37%), während die misstrauische Haltung gegenüber dieser Einrichtung um +15 Prozentpunkte ansteigt (55%).

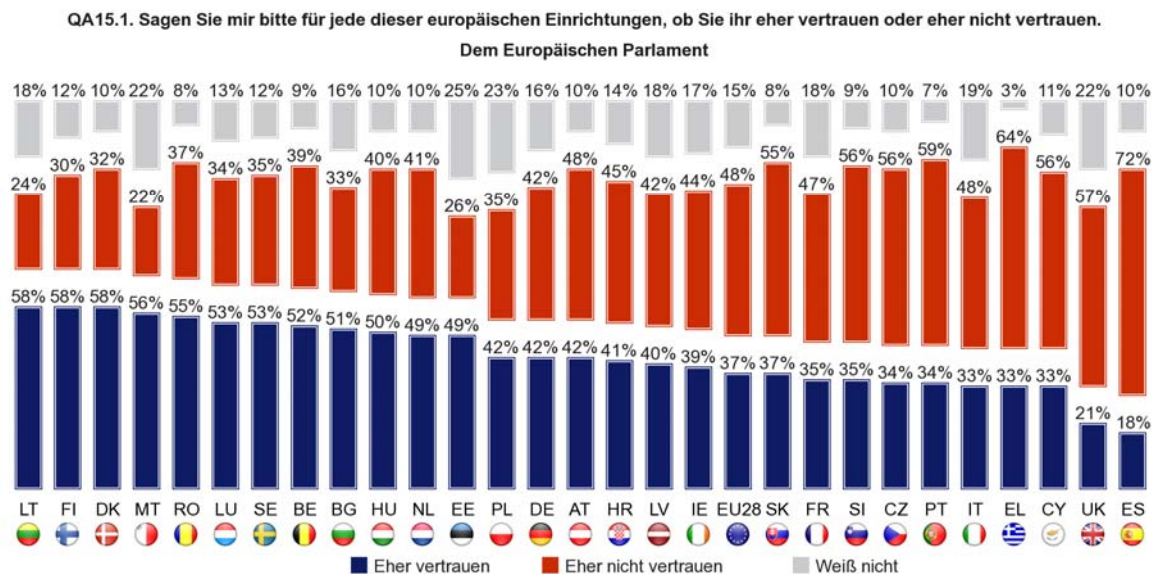
In Deutschland (42% gegenüber 42%) zeigt sich das Verhältnis von Vertrauen und Misstrauen vollkommen ausgeglichen, während bei der Befragung vom Herbst 2013 die negative Meinung überwog (41% gegenüber 44%).

Insgesamt bewirken diese Entwicklungen, dass nunmehr in 14 EU-Ländern eine Mehrheit der Befragten dem Europäischen Parlament misstraut (im Vergleich zu 11 Ländern bei der Standard-Eurobarometer-Befragung im Herbst 2013, 9 bei der Befragung im Frühjahr 2013 und nur 4 bei der Befragung im Herbst 2012).

Abgesehen von den bereits genannten Ländern handelt es sich hierbei um Spanien (72% „eher nicht vertrauen“, +5 Prozentpunkte), Griechenland (64%, -4), Portugal (59%, +1), das Vereinigte Königreich (57%, -3), Zypern (56%, -6), Slowenien (56%, unverändert), die Tschechische Republik (56%, +9), Italien (48%, -2, gegenüber 33%, -3), Frankreich 47%, =, gegenüber 35%, -3) und Kroatien (45%, -2, gegenüber 41%, -3).

Derzeit überwiegt in 13 Mitgliedstaaten das Vertrauen in das Europäische Parlament, und zwar am deutlichsten in Litauen (58%, +5 Prozentpunkte), in Finnland (58%, +4) und in Dänemark (58%, -2). Innerhalb dieser Gruppe geht das Vertrauen in das Europäische Parlament in Polen (42%, -9), Ungarn (50%, -8) und Estland (49%, -8) beträchtlich zurück. In Rumänien (55%, +6) und Litauen (+5) hingegen nimmt es zu.

³⁵ Differenz zwischen den Prozentanteilen für „eher vertrauen“ und „eher nicht vertrauen“.



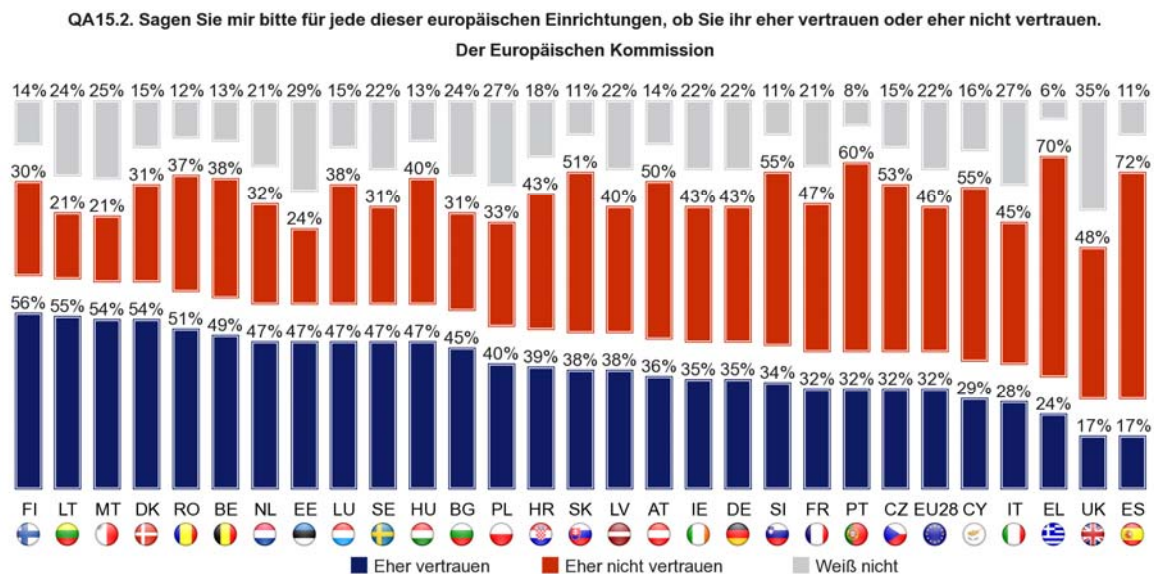
Die Europäische Kommission

Weniger als ein Drittel der Europäer (32%, -3 Prozentpunkte) erklärt, Vertrauen zur Europäischen Kommission zu haben, während 46% (-1) angeben, ihr nicht zu vertrauen, und 22% (+4) keine Meinung äußern. Der Vertrauensindex für die Europäische Kommission fällt um zwei Prozentpunkte und liegt derzeit bei -14, was dem tiefsten Stand entspricht, der jemals bei einer Standard-Eurobarometer-Befragung gemessen wurde.

In der Slowakei (38%, -13 Prozentpunkte) geht das Vertrauen in die Europäische Kommission in einem mit dem bereits für das Europäische Parlament festgestellten Abwärtstrend vergleichbaren Umfang zurück, wodurch nunmehr das Misstrauen in diesem Land überwiegt (38% gegenüber 51% im Vergleich zu 51% gegenüber 40% im Herbst 2013). Das Verhältnis von Vertrauen und Misstrauen kehrt sich auch in Irland (35% gegenüber 43% im Vergleich zu 41% gegenüber 40% sechs Monate zuvor) und in Lettland (38% gegenüber 40% im Vergleich zu 39% gegenüber 38%) zugunsten des Misstrauens um.

In 15 Ländern der EU herrscht inzwischen das Misstrauen gegenüber der Europäischen Kommission vor, wobei sich diese Gruppe aus den 14 Ländern, in denen sich die Befragten auch zum Europäischen Parlament überwiegend misstrauisch zeigen, und Deutschland zusammensetzt. Zum ersten Mal ist die Anzahl der Länder, in denen das Misstrauen gegenüber der Europäischen Kommission überwiegt, größer als die Anzahl der Länder, in der die meisten Befragten dieser Einrichtung vertrauen. Die höchsten Werte erreicht das Misstrauen in Spanien (72%, +7 Prozentpunkte), in Griechenland (70%, -5) und in Portugal (60%, +2). In der Slowakei (51%, +11), in Luxemburg (38%, +10), in Spanien (72%, +7) und in der Tschechischen Republik (53%, +7) nimmt es besonders deutlich zu, während es auf Zypern (55%, -14) stark abnimmt.

In 13 Mitgliedstaaten vertraut eine Mehrheit der Befragten in die Europäische Kommission, wobei dieses Vertrauen in Finnland (56%, +3 Prozentpunkte), in Litauen 55%, +4), in Dänemark (54%, -2) und auf Malta (54%, +2) besonders ausgeprägt ist. Innerhalb dieser Gruppe geht das Vertrauen in Estland (47%, -10), in Luxemburg (47%, -8), in Belgien (49%, -7) und in Polen (40%, -7) jedoch stark zurück.



Die Europäische Zentralbank

Wie schon der Europäischen Kommission spricht auch der Europäischen Zentralbank weniger als ein Drittel der Europäer (31%, -3 Prozentpunkte) sein Vertrauen aus. 48% (-1) geben an, dieser Einrichtung zu misstrauen, und 21% (+4 Prozentpunkte) äußern keine Meinung.

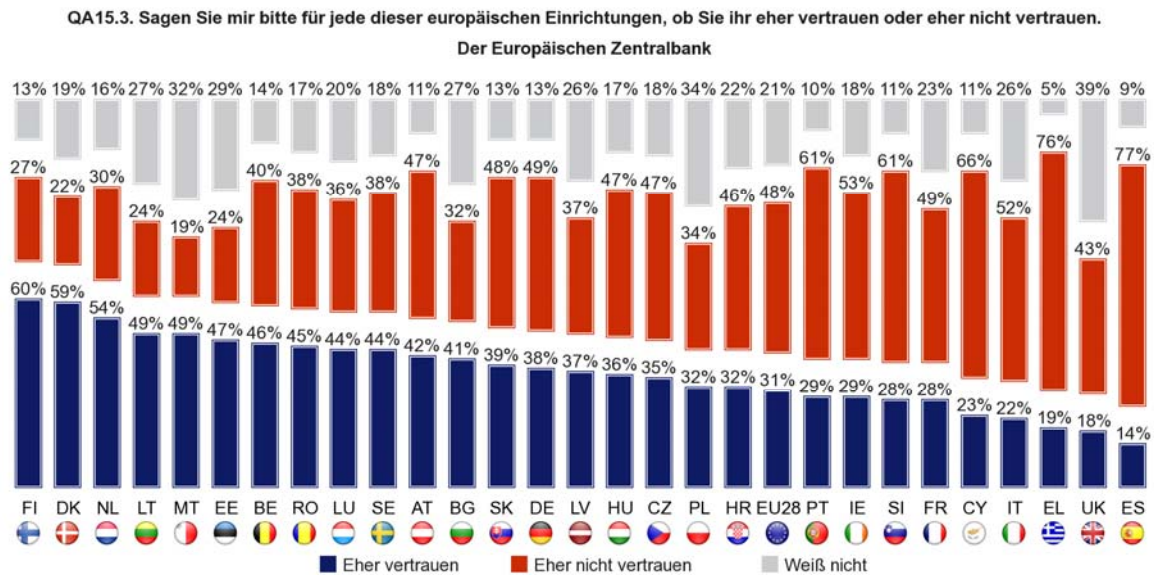
Der Vertrauensindex gibt daher um zwei Prozentpunkte nach und fällt mit -17 erneut auf den tiefsten Stand in der Geschichte des Eurobarometers, auf den er bereits bei der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2013 (EB79) gesunken war.

Im Ergebnis dieser Umfrage geht das Vertrauen in die Europäische Zentralbank in der Slowakei (39%, -16 Prozentpunkte), in der Tschechischen Republik (35%, -14) und in Polen (32%, -9) wesentlich zurück, sodass sich das Verhältnis von Vertrauen und Misstrauen in diesen drei Ländern zugunsten des Misstrauens verschiebt.

Infolge dieser Entwicklung überwiegt das Misstrauen gegenüber der Europäischen Zentralbank in nunmehr 16 Ländern (Spanien, Griechenland, Zypern, Slowenien, Portugal, Italien, Vereinigtes Königreich, Irland, Frankreich, Kroatien, Tschechische Republik, Deutschland, Ungarn, Slowakei, Österreich und Polen). Innerhalb dieser Gruppe geht das Misstrauen auf Zypern (66%, -9 Prozentpunkte) stark zurück, während es in der Slowakei (68%, +11), in Slowenien (61%, +9), in der Tschechischen Republik (47%, +8) und in Spanien (77%, +6) deutlich zunimmt.

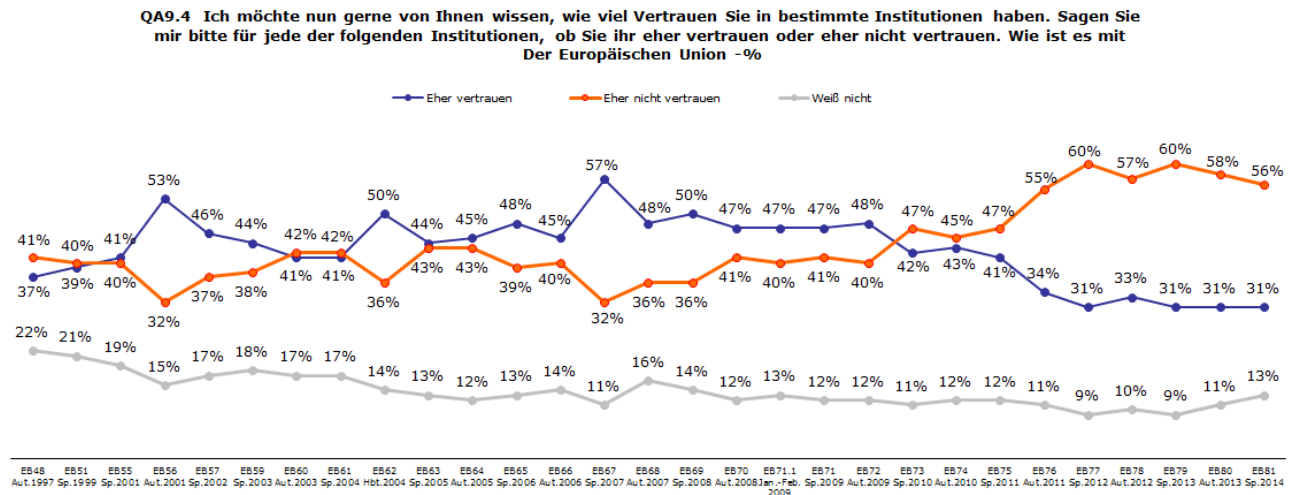
In 11 Mitgliedstaaten überwiegt das Vertrauen in die Europäische Zentralbank, wobei sechs dieser Länder der Eurozone angehören (Finnland, Malta, Niederlande, Estland, Luxemburg und Belgien). Die höchsten Anteile erreicht das Vertrauen in Finnland (60%, -4 Prozentpunkte), Dänemark (59%, -1) und den Niederlanden (54%, +4). In Luxemburg (44%, -14) und Schweden (44%, -12) geht es hingegen stark zurück.

In Lettland schließlich zeigt sich die öffentliche Meinung in zwei exakt gleich große Lager gespalten (37% für „eher vertrauen“, -2, gegenüber 37%, +1).



2.2. Das Vertrauen in die Europäische Union

Das Vertrauen in die Europäische Union bleibt stabil (31%). Zum zweiten Mal in Folge nimmt das Misstrauen gegenüber der Europäischen Union leicht ab (56%, -2 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013 und -4 im Vergleich zum Frühjahr 2013). Daher verbessert sich der Vertrauensindex für die EU leicht auf -25, im Vergleich zu -27 im Herbst 2013 und -29 im Frühjahr 2013³⁶.



Die länderspezifische Analyse ergibt, dass das Verhältnis von Vertrauen und Misstrauen sich in zwei Ländern negativ entwickelt: in Belgien (45% gegenüber 48% im Vergleich zu 49% gegenüber 49% bei der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013) und in Ungarn (44% gegenüber 50% im Vergleich zu 47% gegenüber 46%). In Finnland hingegen (48% gegenüber 42% im Vergleich zu 47% gegenüber 48% im Herbst 2013) kehrt sich das Verhältnis zugunsten eines wieder mehrheitlich positiven Urteils um.

Das Vertrauen in die EU herrscht in sieben Mitgliedstaaten weiterhin vor: Im Vergleich zum Herbst 2013 verlässt Ungarn diese Gruppe und wird von Finnland ersetzt, während die übrigen Länder gleich bleiben: Litauen (58% gegenüber 29%), Rumänien (58% gegenüber 34%), Bulgarien (52% gegenüber 31%), Malta (52% gegenüber 28%), Estland (50% gegenüber 27%) und Polen (41% gegenüber 40%).

In den Ländern, in denen die Befragten der Europäischen Union mehrheitlich vertrauen, steigt das Vertrauen in Rumänien (58%, +10 Prozentpunkte) und in Litauen (58%, +6) deutlich an, schwächt sich aber in Estland (50%, -6), in Polen (41%, -4) und in Bulgarien (52%, -4) ab.

³⁶ QA9.4. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ...? Der Europäischen Union.




































Somit nimmt in 21 Ländern eine Mehrheit der Befragten eine misstrauische Haltung zur Europäischen Union ein, wobei diese in Spanien (79%), in Griechenland (75%), auf Zypern (67%) und in Portugal (66%) am stärksten ausgeprägt ist.

Innerhalb dieser Ländergruppe steigt das Misstrauen in Österreich (61%, +9 Prozentpunkte), Spanien (79%, +8) und der Slowakei (57%, +8). Auf Zypern (67%, -8), in Frankreich (56%, -7), in Italien (55%, -7), in Kroatien (50%, -7) und in den Niederlanden (48%, -7, gegenüber 41%, +3) geht es hingegen zurück.

In den Kandidatenländern steigt das Vertrauen zur Europäischen Union in Montenegro, Serbien und Island sehr deutlich an. Der Vertrauensindex erreicht daher in Montenegro wieder einen deutlich positiven Wert (+14), nachdem er sich im Herbst 2013 im negativen Bereich befunden hatte (-8). In Serbien bleibt der Indexwert negativ, kann sich jedoch stark verbessern (-6 im Vergleich zu -25 im Herbst 2013). Nach einem Anstieg um acht Punkte verfehlt der Index in Island nur knapp ein ausgewogenes Ergebnis (-1 im Vergleich zu -9 im Herbst 2013). In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien bleibt er positiv und stabil (+7 im Vergleich zu +8 im Herbst 2013). In der Türkei kann sich der Index allein durch den Rückgang des Misstrauens leicht verbessern, bleibt aber weiterhin eindeutig im negativen Bereich (-32 im Vergleich zu -41 im Herbst 2013).

QA9.4. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit -

Der Europäischen Union












	Eher vertrauen	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Eher nicht vertrauen	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Weiß nicht	Unt. Fr.2014-Hbt.2013
 EU28	31%	=	56%	-2	13%	+2
 LT	58%	+6	29%	-6	13%	=
 RO	58%	+10	34%	-8	8%	-2
 BG	52%	-4	31%	+2	17%	+2
 MT	52%	=	28%	-3	20%	+3
 EE	50%	-6	27%	-6	23%	+12
 FI	48%	+1	42%	-6	10%	+5
 BE	45%	-4	48%	-1	7%	+5
 DK	45%	=	48%	+1	7%	-1
 HU	44%	-3	50%	+4	6%	-1
 LV	42%	=	44%	-1	14%	+1
 NL	41%	+3	48%	-7	11%	+4
 PL	41%	-4	40%	+1	19%	+3
 HR	37%	+1	50%	-7	13%	+6
 SI	37%	=	57%	-1	6%	+1
 SE	37%	-3	49%	-6	14%	+9
 LU	35%	-7	52%	+4	13%	+3
 SK	35%	-12	57%	+8	8%	+4
 FR	34%	+6	56%	-7	10%	+1
 CZ	32%	-2	61%	=	7%	+2
 IE	32%	-2	54%	-1	14%	+3
 AT	31%	-8	61%	+9	8%	-1
 DE	30%	+1	58%	-1	12%	=
 PT	28%	+3	66%	-2	6%	-1
 CY	25%	+8	67%	-8	8%	=
 EL	24%	+3	75%	-2	1%	-1
 IT	24%	+1	55%	-7	21%	+6
 ES	16%	-5	79%	+8	5%	-3
 UK	16%	-3	61%	-6	23%	+9
 CY (tcc)	60%	+3	26%	-2	14%	-1
 MK	49%	+1	42%	+2	9%	-3
 ME	48%	+8	34%	-14	18%	+6
 IS	43%	+3	44%	-5	13%	+2
 RS	39%	+8	45%	-11	16%	+3
 TR	25%	+1	57%	-8	18%	+7

Die soziodemografische Analyse bestätigt, dass die misstrauische Haltung gegenüber der EU – wie bereits bei den vorhergegangenen Standard-Eurobarometer-Befragungen beobachtet – mit alleiniger Ausnahme der Studenten alle Kategorien der europäischen Bevölkerung mehrheitlich betrifft. Das Misstrauen erreicht somit, wenn auch in sehr unterschiedlicher Ausprägung, sowohl unter den Befragten eine Mehrheit, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder länger fortgeführt haben (51%), als auch unter jenen, die ihre Ausbildung mit 15 Jahren oder früher beendeten (66%). Es erreicht sowohl eine Mehrheit unter den leitenden Angestellten (49% gegenüber 37%) als auch unter den Arbeitern (60%) und den Arbeitslosen (67%) und sowohl unter den Befragten, die mit keinerlei finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert sind (52%), als auch unter jenen, die nach eigenen Angaben meistens Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben (72%). Lediglich unter den Studenten (39% gegenüber 46%) misstraut nur eine Minderheit der Europäischen Union.

Die nachstehende Tabelle zeigt die nach soziodemografischen Kriterien aufgeschlüsselten Ergebnisse für den Durchschnitt der gesamten Europäischen Union (EU28), für die sechs größten EU-Länder und für vier von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffene Länder.












QA9.4 Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit.

Der Europäischen Union - Eher vertrauen

	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	31%	30%	16%	34%	24%	41%	16%	24%	28%	32%	25%
Geschlecht											
Männlich	32%	30%	18%	35%	25%	40%	16%	25%	31%	36%	22%
Weiblich	30%	30%	15%	33%	23%	41%	16%	23%	25%	28%	28%
Alter											
15-24	42%	29%	29%	64%	28%	49%	33%	23%	34%	41%	27%
25-39	31%	27%	15%	30%	27%	44%	20%	25%	33%	32%	22%
40-54	28%	25%	14%	25%	27%	38%	12%	20%	30%	32%	29%
55 +	28%	36%	16%	30%	19%	37%	9%	25%	21%	27%	25%
Ausbildung (Ende der)											
15-	21%	28%	10%	23%	15%	27%	6%	21%	24%	20%	13%
16-19	28%	25%	19%	26%	21%	35%	16%	21%	31%	26%	31%
20+	37%	39%	18%	35%	40%	46%	16%	28%	31%	39%	26%
Studiert noch	46%	42%	29%	68%	32%	59%	34%	21%	38%	54%	31%
Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	37%	30%	22%	22%	38%	46%	40%	23%	31%	45%	33%
Leitende Angestellte	37%	35%	25%	45%	47%	57%	17%	22%	36%	40%	35%
Andere Angestellte	30%	28%	15%	25%	28%	40%	9%	25%	31%	33%	19%
Arbeiter	26%	20%	15%	26%	19%	31%	13%	21%	32%	27%	21%
Hausfrauen / -männer	26%	28%	10%	30%	16%	54%	13%	30%	34%	21%	24%
Arbeitslose	23%	20%	13%	27%	14%	27%	21%	17%	20%	23%	22%
Rentner / Pensionäre	29%	35%	17%	31%	16%	36%	9%	27%	22%	26%	23%
Schüler / Studenten	46%	42%	29%	68%	32%	59%	34%	21%	38%	54%	31%

QA9.4 Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit.

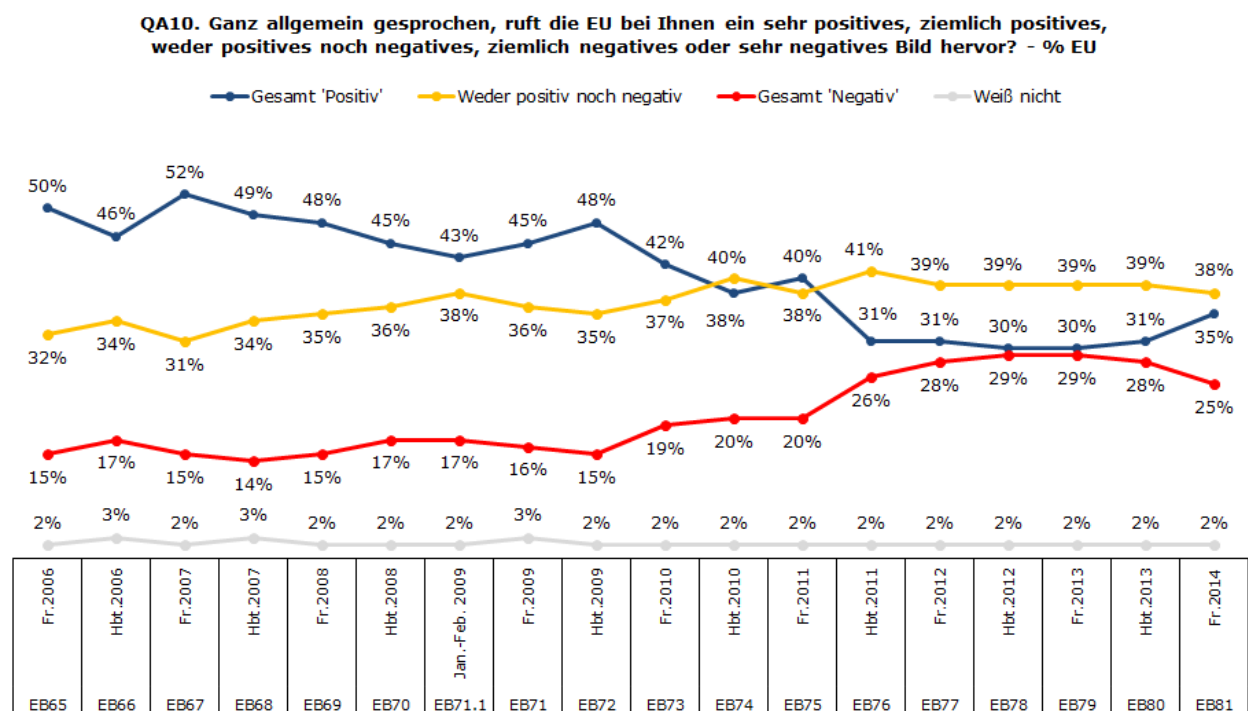
Der Europäischen Union - Eher nicht vertrauen

	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	56%	58%	79%	56%	55%	40%	61%	75%	66%	54%	67%
Geschlecht											
Männlich	57%	58%	79%	56%	57%	45%	65%	74%	65%	54%	71%
Weiblich	55%	57%	78%	56%	54%	36%	58%	76%	68%	54%	63%
Alter											
15-24	43%	54%	65%	29%	47%	28%	36%	76%	59%	46%	63%
25-39	56%	62%	83%	54%	54%	39%	54%	75%	63%	56%	71%
40-54	59%	60%	83%	65%	55%	42%	67%	79%	68%	55%	66%
55 +	59%	54%	76%	62%	58%	46%	73%	73%	70%	55%	67%
Ausbildung (Ende der)											
15-	66%	60%	83%	66%	67%	58%	72%	78%	68%	60%	79%
16-19	59%	63%	78%	65%	54%	44%	62%	79%	66%	59%	64%
20+	51%	46%	80%	53%	48%	38%	62%	71%	68%	52%	67%
Studiert noch	39%	47%	63%	24%	47%	17%	30%	78%	53%	33%	59%
Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	54%	60%	78%	63%	52%	43%	48%	76%	67%	46%	67%
Leitende Angestellte	49%	50%	74%	43%	35%	28%	61%	78%	63%	51%	56%
Andere Angestellte	55%	59%	80%	59%	52%	35%	70%	74%	61%	55%	73%
Arbeiter	60%	63%	82%	66%	57%	49%	62%	79%	66%	58%	70%
Hausfrauen / -männer	58%	65%	78%	53%	60%	30%	54%	69%	55%	58%	74%
Arbeitslose	67%	72%	85%	59%	66%	53%	63%	82%	77%	62%	72%
Rentner / Pensionäre	58%	55%	77%	62%	59%	46%	71%	71%	67%	57%	67%
Schüler / Studenten	39%	47%	63%	24%	47%	17%	30%	78%	53%	33%	59%

2.3. Das Bild der Europäischen Union


- Das Gesamtbild der EU verbessert sich -

Nach sehr deutlichen Verlusten bei den Standard-Eurobarometer-Befragungen vom Herbst 2009 (EB72) und vom Herbst 2011 (EB76) und einer nachfolgenden Stabilisierungsphase bis zum Herbst 2013 (EB80), **verbessert sich das Bild der EU und der im Herbst 2013 begonnene Trend setzt sich somit fort**. 35% der Europäer (+4 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013) geben an, ein positives Bild von der EU zu haben, während dieses Bild bei 25% der Befragten negativ ist. Bei einer relativen Mehrheit der Europäer ruft die EU weiterhin ein neutrales Bild hervor (38%, -1)³⁷. Bei dieser Befragung fällt auf, dass sich das allgemeine Bild der EU anders entwickelt als der Vertrauensindex zur Europäischen Union und zu ihren wichtigsten Institutionen.



In den Ländern der Eurozone hat derzeit im Gegensatz zur vorangegangenen Befragung eine Mehrheit der Befragten ein positives Bild von der EU (33% gegenüber 26%, im Vergleich zu 29% gegenüber 30% im Herbst 2013). In den Ländern außerhalb der Eurozone stabilisiert sich das überwiegend positive Bild von der EU (37% gegenüber 24% im Vergleich zu 34% gegenüber 24% im Herbst 2013).

QA10. Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

	Gesamt 'Positive'	Gesamt 'Negative'	Weiß nicht
 EU28	35%	25%	2%
EURO-ZONE	33%	26%	2%
NICHT EURO-ZONE	37%	24%	3%






























³⁷ QA10. Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

In 11 Mitgliedstaaten ruft die EU bei einer Mehrheit der Befragten ein positives Bild hervor,

wobei sich die Anteile dieser Mehrheiten zwischen 55% in Rumänien und 38% in Frankreich bewegen. Lediglich in zwei Mitgliedstaaten dominieren die negativen Ansichten zum Bild der EU: in Griechenland (44%) und auf Zypern (38%). In 13 Mitgliedstaaten haben die Befragten überwiegend ein neutrales Bild der EU, wobei die entsprechenden Anteile zwischen 53% in Lettland und 37% in Portugal liegen. Schließlich gibt es zwei Mitgliedstaaten, in denen das negative und das neutrale Bild von der EU gleichauf liegen: das Vereinigte Königreich (je 36%) und Zypern (je 34%).

Das positive Urteil zum Bild der EU gewinnt in 25 der 28 Mitgliedstaaten an Zuspruch. Lediglich Spanien, die Slowakei und Ungarn sind von dieser allgemeinen Tendenz auszunehmen. Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung in Rumänien (55%, +12 Prozentpunkte), in Schweden (42%, +11), in Finnland (34%, +11), in Litauen (48%, +10), in Estland (44%, +10), in Slowenien (40%, +10), auf Zypern (26%, +9), in Portugal (30%, +8), in Polen (52%, +7) und in Frankreich (38%, +7).

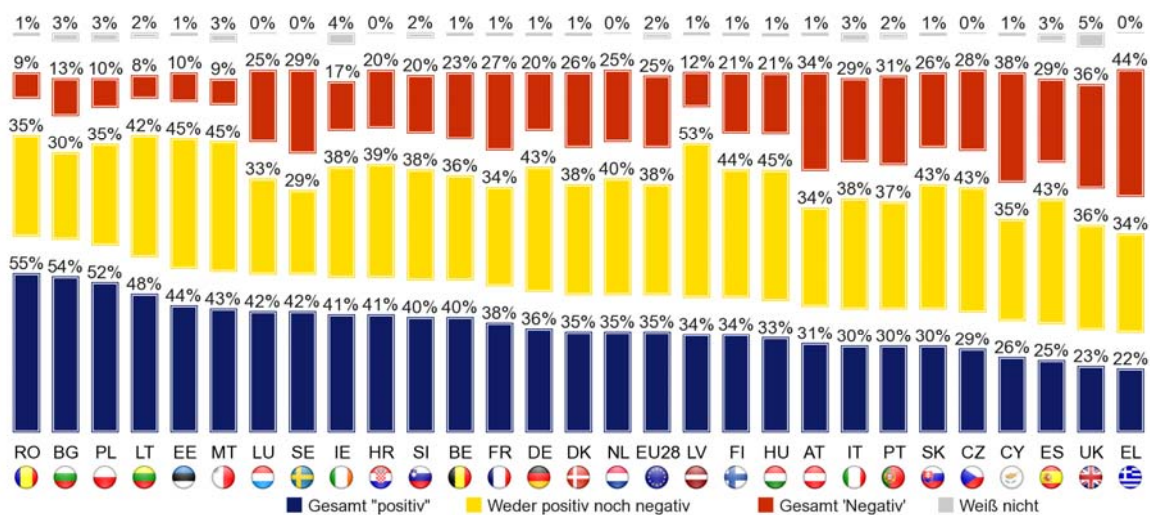
QA10. Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

		Gesamt 'Positiv'	Unt. Fr. 2014- Hbt. 2013	Gesamt 'Negativ'	Unt. Fr. 2014- Hbt. 2013	Weiß nicht	Unt. Fr. 2014- Hbt. 2013
	EU28	35%	+4	25%	-3	2%	=
	BE	40%	+3	23%	-3	1%	+1
	BG	54%	+5	13%	-1	3%	=
	CZ	29%	+5	28%	-5	0%	-1
	DK	35%	+1	26%	+8	1%	=
	DE	36%	+2	20%	-3	1%	=
	EE	44%	+10	10%	=	1%	=
	IE	41%	+1	17%	-6	4%	+2
	EL	22%	+6	44%	-10	0%	-1
	ES	25%	-1	29%	=	3%	=
	FR	38%	+7	27%	-6	1%	-1
	HR	41%	+4	20%	=	0%	=
	IT	30%	+4	29%	-5	3%	+1
	CY	26%	+9	38%	-16	1%	+1
	LV	34%	+5	12%	-2	1%	=
	LT	48%	+10	8%	-2	2%	=
	LU	42%	+2	25%	+5	0%	=
	HU	33%	-2	21%	+1	1%	-1
	MT	43%	+2	9%	-5	3%	+1
	NL	35%	+4	25%	-7	0%	=
	AT	31%	+6	34%	=	1%	+1
	PL	52%	+7	10%	=	3%	+1
	PT	30%	+8	31%	-8	2%	=
	RO	55%	+12	9%	-4	1%	-2
	SI	40%	+10	20%	-5	2%	=
	SK	30%	-1	26%	-2	1%	+1
	FI	34%	+11	21%	-6	1%	+1
	SE	42%	+11	29%	+2	0%	=
	UK	23%	+1	36%	-3	5%	+2

Aufgrund dieser Zunahmen überwiegt in 22 EU-Ländern ein positives Bild der EU (gegenüber 17 im Herbst 2013). Das Verhältnis der positiven und negativen Eindrücke wechselt im Zuge dieser Entwicklung in folgenden Ländern zugunsten der einer positiven Mehrheit: in den Niederlanden (35% „positives Bild“ gegenüber 25% im Vergleich zu 31% gegenüber 32% im Herbst 2013), in Frankreich (38% gegenüber 27% im Vergleich zu 31% gegenüber 33%), in Finnland (34% gegenüber 21% im Vergleich zu 23% gegenüber 27%), in Italien (30% gegenüber 29% im Vergleich zu 26% gegenüber 34%) und in der Tschechischen Republik (29% gegenüber 28% im Vergleich zu 24% gegenüber 33%). Diese fünf Länder zählen somit nunmehr zur Gruppe der Mitgliedstaaten, in denen ein positives Bild der EU dominiert (Rumänien, Polen, Bulgarien, Litauen, Malta, Estland, Irland, Lettland, Kroatien, Slowenien, Belgien, Luxemburg, Deutschland, Schweden, Ungarn, Dänemark und die Slowakei), wobei die positiven Assoziationen zur EU in Rumänien (55%, +12 Prozentpunkte), Bulgarien (54%, +5) und Polen (52%, +7) am weitesten verbreitet sind. Bei diesem Ensemble aus 22 Ländern fällt allerdings auf, dass die neutrale Haltung in dieser Frage insgesamt am häufigsten eingenommen wird und daher in der Hälfte der betreffenden Länder die Anzahl der positiven Stimmen übersteigt, nämlich in Estland, auf Malta, in Deutschland, in Dänemark, in den Niederlanden, in Lettland, in Finnland, in Ungarn, in Italien, in der Slowakei und in der Tschechischen Republik.

In Griechenland (44%, -10 Prozentpunkte, gegenüber 22%, +6), auf Zypern (38%, -16, gegenüber 26%, +9), im Vereinigten Königreich (36%, -3, gegenüber 23%, +1), in Österreich (34%, unverändert, gegenüber 31%, +6), in Portugal (31%, -8, gegenüber 30%, +8) und in Spanien (29%, =, gegenüber 25%, -1) überwiegt weiterhin die negative Wahrnehmung.

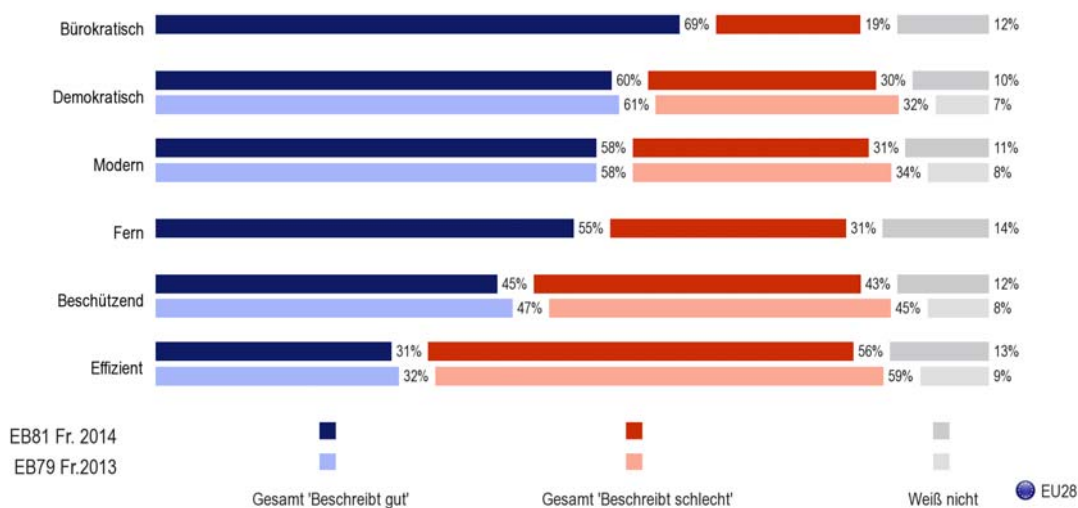
QA10. Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?



Die mit der EU verbundenen Eigenschaften

Während sich der Gesamteindruck der Befragten von der EU verbessert, bleiben die Ergebnisse zu den mit ihr verbundenen Eigenschaften hingegen stabil. Im Vergleich zur Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2013 (EB79), als diese Frage zuletzt gestellt wurde, lässt sich keine signifikante Veränderung in der Wahrnehmung der verschiedenen Merkmale feststellen. Die Europäische Union wird mehrheitlich positiv als „demokratisch“ und „modern“ wahrgenommen. Negativ ist hingegen ihre Beurteilung als nicht „effizient“. Auch weiterhin zeigt sich die europäische öffentliche Meinung gespalten, wenn es um die Einschätzung der EU als „beschützend“ geht. Schließlich hat die Einführung neuer Adjektive bei dieser Befragung ergeben, dass eine Mehrheit ihrer Bürger die Europäische Union zudem als „bürokratisch“ und „fern“ wahrnimmt³⁸.

QA12. Bitte sagen Sie mir für jedes der folgenden Worte, ob es Ihre Vorstellung von der EU sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht beschreibt.



Die Items „bürokratisch“ und „fern“ wurden bei dieser Befragung erstmals vorgegeben

³⁸ QA12. Bitte sagen Sie mir für jedes der folgenden Worte, ob es Ihre Vorstellung von der EU sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht beschreibt.

Die positiven Merkmale

„Demokratisch“

Sechs von zehn Europäern (-1 Prozentpunkt im Vergleich zum Frühjahr 2013) sind der Ansicht, dass das Adjektiv „demokratisch“ die EU gut beschreibt, während 30% (-2) denken, dass es sie schlecht beschreibt, und 10% (+3) keine Meinung äußern. Im Vereinigten Königreich, wo beide Anteile zuvor gleichauf lagen (46% gegenüber 37% im Vergleich zu 44% gegenüber 44% im Frühjahr 2013), und auf Zypern (48% gegenüber 47% im Vergleich zu 34% gegenüber 62% im Frühjahr 2013) überwiegt derzeit die Zustimmung zu dieser Zuweisung an die EU, nachdem die positiven Ansichten zum demokratischen Charakter der Europäischen Union stark zugenommen haben (48%, +14). Somit verbleiben nur noch zwei Länder, Griechenland (56% „schlecht beschreibt“, -6) und Portugal (49%, +1, gegenüber 42%, -3), in denen die Befragten das Bild einer demokratischen EU mehrheitlich nicht teilen.

In den 24 übrigen Mitgliedstaaten ist hingegen eine absolute Mehrheit der Befragten dieser Ansicht, wobei die Anteile dieser Mehrheiten sich zwischen 51% in Spanien (+4) und 77% in Rumänien (+4) bewegen. Abgesehen von Zypern (48%, +14) nimmt die Wahrnehmung der EU als demokratisch auch in Finnland (59%, +7) deutlich zu, während sie hingegen in der Slowakei (61%, -8), in Bulgarien (71%, -8), in Italien (52%, -6) und in Polen (72%, -6) merklich zurückgeht.

„Modern“

58% der Europäer erscheint die EU als eine „moderne“ Institution. Dieses Ergebnis bleibt im Vergleich zum Frühjahr 2013 unverändert. 31% der Befragten (-3 Prozentpunkte) sind gegensätzlicher Ansicht und 11% (+3) äußern keine Meinung. Aufgrund einer Zunahme der positiven Bewertungen um elf bzw. sechs Prozentpunkte zeigt sich die öffentliche Meinung auf Zypern (derzeit 46% gegenüber 39% im Vergleich zu 35% gegenüber 57% im Frühjahr 2013) und in Schweden (51% gegenüber 42% im Vergleich zu 45% gegenüber 52%) erneut überwiegend positiv. In zwei EU-Ländern, nämlich in Griechenland (46%, -3, gegenüber 48%, -1) und in den Niederlanden (45%, -1, gegenüber 46%, -1) bleibt dieses Verhältnis hingegen negativ. In allen 26 weiteren Mitgliedstaaten betrachtet eine Mehrheit der Befragten die Europäische Union als modern, in 24 dieser Staaten wird dies sogar von einer absoluten Mehrheit bestätigt (wobei die höchsten Ergebnisse in Polen (78%, unverändert), in Rumänien, (76%, +5) und in Kroatien (75%, =) erzielt werden). In Spanien (48%, +2, gegenüber 40%, -1) und auf Zypern (46%, +11, gegenüber 39%, -18) wird eine relative Mehrheit erreicht. In Bulgarien (69%, -8) und in der Slowakei (64%, -8) trifft die Beschreibung der EU als modern hingegen auf deutlich geringere Zustimmung als zuvor.

„Beschützend“

Die Beschreibung der Europäischen Union als beschützend stößt auch diesmal auf ein gespaltenes Echo bei den befragten Europäern, wobei jedoch im Vergleich zum Frühjahr 2013 keinerlei signifikante Entwicklung zu beobachten ist. 45% der Europäer (-2 Prozentpunkte) empfinden die EU als „beschützend“, während 43% (-2) gegenteiliger Ansicht sind. 12% der Befragten (+4) äußern keine Meinung.

Die Wahrnehmung der EU als Beschützerin überwiegt in 22 Ländern und vereint dabei in 19 dieser Staaten eine absolute und in den übrigen dreien eine relative Mehrheit auf sich. Bei der aktuellen Umfrage zeigt sich die öffentliche Meinung in Slowenien (53% gegenüber 40% im Vergleich zu 46% gegenüber 50% im Frühjahr 2013) und Österreich (48% gegenüber 44% im Vergleich zu 46% gegenüber 48%) im Gegensatz zur vorangegangenen Befragung vorwiegend positiv. In Dänemark (60%, -10 Prozentpunkte), in Bulgarien (52%, -10), in der Tschechischen Republik (49%, -10), in Estland (59%, -8) und in der Slowakei (53%, -8) verliert die Ansicht, dass das Wort „beschützend“ die EU gut beschreibt, hingegen deutlich an Zustimmung.

Somit herrscht in nur noch sechs Mitgliedstaaten die Meinung vor, dass die EU nicht ausreichend beschützend ist: in Griechenland (70%, -7 Prozentpunkte), in Portugal (64%, +3), auf Zypern (57%, -19), in Italien (56%, +3), in Spanien (55%, -6) und in Frankreich (47%, unverändert, gegenüber 44%, =).

Die negativen Merkmale

„Bürokratisch“

Mehr als zwei Drittel der Europäer (69%) nehmen die Europäische Union als „bürokratisch“ wahr, 19% sind nicht dieser Ansicht und 12% äußern keine Meinung. Die Vorstellung von der Europäischen Union als einer bürokratischen Institution findet in den Mitgliedstaaten einen breiten Konsens: mit Ausnahme von Bulgarien, wo nur eine relative Mehrheit der Befragten diese Meinung vertritt (48% gegenüber 26%), erreicht sie in allen Mitgliedstaaten eine absolute Mehrheit, die in den nordischen Ländern (86% in Finnland, 82% in Schweden, 79% in Dänemark), in Deutschland (82%), in den Beneluxländern (73% in Luxemburg, 73% in Belgien und 72% in den Niederlanden) und in Österreich besonders ausgeprägt ist.

„Fern“

Für mehr als einen von zwei Europäern ist das Adjektiv fern eine zutreffende Beschreibung seiner Vorstellung von der Europäischen Union; 31% finden hingegen, dass es die EU schlecht beschreibt, und 14% äußern sich nicht zu diesem Aspekt. Die Wahrnehmung der EU als eine ferne Institution dominiert in 23 Mitgliedstaaten, wobei sie die höchsten Anteile in Finnland (74%), in Dänemark (68%), in Griechenland (67%), in Spanien (66%) und in Portugal (65%) erreicht. Lediglich in Luxemburg (61%), in Polen (46% gegenüber 39%), in der Tschechischen Republik (46% gegenüber 37%) und in Litauen (43% gegenüber 40%) findet die Vorstellung von der EU als ferne Institution keine Mehrheit unter den Befragten. Auf Malta äußert eine Mehrheit der Befragten keine Meinung (37% gegenüber 33%, für die die Beschreibung „fern“ schlecht zu ihrer Vorstellung von der EU passt, und 30%, die sie als gute Beschreibung empfinden).






























„Ineffizient“

Schließlich betrachtet eine große Mehrheit der Europäer (56%, -3 Prozentpunkte, gegenüber 31%, -1) das Wort „effizient“ als eine schlecht zutreffende Beschreibung der Europäischen Union, wobei im Vergleich zum Frühjahr 2013 keine signifikante Veränderung der Ergebnisse feststellbar ist. 13% (+4) äußern auf die Frage nach diesem Item keine Meinung.

In Lettland (39% gegenüber 44% im Vergleich zu 44% gegenüber 43% im Frühjahr 2013) kann die Vorstellung von der EU als nicht effizient bei dieser Befragung eine Mehrheit auf sich vereinen. Insgesamt überwiegt in 20 Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der EU als ineffiziente Institution: in 17 Mitgliedstaaten erreicht dieses Urteil eine absolute Mehrheit, die in Schweden (79% betrachten dies als gute Beschreibung, -6 Prozentpunkte), in den Niederlanden (77%, -4) und in Griechenland (72%, -10) besonders hoch ausfällt. In drei weiteren Mitgliedstaaten findet diese Bewertung eine relative Mehrheit, nämlich in der Tschechischen Republik (48% gegenüber 44% im Vergleich zu 52% gegenüber 43% im Frühjahr 2013), in Irland (45% gegenüber 40% im Vergleich zu 51% gegenüber 41%) und – wie oben erwähnt – in Lettland. Auf Zypern (61%, -21) und in Griechenland (72%, -10) nimmt die Zustimmung zu dieser Beschreibung deutlich ab.

In acht EU-Ländern herrscht dagegen die Vorstellung von einer effizienten Europäischen Union vor, nämlich in Litauen (64%, -2 Prozentpunkte), in Rumänien (59%, +11), in Bulgarien (53%, -9), in Kroatien (53%, unverändert), in Polen (52%, -7), in Ungarn (49% gegenüber 44%, Verhältnis unverändert), auf Malta (48% gegenüber 31% im Vergleich zu 48% gegenüber 28%) und in Estland (41% gegenüber 36% im Vergleich zu 51% gegenüber 37%). In Rumänien kann diese Wahrnehmung deutlich an Stimmen hinzugewinnen (59%, +11), während sie in Estland (41%, -10), in Bulgarien (53%, -9) und in Polen (52%, -7) wesentlich an Zustimmung verliert.







QA12. Bitte sagen Sie mir für jedes der folgenden Worte, ob es Ihre Vorstellung von der EU sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht beschreibt.

		Bürokratisch*	Demokratisch	Diff EB81 Fr.2014 - EB79 Fr.2013	Modern	Diff EB81 Fr.2014 - EB79 Fr.2013	Fern	Beschützend	Diff EB81 Fr.2014 - EB79 Fr.2013	Effizient	Diff EB81 Fr.2014 - EB79 Fr.2013
	EU28	69%	60%	-1	58%	=	55%	45%	-2	31%	-1
	BE	73%	68%	-3	61%	-5	62%	57%	-4	40%	-5
	BG	48%	71%	-8	69%	-8	47%	52%	-10	53%	-9
	CZ	69%	65%	-2	64%	=	37%	49%	-10	44%	+1
	DK	79%	67%	-3	50%	-3	68%	60%	-10	27%	-3
	DE	82%	67%	-4	57%	-1	56%	54%	+1	29%	+1
	EE	67%	69%	-1	67%	-2	51%	59%	-8	41%	-10
	IE	69%	60%	+1	69%	-1	45%	56%	+3	40%	-1
	EL	61%	41%	+4	46%	-3	67%	28%	+6	26%	+9
	ES	70%	51%	+4	48%	+2	66%	34%	+4	23%	+2
	FR	68%	62%	-1	56%	-2	62%	44%	=	23%	-1
	HR	66%	72%	+2	75%	=	47%	55%	-1	53%	=
	IT	64%	52%	-6	54%	-5	57%	29%	-10	33%	-4
	CY	62%	48%	+14	46%	+11	53%	39%	+19	33%	+19
	LV	64%	64%	+1	71%	+3	55%	57%	-3	39%	-5
	LT	60%	76%	+2	74%	+3	40%	73%	+3	64%	-2
	LU	73%	68%	-4	66%	-4	24%	59%	-3	31%	-8
	HU	58%	63%	-4	63%	-2	51%	52%	-2	49%	=
	MT	51%	72%	+5	74%	-7	30%	63%	-2	48%	=
	NL	72%	61%	+4	45%	-1	63%	58%	+2	15%	+1
	AT	72%	58%	=	57%	+1	54%	48%	+2	32%	-6
	PL	71%	72%	-6	78%	=	39%	50%	-6	52%	-7
	PT	68%	42%	-3	60%	+4	65%	27%	-5	28%	+3
	RO	53%	77%	+4	76%	+5	43%	59%	+10	59%	+11
	SI	71%	59%	+5	61%	+5	60%	53%	+7	38%	+5
	SK	68%	61%	-8	64%	-8	52%	53%	-8	40%	-5
	FI	86%	59%	+7	62%	-3	74%	52%	-6	28%	-4
	SE	82%	59%	-2	51%	+6	55%	54%	+1	15%	+2
	UK	61%	46%	+2	52%	+6	52%	42%	-3	21%	-2

* Neue items

In allen Kandidatenländern betrachtet eine Mehrheit der Befragten die Worte „demokratisch“ und „beschützend“ als gute Beschreibungen ihrer Vorstellung von der EU. In fast allen Kandidatenländern bestätigt zudem eine absolute Mehrheit der Befragten die Effizienz der Europäischen Union. Die einzige Ausnahme bildet Island, wo eine absolute Mehrheit der Befragten gegenteiliger Auffassung ist und das Wort als schlechte Beschreibung der Europäischen Union empfindet (54% gegenüber 33%, die anderer Meinung sind).

QA12. Bitte sagen Sie mir für jedes der folgenden Worte, ob es Ihre Vorstellung von der EU sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht beschreibt.

		Bureaucratic	Demokratisch	Modern	Fern	Beschützend	Effizient
	EU28	69%	60%	58%	55%	45%	31%
	CY (tcc)	70%	78%	82%	13%	73%	75%
	MK	53%	69%	77%	62%	63%	59%
	IS	70%	56%	58%	55%	63%	33%
	ME	49%	72%	74%	48%	60%	61%
	RS	53%	64%	75%	53%	52%	60%
	TR	53%	59%	73%	49%	55%	57%

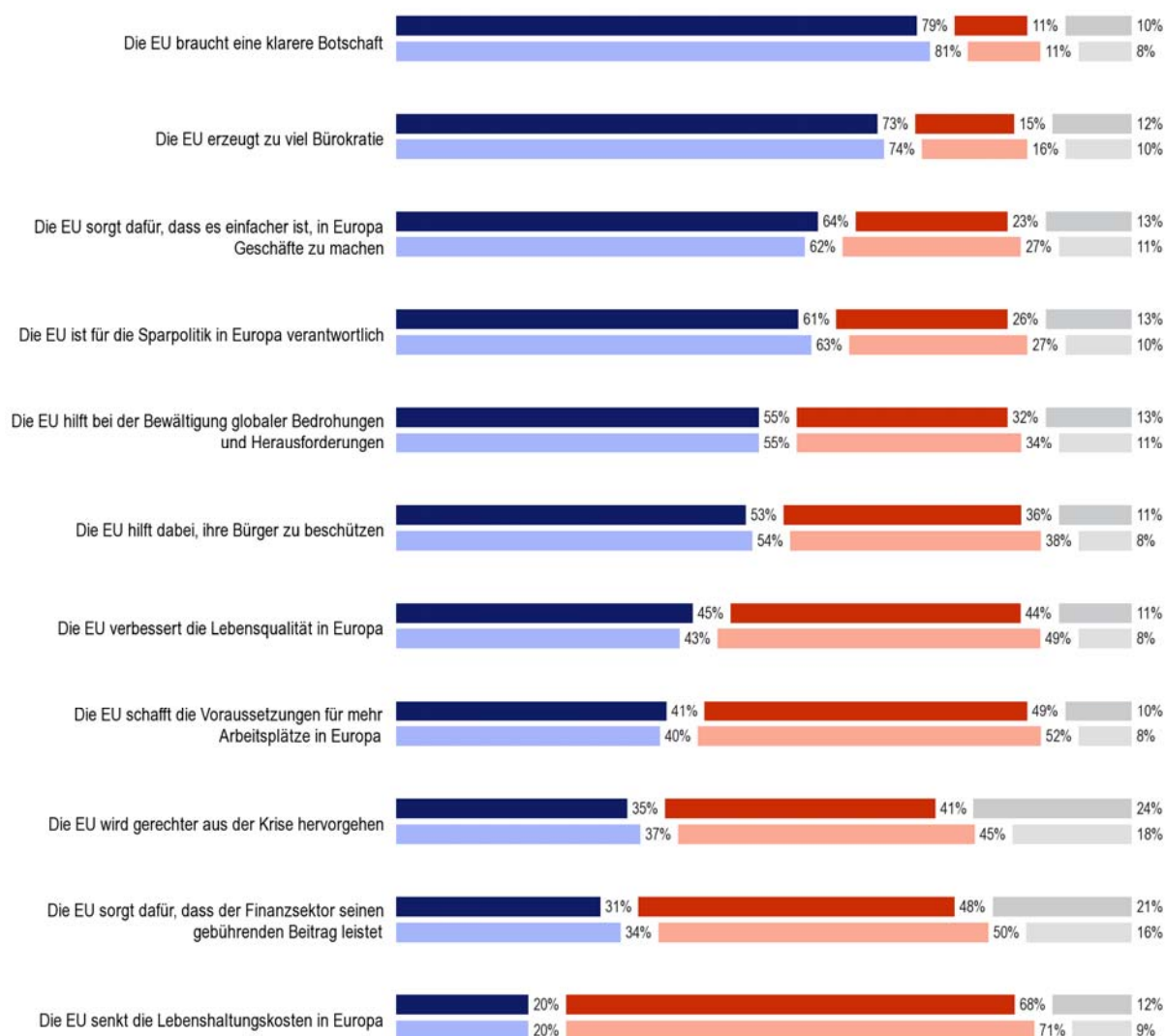
Die Wahrnehmung der EU und ihrer Politik

- Für eine Mehrheit der Befragten ist die EU auch weiterhin für die Sparpolitik in Europa verantwortlich -

Zum dritten Mal in Folge umfasst die Standard-Eurobarometer-Befragung auch Fragen nach dem Bild der Europäer von der Rolle der EU, ihrer Funktionsweise und ihrer Politik. Abgesehen von den sehr positiven Entwicklungen der Ergebnisse zur Wahrnehmung der EU als eine Institution, die die Lebensqualität in Europa verbessert oder dafür sorgt, dass es einfacher ist, in Europa Geschäfte zu machen, hat sich die Rangfolge der mit der EU verbundenen Aussagen im Vergleich zu den vorangegangenen Standard-Eurobarometer-Befragungen vom Herbst und Frühjahr 2013 nicht verändert. **Einerseits erscheint die EU positiv als günstiges Umfeld für Geschäfte, als wichtiger Akteur internationaler Beziehungen und als Institution, die zum Schutz ihrer Bürger beiträgt.** Andererseits wird sie aber von einer Mehrheit der Befragten negativ als Einrichtung wahrgenommen, deren Funktionsweise zu viel Bürokratie erzeugt, die für die Sparpolitik verantwortlich ist, in der es an Gerechtigkeit mangelt und die zu in den Augen der Europäer wichtigen Herausforderungen wie Beschäftigung und Kaufkraft keine zufriedenstellenden Ergebnisse erzielt³⁹.

³⁹ QA13. Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.

QA13. Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.



EB81 Fr.2014

EB80 Hbt.2013

■ Gesamt 'Stimme zu'
■ Gesamt 'Stimme zu'
■ Gesamt 'Stimme nicht zu'
■ Gesamt 'Stimme nicht zu'
■ Weiß nicht
■ Weiß nicht

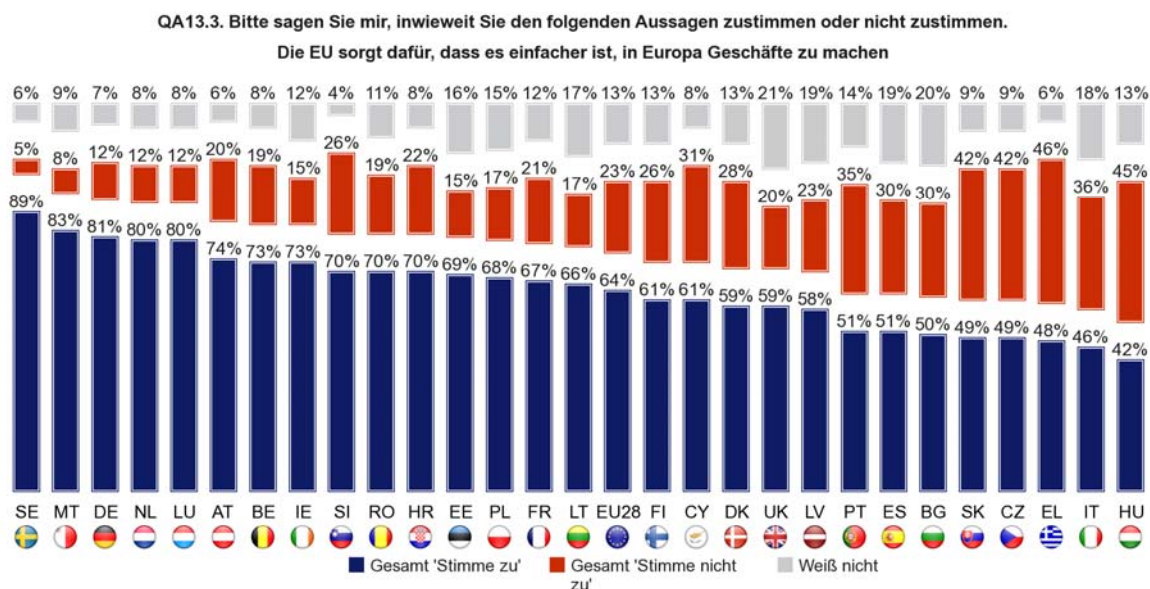
Die positiven Darstellungen

„Die EU sorgt dafür, dass es einfacher ist, in Europa Geschäfte zu machen“

Nahezu zwei Drittel der Europäer (64%, +2 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013) sind darin einig, dass die EU dafür sorgt, „dass es einfacher ist, in Europa Geschäfte zu machen“, 23% (-4) meinen das Gegenteil und 13% (+2) äußern keine Meinung.

Die Wahrnehmung der EU als geeigneten Rahmen für Geschäfte überwiegt in 27 Mitgliedstaaten und kann in 23 dieser Länder eine absolute Mehrheit auf sich vereinen. In Schweden (89%, +1 Prozentpunkt im Vergleich zum Herbst 2013), auf Malta (83%, +10), in Deutschland (81%, unverändert), in den Beneluxländern (80% in Luxemburg, -2, und in den Niederlanden, +2; 73% in Belgien, -2), in Österreich (74%, +7) und in Irland (73%, +5) wird die höchste Zustimmung zu dieser Aussage erreicht. Auf Malta (83%, +10), auf Zypern (61%, +10) und in Griechenland (48%, +10) steigt der Anteil dieser Wahrnehmung wesentlich an, während er in Finnland (61%, -9) deutlich zurückgeht.

Die Vorstellung von der EU als ein für Geschäfte förderlicher Raum erreicht in Griechenland (48% gegenüber 46% im Vergleich zu 38% gegenüber 58% im Herbst 2013) und in Italien bei dieser Befragung eine Mehrheit, während ihr in Ungarn (42% gegenüber 45% im Vergleich zu 46% gegenüber 42%) nur noch eine Minderheit zustimmt. Aufgrund dieser Entwicklung ist Ungarn das einzige Land, in dem diese Wahrnehmung im Ergebnis dieser Umfrage nicht von einer Mehrheit geteilt wird.

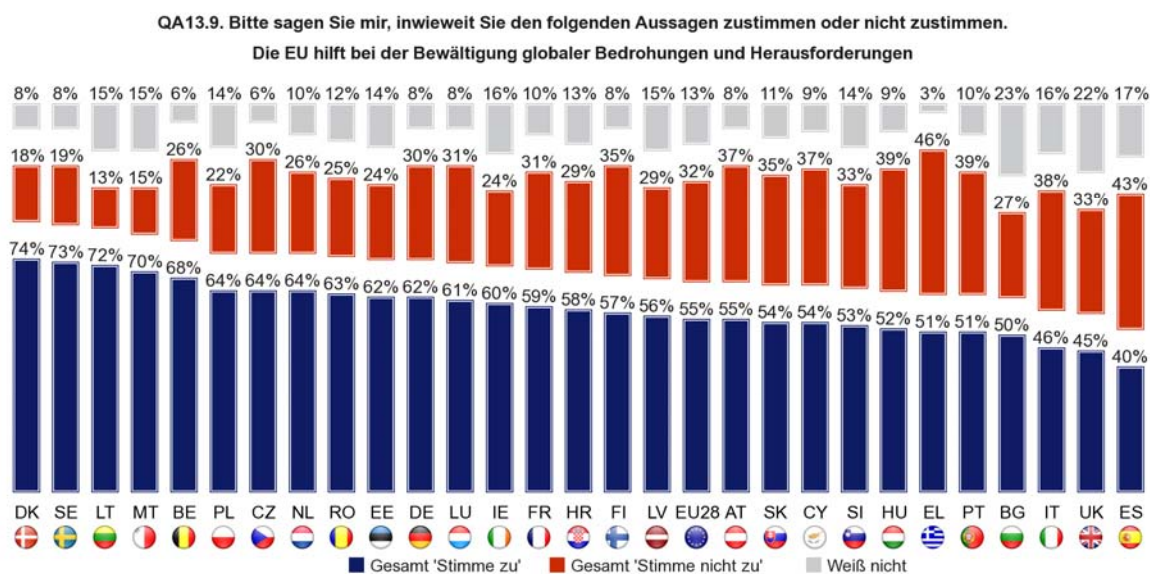


„Die EU hilft bei der Bewältigung globaler Bedrohungen und Herausforderungen“

Auch weiterhin nehmen viele Befragte die EU als wichtigen Akteur auf dem internationalen Parkett wahr, der „bei der Bewältigung globaler Bedrohungen und Herausforderungen“ hilft, (55%, unverändert, gegenüber 32%, -2 Prozentpunkte; 13%, +2, äußern keine Meinung).

Diese Vorstellung findet auch bei dieser Befragung einen breiten Konsens und kann in 27 der 28 EU-Länder eine Mehrheit der Befragten auf sich vereinen. Die einzige Ausnahme bildet Spanien. Dort überwiegt nunmehr die negative Haltung zu dieser Aussage (40% gegenüber 43%, im Vergleich zu 48% gegenüber 39% im Herbst 2013). In Griechenland (51% gegenüber 46% im Vergleich zu 46% gegenüber 51%) und in Italien (46% gegenüber 38% im Vergleich zu 42% gegenüber 44%) hingegen herrscht nunmehr die Zustimmung zu dieser Aussage vor. Die internationale Rolle der EU wird in Dänemark (74%, -2 Prozentpunkte), in Schweden (73%, -7), in Litauen (72%, +1) und auf Malta (70%, +5) von einer breiten Mehrheit bestätigt.

In Frankreich (59%, +7 Prozentpunkte) findet der internationale Einfluss der EU deutlich mehr Anerkennung als zuvor, während die Wahrnehmung dieser Qualität in Finnland (57%, -9), in der Tschechischen Republik (64%, -8), in Spanien (43%, -8), in Schweden (73%, -7) und in Bulgarien merklich abnimmt.



„Die EU hilft dabei, ihre Bürger zu beschützen“

53% der Europäer (-1 Prozentpunkt im Vergleich zum Frühjahr 2013) meinen, dass „die EU dabei hilft, ihre Bürger zu beschützen“, während 36% (-2) dieser Aussage nicht zustimmen und 11% (+3) keine Meinung äußern.

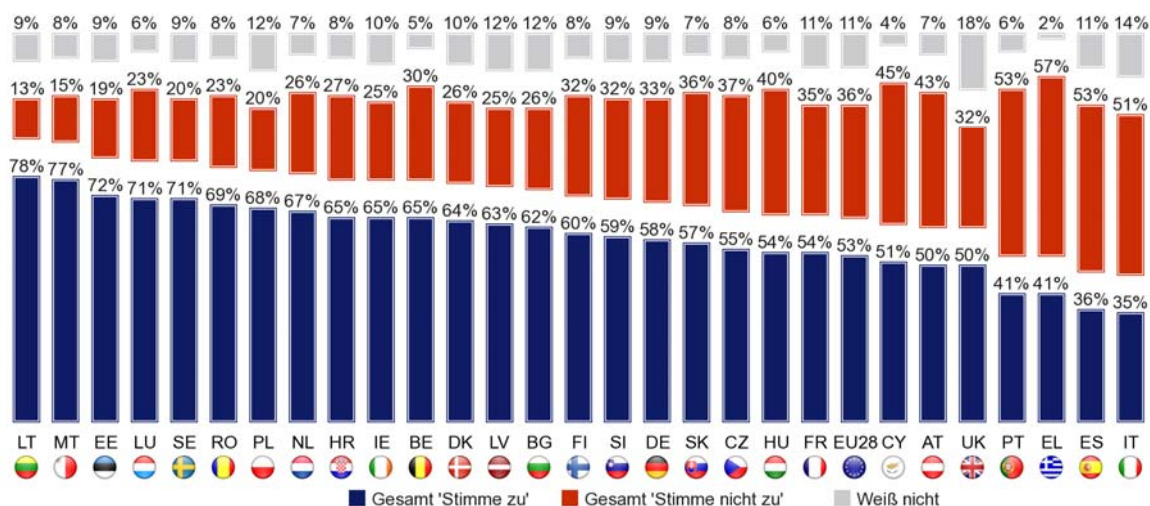
Die Vorstellung von der EU als Beschützerin überwiegt in insgesamt 24 Mitgliedstaaten und findet in Litauen (78%, +8), auf Malta (77%, +2), in Estland (72%, -2), in Luxemburg (71%, -5) und in Schweden (71%, -2) die höchste Zustimmung. Auf Zypern, wo die Zustimmung zu dieser Aussage im Herbst 2013 noch deutlich in der Minderheit war, erreicht diese nunmehr eine Mehrheit (51%, +18 Prozentpunkte). In insgesamt 24 Mitgliedstaaten bestätigt eine Mehrheit diese Aussage, der die Befragten in Litauen (78%, +8), auf Malta (77%, +2), in Estland (72%, -2), in Luxemburg (71%, -5) und in Schweden (71%, -2) am häufigsten zustimmen.

Innerhalb dieser Ländergruppe äußern sich vor allem in Litauen (78%, +8) wesentlich mehr Befragte als zuvor bestätigend zu der Aussage, die EU trage zum Schutz ihrer Bürger bei, während in Finnland (60%, -9), in der Tschechischen Republik (55%, -8), in Ungarn (54%, -8), in der Slowakei (57%, -7) und in Dänemark merklich sinkende Anteile zu verzeichnen sind.

In vier Ländern erscheint die EU einer Mehrheit der Befragten nicht als Beschützerin: in Griechenland (57% „stimme nicht zu“, -8 Prozentpunkte), in Portugal (53%, +5), in Spanien (53%, +5) und in Italien (51%, -4). Diese Wahrnehmung geht dabei in Griechenland (-8) und Italien (-4) zurück, steigt jedoch in Portugal (+5) und in Spanien (+5).

QA13.10. Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.






Die EU hilft dabei, ihre Bürger zu beschützen



Die soziodemografische Analyse zeigt, dass die beschützende Rolle der EU von den Befragten, die sich zur Oberschicht (67%) und zur Mittelschicht (58%) der Gesellschaft zählen, überwiegend bestätigt wird. Dies gilt auch für Befragte, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder länger fortgeführt haben (60%). Von den Befragten, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder früher beendet haben (44% „stimme nicht zu“ gegenüber 41%), den Arbeitslosen (45% gegenüber 43%) und den Befragten, die eingestehen, meistens Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen zu haben (53%), stimmt jedoch nur eine Minderheit dieser Aussage zu.

QA13. Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.

Die EU hilft dabei, ihre Bürger zu beschützen

	Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'	WN
EU28	53%	36%	11%
 Geschlecht			
Mann	56%	36%	8%
Frau	52%	35%	13%
 Alter			
15-24	66%	25%	9%
25-39	55%	35%	10%
40-54	50%	40%	10%
55 +	50%	38%	12%
 Ausbildung (Ende der)			
15-	41%	44%	15%
16-19	52%	38%	10%
20+	60%	32%	8%
Studiert noch	68%	23%	9%
 Sozio-professionnelle Kategorie			
Selbstständige	56%	37%	7%
Leitende Angestellte	63%	29%	8%
Andere Angestellte	54%	36%	10%
Arbeiterinnen	52%	38%	10%
Hausfrauen / -männer	47%	39%	14%
Arbeitslose	43%	45%	12%
Rentner / Pensionäre	50%	37%	13%
Schüler / Studenten	68%	23%	9%
 Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
Meistens	35%	53%	12%
Gelegentlich	50%	40%	10%
Nahezu nie/ Nie	58%	32%	10%
Betrachten gehör			
Arbeiterklasse	47%	40%	13%
Mittelschicht	58%	33%	9%
Oberschicht	67%	27%	6%

„Die EU verbessert die Lebensqualität in Europa“

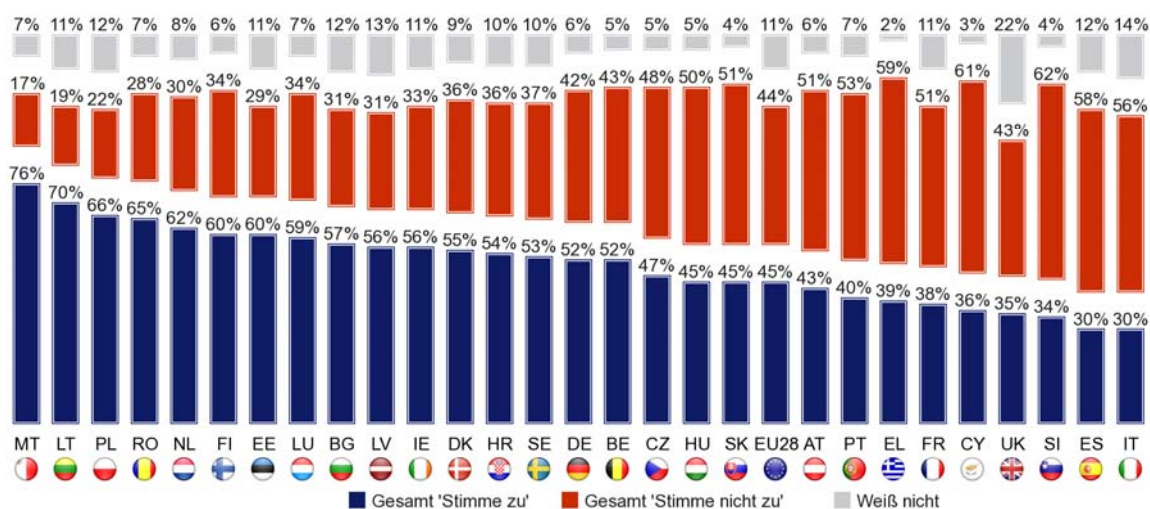
In ihrer Bewertung der Aussage, dass „die EU die Lebensqualität in Europa verbessert“ zeigt sich die öffentliche europäische Meinung in zwei nahezu gleich große Lager geteilt, obwohl die zustimmende Haltung bei dieser Befragung eine Mehrheit für sich gewinnen kann. So meinen derzeit 45% der Europäer (+2 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013), dass „die EU die Lebensqualität in Europa verbessert“, während 44% (-5) gegenteiliger Auffassung sind und 11% (+3) keine Meinung äußern. **Die Fähigkeit der EU, die Lebensqualität in Europa zu verbessern, erfährt von allen im Zuge dieser Befragung getesteten Aussagen die positivste Entwicklung.**

Zwar ist auch weiterhin eine Mehrheit der Befragten in den Länder der Eurozone nicht der Meinung, dass „die EU die Lebensqualität in Europa verbessert“, es lässt sich aber eine deutlich positive Entwicklung dieser Wahrnehmung feststellen (49% „stimme nicht zu“ gegenüber 42% im Vergleich zu 55% gegenüber 39% im Herbst 2013). Der Anteil der positiven Bewertung steigt auch in den Ländern außerhalb der Eurozone (51% „stimme zu“ gegenüber 35% im Vergleich zu 50% gegenüber 40%).

Die Ansicht, die EU verbessere die Lebensqualität in Europa, herrscht weiter in 16 Mitgliedstaaten vor und erfährt auf Malta (76%, +9 Prozentpunkte), in Litauen (70%, +5), in Polen (66%, +2) und in Rumänien (65%, +13) die größte Zustimmung. In Rumänien (+13) und auf Malta (+9) verstärkt sich die positive Wahrnehmung der EU in diesem Punkt wesentlich. Die negative Wahrnehmung zu diesem Aspekt überwiegt ihrerseits weiter in 12 Ländern, wobei sie in Slowenien (62%, -6), auf Zypern (61%, -17) und in Griechenland (59%, -13) besonders ausgeprägt bleibt. Sie stößt jedoch in allen diesen Ländern mit Ausnahme von Spanien (58%) und der Tschechischen Republik (48%), wo ihre Anteile stabil bleiben, und von Ungarn, wo ihr Anteil leicht zunimmt (50%, +1), auf deutlich weniger Zustimmung als zuvor, wobei der Rückgang ihrer Anteile auf Zypern (61%, -17), in Griechenland (59%, -13), in Italien (56%, -9), in Frankreich (51%, -8), in Slowenien (62%, -6), in Österreich (51%, -6), in Portugal (53%, -6) und im Vereinigten Königreich (43%, -6) besonders deutlich ausfällt.

QA13.8. Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.

Die EU verbessert die Lebensqualität in Europa



Die negativen Darstellungen

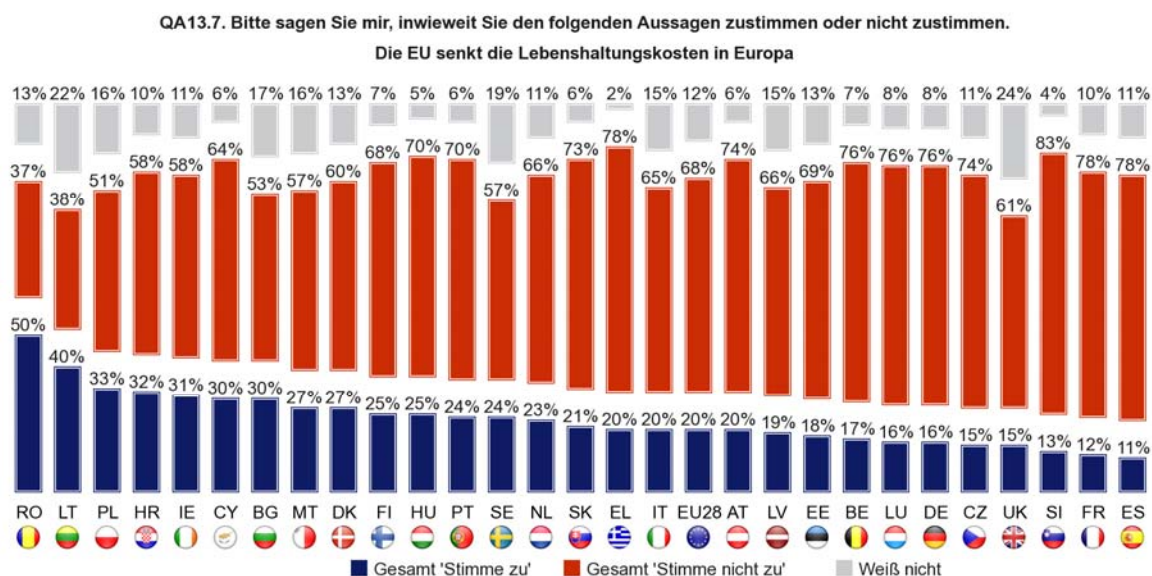
„Die EU erzeugt zu viel Bürokratie“

Nahezu drei Viertel der Europäer (73%, -1 Prozentpunkt, gegenüber 15%, -1, und 12%, +2, die keine Meinung äußern) stimmen der Aussage zu, dass „die EU zu viel Bürokratie erzeugt“. Diese Zahlen weisen im Vergleich zum Herbst 2013 keine signifikante Entwicklung auf. Diese Auffassung wird in allen Mitgliedstaaten und in allen soziodemografischen Kategorien der europäischen Bevölkerung von einer absoluten Mehrheit der Befragten geteilt.

„Die EU senkt die Lebenshaltungskosten in Europa“

Mehr als zwei Drittel der Europäer (68%, -3 Prozentpunkte) kommen zu dem Urteil, dass die EU „die Lebenshaltungskosten in Europa“ nicht senkt. 20% (unverändert) sind gegenteiliger Auffassung und 12% (+3) äußern keine Meinung.

Lediglich in Rumänien (50% gegenüber 37% im Vergleich zu 40% gegenüber 45% bei der Standard-Eurobarometer-Befragung im Herbst 2013) und in Litauen (40% gegenüber 38% im Vergleich zu 40% gegenüber 40%) vertritt eine Mehrheit der Befragten die Auffassung, dass die Politik der EU zur Senkung der Lebenshaltungskosten beiträgt. In den 26 übrigen Ländern kommt dagegen eine absolute Mehrheit der Befragten zu dem Schluss, dass die Politik der EU zu diesem Aspekt ineffizient bleibt, wobei die negativsten Ergebnisse in Slowenien (83%, unverändert), in Griechenland (78%, -9 Prozentpunkte), in Frankreich (78%, -5) und in Spanien (78%, +1) erhoben werden. Der Eindruck, dass die Politik der EU zur Senkung der Lebenshaltungskosten ineffizient bleibt, geht in Griechenland (78%, -9), auf Zypern (64%, -8), in den Niederlanden (66%, -8) und in Rumänien (37%, -8) stark zurück.



„Die EU ist für die Sparpolitik in Europa verantwortlich“

Mehr als sechs von zehn Europäern (61%, -2 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013) geben der EU die Verantwortung für die Sparpolitik in Europa. 26% (-1) sind nicht dieser Auffassung und 13% (+3) äußern keine Meinung. Das Verhältnis positiver und negativer Ansichten zeigt sich bei diesem Indikator im Vergleich zum Herbst 2013 insgesamt unverändert. Das Urteil der Befragten bleibt in den Ländern der Eurozone stabil (65%), während es in den Ländern außerhalb der Eurozone etwas günstiger für die EU ausfällt (56%, -3).

Wie bei der Befragung vom Herbst 2013 stimmt eine absolute Mehrheit in 26 Mitgliedstaaten und eine relative Mehrheit in den zwei übrigen Ländern, nämlich dem Vereinigten Königreich (45% gegenüber 30% im Vergleich zu 47% gegenüber 34%) und Estland (39% gegenüber 37%, im Vergleich zu 46% gegenüber 42%), dieser Aussage zu. In Estland fällt das Verhältnis von positivem und negativem Urteil sehr viel enger aus, nachdem der Anteil derjenigen, die der EU die Verantwortung für die Sparpolitik geben, um sieben Prozentpunkte abgenommen hat.

In Griechenland (79%, unverändert), auf Zypern (79%, +2 Prozentpunkte), in den Niederlanden (76%, +3), in Slowenien (76%, +4) und in Belgien (75%, -2) wird die EU am häufigsten für die Sparpolitik verantwortlich gemacht. In Österreich (63%, -17) geht der Anteil dieser Meinung im Ergebnis der aktuellen Umfrage beträchtlich zurück.

Die soziodemografische Analyse macht deutlich, dass die EU von allen sozialen Schichten der europäischen Bevölkerung als für die Sparpolitik verantwortlich wahrgenommen wird, unabhängig von Alter, Geschlecht, Bildungsniveau oder sozialer Schicht der Befragten.

„Die EU schafft die Voraussetzungen für mehr Arbeitsplätze in Europa“

Zwar stimmt eine relative Mehrheit der Europäer nicht zu, dass „die EU die Voraussetzungen für mehr Arbeitsplätze in Europa schafft“, das Verhältnis von Zustimmung und Ablehnung zu diesem Indikator kann sich jedoch verbessern (49% gegenüber 41% im Vergleich zu 52% gegenüber 40% im Herbst 2013). Der Anteil der negativen Meinung nimmt somit im Vergleich zum Herbst 2013 um drei und im Vergleich zum Frühjahr 2013 um sieben Prozentpunkte ab. Die Differenz zwischen den Befragten, die die Beschäftigungspolitik der EU als effizient betrachten, und jenen, denen sie als ineffizient gilt, beträgt somit bei dieser Befragung -8 Prozentpunkte im Vergleich zu -12 im Herbst 2013 und -19 im Frühjahr 2013.

Eine absolute Mehrheit der Befragten in den Ländern außerhalb der Eurozone (54% „stimme zu“ gegenüber 35%) teilt das Gefühl, dass „die EU die Voraussetzungen für mehr Arbeitsplätze in Europa schafft“. Dieser Eindruck nimmt dort im Vergleich zum Herbst 2013 (53% gegenüber 38%) sogar leicht zu. In den Ländern der Eurozone vertritt hingegen nur eine Minderheit diese Meinung (34% gegenüber 56%), doch auch hier lässt sich eine leichte Zunahme dieses Anteils beobachten (32% gegenüber 61% im Herbst 2013).

In drei Ländern zeigt sich die öffentliche Meinung im Gegensatz zum Herbst 2013 nun mehrheitlich positiv. Beachtlich ist in erster Linie die Entwicklung auf Zypern (53% gegenüber 44% im Vergleich zu 36% gegenüber 62% im Herbst 2013), aber auch die Veränderung in Slowenien (56% gegenüber 42% im Vergleich zu 48% gegenüber 50%). Eine etwas weniger umfangreiche Entwicklung führt zum Mehrheitswechsel in Luxemburg (47% gegenüber 46% im Vergleich zu 44% gegenüber 52%).

Die Rolle der EU für die Beschäftigung wird somit in 18 EU-Ländern positiv bewertet, wobei sie in Polen (74%, -1 Prozentpunkt), in Litauen (72%, +3) und in Bulgarien (70%, +8) das positivste Echo findet. Auf Zypern (53%, +17), auf Malta (66%, +9), in Slowenien (56%, +8) und Bulgarien verstärkt sich der positive Eindruck bedeutend. In der Tschechischen Republik wird das Verhältnis von Zustimmung und Ablehnung hingegen merklich enger (48% gegenüber 47%, im Vergleich zu 51% gegenüber 45% im Herbst 2013).

Die kritische Haltung zur Beschäftigungspolitik der EU überwiegt in 10 Ländern: in Frankreich (67%, -1 Prozentpunkt), in Spanien (61%, -3), in Italien (57%, -7), in Portugal (56%, -4), in Griechenland (54%, -10), in Deutschland (52%, -3), in Belgien (52%, unverändert), in den Niederlanden (49% gegenüber 41% im Vergleich zu 57% gegenüber 37%), in Österreich (49% gegenüber 46%, im Vergleich zu 56% gegenüber 41%) und im Vereinigten Königreich (47% gegenüber 33% im Vergleich zu 53% gegenüber 33%). Mit Ausnahme von Belgien, wo das Ergebnis stabil bleibt, geht das negative Urteil in allen Ländern zurück. Besonders deutlich zeigt sich dies in Griechenland (-10), in den Niederlanden (-8), in Österreich (-7) und in Italien (-7).

Die soziodemografische Analyse macht erkennbar, dass die 15–24-jährigen (51%) und die Studenten (52%) die Kategorien der europäischen Bevölkerung darstellen, die die Beschäftigungspolitik der EU am positivsten beurteilen. Arbeitslose (57%) und Befragte, die meistens Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben (60%), zeigen hingegen die deutlichste Skepsis gegenüber dieser Politik.

„Die EU sorgt dafür, dass der Finanzsektor seinen gebührenden Beitrag leistet“

Wie bei der Befragung vom Herbst 2013 **haben die Europäer mehrheitlich nicht das Gefühl, dass die EU mit ihrer Politik zur Bekämpfung der Krise dafür sorgt, dass der Finanzsektor gebührend beteiligt wird.** 48% (-2 Prozentpunkte) der Europäer sind nicht mit der Aussage einverstanden, dass „die EU dafür sorgt, dass der Finanzsektor seinen gebührenden Beitrag leistet“, weniger als ein Drittel (31%, -3) sind hingegen der Ansicht, dass der Finanzsektor ausreichend an den Kosten der Krise beteiligt wird, und 21% (+5) äußern keine Meinung zu dieser Frage.

Die Ansicht, dass die EU den Finanzsektor nicht dazu zwingt, seinen gebührenden Beitrag zu leisten, herrscht in den Ländern der Eurozone weiterhin deutlich vor (54% gegenüber 27% im Vergleich zu 56% gegenüber 30% im Herbst 2013). In den Ländern außerhalb der Eurozone vertritt die Mehrheit der Befragten hingegen weiterhin die Auffassung, dass die EU für eine gebührende Beteiligung des Finanzsektors sorgt (38% gegenüber 36% im Vergleich zu 44% gegenüber 36%), wobei sich die Differenz zwischen den beiden Lagern in diesen Ländern allerdings merklich verringert.

In 16 Mitgliedstaaten schätzen die Befragten die Beteiligung des Finanzsektors an der Bekämpfung der Krise als unzureichend ein, wobei diese Meinung am deutlichsten in Spanien (62%, -2 Prozentpunkte), in den Niederlanden (59%, -5), in Griechenland (59%, -8), in Belgien (58%, unverändert) und in Frankreich (54%, -2) vertreten wird. Innerhalb dieser Ländergruppe verstärkt sich diese Auffassung in Österreich (52%, +9) und in Irland (52%, +6), während ihr Anteil in Griechenland (59%, -8), Slowenien (53%, -7) und Italien (52%, -7) sinkt.

Bei der aktuellen Befragung kehrt sich das Verhältnis von Zustimmung und Ablehnung auf Zypern sehr deutlich um (40% gegenüber 39% im Vergleich zu 30% gegenüber 56% im Herbst 2013), was die Anzahl der Länder, in denen der Eindruck einer gerechten Beteiligung des Finanzsektors vorherrscht, auf 12 erhöht.

In Rumänien (58%, +1 Prozentpunkt), Ungarn (55%, -9) und Kroatien (54%, -4) findet diese Auffassung die meiste Zustimmung. In Ungarn (55%, -9), Polen (49%, -9), Bulgarien (41%, -9) und Estland (35%, -7) gehen ihre Anteile dabei jedoch deutlich zurück.

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass in allen Schichten der europäischen Bevölkerung eine Mehrheit der Befragten der Auffassung ist, die EU Sorge nicht dafür, dass der Finanzsektor seinen gebührenden Beitrag leistet. Dies schließt auch die vermögendsten Kategorien (47% gegenüber 32% der Befragten, die nahezu nie Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen) sowie die Befragten mit dem höchsten Bildungsniveau (52% gegenüber 31%) und die leitenden Angestellten ein (55% gegenüber 30%) ein.

„Die EU wird gerechter aus der Krise hervorgehen“

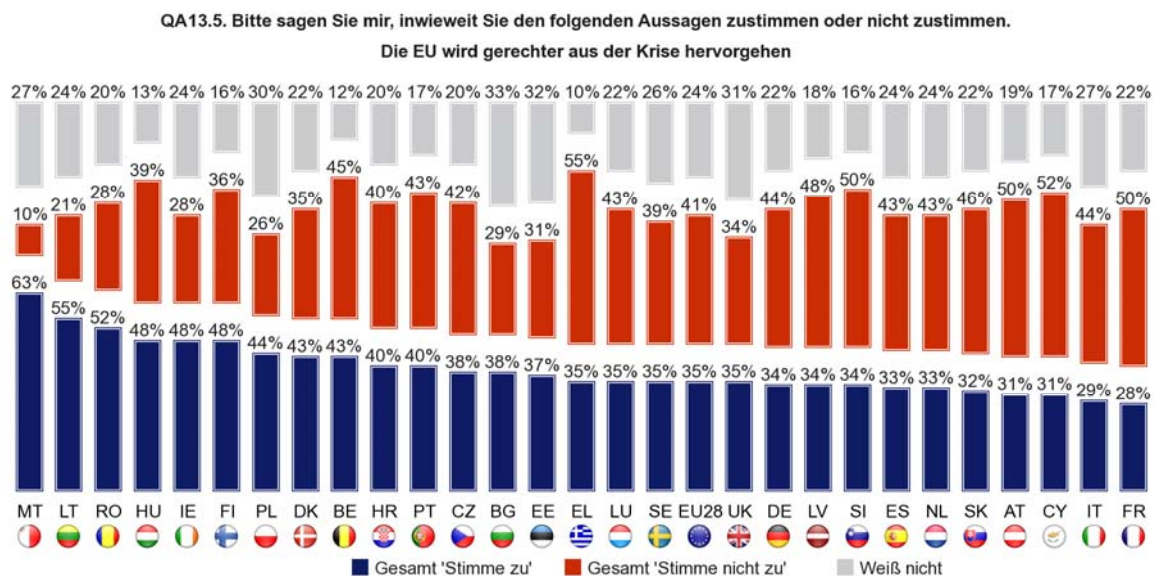
Mehr als einer von vier Europäern (41%, -4 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013) ist nicht der Meinung, dass „die EU gerechter aus der Krise hervorgehen“ wird, während 35% (-2) hingegen an eine nach der Krise gerechtere EU glauben. Die Differenz der positiven und negativen Ansichten nimmt dabei leicht ab, da die negative Auffassung stärker an Anhängern verliert als die positive. Der Anteil der Befragten, die keine Meinung äußern, nimmt bei diesem Indikator merklich zu und erreicht nun nahezu ein Viertel der öffentlichen Meinung in Europa (24%, +6).

Weiterhin überwiegt in den Ländern der Eurozone die Befürchtung, die EU könne nach der Krise ungerechter sein als zuvor, obwohl ihr Anteil im Vergleich zum Herbst 2013 abnimmt (45% gegenüber 33% im Vergleich zu 50% gegenüber 34%). In den Ländern außerhalb der Eurozone erwartet hingegen eine Mehrheit der Befragten eine nach der Krise gerechtere EU, wobei sich eine leicht positive Entwicklung beobachten lässt (41% gegenüber 32% im Vergleich zu 42% gegenüber 37%).

Die aktuelle Befragung ergibt, dass sich das Verhältnis der beiden Ansichten in sechs Ländern umgekehrt hat. Während es sich im Herbst 2013 in Luxemburg vollkommen ausgeglichen zeigte, herrscht dort nun die negative Erwartung vor (35% urteilen, dass die EU gerechter aus der Krise hervorgehen wird, gegenüber 43% im Vergleich zu 44% gegenüber 44% im Herbst 2013). Dies gilt auch für Belgien (43% gegenüber 45% im Vergleich zu 48% gegenüber 48%). In Kroatien, wo zuvor die positiven Erwartungen überwogen, gleicht sich das Verhältnis aus (40% gegenüber 40% im Vergleich zu 46% gegenüber 42%). In Spanien (43% gegenüber 33% im Vergleich zu 40% gegenüber 43%) und Schweden (39% gegenüber 35% im Vergleich zu 43% gegenüber 48%) hingegen überwiegt nunmehr die negative Einstellung zu dieser Aussage. Schließlich ergibt sich im Vereinigten Königreich ein leichter Vorsprung der positiven Prognose (35% gegenüber 34% im Vergleich zu 35% gegenüber 42%).

Somit rechnet nunmehr in 16 EU-Ländern eine Mehrheit der Befragten damit, dass die Ungerechtigkeit in der EU nach der Krise zunehmen wird, während dies im Herbst 2013 nur in 13 Ländern der Fall war. Außer den vier bereits genannten Staaten (Luxemburg, Belgien, Spanien und Schweden) sind dies Griechenland (55%, -11 Prozentpunkte), Zypern (52%, -5), Frankreich 50%, -7), Slowenien (50%, -7), Österreich (50, -1), Lettland (48% gegenüber 34% im Vergleich zu 47% gegenüber 37%), die Slowakei (46% gegenüber 32% im Vergleich zu 43% gegenüber 41%), Italien (44% gegenüber 29% im Vergleich zu 49% gegenüber 31%), Deutschland (44% gegenüber 34% im Vergleich zu 52% gegenüber 32%), die Niederlande (43% gegenüber 33% im Vergleich zu 49% gegenüber 37%), Portugal (43% gegenüber 40% im Vergleich zu 45% gegenüber 33%) und die Tschechische Republik (42% gegenüber 38% im Vergleich zu 45% gegenüber 41%).

Die pessimistische Meinung verliert jedoch in Griechenland (-11), in Deutschland (-8), in Slowenien (-7) und in Frankreich (-7) merklich an Stimmen.



Die optimistische Erwartung einer nach der Krise gerechteren Europäischen Union überwiegt in 11 Mitgliedstaaten und findet auf Malta (63%, +10 Prozentpunkte), in Litauen (55%, +5) und in Rumänien (52%, +8), wo ihr Anteil stark zunimmt, die höchste Zustimmung. In Estland (37%, -11), Bulgarien (38%, -8), Irland (48%, -7) und Polen (44%, -6) nimmt diese hingegen wesentlich ab.

Die soziodemografische Analyse macht erkennbar, dass die Furcht vor einem Anstieg der Ungerechtigkeit unter den Befragten aus bescheidenen Schichten und mit geringen finanziellen Mitteln am größten ist: so hegen 50% der Befragten, die zugeben, meistens Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen zu haben, diese Befürchtung sowie 49% der Arbeitslosen aber, zum Vergleich, nur 39% derjenigen, die keine Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben, und 40% der leitenden Angestellten.






























„Die EU braucht eine klarere Botschaft“

Nahezu acht von zehn Europäern (79%, -2 Prozentpunkte) stimmen der Aussage zu, dass „die EU eine klarere Botschaft braucht“. 11% (unverändert) sind nicht der Ansicht, dass die EU eine deutlicher Kommunikation benötigt und 10% (+2) äußern keine Meinung.

Der Wunsch nach einer klareren Kommunikation der EU findet in Europa einen sehr breiten Konsens und kann in allen Mitgliedstaaten eine absolute Mehrheit der Befragten auf sich vereinen, deren Anteile sich zwischen 87% in Frankreich (+1 Prozentpunkt) und Schweden (-1) und 61% (-9) in Polen bewegen. Die Erwartung einer klareren Botschaft der EU steigt auf Malta (82%, +10) und in Rumänien (77%, +9) merklich an; in Ungarn hingegen geht sie sehr deutlich zurück (62%, -18). Letzteres gilt ebenfalls, wenn auch in geringerem Maße, für die Tschechische Republik (70%, -10), die Slowakei (76%, -9), Estland 70%, -9) und Polen (61%, -9).

QA13.11 Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.

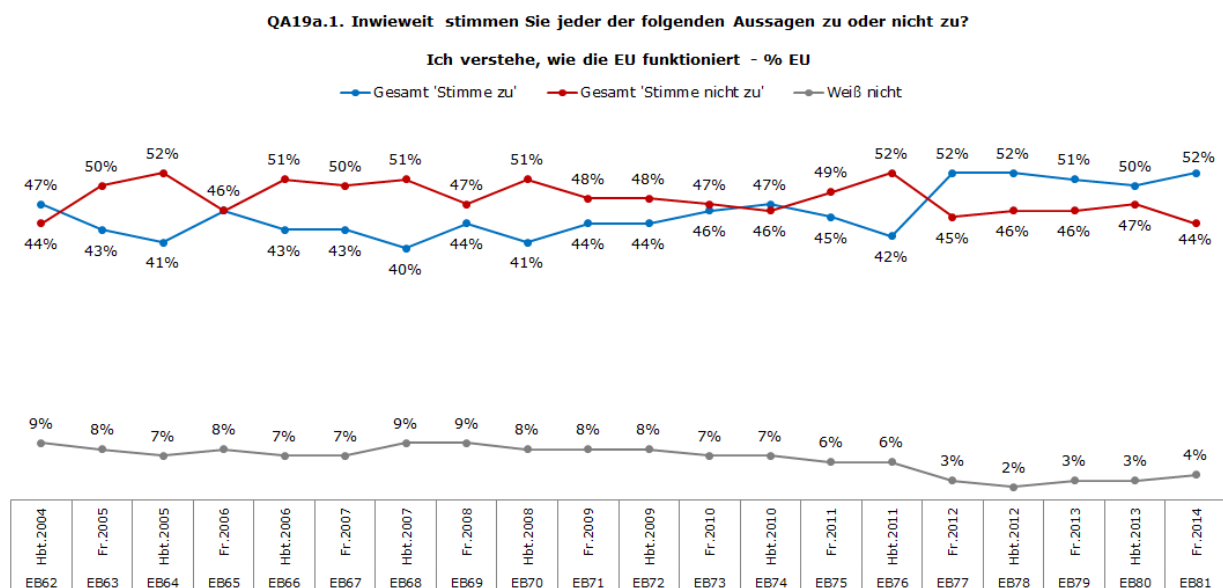
Die EU braucht eine klarere Botschaft

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht	Gesamt 'Stimme zu'		Gesamt 'Stimme nicht zu'	
		EB81 Fr. 2014					EB81 Fr. 2014	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	EB81 Fr. 2014	Unt. Fr.2014-Hbt.2013
	EU28	44%	35%	8%	3%	10%	79%	-2	11%	=
	FR	53%	34%	5%	1%	7%	87%	+1	6%	=
	SE	56%	31%	6%	2%	5%	87%	-1	8%	-2
	ES	56%	30%	3%	2%	9%	86%	-2	5%	-2
	LU	57%	29%	5%	1%	8%	86%	-2	6%	-2
	NL	53%	33%	6%	2%	6%	86%	-2	8%	-1
	EL	48%	37%	7%	5%	3%	85%	-1	12%	+1
	CY	59%	26%	5%	4%	6%	85%	-5	9%	+5
	DK	53%	31%	9%	1%	6%	84%	=	10%	-2
	FI	49%	35%	7%	2%	7%	84%	-3	9%	=
	DE	47%	36%	7%	2%	8%	83%	-3	9%	+1
	SI	45%	38%	8%	3%	6%	83%	-1	11%	+2
	BE	41%	41%	10%	1%	7%	82%	-4	11%	=
	IE	43%	39%	6%	3%	9%	82%	+5	9%	-5
	MT	40%	42%	6%	2%	10%	82%	+10	8%	+2
	UK	53%	29%	5%	1%	12%	82%	=	6%	-2
	PT	37%	43%	10%	2%	8%	80%	+1	12%	-2
	AT	48%	29%	12%	4%	7%	77%	-5	16%	+2
	RO	33%	44%	10%	2%	11%	77%	+9	12%	-3
	LV	35%	41%	8%	2%	14%	76%	-2	10%	+1
	SK	33%	43%	10%	5%	9%	76%	-9	15%	+7
	HR	34%	38%	11%	3%	14%	72%	+3	14%	-6
	CZ	27%	43%	15%	5%	10%	70%	-10	20%	+7
	EE	34%	36%	7%	3%	20%	70%	-9	10%	-2
	IT	36%	34%	11%	7%	12%	70%	+1	18%	-5
	BG	34%	35%	7%	4%	20%	69%	-1	11%	-1
	LT	26%	42%	11%	2%	19%	68%	-1	13%	-1
	HU	28%	34%	21%	8%	9%	62%	-18	29%	+15
	PL	18%	43%	15%	3%	21%	61%	-9	18%	+4

3. DAS WISSEN ÜBER DIE EUROPÄISCHE UNION

3.1. Das Wissen über die Funktionsweise der Europäischen Union

Das individuelle Wissen der europäischen Bevölkerung über die Funktionsweise der EU nimmt zu: 52% der Europäer (+2 Prozentpunkte im Vergleich zur Standard-Eurobarometer-Befragung im Herbst 2013) erklären, die Funktionsweise der Europäischen Union zu verstehen, während 44% (-3) das Gefühl haben, diese nicht zu verstehen und 4% (+1) keine Meinung äußern. Diese positive Differenz von acht Prozentpunkten zwischen den Befragten, die angeben, die Funktionsweise der EU zu verstehen und jenen, die meinen, diese nicht zu verstehen, ist die größte, die seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2004 (EB62) gemessen wurde⁴⁰.








Im Vergleich zum Herbst 2013 steigt das Gefühl, die Funktionsweise der EU gut zu verstehen, merklich an und kann nunmehr eine Mehrheit der Befragten in Griechenland (57%, +9 Prozentpunkte), in Bulgarien (54%, +7), in Portugal (52%, +14) und im Vereinigten Königreich (48% gegenüber 45% im Vergleich zu 44% gegenüber 52%) auf sich vereinen. Aufgrund dieser Entwicklung überwiegt derzeit in 24 Mitgliedstaaten das Gefühl, die Funktionsweise der EU zu verstehen. In Schweden (73%, +3 Prozentpunkt), Polen (71%, +2) und Litauen (68%, +12) wird dieser Eindruck am häufigsten bestätigt.

In Spanien hingegen nimmt das Gefühl, nicht zu verstehen, um sechs Prozentpunkte zu, und wird nunmehr von einer Mehrheit empfunden. Auch in Italien (58%, -6), in Frankreich (56%, unverändert) und in der Tschechischen Republik (52%, =) haben die Befragten weiter mehrheitlich den Eindruck, die Funktionsweise der EU nicht zu verstehen.

Wie bei allen vorausgegangenen Standard-Eurobarometer-Befragungen zeigt **die soziodemografische Analyse**, dass das Verständnis der Funktionsweise der EU mit zunehmendem Bildungsniveau linear ansteigt (32% der Befragten, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder früher beendet haben, 49% derjenigen, die ihre Ausbildung im Alter zwischen 16 und 19 Jahren beendeten, und 65% derjenigen, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder länger fortgeführt haben). Auch mit der höheren sozialen Stellung des Einzelnen nimmt das Gefühl, zu verstehen, linear zu (39% derjenigen, die sich selbst zur Unterschicht der Gesellschaft zählen, 51% derjenigen, die sich der Mittelschicht zuordnen, und 64% derjenigen, die sich als der Oberschicht angehörig betrachten).

QA19a.1 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?

Ich verstehe, wie die EU funktioniert

	Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'	Weiß nicht
EU28	52%	44%	4%
 Geschlecht			
Männlich	60%	36%	4%
Weiblich	44%	51%	5%
 Alter			
15-24	54%	42%	4%
25-39	55%	41%	4%
40-54	53%	43%	4%
55 +	47%	48%	5%
 Ausbildung (Ende der)			
15-	32%	63%	5%
16-19	49%	46%	5%
20+	65%	32%	3%
Studiert noch	60%	36%	4%
 Sozio-professionnelle Kategorie			
Selbstständige	62%	34%	4%
Leitende Angestellte	68%	29%	3%
Andere Angestellte	57%	40%	3%
Arbeiterinnen	47%	49%	4%
Hausfrauen / -männer	37%	56%	7%
Arbeitslose	46%	50%	4%
Rentner / Pensionäre	46%	49%	5%
Schüler / Studenten	60%	36%	4%
 Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala			
Niedrig (1-4)	39%	56%	5%
Mittel (5-6)	51%	45%	4%
Hoch (7-10)	64%	33%	3%












⁴⁰ QA19a.1 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Ich verstehe, wie die EU funktioniert.

Die nachstehende Tabelle zeigt die nach soziodemografischen Kriterien aufgeschlüsselten Ergebnisse für den Durchschnitt der gesamten Europäischen Union (EU28), für die sechs größten EU-Länder und für vier von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffene Länder.

QA19a.1. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?

Ich verstehe, wie die EU funktioniert

Gesamt 'Stimme zu'

	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	52%	57%	43%	42%	35%	71%	48%	57%	52%	61%	66%
Geschlecht											
Männlich	60%	65%	50%	52%	44%	76%	57%	65%	57%	73%	74%
Weiblich	44%	50%	36%	34%	28%	67%	41%	49%	47%	49%	58%
Alter											
15-24	54%	52%	39%	51%	38%	82%	50%	58%	58%	59%	61%
25-39	55%	58%	46%	40%	45%	79%	56%	61%	57%	62%	65%
40-54	53%	56%	52%	43%	37%	72%	50%	65%	57%	62%	79%
55 +	47%	59%	34%	40%	29%	59%	42%	49%	42%	60%	58%
Ausbildung (Ende der)											
15-	32%	45%	25%	30%	20%	40%	34%	32%	38%	40%	45%
16-19	50%	53%	44%	38%	37%	66%	45%	57%	64%	58%	68%
20+	65%	71%	65%	48%	59%	80%	60%	72%	68%	72%	80%
Studiert noch	60%	70%	48%	51%	44%	88%	55%	58%	57%	68%	60%
Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	62%	64%	68%	41%	52%	80%	59%	70%	51%	71%	71%
Leitende Angestellte	68%	65%	74%	61%	71%	81%	59%	74%	78%	77%	89%
Andere Angestellte	57%	58%	60%	40%	48%	78%	51%	68%	75%	72%	72%
Arbeiter	47%	45%	40%	36%	27%	73%	44%	62%	55%	53%	69%
Hausfrauen / -männer	37%	52%	21%	39%	16%	71%	36%	33%	42%	47%	47%
Arbeitslose	46%	54%	43%	43%	26%	61%	45%	59%	40%	54%	66%
Rentner / Pensionäre	46%	57%	35%	38%	26%	59%	43%	45%	41%	61%	53%
Schüler / Studenten	60%	70%	48%	51%	44%	88%	55%	58%	57%	68%	60%

3.2. Die objektive Kenntnis der Europäischen Union

Nachdem das subjektive Empfinden dazu gemessen wurde, ob die Befragten die Funktionsweise der EU verstehen, sollte im Zuge dieser Eurobarometer-Befragung auch das objektive Wissen der Europäer über die EU quantifiziert werden. Zu diesem Zweck wurden den Befragten drei Aussagen vorgegeben („Die EU besteht zurzeit aus 28 Mitgliedstaaten“; „Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden direkt von den Bürgern jedes Mitgliedstaates gewählt“; „Die Schweiz ist Mitglied der EU“). Die Befragten sollten zu jeder Aussage angeben, ob sie ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist.

Die objektive Kenntnis der Europäischen Union verbessert sich deutlich: Zwar bleiben die Europäer, die in der Lage sind, alle drei getesteten Aussagen korrekt als richtig oder falsch einzuordnen, weiter in der Minderheit, ihr Anteil nimmt jedoch um neun Prozentpunkte zu und erreicht somit 39%. In sieben Mitgliedstaaten gibt eine absolute Mehrheit der Befragten drei richtige Antworten: in Slowenien (62%), in Luxemburg (61%), in Kroatien (60%), in Dänemark (54%), in der Slowakei (53%), in Österreich (52%) und in Griechenland (51%).

Die detaillierte Analyse zeigt, dass der Kenntnisstand zur Anzahl der Mitgliedstaaten der EU und zur Nicht-Mitgliedschaft der Schweiz im Vergleich zum Herbst insgesamt unverändert bleibt, das Wissen über das Verfahren zur Wahl des Europäischen Parlaments jedoch sehr deutlich zugenommen hat (+17 Prozentpunkte). Dabei muss daran erinnert werden, dass nur wenige Tage vor der Durchführung dieser Befragung eine Europawahl stattgefunden hatte⁴¹.

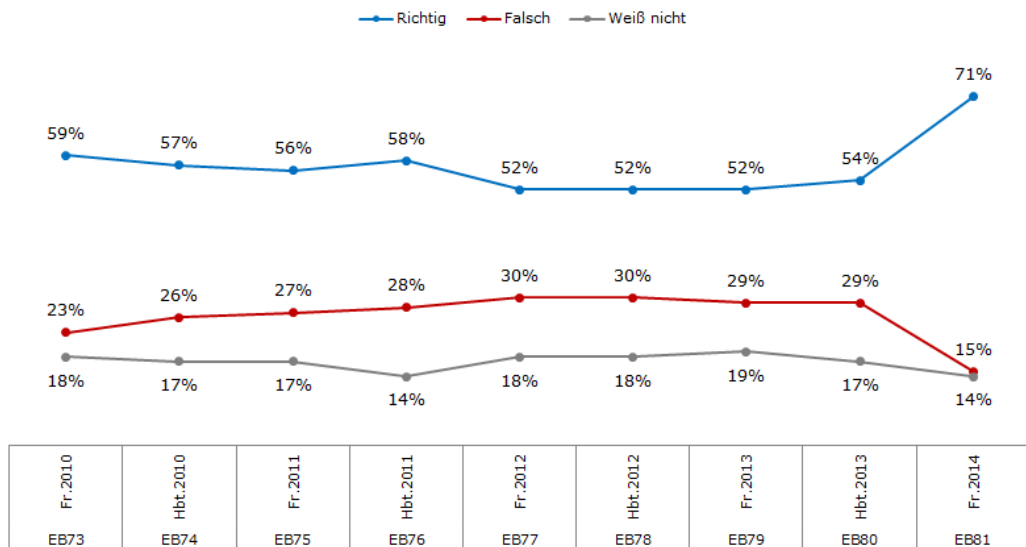
⁴¹ Die Europawahl fand zwischen dem 22. und dem 25. Mai 2014 statt, die hier analysierte Befragung wurde zwischen dem 31. Mai und dem 14. Juni 2014 durchgeführt.

„Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden direkt von den Bürgern jedes Mitgliedstaates gewählt“

Mehr als sieben von zehn Europäern (71%, +17 Prozentpunkte) geben aktuell die richtige Antwort auf die Frage nach dem Verfahren zur Wahl des Europäischen Parlaments. Dieser Kenntnisstand ist bei weitem der höchste, der je bei einer Eurobarometer-Befragung erhoben wurde.

QA16.2. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die EU, ob diese Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist.

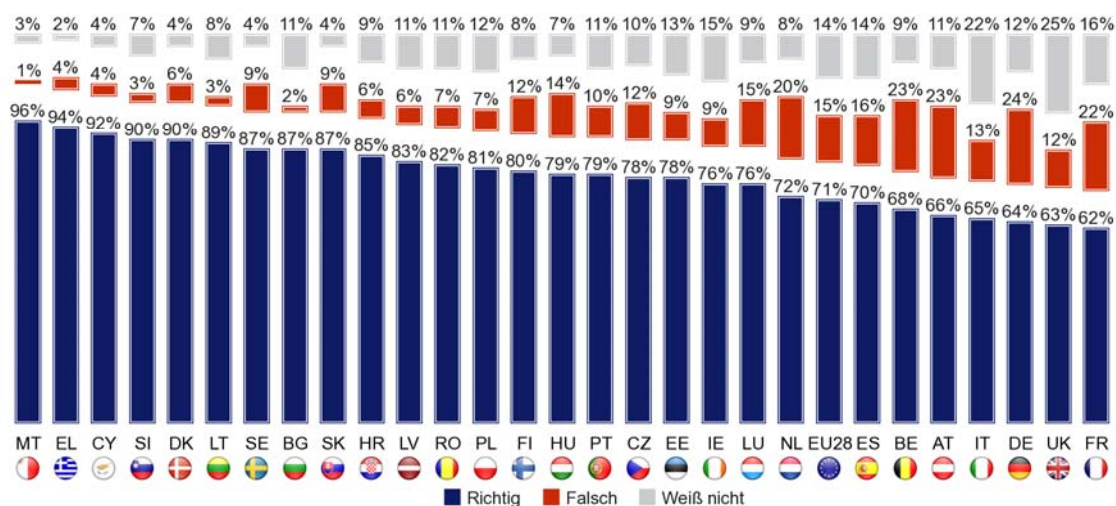
Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden direkt von den Bürgern jedes Mitgliedstaates gewählt - % EU



Zum ersten Mal seit Einführung dieses Indikators beantwortet in allen 28 Mitgliedstaaten eine absolute Mehrheit der Befragten diese Frage richtig, wobei der Anteil der korrekten Antworten sich zwischen 96% auf Malta (+5 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013) und 62% in Frankreich bewegt (+18). In allen EU-Ländern hat das Wissen um das Verfahren zur Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments zugenommen, wobei die größte positive Entwicklung in den Niederlanden (72%, +28) zu verzeichnen ist.

QA16.2. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die EU, ob diese Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist.

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden direkt von den Bürgern jedes Mitgliedstaates gewählt



„Die EU besteht zurzeit aus 28 Mitgliedstaaten“

63% der Europäer (+1 Prozentpunkt im Vergleich zum Herbst 2013) wissen, dass die EU derzeit 28 Mitgliedstaaten zählt. 27% (+4) geben an, dies nicht zu wissen, und 10% (-5) beantworten die entsprechende Frage falsch.

In 27 Mitgliedstaaten weiß eine absolute Mehrheit der Befragten, dass die EU aktuell aus 28 Mitgliedstaaten besteht. Lediglich im Vereinigten Königreich antwortet eine Mehrheit der Befragten mit „Weiß nicht“ (47%, +8 Prozentpunkte, gegenüber 42%, -3, die diese Frage richtig beantworten).

In der Slowakei kennen die meisten Befragten die aktuelle Anzahl der EU-Länder (82%, unverändert); im Vereinigten Königreich ist dieser Anteil EU-weit am geringsten (42%, -3). In Portugal (73%, +15), Luxemburg (80%, +11) und Frankreich (69%, +7) nimmt der Anteil derjenigen, die diese Frage richtig beantworten, deutlich zu. In Belgien (64%, -8), Bulgarien (71%, -7) und Kroatien (78%, -7) sinkt er hingegen merklich ab.



































„Die Schweiz ist Mitglied der EU“

Sieben von zehn Europäern (70%, -1 Prozentpunkt seit Herbst 2013) wissen, dass die Schweiz nicht Mitglied der EU ist. 16% (+3) geben an, die Antwort nicht zu wissen, und 14% (-2) geben die falsche Antwort.

In allen 28 Mitgliedstaaten beantwortet eine Mehrheit der Befragten diese Frage richtig. In 26 Mitgliedstaaten weiß eine absolute Mehrheit der Befragten die richtige Antwort, wobei sich ihr Anteil zwischen 94% in Österreich (+1 Prozentpunkt) und 51% im Vereinigten Königreich (-5) bewegt. In Lettland (49%) und Rumänien (48%) bleibt der Anteil der korrekten Antworten bei dieser Befragung unterhalb der 50-Prozent-Marke, die Gruppe der Befragten, die die richtige Antwort geben, stellt aber auch hier weiterhin die Mehrheit.

QA16 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die EU, ob diese Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist.

Richtige Antworten

		Die EU besteht zurzeit aus 28 Mitgliedstaaten.		Die Mitglieder des Europäischen Parlamentes werden direkt von den Bürgern jedes Mitgliedstaates gewählt		Die Schweiz ist Mitglied der EU	
		Richtig	Unt. Fr. 2014 - Hbt. 2013	Richtig	Unt. Fr. 2014 - Hbt. 2013	Falsch	Unt. Fr. 2014 - Hbt. 2013
	EU28	63%	+1	71%	+17	70%	-1
	BE	64%	-8	68%	+9	78%	-4
	BG	71%	-7	87%	+8	53%	-9
	CZ	73%	-1	78%	+23	69%	-1
	DK	72%	+1	90%	+25	76%	+3
	DE	66%	+6	64%	+17	88%	+1
	EE	67%	+3	78%	+22	60%	+1
	IE	64%	+1	76%	+12	61%	+7
	EL	73%	+2	94%	+11	66%	-1
	ES	57%	+1	70%	+21	57%	-1
	FR	69%	+7	62%	+18	81%	-1
	HR	78%	-7	85%	+13	79%	-5
	IT	65%	+4	65%	+18	72%	-4
	CY	70%	+2	92%	+3	52%	+1
	LV	67%	+4	83%	+22	49%	-8
	LT	71%	+2	89%	+13	59%	+5
	LU	80%	+11	76%	+22	91%	-1
	HU	74%	-1	79%	+22	65%	-3
	MT	66%	-3	96%	+5	61%	-8
	NL	56%	-4	72%	+28	79%	-5
	AT	79%	-6	66%	+11	94%	+1
	PL	68%	-5	81%	+12	59%	-1
	PT	73%	+15	79%	+23	68%	+1
	RO	65%	-4	82%	+11	48%	-3
	SI	74%	=	90%	+23	83%	=
	SK	82%	=	87%	+16	70%	+1
	FI	64%	-1	80%	+7	67%	-1
	SE	63%	+3	87%	+21	75%	-1
	UK	42%	-3	63%	+12	51%	-5
	CY (tcc)	63%	+3	50%	+6	41%	-5
	MK	52%	-4	56%	+6	65%	-5
	IS	49%	+3	60%	+19	68%	+2
	ME	67%	=	46%	+3	71%	+6
	RS	57%	-7	40%	-3	71%	+4
	TR	35%	-5	32%	-7	23%	+4

4. DIE DEMOKRATIE IN DER EUROPÄISCHEN UNION

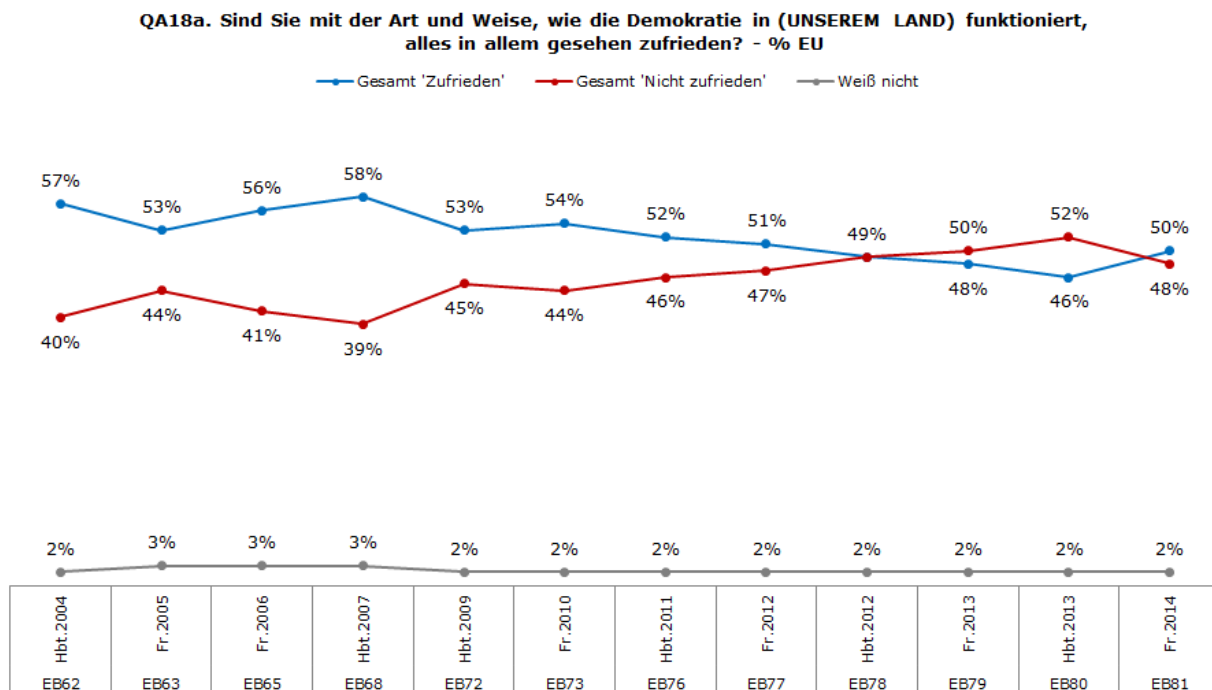
4.1. Die Funktionsweise der Demokratie

- Auf nationaler Ebene und europäischer Ebene kehrt sich das Verhältnis der Urteile über die Funktionsweise der Demokratie um, sodass die positive Meinung erneut überwiegt -

Die Demokratie auf nationaler Ebene

Zum ersten Mal seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2010 (EB73) ergibt diese Befragung keine Verschlechterung des Urteils der Europäer über die Funktionsweise ihrer nationalen Demokratie. Die positive Meinung gewinnt im Vergleich zum Herbst 2013 vier Prozentpunkte hinzu, während der Anteil des negativen Urteils um vier Prozentpunkte zurückgeht. Somit zeigt sich das Gesamturteil bei dieser Befragung im Gegensatz zur vorangegangenen positiv: der Zufriedenheitsindex zur Funktionsweise der nationalen Demokratie erreicht einen Wert von +2, während er im Herbst 2013 noch bei -6 lag.

Einer von zwei Europäern gibt an, mit der Funktionsweise der Demokratie in seinem Land zufrieden zu sein (50%), während 48% sich als nicht zufrieden bezeichnen. 2% (unverändert) lassen die Frage unbeantwortet⁴².



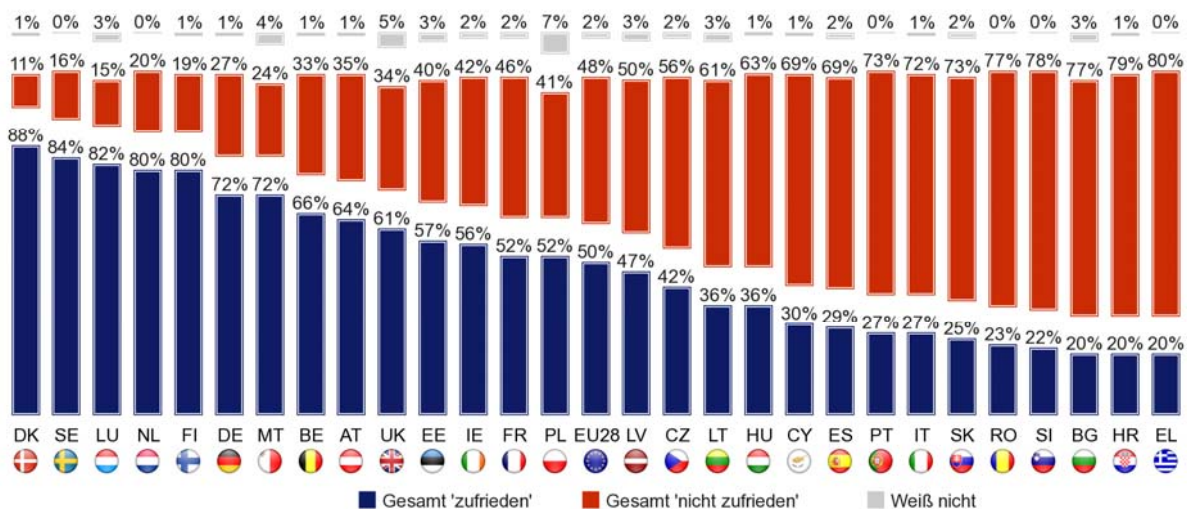
In den Ländern außerhalb der Eurozone lässt sich eine leichte Verbesserung des Urteil über die Funktionsweise der Demokratie auf nationaler Ebene beobachten, in dessen Folge die positiven Bewertungen erneut eine Mehrheit auf sich vereinen (50% gegenüber 46% im Vergleich zu 47% gegenüber 50% im Herbst 2013).

Zwar überwiegt in der Eurozone weiterhin das negative Urteil, es lässt sich jedoch auch hier eine tendenziell positive Entwicklung der Bewertungen feststellen (49% gegenüber 50% im Vergleich zu 46% gegenüber 53%).

Aufgrund der deutlichen Zunahme der Zufriedenheit mit der Funktionsweise der nationalen Demokratie überwiegt in Estland (57% gegenüber 40% im Vergleich zu 38% gegenüber 59% im Herbst 2013) derzeit die positive Beurteilung des Systems. Auch in Frankreich (52% gegenüber 46% im Vergleich zu 49% gegenüber 49% im Herbst 2013) wird die Funktionsweise der nationalen Demokratie bei dieser Befragung mehrheitlich positiv bewertet, sodass nunmehr in 14 Mitgliedstaaten die Zufriedenheit mit dem nationalen demokratischen System überwiegt. Wie schon bei den vorangegangenen Umfragen erreicht diese Zufriedenheit in den nordischen Ländern (88% in Dänemark, +1 Prozentpunkt; 84% in Schweden, unverändert; 80% in Finnland, +1), in den Beneluxländern (82% in Luxemburg, +3; 80% in den Niederlanden, +11; 66% in Belgien, -2) sowie in Deutschland (72%, +2) und auf Malta (72%, +3) die höchsten Werte. Innerhalb dieser Gruppe nimmt die Zufriedenheit in Estland (57%, +19) und in den Niederlanden (80%, +11) deutlich zu, während sie in Österreich (64%, -9) merklich abnimmt.

Folglich dominiert in 14 EU-Ländern die Unzufriedenheit mit dem nationalen demokratischen System, was sich am deutlichsten an den Ergebnissen in Griechenland (80%, -2 Prozentpunkte), in Kroatien (79%, -1), in Slowenien 78%, -3), in Bulgarien (77%, -7) und in Rumänien (77%, -7) ablesen lässt. Innerhalb dieser Ländergruppe steigt die Unzufriedenheit in der Slowakei (73%, +4) an, während sie in Litauen (61%, -14), in Portugal (73%, -12) und in der Tschechischen Republik (56%, -9) stark zurückgeht.






QA18a. Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in (UNSEREM LAND) funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala.



⁴² QA18a. Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in (UNSEREM LAND) funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala.

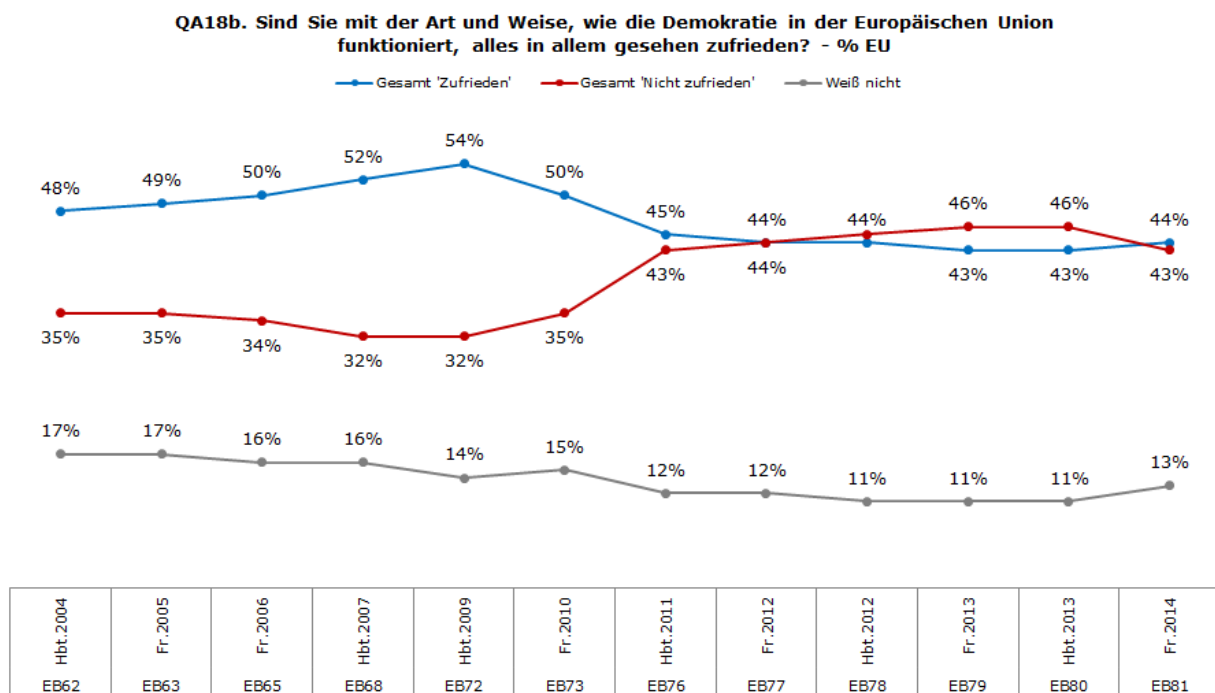
Die soziodemografische Analyse der Ergebnisse macht deutlich, dass die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie im eigenen Land weiterhin deutlich und strukturell von der gesellschaftlichen Position der Befragten bestimmt wird. So drücken 67% der Befragten, die sich zur „Oberschicht“ der Gesellschaft zählen, 65% der leitenden Angestellten und 58% derjenigen, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder länger fortgeführt haben, ihre Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie im eigenen Land aus, wogegen 74% derjenigen, die nach eigenen Angaben Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben, 65% der Arbeitslosen, 60% derjenigen, die sich der Arbeiterklasse zurechnen, und 58% derjenigen, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder zuvor beendet haben, sich unzufrieden zeigen.

QA18a. Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in (UNSEREM LAND) funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?

	Gesamt 'Zufrieden'	Gesamt 'Nicht zufrieden'	Weiß nicht
EU28	50%	48%	2%
EURO-ZONE	49%	50%	1%
NICHT EURO-ZONE	50%	46%	4%
 Geschlecht			
Mann	51%	48%	1%
Frau	49%	48%	3%
 Alter			
15-24	55%	42%	3%
25-39	48%	50%	2%
40-54	49%	49%	2%
55 +	50%	48%	2%
 Ausbildung (Ende der)			
15-	40%	58%	2%
16-19	47%	51%	2%
20+	58%	40%	2%
Studiert noch	60%	38%	2%
 Sozio-professionnelle Kategorie			
Selbstständige	51%	48%	1%
Managers	65%	34%	1%
Andere Angestellte	53%	46%	1%
Arbeiterinnen	45%	53%	2%
Hausfrauen / -männer	44%	51%	5%
Unemployed	33%	65%	2%
Rentner / Pensionäre	50%	48%	2%
Schüler / Studenten	60%	38%	2%
 Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
Meistens	25%	74%	1%
Gelegentlich	39%	59%	2%
Nahezu nie/ Nie	59%	39%	2%
Betrachten gehör			
Arbeiterklasse	38%	60%	2%
Mittelschicht	58%	40%	2%
Oberschicht	67%	32%	1%
Bild von der EU			
Positiv	67%	32%	1%
Neutral	48%	49%	3%
Negativ	31%	68%	1%

Die Demokratie in der Europäischen Union

Die fortlaufende Verschlechterung des Urteils über die Funktion der Demokratie in der EU, die seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2010 (EB73) zu beobachten ist, erweist sich bei dieser Befragung ebenfalls als gestoppt. Es lässt sich sogar eine leicht positive Tendenz des Urteils feststellen. **Der Anstieg der Zufriedenheit um einen Prozentpunkt (44% insgesamt „zufrieden“) und der gleichzeitige Rückgang der Unzufriedenheit um drei Prozentpunkte (43%) sorgen für einen mit +1 erneut positiven Zufriedenheitsindex**, während dieser Index bei den zwei vorangegangenen Standard-Eurobarometer-Befragungen im Herbst und Frühjahr 2013 bei -3 lag⁴³.



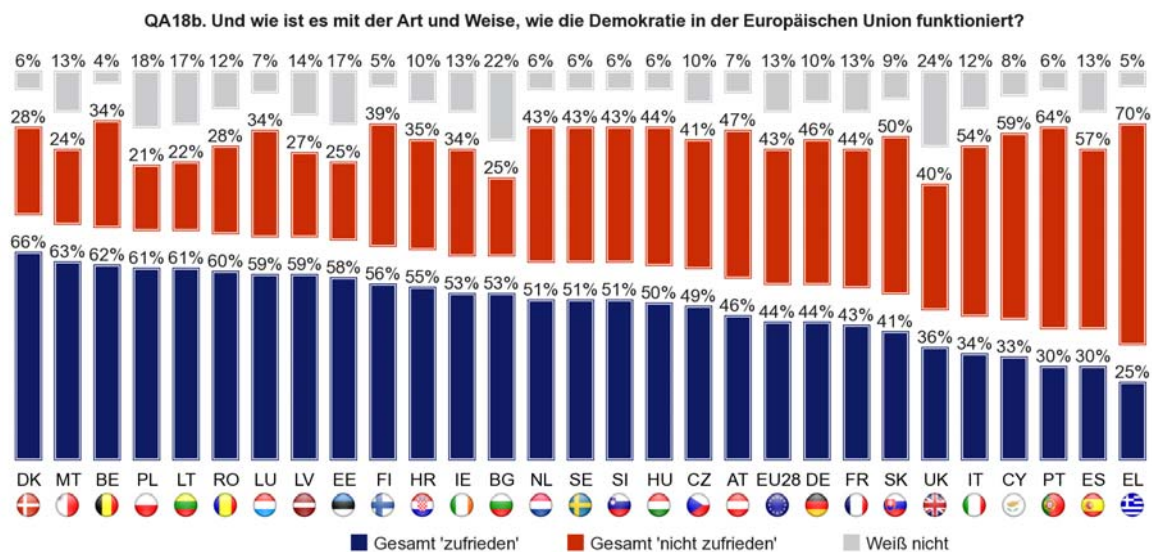
In den Ländern der Eurozone (41% gegenüber 48% im Vergleich zu 40% gegenüber 51% im Herbst 2013) überwiegt im Verhältnis von Zufriedenheit und Unzufriedenheit die negative Seite, das Urteil kann sich jedoch leicht verbessern. In den Ländern, die nicht zur Eurozone gehören, bleibt der Indexwert hingegen positiv (50% gegenüber 33% im Vergleich zu 50% gegenüber 35%).

Im Gegensatz zum Herbst 2013 erreicht der Index in den Niederlanden (50% gegenüber 43% im Vergleich zu 43% gegenüber 50%) und in Slowenien (51% gegenüber 43% im Vergleich zu 40% gegenüber 54%) bei dieser Befragung positive Werte. Auch in Deutschland ist der Wert nunmehr positiv, obwohl der Vorsprung der Zufriedenheit dünn bleibt (44% gegenüber 46% im Vergleich zu 48% gegenüber 45%).

⁴³ QA18b. Und wie ist es mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert?

In 18 Mitgliedstaaten ist eine Mehrheit der Befragten mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU zufrieden, wobei diese Zufriedenheit in Dänemark (66%, +3 Prozentpunkte), auf Malta (63%, +1), in Belgien (62%, +1), in Polen (61%, -8), in Litauen (61%, +10) und in Rumänien (60%, +11) besonders hoch ausfällt. In Rumänien (60%, +11), in Kroatien (55%, +11), in Slowenien (51%, +11), in Litauen (61%, +10) und in Estland (58%, +9) nimmt die Zufriedenheit mit dem demokratischen System der EU deutlich zu. In Polen (61%, -8) und Ungarn (50%, -6) geht sie dagegen merklich zurück.


Die Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU kann in zehn Mitgliedstaaten eine Mehrheit auf sich vereinen. In Griechenland (70%, -5 Prozentpunkte), in Portugal (64%, -11), auf Zypern (59%, -2), in Spanien (57%, -2), in Italien (54%, -4) und in der Slowakei (50%, -2) handelt es sich um eine absolute Mehrheit; in Österreich (47% gegenüber 46% im Vergleich zu 54% gegenüber 42%), in Deutschland (46% gegenüber 44% im Vergleich zu 45% gegenüber 48%), in Frankreich (44% gegenüber 43% im Vergleich zu 47% gegenüber 41%) und im Vereinigten Königreich (40% gegenüber 36% im Vergleich zu 45% gegenüber 36%) um eine relative Mehrheit. Die auffälligste Entwicklung innerhalb dieser Gruppe ist in Portugal zu beobachten, wo die Unzufriedenheit stark zurückgeht (64%, -11).





Europäer, die in bescheidenen Verhältnissen leben, sind mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU mehrheitlich unzufrieden: 60% der Befragten, die Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen; 53% der Arbeitslosen und 50% derjenigen, die ihre Ausbildung mit 15 Jahren oder früher beendet haben, zeigen sich unzufrieden. Befragte, die den privilegierten Schichten angehören, sind hingegen überwiegend zufrieden: dies trifft etwa auf 53% der leitenden Angestellten und 50% derjenigen, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder länger fortgesetzt haben, zu. Zudem nimmt die Zufriedenheit mit der demokratischen Funktion der EU mit steigendem Alter linear ab: 53% der 15-24-jährigen, 45% der 25-39-jährigen, 43% der 40-54-jährigen und 40% der Befragten im Alter von 55 Jahren und mehr sind zufrieden. Schließlich gilt: Je positiver das Bild der Befragten von der EU ist, desto zufriedener sind sie mit der Funktionsweise ihrer Demokratie. So sind 70% derjenigen, die mit der EU ein positives Bild verbinden, mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU zufrieden, während dies auf 39% derjenigen, die ein neutrales Bild von der EU haben, und auf nur 16% derjenigen zutrifft, die ein negatives Bild mit ihr verbinden.


QA18b. Und wie ist es mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert?

	Gesamt 'Zufrieden'	Gesamt 'Nicht zufrieden'	Weiß nicht
EU28	44%	43%	13%
EURO-ZONE	41%	48%	11%
NICHT EURO-ZONE	50%	33%	17%


 Geschlecht			
Mann	46%	45%	9%
Frau	42%	42%	16%

 Alter			
15-24	53%	35%	12%
25-39	45%	44%	11%
40-54	43%	46%	11%
55 +	40%	44%	16%

 Ausbildung (Ende der)			
15-	33%	50%	17%
16-19	41%	45%	14%
20+	50%	41%	9%
Studiert noch	58%	33%	9%

 Sozio-professionnelle Kategorie			
Selbstständige	50%	43%	7%
Leitende Angestellte	53%	38%	9%
Andere Angestellte	47%	42%	11%
Arbeiterinnen	40%	47%	13%
Hausfrauen / -männer	41%	41%	18%
Arbeitslose	33%	53%	14%
Rentner / Pensionäre	39%	44%	17%
Schüler / Studenten	58%	33%	9%

 Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
Meistens	26%	60%	14%
Gelegentlich	40%	48%	12%
Nahezu nie/ Nie	48%	40%	12%

















 Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala			
Niedrig (1-4)	32%	54%	14%
Mittel (5-6)	44%	42%	14%
Hoch (7-10)	55%	37%	8%

Betrachten gehör			
Arbeiterklasse	36%	48%	16%
Mittelschicht	49%	40%	11%
Oberschicht	65%	30%	5%
















Bild von der EU			
Positiv	70%	22%	8%
Neutral	39%	44%	17%
Negativ	16%	74%	10%

Die nachstehenden Tabellen zeigen die nach soziodemografischen Kriterien aufgeschlüsselten Ergebnisse für den Durchschnitt der gesamten Europäischen Union (EU28), die sechs größten EU-Länder sowie für vier von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffene Länder.

QA18a. Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in (UNSEREM LAND) funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?

Gesamt 'Zufrieden'											
	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	50%	72%	29%	52%	27%	52%	61%	20%	27%	56%	30%
 Geschlecht											
Männlich	51%	71%	28%	55%	26%	50%	64%	20%	27%	59%	35%
Weiblich	49%	73%	31%	49%	28%	53%	58%	19%	27%	53%	25%
 Alter											
15-24	55%	67%	33%	64%	29%	63%	64%	18%	35%	59%	28%
25-39	48%	68%	21%	50%	28%	56%	58%	18%	24%	53%	23%
40-54	49%	70%	31%	50%	28%	50%	62%	18%	29%	55%	31%
55 +	50%	77%	34%	49%	25%	44%	60%	23%	25%	59%	36%
 Ausbildung (Ende der)											
15-	40%	68%	29%	40%	21%	37%	54%	19%	24%	46%	24%
16-19	47%	72%	29%	46%	28%	43%	54%	19%	25%	51%	33%
20+	58%	74%	32%	57%	35%	56%	70%	20%	36%	63%	29%
Studiert noch	60%	79%	32%	66%	33%	75%	73%	20%	36%	69%	36%
 Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	51%	70%	33%	69%	34%	52%	74%	24%	15%	60%	30%
Leitende Angestellte	65%	78%	39%	58%	51%	67%	66%	24%	40%	62%	35%
Andere Angestellte	53%	78%	35%	54%	28%	60%	56%	15%	30%	61%	27%
Arbeiter	45%	62%	24%	47%	22%	42%	53%	16%	27%	48%	32%
Hausfrauen / -männer	44%	77%	43%	45%	19%	58%	55%	21%	27%	48%	21%
Arbeitslose	33%	51%	21%	36%	13%	36%	58%	15%	21%	54%	20%
Rentner / Pensionäre	50%	77%	31%	50%	27%	46%	60%	22%	26%	57%	32%
Schüler / Studenten	60%	79%	32%	66%	33%	75%	73%	20%	36%	69%	36%
 Image of the EU											
Positive	67%	88%	51%	71%	45%	69%	77%	48%	49%	75%	48%
Neutral	48%	73%	27%	48%	26%	40%	61%	19%	24%	49%	32%
Negative	31%	41%	15%	33%	12%	13%	53%	6%	9%	30%	15%

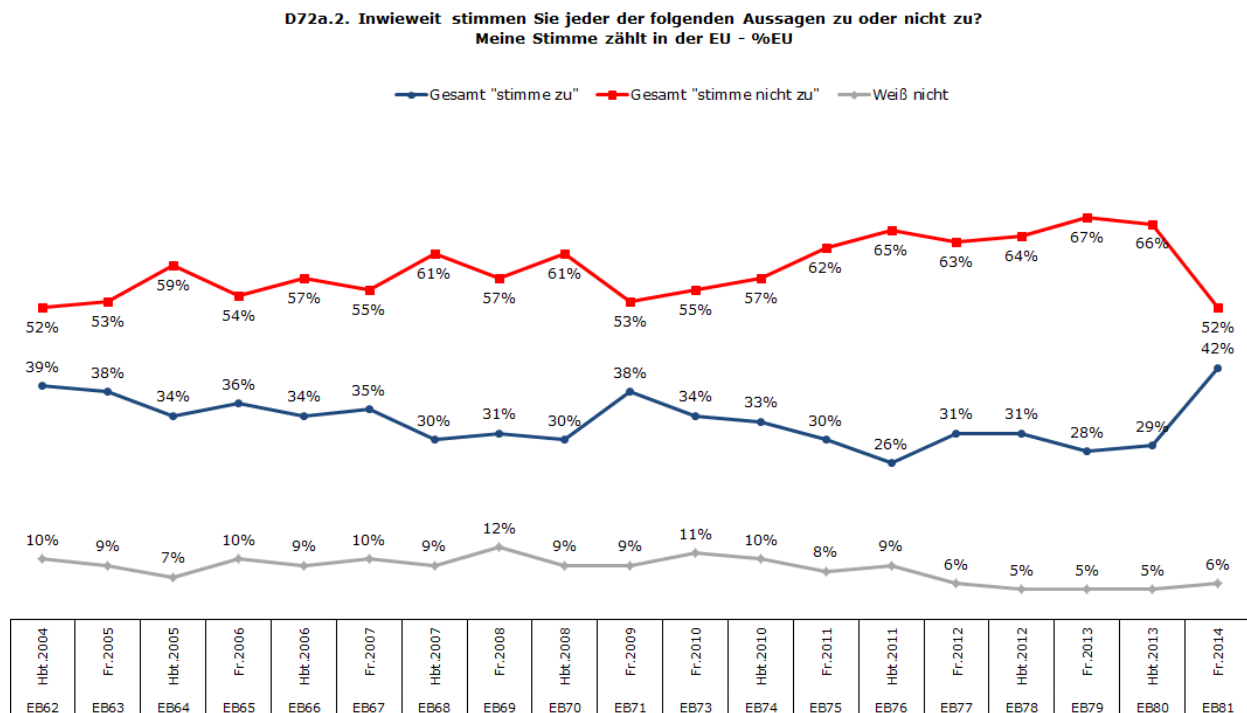
QA18b. Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?

Gesamt 'Zufrieden'											
	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	44%	44%	30%	43%	34%	61%	36%	25%	30%	53%	33%
 Geschlecht											
Männlich	46%	45%	33%	49%	35%	61%	38%	27%	32%	58%	36%
Weiblich	42%	44%	28%	37%	34%	60%	34%	24%	28%	50%	31%
 Alter											
15-24	53%	46%	42%	62%	37%	71%	48%	32%	46%	61%	40%
25-39	45%	44%	24%	42%	35%	67%	39%	28%	30%	52%	30%
40-54	43%	39%	30%	40%	41%	61%	37%	21%	29%	56%	30%
55 +	40%	48%	30%	38%	29%	51%	27%	25%	26%	50%	35%
 Ausbildung (Ende der)											
15-	33%	42%	24%	32%	28%	42%	22%	21%	25%	41%	22%
16-19	41%	42%	32%	35%	35%	55%	30%	23%	31%	47%	32%
20+	50%	48%	34%	48%	44%	66%	47%	27%	35%	64%	39%
Studiert noch	58%	59%	37%	61%	44%	81%	55%	34%	47%	69%	42%
 Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	50%	41%	40%	58%	43%	66%	56%	30%	20%	64%	32%
Leitende Angestellte	53%	52%	45%	61%	56%	75%	41%	26%	34%	63%	53%
Andere Angestellte	47%	45%	39%	40%	40%	69%	40%	26%	41%	62%	34%
Arbeiter	40%	36%	24%	37%	31%	55%	33%	23%	30%	47%	28%
Hausfrauen / -männer	41%	47%	30%	36%	32%	70%	29%	29%	33%	42%	27%
Arbeitslose	33%	33%	24%	30%	21%	45%	40%	20%	23%	49%	21%
Rentner / Pensionäre	39%	45%	31%	37%	27%	52%	24%	22%	27%	50%	31%
Schüler / Studenten	58%	59%	37%	61%	44%	81%	55%	34%	47%	69%	42%
Image of the EU											
Positiv	67%	88%	51%	71%	45%	69%	77%	48%	49%	75%	48%
Neutral	48%	73%	27%	48%	26%	40%	61%	19%	24%	49%	32%
Negativ	31%	41%	15%	33%	12%	13%	53%	6%	9%	30%	15%

4.2. Werden persönliche Interessen auf nationaler Ebene und europäischer Ebene ausreichend berücksichtigt?

- Die europäische Bevölkerung hat zunehmend das Gefühl, dass die Stimme des Einzelnen in der EU zählt -

Die Europawahl im Mai 2014 hat einem großen Teil der europäischen öffentlichen Meinung das Gefühl zurückgegeben, dass die Stimme des Einzelnen in der Europäischen Union zählt: **Mit 42% ist der Anteil der Europäer, die der Ansicht sind, dass ihre Stimme „in der EU zählt“ im Vergleich zum Herbst 2013 um 13 Prozentpunkte gestiegen.** Innerhalb des gleichen Zeitraums ist der Prozentanteil derjenigen, die glauben, dass ihre Stimme nicht zählt, um 14 Prozentpunkte auf 52% gefallen. Dennoch wird diese negative Meinung weiterhin von einer Mehrheit der Befragten in Europa vertreten. Das Verhältnis zwischen den beiden Lagern ist jedoch derzeit das positivste, das je für diesen Indikator ermittelt wurde⁴⁴.

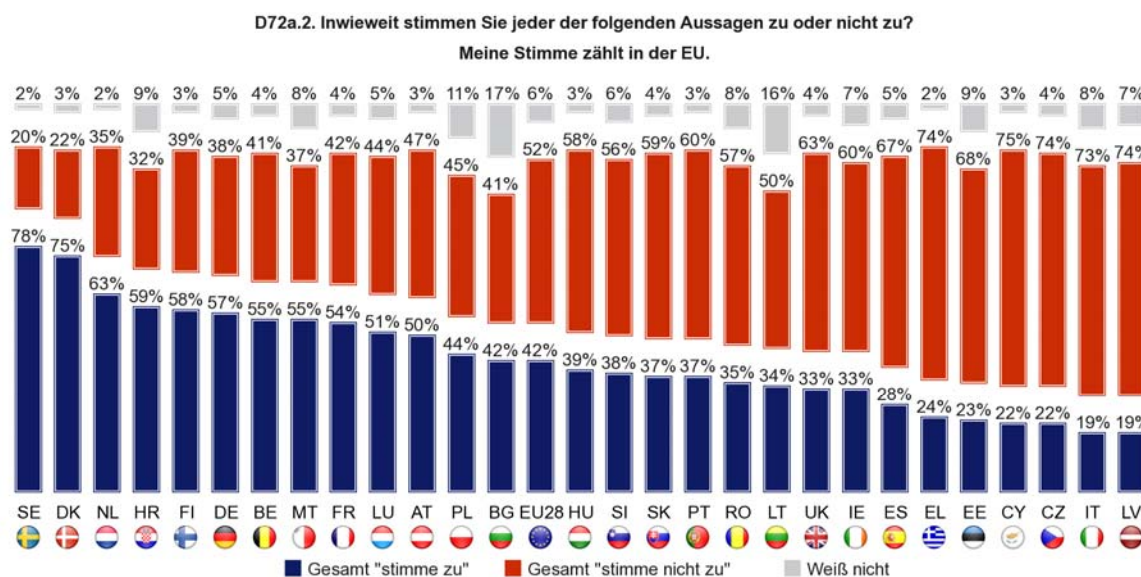


In allen Mitgliedstaaten steigt das Gefühl, die eigene Stimme zähle in der EU, im Vergleich zum Herbst 2013 an, in geringem Maße in Italien (19%, +2 Prozentpunkte), in Irland (33%, +2), in Ungarn (39%, +2) und in der Tschechischen Republik (22%, +3) und in beträchtlichem Umfang in Schweden (78%, +31), in den Niederlanden (63%, +23), in Finnland (58%, +20), in Portugal (37%, +19), in Dänemark (75%, +18), in Frankreich (54%, +18), in Kroatien (59%, +17), in Deutschland (57%, +16), in Österreich (50%, +16), in Bulgarien (42%, +16) und in Rumänien (35%, +16).

⁴⁴ D72a.2. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Meine Stimme zählt in der EU.

Diese beachtlichen Entwicklungen führen dazu, dass nunmehr in 12 Mitgliedstaaten eine Mehrheit der Befragten den Eindruck hat, dass die eigene Stimme in der EU zählt (Schweden, Dänemark, Niederlande, Kroatien, Finnland, Deutschland, Belgien, Malta, Frankreich, Luxemburg, Österreich, Bulgarien), während dies im Herbst 2013 lediglich für Dänemark galt.

In den 16 übrigen EU-Ländern herrscht weiter das Gefühl vor, dass die eigene Stimme in der EU nicht zählt. Auf Zypern (75%, -11 Prozentpunkte), in Lettland (74%, -3), in Griechenland (74%, -12), in der Tschechischen Republik (74%, -5) und in Italien (73%, -6) kann es sogar je etwa drei Viertel der Befragten auf sich vereinen.

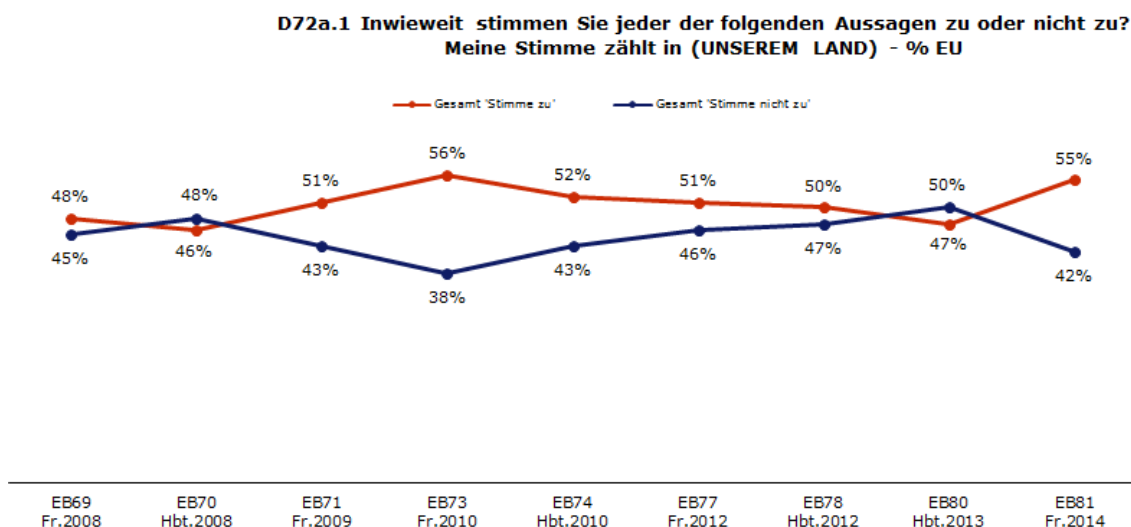
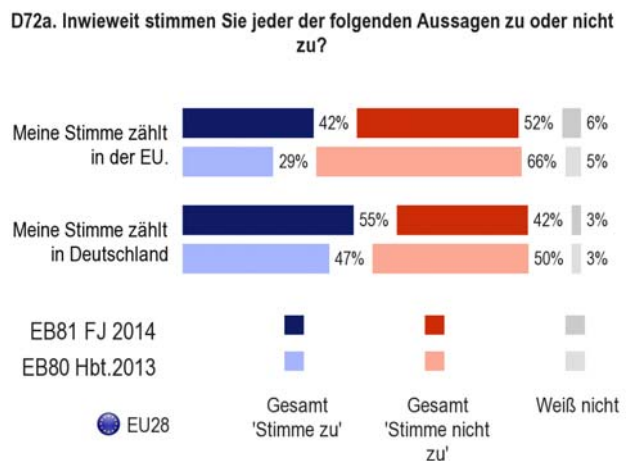


Zwar verbessert sich das Urteil zu diesem Aspekt insgesamt in allen diesen Mitgliedstaaten – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – die Bewertungsunterschiede zeigen sich jedoch bei diesem Indikator ebenso deutlich ausgeprägt wie zuvor: die maximale Differenz ergibt sich zwischen Schweden und Lettland und beträgt 59 Prozentpunkte. Das Verhältnis der Meinungen zwischen den Ländern, in denen das Gefühl, dass die eigene Stimme in der EU zählt, am stärksten ist, und den Ländern, wo es am schwächsten ist, ist nahezu umgekehrt symmetrisch.

Das Gefühl, dass „meine Stimme in (UNSEREM LAND) zählt“

Das Gefühl, dass die eigene Stimme im eigenen Land zählt, nimmt im Ergebnis dieser Befragung ebenfalls deutlich zu.

Es bleibt daher, wie bei sämtlichen vorangegangenen Standard-Eurobarometer-Befragungen, weit stärker ausgeprägt als das Gefühl, die eigene Stimme zähle in der EU. 55% der Europäer (+8 Prozentpunkte) haben den Eindruck, dass ihre Stimme im eigenen Land zählt, während 42% (-8) das Gegenteil empfinden. Aufgrund dieser Entwicklungen zeigt sich das Meinungsbild zu diesem Indikator erneut überwiegend positiv⁴⁵.



In der Slowakei (51% gegenüber 47% im Vergleich zu 45% gegenüber 54% im Herbst 2013) sowie im Vereinigten Königreich (58% gegenüber 40% im Vergleich zu 44% gegenüber 53%) herrscht aktuell der Eindruck vor, dass die eigene Stimme zählt. In Slowenien, wo zuvor das negative Urteil deutlich überwog (42% gegenüber 56%), zeigt sich das Bewertungsverhältnis nunmehr ausgeglichen (48% gegenüber 48%). Insgesamt erreicht das Gefühl, die eigene Stimme zähle im eigenen Land, in 14 Mitgliedstaaten eine Mehrheit, wobei die höchsten Anteile in den nordischen Ländern (95% in Schweden, +4 Prozentpunkte; 94% in Dänemark, +1; 80% in Finnland, +2), in den Niederlanden (82%, +6), in Deutschland (76%, +4) und in Österreich (75%, +3) erzielt werden.

⁴⁵ D72a.1. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Meine Stimme zählt in (UNSEREM LAND)

In 13 Mitgliedstaaten hat lediglich eine Minderheit dieses Gefühl. Mit Ausnahme von Ungarn (41%, -3 Prozentpunkte), nimmt dieser Eindruck jedoch in allen diesen Ländern zu, zum Teil sogar beträchtlich: Portugal (48%, +16), Rumänien (33%, +13), Bulgarien (41%, +12), Griechenland (31%, +11), Spanien (33%, +10), Litauen (28%, +9), Irland (48%, +7), Italien (24%, +7), Lettland (33%, +6), Estland (42%, +6), Tschechische Republik (39%, +3) und Zypern (24%, +2).

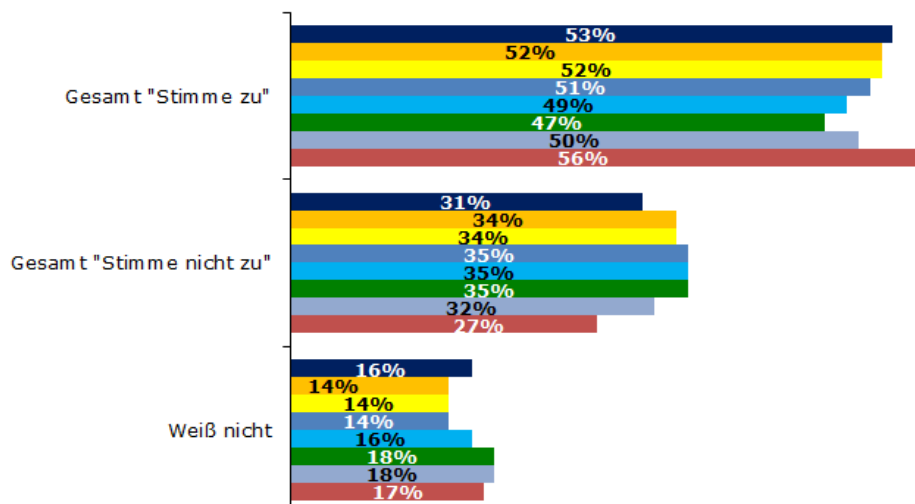
5. DIE EUROPÄER UND DIE GLOBALISIERUNG

5.1. Ist die Globalisierung eine Chance für wirtschaftliches Wachstum?

Die positive Ansicht zur Rolle der Globalisierung für das wirtschaftliche Wachstum hält weiterhin eine deutliche Mehrheit in der europäischen öffentlichen Meinung. Mehr als einer von zwei Europäern (53%, +1 Prozentpunkt im Vergleich zum Herbst 2013) stimmt der Aussage zu, die Globalisierung sei „eine Chance für wirtschaftliches Wachstum“. Weniger als ein Drittel der Befragten (31%, -3) gibt an, mit dieser Darstellung nicht einverstanden zu sein, und 16% (+2) äußern keine Meinung⁴⁶.

QA19a.2 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?
Globalisierung ist eine Chance für wirtschaftliches Wachstum
-%EU

■ EB81 Fr.2014 ■ EB80 Hbt.2013 ■ EB79 Fr. 2013 ■ EB78 Hbt.2012 ■ EB77 Fr.2012 ■ EB76 Hbt.2011 ■ EB75 Fr.2011 ■ EB73 Fr.2010



Im Ergebnis dieser Befragung erreicht die positive Aussage zur Globalisierung in Frankreich (46% gegenüber 42% im Vergleich zu 44% gegenüber 46% im Herbst 2013) und Italien (42% gegenüber 41% im Vergleich zu 32% gegenüber 56%) eine Mehrheit, obwohl dort noch im Herbst 2013 lediglich eine Minderheit dieser Darstellung zustimmte. Somit **wird in nur noch drei EU-Ländern die Globalisierung nicht mehrheitlich als Triebkraft des Wirtschaftswachstums wahrgenommen**, nämlich in Griechenland (57%, -12 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013), auf Zypern (48% gegenüber 38% im Vergleich zu 57% gegenüber 32%) und in der Tschechischen Republik (46% gegenüber 39% im Vergleich zu 47% gegenüber 43%). Die negative Wahrnehmung geht zudem in Griechenland (57%, -12) und auf Zypern (48%, -9) stark zurück.

⁴⁶ QA19a.2 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Globalisierung ist eine Chance für wirtschaftliches Wachstum.

In 25 Mitgliedstaaten wird die Globalisierung vorherrschend positiv bewertet, in 18 dieser Länder kann diese Einschätzung sogar eine absolute Mehrheit der Befragten auf sich vereinen. In Schweden (77%, -3 Prozentpunkt), in Dänemark (75%, -4), auf Malta (73%, +13) und in den Niederlanden (73%, +2) findet diese Bewertung die höchste Zustimmung. Im Vergleich zum Herbst 2013 nimmt die Zustimmung auf Malta (73%, +13), in Italien (42%, +10 gegenüber 41%, -15), in Litauen (62%, +9) und in Rumänien (48%, +9 gegenüber 32%, -3) deutlich zu. In Finnland (66%, -7), in Belgien (52%, -7) und in Ungarn (52%, -7) nimmt sie dagegen merklich ab.

In den Kandidatenländern:

- In Montenegro stimmen die Befragten der positiven Sichtweise der Globalisierung mehrheitlich zu (44%, +6 Prozentpunkt, gegenüber 35%, -7), in der Türkei hingegen überwiegt nach einem beträchtlichen Rückgang der Zustimmung nunmehr die ablehnende Haltung (29%, -25 gegenüber 38%, +4);
- Eine Mehrheit der Befragten in Island (65%, -2 Prozentpunkte, gegenüber 25%, +5), aber auch in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (52%, +7, gegenüber 30%, +2) betrachtet die Globalisierung als Chance für wirtschaftliches Wachstum.
- Dagegen dominiert in Serbien die gegenteilige Ansicht (35%, unverändert, gegenüber 40%, -3 Prozentpunkte).

QA19a.2 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?
Globalisierung ist eine Chance für wirtschaftliches Wachstum












	Gesamt 'Stimme zu'		Gesamt 'Stimme nicht zu'		Weiß nicht	
	EB81 Fr.2014	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	EB81 Fr.2014	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	EB81 Fr.2014	Unt. Fr.2014-Hbt.2013
EU28	53%	+1	31%	-3	16%	+2
EURO-ZONE	52%	+2	34%	-4	14%	+2
NICHT EURO-ZONE	53%	=	27%	-1	20%	+1
SE	77%	-3	17%	+1	6%	+2
DK	75%	-4	16%	+3	9%	+1
MT	73%	+13	11%	-4	16%	-9
NL	73%	+2	17%	-4	10%	+2
DE	68%	-1	23%	+2	9%	-1
FI	66%	-7	24%	+3	10%	+4
IE	62%	=	21%	-1	17%	+1
LT	62%	+9	18%	-4	20%	-5
HR	58%	+1	28%	-6	14%	+5
LU	58%	-2	30%	=	12%	+2
SI	58%	+6	30%	-7	12%	+1
AT	57%	+4	36%	-3	7%	-1
EE	55%	-2	23%	-6	22%	+8
UK	54%	=	22%	-6	24%	+6
BE	52%	-7	40%	+3	8%	+4
HU	52%	-7	39%	+9	9%	-2
PL	52%	=	27%	+3	21%	-3
LV	50%	-6	30%	+2	20%	+4
PT	49%	+6	35%	-1	16%	-5
SK	49%	=	36%	-3	15%	+3
RO	48%	+9	32%	-3	20%	-6
FR	46%	+2	42%	-4	12%	+2
IT	42%	+10	41%	-15	17%	+5
BG	41%	-5	28%	=	31%	+5
ES	41%	-3	32%	-3	27%	+6
CZ	39%	-4	46%	-1	15%	+5
CY	38%	+6	48%	-9	14%	+3
EL	37%	+10	57%	-12	6%	+2
CY(tcc)	65%	+17	21%	-11	14%	-6
IS	65%	-2	25%	+5	10%	-3
MK	52%	+7	30%	+2	18%	-9
ME	44%	+6	35%	-7	21%	+1
RS	35%	=	40%	-3	25%	+3
TR	29%	-25	38%	+4	33%	+21

Die soziodemografische Analyse macht eine Reihe von Unterschieden zwischen verschiedenen Kategorien der europäischen Bevölkerung erkennbar: die positive Wahrnehmung der Globalisierung ist unter den jungen Befragten (66% der 15–24-jährigen) und den in der Gesellschaft am besten gestellten Schichten (67% der leitenden Angestellten; 64% derjenigen, die sich zur Oberschicht der Gesellschaft zählen; 61% derjenigen, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder länger fortgeführt haben) am weitesten verbreitet. Hingegen ist eine knappe Mehrheit der Befragten, die meistens Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben (44% „stimme nicht zu“ gegenüber 36%), sowie derjenigen, die sich selbst zur Unterschicht der Gesellschaft zählen (39% gegenüber 38%), nicht damit einverstanden, die Globalisierung als Chance für wirtschaftliches Wachstum zu bezeichnen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die nach soziodemografischen Kriterien aufgeschlüsselten Ergebnisse für den Durchschnitt der gesamten Europäischen Union (EU28), für die sechs größten EU-Länder und für vier von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffene Länder.

QA19a.2 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?

Globalisierung ist eine Chance für wirtschaftliches Wachstum - Gesamt 'Stimme zu'

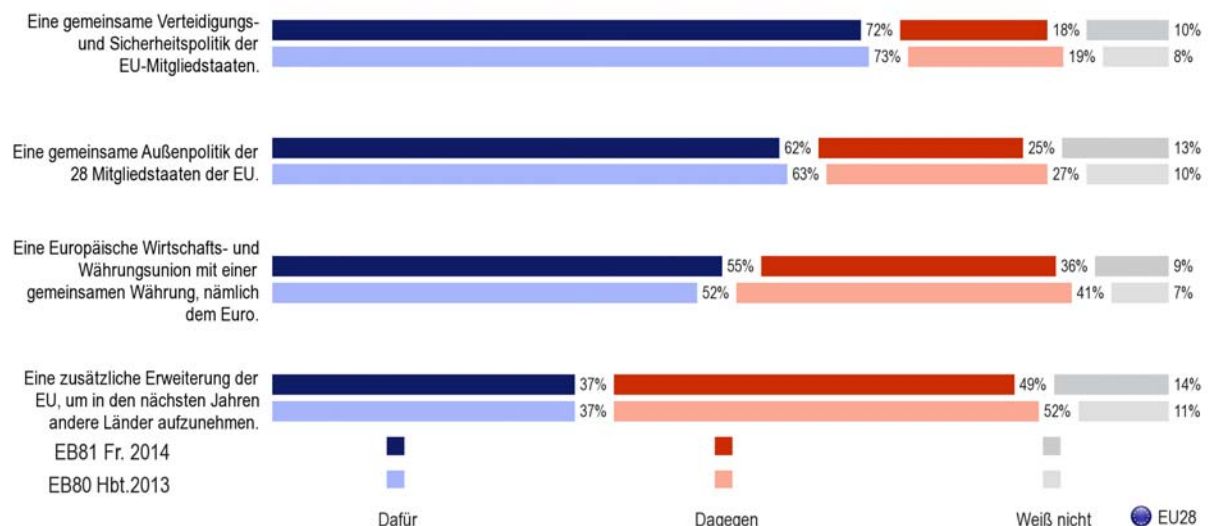
	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	53%	68%	41%	46%	42%	52%	54%	37%	49%	62%	38%
Geschlecht											
Männlich	57%	71%	46%	49%	45%	54%	61%	39%	53%	69%	37%
Weiblich	49%	65%	37%	43%	38%	50%	46%	35%	47%	56%	39%
Alter											
15-24	66%	72%	63%	76%	49%	63%	67%	56%	65%	65%	51%
25-39	56%	68%	42%	48%	44%	59%	63%	43%	56%	63%	46%
40-54	52%	63%	39%	43%	43%	52%	51%	35%	54%	64%	33%
55 +	46%	69%	35%	35%	36%	42%	42%	29%	38%	56%	28%
Ausbildung (Ende der)											
15-	38%	56%	32%	36%	28%	28%	38%	22%	38%	49%	24%
16-19	51%	68%	42%	39%	43%	45%	47%	39%	57%	56%	32%
20+	61%	72%	48%	47%	53%	62%	67%	39%	65%	70%	48%
Studiert noch	70%	83%	59%	77%	53%	64%	78%	60%	71%	71%	59%
Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	58%	67%	57%	58%	46%	59%	67%	42%	59%	70%	39%
Leitende Angestellte	67%	73%	52%	50%	65%	70%	67%	44%	71%	72%	40%
Andere Angestellte	57%	63%	59%	55%	54%	55%	45%	41%	61%	72%	48%
Arbeiter	49%	62%	38%	38%	32%	47%	51%	35%	52%	55%	29%
Hausfrauen / -männer	45%	70%	28%	30%	41%	66%	43%	36%	35%	47%	29%
Arbeitslose	44%	56%	37%	44%	30%	42%	55%	29%	42%	56%	28%
Rentner / Pensionäre	45%	70%	36%	38%	30%	44%	40%	27%	37%	63%	31%
Schüler / Studenten	70%	83%	59%	77%	53%	64%	78%	60%	71%	71%	59%

III. DIE EUROPÄISCHE UNION HEUTE UND MORGEN

1. DIE UNTERSTÜTZUNG DER EUROPÄISCHEN POLITIK

Die zunehmende Unterstützung der Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, dem Euro, ist die wichtigste Entwicklung, die im Vergleich zur Befragung vom Herbst 2013 bei dieser Standard-Eurobarometer-Befragung zu verzeichnen ist. Veränderungen fallen hier weniger deutlich aus als die zu anderen Aspekten der europäischen Politik erhobenen Entwicklungen. Die europäische öffentliche Meinung befürwortet somit weiterhin ganz überwiegend eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sowie eine gemeinsame Außenpolitik, lehnt aber eine Erweiterung der EU in den nächsten Jahren mit großer Mehrheit ab.

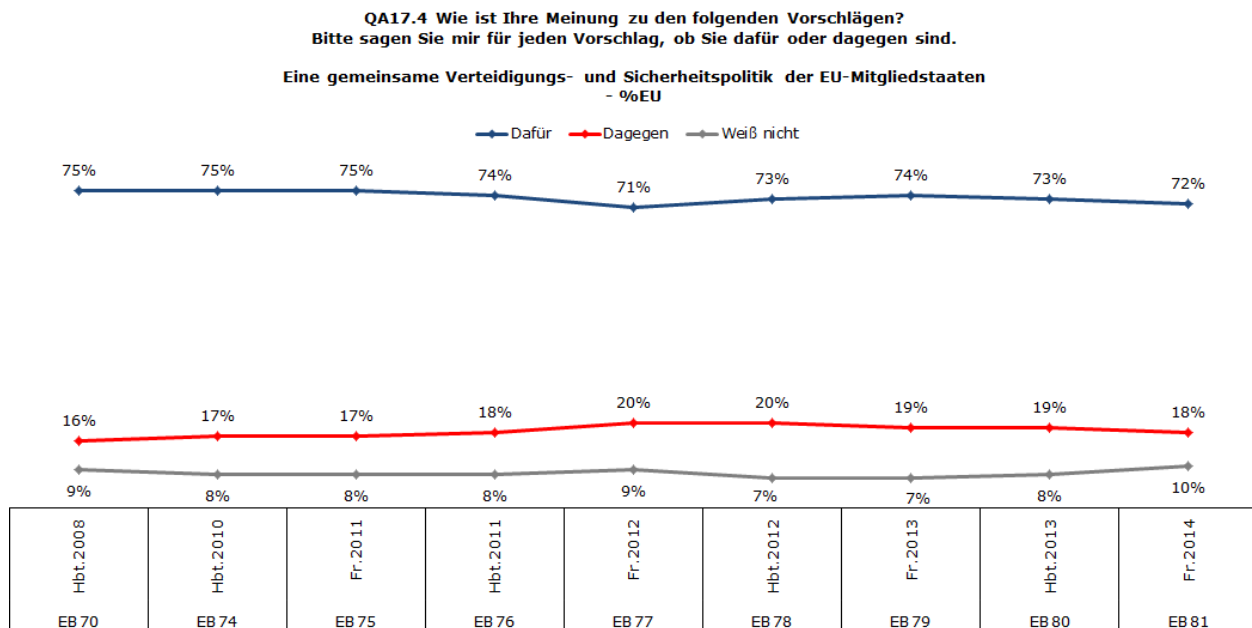
QA17. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.



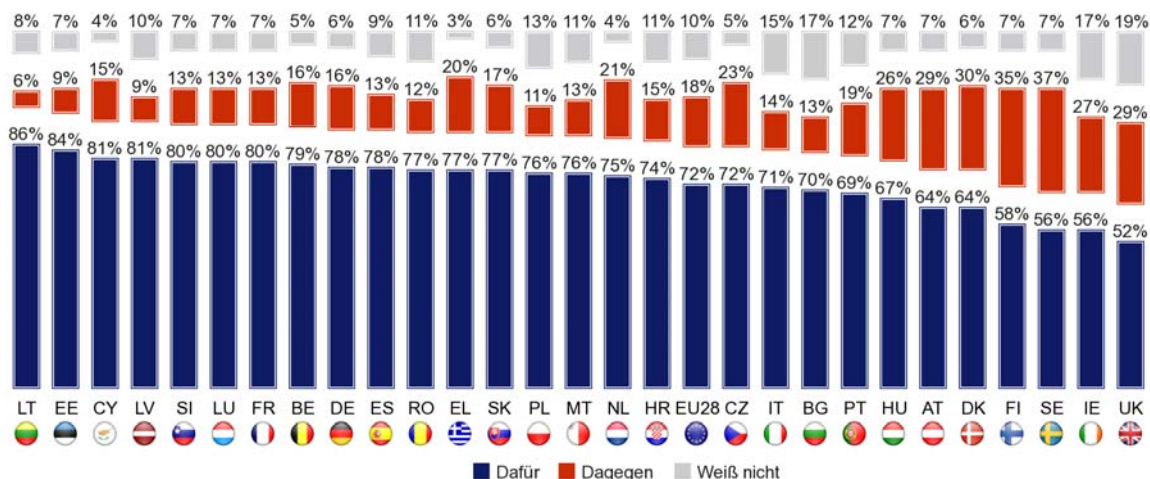
Eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten

Mehr als sieben von zehn Europäern (72%, -1 Prozentpunkt im Vergleich zur Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013) geben an, das Prinzip einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten zu befürworten. 18% (-1) sind gegen eine solche Politik und 10% (+2) äußern keine Meinung⁴⁷. Die zu diesem Indikator bei den verschiedenen Standard-Eurobarometer-Befragungen festgestellten Veränderungen bleiben insgesamt gering, sodass diese Politik auch langfristig auf breite und dauerhafte Unterstützung trifft.

⁴⁷ QA17.4. Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. Eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten.



QA17.4. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten.

Die länderspezifische Analyse der Ergebnisse zeigt, dass der Wunsch nach einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik einen breiten Konsens findet: In allen Ländern der EU teilt eine absolute Mehrheit der Befragten diesen Wunsch, wobei die höchste Zustimmung zu einer solchen Politik in den baltischen Ländern (86% in Litauen, +4 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013; 84% in Estland, unverändert; 81% in Lettland, -6), auf Zypern (81%, =), in Luxemburg (80%, -4), in Frankreich (80%, +3) und in Slowenien (80%, +1) festgestellt wird. Der Anteil der Befragten, die eine gemeinsame europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ablehnen, liegt in den nordischen Ländern (37% in Schweden, -1; 35% in Finnland, -2; 30% in Dänemark, +1), im Vereinigten Königreich (29%, -3) und in Österreich (29%, -2) signifikant über dem EU-Durchschnitt (18%, UE28). Die Unterstützung dieser Politik verstärkt sich auf Malta (76%, +7), schwächt sich aber in Bulgarien (70%, -11), in der Slowakei (77%, -8), in der Tschechischen Republik (72%, -8) und in Kroatien (74%, -8) deutlich ab.

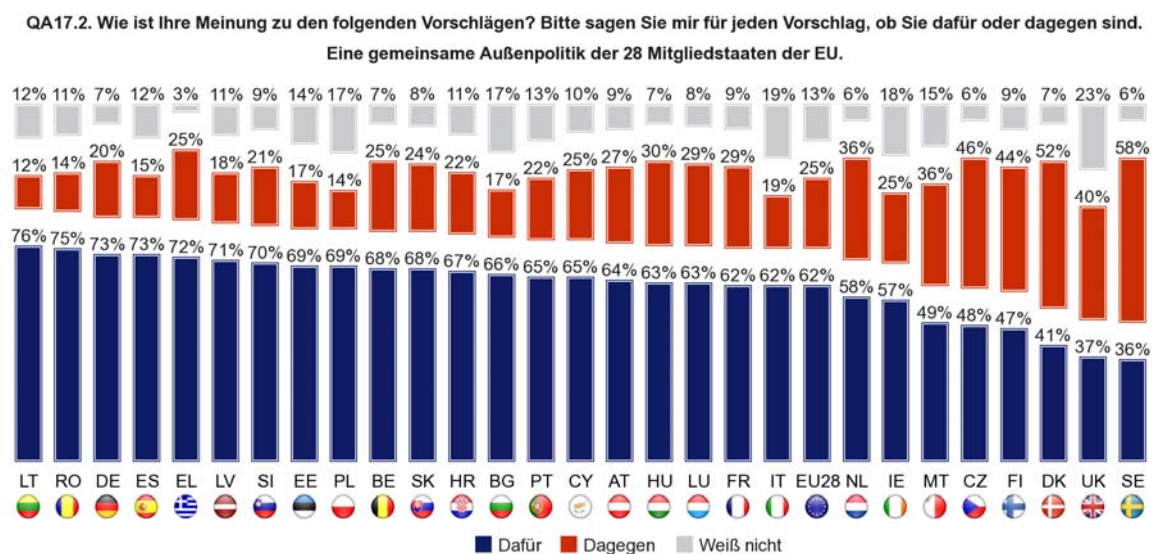
Eine gemeinsame Außenpolitik der 28 Mitgliedstaaten der EU

Mehr als sechs von zehn Europäern (62%, -1 Prozentpunkt im Vergleich zum Frühjahr 2013) sprechen sich für eine gemeinsame Außenpolitik der 28 EU-Mitgliedstaaten aus, während 25% (-2) diese ablehnen und 13% (+3) keine Meinung äußern⁴⁸.

Bei dieser Befragung gerät die ablehnende Haltung gegenüber einer gemeinsamen Außenpolitik in Finnland (44% gegenüber 47%) aufgrund eines Absinkens ihres Anteils um neun Prozentpunkte in die Position der Minderheit, obwohl sie in diesem Land noch im Herbst 2013 eine deutliche Mehrheit besaß (53% gegenüber 43%). In Schweden (58%, +2 Prozentpunkte), in Dänemark (52%, +1) und im Vereinigten Königreich (40% gegenüber 37% im Vergleich zu 41% gegenüber 40% im Herbst 2013) herrscht die Ablehnung weiter vor.

In den übrigen 25 Mitgliedstaaten unterstützt eine Mehrheit der Befragten die Idee einer gemeinsamen Außenpolitik. In 22 Ländern handelt es sich dabei um absolute Mehrheiten, wobei der Vorschlag in Litauen (76%, +2 Prozentpunkte), in Rumänien (75%, +4), in Deutschland (73%, -2) und in Spanien (73%, +1) die größte Unterstützung findet. In drei weiteren Staaten stellen die Befürworter eine relative Mehrheit, nämlich auf Malta (49% gegenüber 36% im Vergleich zu 48% gegenüber 33% im Herbst 2013), in der Tschechischen Republik (48% gegenüber 46%), wo die Unterstützung jedoch im Vergleich zum Herbst 2013 (58% gegenüber 37%) um zehn Prozentpunkte sinkt, und in Finnland (47% gegenüber 44% im Vergleich zu 43% gegenüber 53%).

Im Vergleich zum Herbst 2013 findet diese Idee in Portugal (65%, +8 Prozentpunkte) wesentlich mehr Befürworter, verliert aber in der Tschechischen Republik (48%, -10), in Kroatien (67%, -9), in Bulgarien (66%, -9), in der Slowakei (68%, -8) und in Luxemburg (63%, -8) deutlich an Unterstützern.

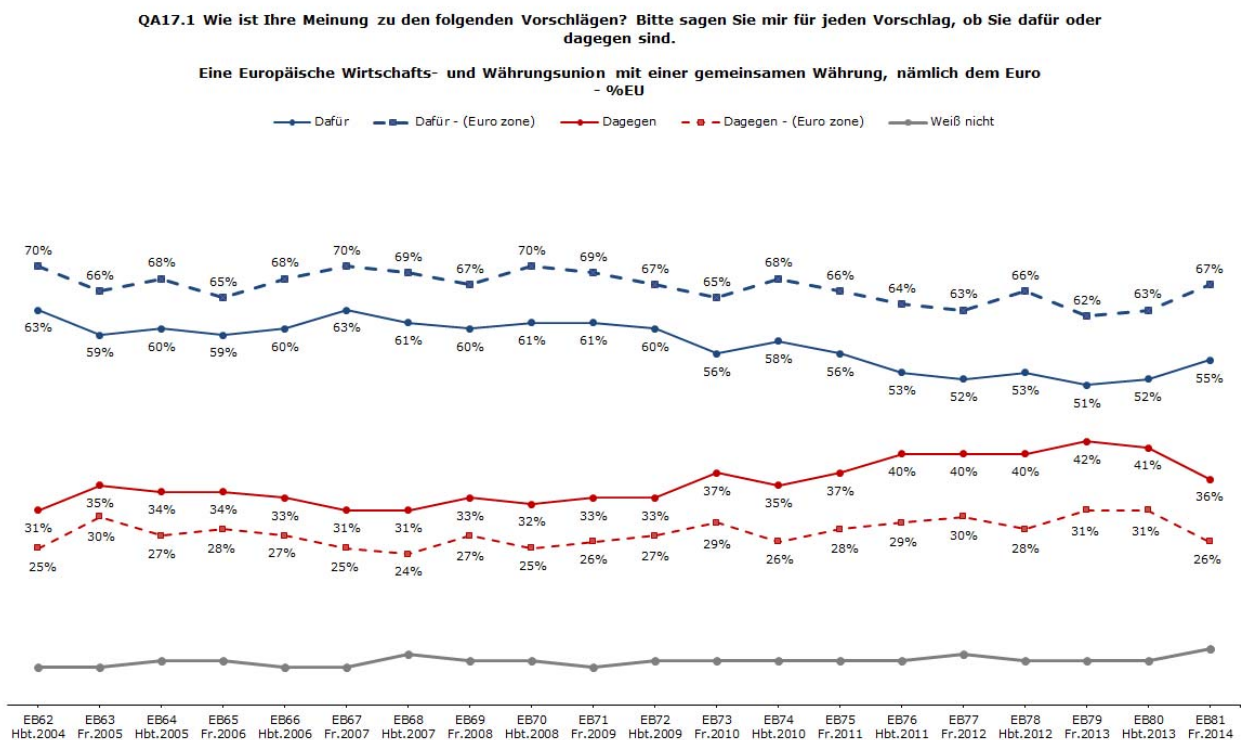


⁴⁸ QA17.2. Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. Eine gemeinsame Außenpolitik der 28 Mitgliedstaaten der EU.

Eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro

Bei der Standard-Eurobarometer-Befragung im Herbst 2013 wurde eine geringe positive Entwicklung der Haltung zum Euro festgestellt. Diese Tendenz verstärkt sich im Ergebnis der aktuellen Befragung: die Unterstützung des Euro (55%) steigt um drei Prozentpunkte, während der Anteil seiner Gegner (36%) um fünf Prozentpunkte schrumpft.

Die Differenz der Anteile von Befürwortern und Gegnern des Euro nimmt daher um acht Punkte zu und steigt von +11 im Herbst 2013 auf aktuell +19. Somit wird der seit Herbst 2010 (+23) beste Wert erreicht, der bereits im Frühjahr 2011 erhoben wurde, und der historisch tiefste Wert zu diesem Indikator, der im Ergebnis der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2013 verzeichnet wurde (+9), wird weit übertroffen⁴⁹.



Die Befürworter einer Wirtschafts- und Währungsunion bleiben deutlich in der Mehrheit und können ihre Position in den Ländern der Eurozone weiter ausbauen (67%, +4 Prozentpunkte). In den Ländern außerhalb der Eurozone (57%, -1 Prozentpunkt gegenüber 32%, -2) herrscht die ablehnende Einstellung gegenüber einer solchen Wirtschafts- und Währungsunion trotz eines leichten Rückgangs weiterhin vor.

Bei der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013 (EB80) war Zypern das einzige Mitglied der Eurozone, in dem die Befürworter des Euro keine Mehrheit bildeten.

⁴⁹ QA17.1. Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. Eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro.

Im Ergebnis der aktuellen Umfrage nimmt ihr Anteil jedoch um neun Prozentpunkte zu und erreicht erneut eine Mehrheit (53% gegenüber 44% im Vergleich zu 44% gegenüber 52% im Herbst 2013).

Somit befürwortet nunmehr in allen 18 Mitgliedsländern der Eurozone eine absolute Mehrheit der Befragten die Einheitswährung, und zwar mit Anteilen zwischen 53% auf Zypern und 80% in Estland (+4). In Lettland nimmt die Zahl der Unterstützer des Euro sehr deutlich zu⁵⁰ (68%, +15 im Vergleich zum Herbst 2013 und +25 im Vergleich zum Frühjahr 2013). Abgesehen von Zypern verstärkt sich die Zustimmung zum Euro auch in Portugal (59%, +9) und Griechenland (69%, +7) merklich.

Unter den Ländern, die nicht der Eurozone angehören, entwickelt sich die öffentliche Meinung in Litauen positiv⁵¹ (50% sprechen sich für eine Wirtschafts- und Währungsunion aus, 41% sind dagegen, im Vergleich zu 40% gegenüber 49% im Herbst 2013). In Bulgarien hingegen (41% gegenüber 42% im Vergleich zu 51% gegenüber 36% im Herbst 2013) kehrt sich das Verhältnis erneut zugunsten einer mehrheitlich negativen Haltung um. Insgesamt unterstützt in den Ländern, die die Einheitswährung nicht eingeführt haben, eine Mehrheit in Rumänien (63%, +5 Prozentpunkte), in Ungarn (53%, -2), in Kroatien (53%, -4) und – wie oben dargestellt – in Litauen (50%, +10) den Euro, während er in Schweden (77%, +3), in der Tschechischen Republik (73%, +3), im Vereinigten Königreich (73%, -1), in Dänemark (66%, +1), in Polen (47% gegenüber 37% im Vergleich zu 55% gegenüber 35%) und in Bulgarien (42% gegenüber 41% im Vergleich zu 36% gegenüber 51%) mehrheitlich abgelehnt wird.

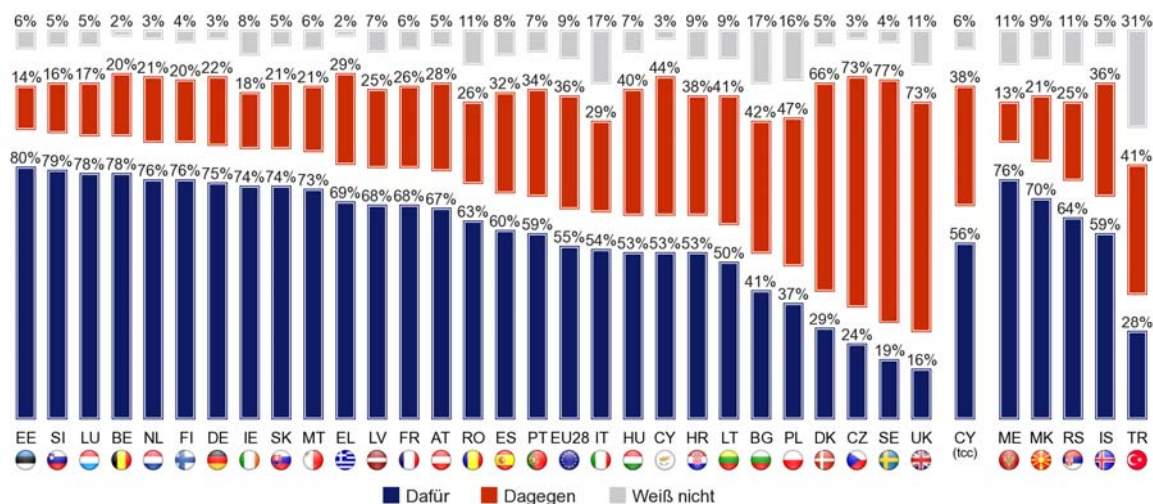
In den Kandidatenländern lässt sich ein sehr deutlicher Anstieg der Unterstützung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Serbien (64%, +16 Prozentpunkte) verzeichnen. Nachdem die Eurobarometer-Befragung im Frühjahr 2013 (EB79) zum ersten Mal eine mehrheitlich Unterstützung der Wirtschafts- und Währungsunion in Island ergab, nimmt diese erneut zu (59%, +5). In Montenegro (76%, unverändert) sowie in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (70%, -3) findet diese Union weiterhin breite Unterstützung, ohne dass sich hierzu signifikante Entwicklungen ergäben. In der Türkei (28%, -16), wo ihre Befürworter bereits in der Minderheit waren, ist zudem eine stark rückläufige Tendenz dieser Unterstützung festzustellen.

⁵⁰ Hierbei ist daran zu erinnern, dass Lettland am 1. Januar 2014 der Eurozone beigetreten ist.

⁵¹ Litauen wird der Eurozone voraussichtlich am 1. Januar 2015 beitreten.

QA17.1. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro



Die soziodemografische Analyse zeigt, dass der Euro in allen Alterskategorien mehrheitlich Unterstützung findet, wobei sich diese zwischen 60% der 15–24-jährigen und 54% der Befragten im Alter von 55 Jahren und mehr bewegt.

Mit einziger Ausnahme der Befragten, die Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben (47% geben an, gegen den Euro zu sein, 44% befürworten ihn) **findet der Euro in allen soziodemografischen Kategorien der europäischen Bevölkerung die Unterstützung einer Mehrheit**, wobei sich die Intensität dieser Unterstützung in der Unter- und Oberschicht der Gesellschaft jedoch stark unterscheidet. So wird die Einheitswährung von 46% (gegenüber 45%) der Befragten befürwortet, die sich selbst zur Arbeiterklasse zählen, während es 62% derjenigen sind, die sich zur Mittelschicht rechnen, und 76% derjenigen, die sich als Angehörige der Oberschicht der Gesellschaft betrachten.

QA17.1 de Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. Eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro

Eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro
















	Dafür	Dagegen	Weiß nicht
EU28	55%	36%	9%
Geschlecht			
Männlich	58%	35%	7%
Weiblich	52%	38%	10%
Alter			
15-24	60%	32%	8%
25-39	54%	37%	9%
40-54	55%	37%	8%
55 +	54%	37%	9%
Ausbildung (Ende der)			
15-	47%	43%	10%
16-19	53%	39%	8%
20+	61%	32%	7%
Studiert noch	63%	28%	9%
Sozio-professionnelle Kategorie			
Selbstständige	63%	30%	7%
Leitende Angestellte	61%	33%	6%
Andere Angestellte	57%	36%	7%
Arbeiterinnen	51%	40%	9%
Hausfrauen / -männer	52%	36%	12%
Arbeitslose	49%	43%	8%
Rentner / Pensionäre	53%	37%	10%
Schüler / Studenten	63%	28%	9%
Vertrauen in die EU			
Eher vertrauen	74%	20%	6%
Eher nicht vertrauen	46%	45%	9%
Bild von der EU			
Positiv	74%	20%	6%
Neutral	54%	36%	10%
Negativ	33%	59%	8%

Auch die Tatsache, dass 47% der Befragten, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder früher beendet haben, aber 61% derjenigen, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder länger fortgeführt haben, den Euro unterstützen, veranschaulicht dieses Ergebnis. In diesem Zusammenhang ist zudem festzuhalten, dass die Beurteilung des Euro nicht in genauer Korrelation zum Vertrauen in die Europäische Union steht: so zeigen sich die Europäer, die nach eigener Aussage der EU eher nicht vertrauen, in ihrer Meinung zur Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, dem Euro, in zwei nahezu gleich große Lager gespalten (46% gegenüber 45%).

Die nachstehende Tabelle zeigt die nach soziodemografischen Kriterien aufgeschlüsselten Ergebnisse für den Durchschnitt der gesamten Europäischen Union (EU28), für die sechs größten EU-Länder und für vier von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffene Länder.

QA17.1 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro
Antwort: 'Dafür'

	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	55%	75%	60%	68%	54%	37%	16%	69%	59%	74%	53%
 Geschlecht											
Männlich	58%	76%	64%	71%	54%	39%	22%	71%	64%	74%	58%
Weiblich	52%	73%	58%	65%	53%	34%	11%	67%	54%	74%	48%
 Alter											
15-24	60%	78%	79%	71%	62%	38%	23%	75%	68%	67%	49%
25-39	54%	70%	61%	61%	52%	43%	19%	71%	66%	70%	44%
40-54	55%	72%	62%	66%	59%	38%	13%	66%	61%	78%	56%
55 +	54%	78%	53%	73%	48%	30%	14%	67%	48%	77%	61%
 Ausbildung (Ende der)											
15-	47%	69%	47%	49%	46%	19%	12%	57%	53%	67%	45%
16-19	53%	71%	61%	64%	55%	31%	15%	74%	64%	73%	53%
20+	61%	84%	74%	76%	63%	46%	19%	70%	69%	77%	58%
Studiert noch	63%	83%	83%	75%	64%	39%	18%	74%	70%	71%	50%
 Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	63%	79%	79%	79%	61%	46%	30%	68%	56%	79%	57%
Leitende Angestellte	61%	84%	85%	82%	70%	53%	16%	71%	74%	82%	61%
Andere Angestellte	57%	70%	74%	67%	60%	47%	10%	71%	73%	76%	45%
Arbeiter	51%	66%	60%	54%	53%	32%	18%	71%	63%	67%	56%
Hausfrauen / -männer	52%	80%	42%	57%	50%	38%	17%	69%	40%	74%	30%
Arbeitslose	49%	59%	53%	62%	38%	28%	21%	63%	53%	71%	52%
Rentner / Pensionäre	53%	76%	55%	73%	46%	31%	12%	69%	49%	76%	60%
Schüler / Studenten	63%	83%	83%	75%	64%	39%	18%	74%	70%	71%	50%

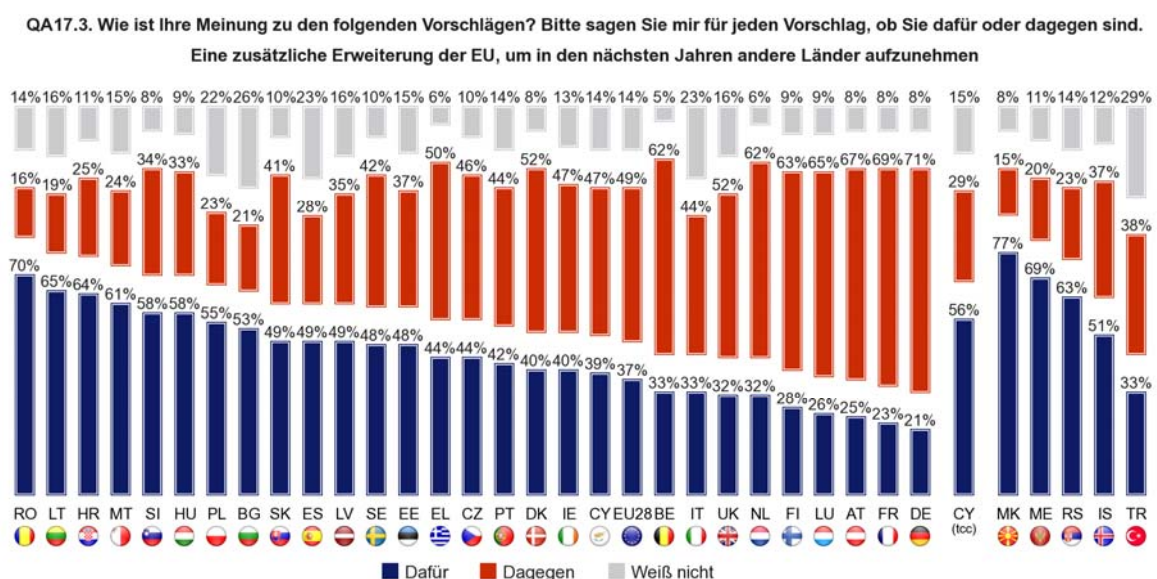
Eine zusätzliche Erweiterung der EU, um in den nächsten Jahren andere Länder aufzunehmen

Trotz eines leichten Rückgangs dieser Haltung **lehnt die europäische öffentliche Meinung eine Erweiterung der EU um andere Länder in den nächsten Jahren weiterhin überwiegend ab (49%, -3 Prozentpunkte, gegenüber 37%, unverändert)**. 14% (+3) der Europäer äußern sich nicht zu dieser Frage⁵².

Die Einstellung in den Ländern der Eurozone unterscheidet sich dabei sehr stark von der Haltung in den Ländern außerhalb der Eurozone: während außerhalb der Eurozone (47%, -2, gegenüber 37%, -2) eine Mehrheit der Befragten die Möglichkeit zusätzlicher Erweiterungen in der Zukunft befürwortet, ist in der Eurozone (56%, -4) eine absolute Mehrheit der Befragten gegen solche Erweiterungen.

Wie schon bei der vorangegangenen Befragung im Herbst 2013 ist die öffentliche Meinung in 13 Mitgliedstaaten mehrheitlich für die Möglichkeit zusätzlicher Erweiterungen der EU in naher Zukunft, nämlich in Rumänien (70%, +6 Prozentpunkte), in Litauen (65%, +1), in Kroatien (64%, -7), auf Malta (61%, +1), in Slowenien (58%, +6), in Ungarn (58%, -2), in Polen (55%, -6), in Bulgarien (53%, -2), in der Slowakei (49%, -2, gegenüber 41%, -1), in Spanien (49%, +5, gegenüber 28%, -9), in Lettland (49%, +1, gegenüber 35%, -3), in Estland (48%, -3, gegenüber 37%, -3) und in Schweden (48%, -8, gegenüber 42%, +2).

In den 15 übrigen Mitgliedstaaten ist eine Mehrheit gegen eine zukünftige Erweiterung der EU um andere Länder, wobei diese Meinung in Deutschland (71%, +2 Prozentpunkte), in Frankreich (69%, -1), in Österreich (67%, -9), in Luxemburg (65%, +1), in Finnland (63%, -2) und in den Niederlanden (62%, -2) am deutlichsten vertreten wird. Nicht nur in Österreich (67%, -9), sondern auch in Italien (44%, -15, gegenüber 33%, +4) und auf Zypern (47%, -9, gegenüber 39%, +7) nimmt hingegen der Widerstand gegen eine Erweiterung der EU wesentlich ab.



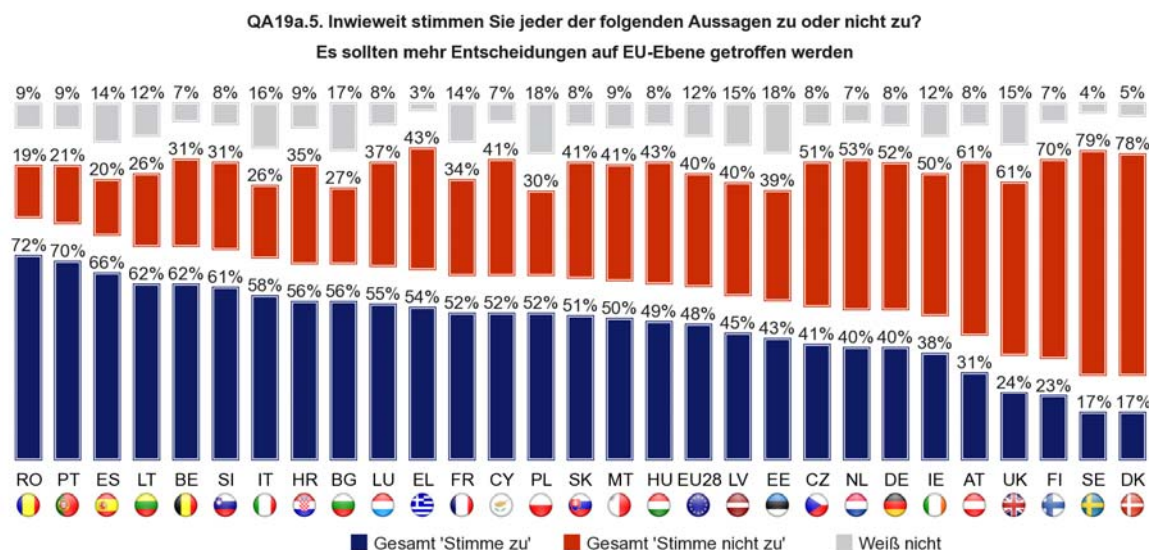
In vier der fünf Kandidatenländer unterstützt eine Mehrheit eine zusätzliche Erweiterung der EU um andere Länder in den nächsten Jahren: in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (77% gegenüber 15% im Vergleich zu 79% gegenüber 13% im Herbst 2013), in Montenegro (69% gegenüber 20% im Vergleich zu 64% gegenüber 24%) und in Serbien (63% gegenüber 23% im Vergleich zu 50% gegenüber 30%) fallen diese Mehrheiten sehr deutlich aus, während sie in Island (51% gegenüber 37% im Vergleich zu 48% gegenüber 40%) weniger ausgeprägt ist. In der Türkei überwiegt dagegen nach einem deutlichen Rückgang des Anteils der Befürworter die ablehnende Haltung gegenüber möglichen zukünftigen Erweiterungen: ein Drittel der Befragten befürwortet diesen Vorschlag weiterhin (33%, -14 Prozentpunkte), 38% sind jedoch dagegen (unverändert), während die übrigen 29% der Befragten keine Meinung äußern (+14).

⁵² QA17.3. Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. Eine zusätzliche Erweiterung der EU, um in den nächsten Jahren andere Länder aufzunehmen.

2. EINE STÄRKERE EUROPÄISCHE UNION?

Fast einer von zwei Europäern (48%, +3 Prozentpunkte im Vergleich zum Spezial-Eurobarometer vom März 2014) ist derzeit der Meinung, dass „mehr Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen werden sollten“, während 40% (-6) gegenteiliger Ansicht sind und 12% (+3) keine Meinung äußern⁵³. Somit unterstützt aktuell eine Mehrheit den Vorschlag von mehr Entscheidungsgewalt auf europäischer Ebene, wogegen es im Ergebnis des Spezial-Eurobarometers vom März 2014 nur eine Minderheit gewesen war⁵⁴. In 16 Mitgliedstaaten befürwortet eine absolute Mehrheit der Befragten diese Idee (die höchsten Ergebnisse werden dabei in Rumänien (72%, +12 im Vergleich zum März 2014), in Portugal (70%, +4), in Spanien (66%, unverändert), in Litauen (62%, +8), in Belgien (62%, -2) und in Slowenien (61%, +4) erzielt). In drei Mitgliedstaaten findet sie die Unterstützung einer relativen Meinung, wobei die Differenz zwischen Befürwortung und Ablehnung relativ gering ausfällt, nämlich in Ungarn (49% gegenüber 43% im Vergleich zu 54% gegenüber 37%), in Lettland (45% gegenüber 40% im Vergleich zu 44% gegenüber 48%) und in Estland (43% gegenüber 39% im Vergleich zu 36% gegenüber 58%). Insgesamt ist die Unterstützung für mehr Entscheidungsbefugnis auf europäischem Niveau in 17 Ländern gestiegen, am stärksten in Griechenland (54%, +12) und in Rumänien (72%, +12).

In neun Mitgliedstaaten ist eine solche Entwicklung hingegen mehrheitlich nicht erwünscht, insbesondere nicht in den nordischen Ländern (79% in Schweden, +4 Prozentpunkte im Vergleich zum März 2014; 78% in Dänemark, +2; 70% in Finnland, -4), in Österreich (61%, -1), im Vereinigten Königreich (61%, -5), in den Niederlanden (53%, -6), in Deutschland (52%, -9), in der Tschechischen Republik (51%, +3) und in Irland (50%, -7).



⁵³ QA19a.5. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Es sollten mehr Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen werden.

⁵⁴ Spezial-Eurobarometer 415: *Die Europäer im Jahr 2014*

3. DAS ZIEL BEIM AUFBAU EUROPAS

Um vergleichen zu können, welche Ziele die Befragten als Hauptziele beim Aufbau Europas wahrnehmen und welche Ziele sie sich als Hauptziele dieses Aufbaus wünschen würden, wurden die Befragten gebeten, folgende zwei Fragen zu beantworten: „Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das Hauptziel beim Aufbau Europas?“ und „Und was sollte das Hauptziel beim Aufbau Europas sein?“. Wie bei der vorangegangenen Standard-Eurobarometer-Befragung im Herbst 2013 belegt die Förderung von Wirtschaft und Wachstum in der EU Platz eins unter den *wahrgenommenen* Zielen, während die Verbesserung des Lebensstandards der Bürger weiterhin die Rangfolge der *gewünschten* Ziele anführt. Die Sicherung von Frieden und Stabilität wird bei dieser Befragung sowohl als wahrgenommenes als auch als gewünschtes Ziel für den Aufbau Europas deutlich häufiger genannt.

3.1. Die wahrgenommenen Ziele beim Aufbau Europas

Mit 26% der Nennungen (-1 im Vergleich zum Herbst 2013) bleibt die **Förderung von Wirtschaft und Wachstum in der EU** aus Sicht der Europäer eindeutig das wichtigste der *derzeit verfolgten* Hauptziele des Aufbaus von Europa.

Mit 19% der Antworten und einer Steigerung ihres Anteils um vier Prozentpunkte belegt **die Sicherung von Frieden und Stabilität** Platz zwei dieser Rangfolge, während sie im Herbst 2013 noch an dritter Stelle positioniert war. Sie platziert sich somit bei dieser Befragung vor **der Verbesserung des Lebensstandard aller EU-Bürger** (17%, unverändert). Keines der übrigen abgefragten Ziele erreicht mehr als 10% der Antworten⁵⁵.



⁵⁵ QA20. Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das Hauptziel beim Aufbau Europas? (Nur eine Nennung.)






























Die Förderung von Wirtschaft und Wachstum erscheint den Befragten in 19 Mitgliedstaaten als das wichtigste aktuell beim Aufbau Europas verfolgte Ziel, wobei es in den Niederlanden (44%, -2 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013), in Schweden (36%, -7), in Slowenien (34%, +1), in Irland (32%, +4), in Spanien (32%, +1) und in Finnland (32%, -7) am häufigsten genannt wird. In Litauen (24%, -2) und in Österreich (23%, -9) wird dieses Ziel ebenso häufig genannt wie die Sicherung von Frieden und Stabilität. Seit Herbst 2013 sind die Anteile dieses Items in 19 Ländern zurückgegangen, am deutlichsten auf Malta (19%, -13), in Luxemburg (21%, -12), in Rumänien (14%, -12) und auf Zypern (20%, -12).

In sechs Ländern nehmen die Befragten die **Sicherung von Frieden und Stabilität** als Hauptziel beim Aufbau Europas wahr: in Litauen und in Österreich, aber auch in Deutschland (31%, +8 Prozentpunkte, gegenüber 25% für die Förderung von Wirtschaft und Wachstum, -4), in Luxemburg (28%, +7, gegenüber 21%, -12), in Estland (28%, +8, gegenüber 25%, -2) und in Dänemark (25%, +9, gegenüber 24%, -11). In allen Ländern, in denen dieses Ziel derzeit Platz eins der Rangordnung belegt, nahm die Wahrnehmung des Friedens als derzeitiges Hauptziel beim Aufbau Europas im Vergleich zum Herbst 2013 sehr deutlich zu: In Litauen und Österreich stieg der Anteil dieses Ziels um +11 Prozentpunkte an, in Dänemark um neun, in Deutschland und Estland um acht und in Luxemburg um sieben Prozentpunkte.

Die Verbesserung des Lebensstandards wird in vier Mitgliedstaaten am häufigsten als das Hauptziel beim Aufbau Europas wahrgenommen, nämlich in der Slowakei (29%, +5 Prozentpunkte, im Vergleich zu 22% der Nennungen für die Förderung von Wirtschaft und Wachstum, -5), auf Malta (26% der Nennungen, +2, vor der Sicherung des Friedens, 21%, +9), in Rumänien (24%, -3, im Vergleich zu 20% der Nennungen für die Sicherung des Friedens, +13) und in Polen (22%, unverändert, im Vergleich zu 21% der Nennungen für die Förderung von Wirtschaft und Wachstum, +1).

Auf Zypern schließlich platziert sich die Antwort „**Die EU zu einem wichtigen diplomatischen Akteur auf dem internationalen Parkett zu machen**“ an erster Stelle der derzeit beim Aufbau Europas wahrgenommenen Ziele, und zwar mit 22% der Nennungen vor der Förderung von Wirtschaft und Wachstum, auf die 20% (-12 Prozentpunkte) entfallen.

QA20 Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das Hauptziel beim Aufbau Europas?

	Die Wirtschaft in der EU fördern und das Wachstum ankurbeln	Die EU zu einem wichtigen diplomatischen Akteur auf dem internationalen Parkett machen	Den Lebensstandard aller EU Bürger verbessern	Globale Bedrohungen bekämpfen (Terrorismus, Klimawandel)	Die Entwicklung der ärmsten Länder außerhalb der EU fördern	Demokratie und Menschenrechte in der ganzen Welt fördern	Frieden und Stabilität sichern	Die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung schützen (Verlagerung der Industriestandorte und der Arbeitsplätze, Konkurrenz aus den Schwellenländern für europäische Unternehmen)	Sonstiges (SPONTAN)	Weiß nicht
 EU28	26%	7%	17%	5%	4%	7%	19%	8%	1%	6%
 BE	25%	10%	16%	9%	5%	6%	19%	7%	1%	2%
 BG	23%	10%	20%	5%	5%	7%	13%	8%	1%	8%
 CZ	21%	9%	19%	7%	5%	10%	17%	9%	0%	3%
 DK	24%	4%	11%	8%	4%	11%	25%	10%	0%	3%
 DE	25%	6%	12%	5%	3%	6%	31%	8%	1%	3%
 EE	25%	7%	18%	3%	3%	5%	28%	5%	1%	5%
 IE	32%	7%	22%	3%	4%	8%	9%	6%	1%	8%
 EL	20%	16%	12%	4%	4%	5%	18%	8%	10%	3%
 ES	32%	6%	19%	4%	4%	6%	12%	7%	3%	7%
 FR	25%	10%	16%	6%	5%	5%	18%	9%	1%	5%
 HR	26%	11%	23%	5%	4%	6%	12%	7%	1%	5%
 IT	27%	8%	16%	4%	4%	5%	14%	15%	1%	6%
 CY	20%	22%	12%	4%	3%	10%	17%	6%	2%	4%
 LV	26%	6%	25%	4%	4%	4%	21%	4%	1%	5%
 LT	24%	7%	20%	5%	4%	8%	24%	3%	0%	5%
 LU	21%	6%	14%	6%	7%	4%	28%	8%	3%	3%
 HU	24%	7%	20%	5%	6%	8%	18%	9%	0%	3%
 MT	19%	3%	26%	4%	5%	11%	21%	7%	0%	4%
 NL	44%	6%	14%	4%	2%	6%	16%	6%	0%	2%
 AT	23%	10%	13%	5%	5%	7%	23%	9%	1%	4%
 PL	21%	5%	22%	5%	5%	7%	20%	7%	1%	7%
 PT	25%	3%	24%	3%	6%	5%	12%	9%	2%	11%
 RO	14%	3%	24%	5%	6%	12%	20%	12%	1%	3%
 SI	34%	8%	17%	2%	2%	4%	19%	6%	3%	5%
 SK	22%	7%	29%	5%	3%	6%	19%	8%	0%	1%
 FI	32%	3%	15%	5%	3%	4%	25%	10%	1%	2%
 SE	36%	9%	6%	4%	1%	9%	28%	3%	1%	3%
 UK	24%	4%	16%	4%	3%	8%	16%	4%	3%	18%

Am häufigsten erwähnte Antwort

Am zweithäufigsten erwähnte Antwort

Am dritthäufigsten erwähnte Antwort

3.2. Die gewünschten Ziele beim Aufbau Europas

Mit einem Viertel der Nennungen (25%, -1 Prozentpunkt seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013) erreicht die **Verbesserung des Lebensstandards aller EU-Bürger** zum vierten Mal in Folge Platz eins der Hierarchie der von den Europäern beim Aufbau Europas *gewünschten* Ziele. Den zweiten Platz dieser Rangfolge belegen mit gleich hohen Anteilen (je 18%) **die Förderung von Wirtschaft und Wachstum in der EU**, die vier Prozentpunkte einbüßt, und **die Sicherung von Frieden und Stabilität**, die vier Prozentpunkte hinzugewinnen kann. Mit 12% der Nennungen (unverändert) platziert sich **der Schutz der europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung** auf Rang vier und bleibt auch bei dieser Befragung das letzte der getesteten Items, das den Schwellenwert von 10% überwinden kann⁵⁶.



Die Verbesserung des Lebensstandard aller EU-Bürger behauptet sich in 20 Mitgliedstaaten auf Platz eins der von den Befragten für den Aufbau Europas *gewünschten* Ziele und wird dabei am häufigsten in Bulgarien (42%, +5 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013), in Lettland (39%, -2), in Slowenien (38%, +4), in Litauen (36%, +2), in Griechenland (36%, +6), in Kroatien (36%, +1) und in der Slowakei (35%, -2) genannt.

Die Sicherung von Frieden und Stabilität platziert sich in sechs Ländern an erster Stelle, nämlich in Deutschland (29% der Nennungen, +2 Prozentpunkte, im Vergleich zu 18% für die Verbesserung des Lebensstandards, unverändert), in Schweden (28%, +4, im Vergleich zu 16% für die Verbesserung des Lebensstandards, =), in Finnland (27%, +2, im Vergleich zu 22% für die Verbesserung des Lebensstandards, -8), in Luxemburg (25%, +11, im Vergleich zu 23% für die Verbesserung des Lebensstandards, -2), in Österreich (24%, +12, im Vergleich zu 23% für die Verbesserung des Lebensstandards, -6) und in Dänemark (23%, +4, im Vergleich zu 20% für die Förderung von Wirtschaft und Wachstum, -4). In der Gruppe dieser Länder nimmt der Anteil dieses Ziels in Österreich (+12) und in Luxemburg (+11) sehr deutlich zu.

⁵⁶ QA21. Und was sollte das Hauptziel beim Aufbau Europas sein? (Nur eine Nennung.)

Dabei ist festzuhalten, dass auch auf Zypern (20%, +11), in Rumänien (17%, +10), in Estland (27%, +9) und in Litauen die Anteile der Sicherung des Friedens als gewünschtes Hauptziel beim Aufbau Europas deutlich ansteigen, auch wenn es in diesen Ländern nicht Platz eins der Rangfolge erreicht.

Die Förderung von Wirtschaft und Wachstum schließlich wird in den Niederlanden (25%, -5 Prozentpunkte, im Vergleich zu 20% für die Verbesserung des Lebensstandards, -2) und in Italien (24%, +2, im Vergleich zu 23% für die Verbesserung des Lebensstandards, +4) am häufigsten als das wichtigste Wunschziel der Befragten beim Aufbau Europas bezeichnet.

QA21. Und was sollte das Hauptziel beim Aufbau Europas sein?

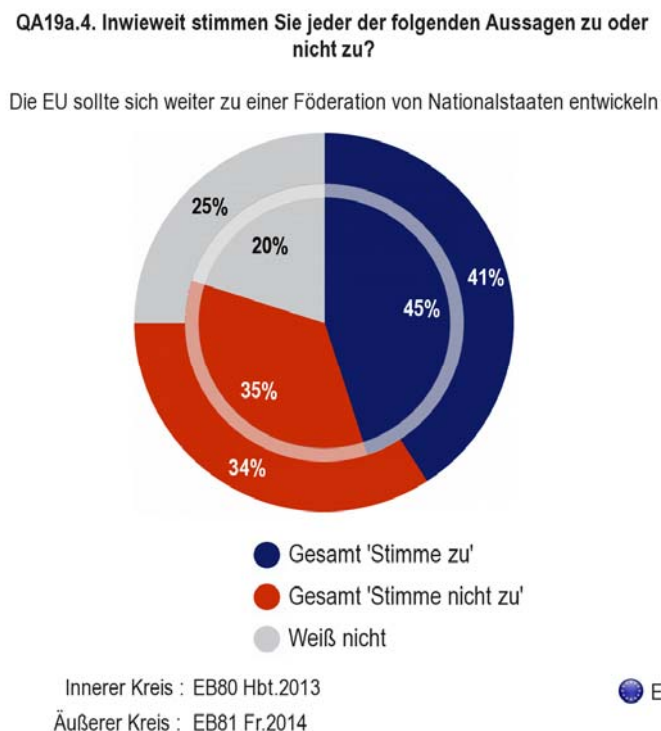
	Die Wirtschaft in der EU fördern und das Wachstum ankurbeln	Die EU zu einem wichtigen diplomatischen Akteur auf dem internationalen Parkett machen	Den Lebensstandard aller EU Bürger verbessern	Globale Bedrohungen bekämpfen (Terrorismus, Klimawandel)	Die Entwicklung der ärmsten Länder außerhalb der EU fördern	Demokratie und Menschenrechte in der ganzen Welt fördern	Frieden und Stabilität sichern	Die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung schützen (Verlagerung der Industriestandorte und der Arbeitsplätze, Konkurrenz aus den Schwellenländern für europäische Unternehmen)	Sonstige (SPONTAN)	Weiß nicht
EU28	18%	4%	25%	5%	4%	8%	18%	12%	1%	5%
BE	19%	3%	28%	8%	6%	6%	18%	10%	1%	1%
BG	20%	3%	42%	3%	3%	5%	10%	11%	0%	3%
CZ	17%	3%	33%	6%	5%	8%	18%	9%	0%	1%
DK	20%	3%	15%	9%	4%	13%	23%	9%	1%	3%
DE	16%	4%	18%	6%	4%	8%	29%	12%	1%	2%
EE	21%	4%	28%	3%	2%	5%	27%	5%	1%	4%
IE	25%	3%	29%	3%	4%	8%	12%	9%	1%	6%
EL	19%	3%	36%	3%	7%	9%	10%	11%	1%	1%
ES	22%	3%	34%	2%	4%	7%	9%	12%	3%	4%
FR	20%	5%	25%	6%	4%	7%	15%	14%	1%	3%
HR	19%	2%	36%	4%	5%	7%	13%	10%	1%	3%
IT	24%	5%	23%	3%	3%	5%	13%	19%	0%	5%
CY	20%	3%	31%	2%	5%	9%	20%	8%	1%	1%
LV	22%	2%	39%	3%	3%	4%	18%	5%	1%	3%
LT	20%	2%	36%	3%	3%	8%	21%	4%	0%	3%
LU	13%	3%	23%	4%	9%	7%	25%	10%	2%	4%
HU	19%	4%	24%	6%	7%	10%	17%	11%	0%	2%
MT	14%	3%	26%	6%	7%	12%	17%	10%	0%	5%
NL	25%	3%	20%	6%	4%	10%	19%	11%	0%	2%
AT	14%	4%	23%	6%	3%	9%	24%	13%	2%	2%
PL	17%	4%	29%	5%	6%	7%	17%	8%	0%	7%
PT	21%	3%	27%	3%	6%	4%	9%	21%	0%	6%
RO	15%	2%	30%	5%	6%	9%	17%	14%	0%	2%
SI	25%	1%	38%	2%	4%	4%	13%	9%	2%	2%
SK	21%	4%	35%	5%	2%	6%	15%	11%	0%	1%
FI	19%	2%	22%	5%	2%	9%	27%	11%	0%	3%
SE	12%	3%	16%	8%	3%	21%	28%	6%	1%	2%
UK	15%	3%	24%	5%	4%	8%	19%	5%	2%	15%

Am häufigsten erwähnte Antwort
 Am zweithäufigsten erwähnte Antwort
 Am dritthäufigsten erwähnte Antwort

4. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION

4.1. Die Meinung zu einem Bund von Nationalstaaten

41% der Europäer (-4 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013) erklären sich mit der Idee einverstanden, dass die „EU sich weiter zu einer Föderation von Nationalstaaten entwickeln sollte“, während 34% (-1) das Gegenteil meinen. Der Anteil der Befragten, die hierzu keine Meinung äußern, steigt (25%, +5)⁵⁷.



Aufgrund eines starken Rückgangs der positiven Einstellung zu einer weiteren Entwicklung der EU in eine Föderation von Nationalstaaten überwiegt nunmehr in vier Ländern die Ablehnung dieser Idee: in den Niederlanden (32% gegenüber 53% im Vergleich zu 57% gegenüber 34% im Herbst 2013), in Österreich (39% gegenüber 46% im Vergleich zu 48% gegenüber 44%), in der Slowakei (41% gegenüber 43% im Vergleich zu 51% gegenüber 33%) und in der Tschechischen Republik (40% gegenüber 45% im Vergleich zu 57% gegenüber 31%).

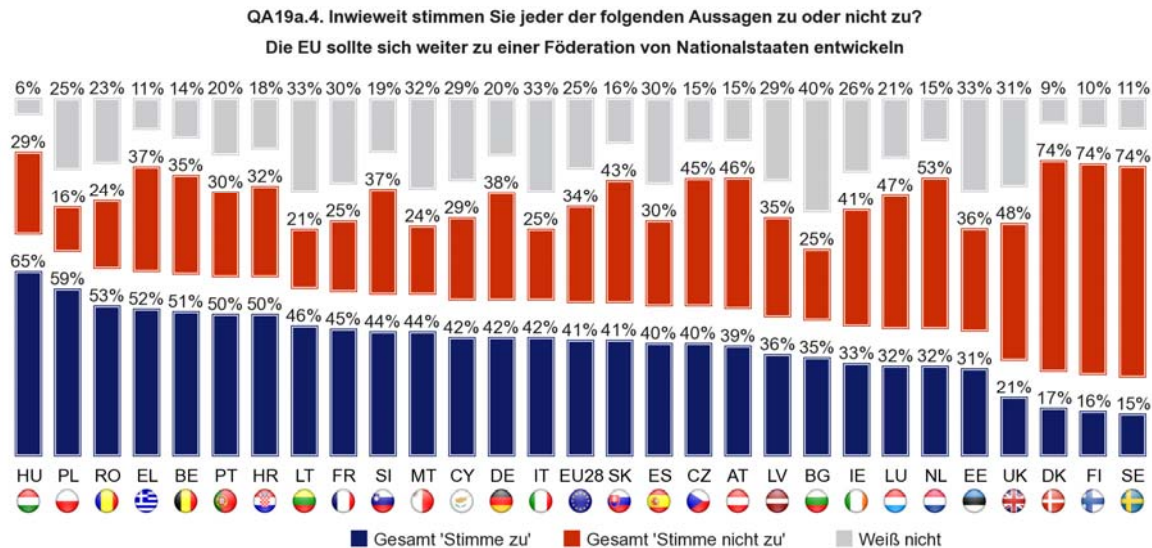
Auch in Estland (31% gegenüber 36%) herrscht aktuell die negative Haltung zu diesem Vorschlag vor, obwohl sich das Verhältnis von Zustimmung und Ablehnung hier noch im Herbst 2013 ausgeglichen zeigte (39% gegenüber 39%). Hingegen überwiegt in Portugal (50% gegenüber 30% im Vergleich zu 34% gegenüber 35%) und Slowenien (44% gegenüber 37% im Vergleich zu 42% gegenüber 49%) neuerdings die Unterstützung dieses Vorhaben.

⁵⁷ QA19a4. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Die EU sollte sich weiter zu einer Föderation von Nationalstaaten entwickeln

Infolge dieser Entwicklungen ist in nunmehr 11 Mitgliedstaaten eine Mehrheit der Befragten gegen eine intensivere Entwicklung der EU zu einer Föderation von Nationalstaaten. Zu den fünf bereits genannten Ländern (Niederlande, Österreich, Slowakei, Tschechische Republik und Estland) kommen dabei die drei nordischen Länder (74% der Befragten in Dänemark (+1 Prozentpunkt), in Finnland (+4) und in Schweden (+3) lehnen diese Vorstellung ab), das Vereinigte Königreich (48% gegenüber 21% im Vergleich zu 50% gegenüber 27%), Luxemburg (47% gegenüber 32%, im Vergleich zu 40% gegenüber 39%) und Irland (41% v33%, im Vergleich zu 40% gegenüber 39%) hinzu.

In 17 Mitgliedstaaten trifft dieser Vorschlag hingegen mehrheitlich auf Zustimmung, wobei die höchsten Ergebnisse in Ungarn (65%, +14 Prozentpunkte), in Polen (59%, -1) und in Rumänien (53%, +19) registriert werden. Innerhalb dieser Gruppe entwickelt sich die öffentliche Meinung verschiedenartig: In Rumänien (53%, +19), Portugal (50%, +16) und Ungarn (65%, +14) steigt das Einverständnis mit dieser Idee stark an, während es in Deutschland (42% gegenüber 38% im Vergleich zu 51% gegenüber 36%), Frankreich (45% gegenüber 25% im Vergleich zu 53% gegenüber 25%) und Kroatien (50%, -7) wesentlich abnimmt.

Schließlich ist festzuhalten, dass sich in sechs EU-Ländern mehr als einer von drei Europäern gar nicht zu dieser Vorstellung äußert, nämlich in Bulgarien (40%, +3 Prozentpunkte), in Estland (33%, +11), in Litauen (33%, unverändert), in Italien (33%, +9), auf Malta (32%, -10) und im Vereinigten Königreich (31%, +8).



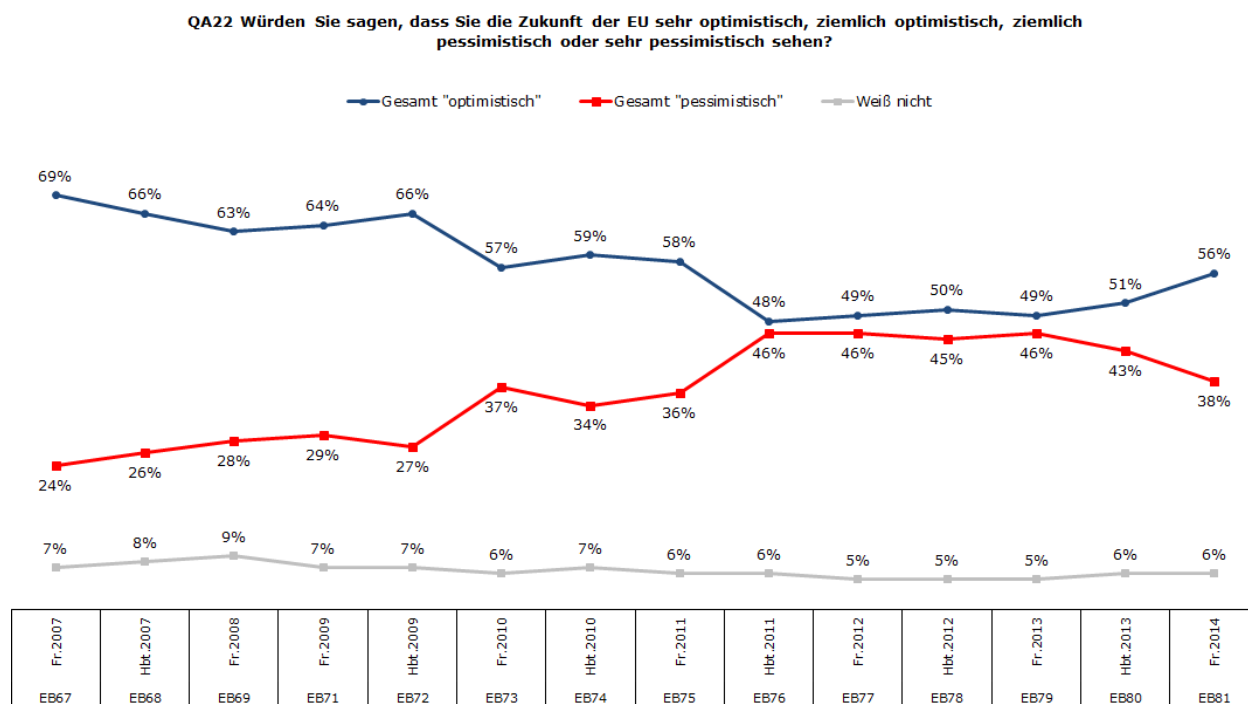
Die soziodemografische Analyse macht erkennbar, dass die Befragten, die der Entwicklung der EU zu einer Föderation von Nationalstaaten gegenüber aufgeschlossen sind, auch die positivste Meinung zur Europäischen Union vertreten. So halten 53% derjenigen, die der EU vertrauen, und 50% derjenigen, die den Euro befürworten, eine weitere Entwicklung der EU in eine Föderation von Nationalstaaten für begrüßenswert, während eine relative Mehrheit derjenigen, die den Euro ablehnen (45% gegenüber 30%), sowie der Befragten, die sich der Europäischen Union gegenüber misstrauisch zeigen (39% gegenüber 37%), diese Perspektive ablehnen.

4.2. Die Zukunft der Europäischen Union

Der steigende Optimismus im Hinblick auf die Zukunft der Europäischen Union, der bereits bei der vorangegangenen Standard-Eurobarometer-Befragung im Herbst 2013 (EB80) festzustellen war, **bestätigt und verstärkt sich im Ergebnis der aktuellen Befragung.** So nimmt der Anteil der optimistischen Erwartungen für die Zukunft der EU um fünf Prozentpunkte (56%) zu, während der Pessimismus gleichzeitig und in gleichem Maße zurückgeht (38%, -5).

Der Abstand zwischen optimistischen und pessimistischen Erwartungen für die Zukunft der EU beträgt somit +18, was einer sehr deutlichen Verbesserung gegenüber den fünf vorausgegangenen Eurobarometer-Befragungen entspricht, da er im Herbst 2013 bei +8, im Frühjahr 2013 bei +3, im Herbst 2012 bei +5, im Frühjahr 2012 bei +3 und im Herbst 2011 bei +2 lag.

Diese Differenz zwischen Optimismus und Pessimismus befindet sich damit auf ähnlich hohem Niveau wie bei der Standard-Eurobarometer-Befragung im Frühjahr 2010 (EB73) (+20), bleibt aber noch hinter den Werten zurück, die in der Zeit zwischen 2007 und 2010 gemessen wurden, wie z. B. +45 im Frühjahr 2007 (EB67) oder +39 im Herbst 2009 (EB72)⁵⁸.



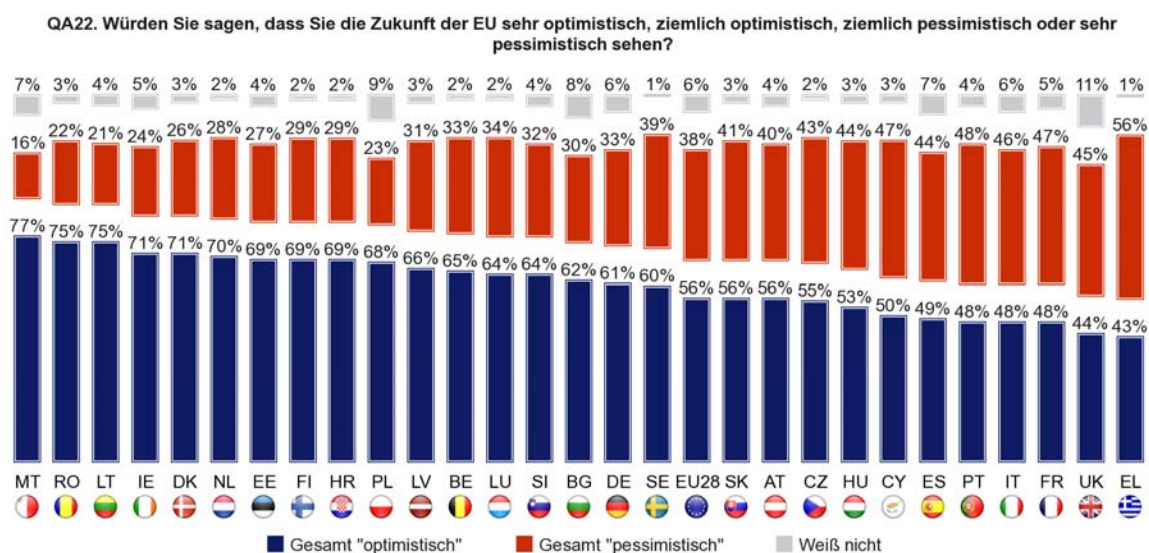
⁵⁸ QA22. Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der EU sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen?

Das Verhältnis von Optimismus und Pessimismus kehrt sich bei dieser Befragung in fünf Ländern zugunsten des Optimismus um: Während hier noch im Herbst 2013 der Pessimismus vorherrschte, überwiegt nunmehr in der **Tschechischen Republik** (55% gegenüber 43% im Vergleich zu 48% gegenüber 50% im Herbst 2013), in **Ungarn** (53% gegenüber 44% im Vergleich zu 46% gegenüber 49%), auf **Zypern** (50% gegenüber 47% im Vergleich zu 29% gegenüber 66%), in **Italien** (48% gegenüber 46% im Vergleich zu 40% gegenüber 52%) und in **Frankreich** (48% gegenüber 47% im Vergleich zu 40% gegenüber 56%) der Optimismus. In Portugal zeigt sich das Verhältnis von Optimismus und Pessimismus aktuell vollkommen ausgeglichen (48% gegenüber 48%), während im Herbst 2013 der Pessimismus noch deutlich vorherrschte (31% gegenüber 64%). **Auf Zypern (50%, +21) und in Portugal (48%, +17) nimmt der Optimismus besonders deutlich zu.**

Infolge dieser Entwicklungen hält die pessimistische Haltung zur Zukunft der EU nur noch in zwei Mitgliedstaaten (im Vergleich zu acht im Herbst 2013) eine Mehrheit, nämlich in Griechenland (56%, -13 Prozentpunkte) und im Vereinigten Königreich (45% gegenüber 44% im Vergleich zu 48% gegenüber 45%).







In 25 Mitgliedstaaten überwiegen somit derzeit die optimistischen Erwartungen für die Zukunft der EU, wobei diese auf Malta (77%, +10 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013), in Rumänien (75%, +12), in Litauen (75%, +9), in Irland (71%, +4), in Dänemark (71%, -4) und in den Niederlanden (70%, +9) am deutlichsten ausgeprägt sind. Innerhalb dieser Gruppe nimmt der Optimismus auf Zypern (50%, +21), in Rumänien (75%, +12), in Finnland (69%, +11), auf Malta (77%, +10), in Slowenien (64%, +10), in Litauen (75%, +9), in den Niederlanden 70%, +9) und in Österreich (56%, +9) in signifikanter Weise zu.

Insgesamt zeigt sich diese allgemeine Tendenz auch darin, dass die optimistischen Erwartungen in fast allen EU-Ländern steigen (lediglich Dänemark (-4 Prozentpunkte), die Slowakei (-1) und das Vereinigte Königreich (-1) sind hiervon auszunehmen) und dabei in der Mehrheit der Mitgliedstaaten sogar deutlich zunehmen. In der Tat steigt der Optimismus in 16 Mitgliedstaaten um über fünf Prozentpunkte: Zypern (+21), Portugal (+17), Griechenland (+14), Rumänien (+12), Finnland (+11), Slowenien (+10), Malta (+10), Niederlande (+9), Österreich (+9), Litauen (+9), Frankreich (+8), Italien (+8), Kroatien (+7), Tschechische Republik (+7), Ungarn (+7) und Lettland (+7).


















Die soziodemografische Analyse zeigt, dass der Optimismus zwar mit steigendem Alter linear abnimmt, aber dennoch in allen Alterskategorien eine Mehrheit auf sich vereint: er erreicht 63% der 15–24-jährigen, 56% der 25–39-jährigen, 55% der 40–54-jährigen und 53% der Befragten im Alter von 55 Jahren und mehr. Eine breite Mehrheit der Mittel- und Oberschicht der europäischen Bevölkerung teilt diese optimistische Haltung zur europäischen Zukunft (79% derjenigen, die sich zur Oberschicht zählen; 61% derjenigen, die sich als Teil der Mittelschicht betrachten; 63% der leitenden Angestellten; 61% derjenigen, die nie oder nahezu nie Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen). Hingegen herrscht unter den Befragten, die sich selbst zur Unterschicht der Gesellschaft zählen (51%), unter den Arbeitslosen (50%) und unter den Befragten, die meistens Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben (58%) weiterhin der Pessimismus vor.

QA22 Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der EU sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen?

	Gesamt 'Optimistisch'	Gesamt 'Pessimistisch'	Weiß nicht
EU28	56%	38%	6%
 Geschlecht			
Mann	57%	38%	5%
Frau	54%	39%	7%
 Alter			
15-24	63%	31%	6%
25-39	56%	39%	5%
40-54	55%	40%	5%
55 +	53%	40%	7%
 Ausbildung (Ende der)			
15-	46%	46%	8%
16-19	53%	41%	6%
20+	62%	35%	3%
Studiert noch	68%	26%	6%
 Sozio-professionnelle Kategorie			
Selbstständige	62%	34%	4%
Leitende Angestellte	63%	33%	4%
Andere Angestellte	59%	37%	4%
Arbeiterinnen	52%	42%	6%
Hausfrauen / -männer	52%	39%	9%
Arbeitslose	45%	50%	5%
Rentner / Pensionäre	53%	40%	7%
Schüler / Studenten	68%	26%	6%
 Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
Meistens	36%	58%	6%
Gelegentlich	51%	43%	6%
Nahezu nie/ Nie	61%	34%	5%
 Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala			
Niedrig (1-4)	42%	51%	7%
Mittel (5-6)	56%	38%	6%
Hoch (7-10)	67%	29%	4%
Betrachten gehör			
Arbeiterklasse	47%	46%	7%
Mittelschicht	61%	34%	5%
Oberschicht	79%	18%	3%
Bild von der EU			
Positiv	86%	12%	2%
Neutral	52%	39%	9%
Negativ	22%	75%	3%

Die nachstehende Tabelle zeigt die nach soziodemografischen Kriterien aufgeschlüsselten Ergebnisse für den Durchschnitt der gesamten Europäischen Union (EU28), für die sechs größten EU-Länder und für vier von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffene Länder.

QA22 Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der EU sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen?

Gesamt "optimistisch"											
	EU28	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE	CY
											
	56%	61%	49%	48%	48%	68%	44%	43%	48%	71%	50%
 Geschlecht											
Männlich	57%	61%	52%	50%	50%	67%	46%	45%	51%	73%	50%
Weiblich	54%	61%	47%	46%	45%	68%	43%	41%	46%	69%	50%
 Alter											
15-24	63%	53%	62%	60%	61%	71%	58%	60%	69%	73%	64%
25-39	56%	57%	50%	42%	48%	78%	47%	49%	52%	73%	44%
40-54	55%	61%	49%	46%	50%	66%	42%	37%	49%	68%	51%
55 +	53%	66%	43%	48%	41%	59%	38%	37%	38%	70%	46%
 Ausbildung (Ende der)											
15-	46%	57%	42%	42%	40%	35%	38%	31%	40%	64%	38%
16-19	53%	59%	52%	45%	43%	64%	38%	42%	54%	68%	50%
20+	62%	69%	50%	50%	61%	75%	54%	45%	55%	76%	50%
Studiert noch	68%	61%	66%	59%	69%	84%	60%	62%	76%	79%	69%
 Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	62%	61%	62%	57%	59%	75%	57%	48%	50%	77%	52%
Leitende Angestellte	63%	66%	58%	53%	69%	84%	48%	44%	58%	74%	61%
Andere Angestellte	59%	68%	52%	50%	52%	72%	39%	48%	63%	77%	50%
Arbeiter	52%	54%	50%	40%	44%	63%	40%	43%	54%	69%	42%
Hausfrauen / -männer	52%	58%	46%	42%	38%	80%	40%	34%	45%	63%	34%
Arbeitslose	45%	47%	39%	33%	30%	49%	54%	31%	35%	65%	39%
Rentner / Pensionäre	53%	64%	47%	50%	38%	60%	37%	39%	38%	70%	46%
Schüler / Studenten	68%	61%	66%	59%	69%	84%	60%	62%	76%	79%	69%